G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

H. J. Krysmanski / Frank Trommler / Gus Hall und Ernst Henry
Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

Jürgen Kuczynski
Die Weltwirtschaft des Kapitals
Vierteljahresübersicht

Eberhard Göbel
Vom „Lebensstandard" zur „Lebensqualität"

Hans-Jürgen Schulke
Olympia und Breitensport
Ein Beitrag zu den ökonomischen und politischen Grenzen der olympischen Bewegung

Wortlaut der Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Beziehungen UdSSR—BRD vom 22. Mai 1976

Gerhard Kade / Uta Ranke-Heinemann und Gerhard Weber
Wortlaut der Ansprachen auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn

6'76

Juni 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1976

CHRONIK DES MONATS MAI 1976 601

KOMMENTARE UND BERICHTE

Konfrontation statt Entspannung?
Zum 24. Bundesparteitag der CDU . . . . . *Klaus Ehrler* 604

UNCTAD IV: Weltplanwirtschaft
gegen Weltmarktwirtschaft? . . . . . *Manfred O. Hinz* 607

Die häßlichen Europäer . . . . . *Mathias Jung* 610

HAUPTAUFSÄTZE

Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung:

Abhängigkeitserklärung . . . . . *H. J. Krysmanski* 612

Zur Sozialpathologie der Amerikaner . . . . . *Frank Trommler* 622

Das Barometer zeigt Schlechtwetter an.
Die USA an der Schwelle ihres dritten Jahrhunderts . . . *Gus Hall* 627

Abraham Lincoln und die Gegenwart . . . . . *Ernst Henry* 638

Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 648

Vom „Lebensstandard" zur „Lebensqualität" . . . . . *Eberhard Göbel* 655

Olympia und Breitensport. Ein Beitrag zu den ökonomischen und
politischen Grenzen der olympischen Bewegung . . *Hans-Jürgen Schulke* 671

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 689

MEDIENKRITIK

Die ausgewogene Folgenlosigkeit
oder Wie Kritik gegen Kritik immunisieren kann . . . *Henning Walter* 691

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 692

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Beziehungen
Sowjetunion—Bundesrepublik Deutschland vom 22. Mai 1976 (Wortlaut) . . 695

Auszüge aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, auf dem IX. Parteitag der SED vom 18.—22. Mai 1976 in Berlin 700

Ansprachen auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn (Prof. Dr. Gerhard Kade; Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann; Gerhard Weber, MdBü) 704

Wirtschaftsdeklaration und Elemente der Strategie zur Stärkung der Einheit und Solidarität der blockfreien Länder und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, verabschiedet von der Ministertagung der Blockfreien vom 25. bis 30. August 1975 in Lima (Wortlaut) (II) . . . 714

Spendenaufruf des Initiativkreises „Solidarität mit Portugal" (Wortlaut) . . 719

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 6/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÜRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Mai 1976

1. 5. — Italien. Staatspräsident Leone gibt die Auflösung der beiden Kammern des Parlaments bekannt (zum Rücktritt des christlich-demokratischen Minderheitskabinetts unter Ministerpräsident Moro vgl. „Blätter", 5/1976, S. 483) und ermöglicht damit vorgezogene Neuwahlen am 20. Juni 1976. Die in diesem Frühjahr fälligen Wahlen für die Stadtverwaltung von Rom und einigen anderen Städten sowie die Regionalwahlen auf Sizilien werden zum gleichen Termin angesetzt. — Am 16. 5. bestätigt der Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, der Italiener Altiero Spinelli, Berichte über seine Kandidatur bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in Italien auf einer Liste der Kommunistischen Partei in der Region Latium. Spinelli, der seine aktive Tätigkeit in der EG-Kommission mit sofortiger Wirkung einstellt, erklärt in Brüssel, er halte eine Regierungsbeteiligung der KP Italiens für unerläßlich.

5. 5. — Frankreich. Die Regierung verabschiedet ein langfristiges Programm für die militärischen Ausgaben und die Ausrüstung der Streitkräfte für die Jahre 1977 bis 1982. Der Gesetzentwurf sieht die Weiterentwicklung der nuklearen Rüstung, eine Verstärkung der konventionellen Bewaffnung und eine Erhöhung der Militärausgaben von 17 auf 20 Prozent des Staatshaushaltes vor. Die Verteidigungsausgaben sollen von 58 Mrd. Franc (1977) auf 115 Mrd.

Franc (1982) ansteigen und in dem Gesamtzeitraum 502,4 Mrd. Franc betragen.

5.—31. 5. — U N O. In Nairobi (Kenia) findet die IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt. Vertreten sind 153 Mitgliedstaaten sowie Beobachter internationaler Organisationen. An der Eröffnungssitzung nimmt UN-Generalsekretär Waldheim teil. In einer ersten Konferenzphase (5.—12. 5.) werden Grundsatzerklärungen abgegeben; zu den Rednern gehört auch der amerikanische Außenminister Kissinger. Anschließend wird die Konferenz in fünf Arbeitsgruppen zu folgenden Themenbereichen fortgesetzt: 1. Rohstoffe, Fertig- und Halbfertigwaren, multinationale Handelsabkommen; 2. Währungs- und Finanzfragen; 3. Handelsfragen, Technologie-Transfer; 4. Probleme der Binnenländer, Inseln und der am wenigsten entwickelten Länder, Kooperation der Entwicklungsländer untereinander; 5. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten mit verschiedenen Systemen. In der Schlußphase der Konferenz befaßt sich eine Arbeitsgruppe (bestehend aus Algerien als Sprecher der „Gruppe der 77", zwei Staaten Lateinamerikas, Indonesien, sowie USA, Frankreich, Großbritannien, Schweden und die BRD) mit der Ausarbeitung mehrerer Resolutionen, die vom Plenum am 30. und 31. 5. gebilligt werden. Vorgesehen ist u. a. die Einberufung einer UNCTAD-Sonderkonferenz zu Verhandlungen über einen Rohstoff-Fonds bis zum März 1977. An die Gläubigerstaaten wird appelliert, die Entschuldung von 20 Entwicklungsländern „schnell und konstruktiv" zu prüfen. Der Plan des amerikanischen Außenministers Kissinger, eine Internationale Rohstoffbank (International Ressources Bank) zu gründen, wird mit 33 gegen 31 Stimmen bei 44 Enthaltungen abgelehnt.

8. 5. — A f r i k a. Der amerikanische Außenminister Kissinger kehrt von einer ausgedehnten Afrika-Reise nach Washington zurück. Der Minister hatte Kenia (24.—25. 4.), Tansania (25.—26. 4.), Sambia (26.—27. 4.), Zaire (27.—30. 4.), Liberia (30. 4. — 1. 5.) und den Senegal (1.—2. 5.) besucht und anschließend an der IV. UNCTAD-Konferenz in Nairobi teilgenommen. Zunächst geplante Besuche Kissingers in Ghana und Nigeria wurden von den Regierungen dieser Länder als „inopportun" bezeichnet und abgesagt.

— L i b a n o n. Der bisherige Zentralbankgouverneur Elias Sarkis wird auf einer Sondersitzung des Parlaments zum neuen Staatspräsidenten gewählt (vgl. „Blätter", 5/1976, S. 483). Die Entscheidung fällt im zweiten Wahlgang, in dem nur die einfache Mehrheit erforderlich ist, mit 66 Stimmen; anwesend sind 69 Abgeordnete. Der neue Präsident kann das Amt jedoch zunächst nicht antreten; der amtierende Präsident Frangie stellt weiterhin Bedingungen für seinen Rücktritt.

11. 5. — P o r t u g a l. Nach der Auszählung der Stimmen der Auslandsportugiesen wird in Lissabon die endgültige Zusammensetzung der am 2. 4. gewählten Versammlung der Republik (Parlament) bekanntgegeben (vgl. das vorläufige Ergebnis in „Blätter", 5/1976, S. 481 f.). Es entfallen auf: Sozialistische Partei (PSP) 107, Demokratische Volkspartei (PPD) 73, Demokratisch-Soziales Zentrum (CDS) 42, Kommunistische Partei (PCP) 40, Volksdemokratische Union (UDP) 1 Mandate.

14. 5. — I n d i e n / P a k i s t a n. In einer „Gemeinsamen Erklärung" geben die Regierungen beider Länder ihre Absicht bekannt, die im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Bangladesch (vgl. „Blätter", 4/1971, S. 325, und 12/1971, S. 1217 f.) beeinträchtigten bilateralen Beziehungen zu normalisieren und erneut Botschafter auszutauschen.

15. 5. — B R D / U S A. Anläßlich einer Veranstaltung zum 200. Jahrestag der Vereinigten Staaten von Amerika in der Paulskirche treffen in Frankfurt Bundespräsident Scheel und Bundeskanzler Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Rockefeller zusammen. Rockefeller hatte zuvor (13.—14. 5.) in Westberlin Gespräche mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz geführt und eine Ansprache vor der amerikanischen Garnison gehalten.

17.—23. 5. — U S A / F r a n k r e i c h. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing stattet den Vereinigten Staaten einen offiziellen Besuch ab. Giscard konferiert in Washington mit Präsident Ford und hält eine Rede vor dem Kongreß. Vor dem Rückflug nach Paris deutet der Präsident in New Orleans die Bereitschaft Frankreichs an, Truppen in den Libanon zu entsenden, falls aus Beirut ein entsprechendes, von allen Konfliktparteien gebilligtes Hilfe-

ersuchen des neuen Präsidenten Sarkis eintreffen sollte.

18.—22. 5. — D D R. Im neuerbauten „Palast der Republik" in Berlin findet der IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) statt. Vor den rund 2500 Delegierten und 750 Gästen (darunter Delegationen aus 92 Ländern) gibt SED-Sekretär Erich Honecker einen umfangreichen Rechenschaftsbericht. Der Parteitag billigt die Direktiven für einen Fünfjahres-Wirtschaftsplan (1976 bis 1980), verabschiedet das neue Parteiprogramm und das neue Parteistatut und wählt das Zentralkomitee. Das Politbüro wird auf 19 Mitglieder erweitert. Honecker, der künftig den Titel Generalsekretär trägt, wird in seinem Amt bestätigt (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

19. 5. — D D R / B R D. Beauftragte beider Regierungen unterzeichnen in Berlin eine erste Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung von Energievorräten im Grenzgebiet. Der Vertrag regelt den Abbau grenzüberschreitender Braunkohlevorkommen im Raum Helmstedt/Harbke durch die Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke (5 Mill. Tonnen) und den DDR-Außenhandelsbetrieb Bergbau-Handel (10 Mill. Tonnen) über einen Zeitraum von rund 16 Jahren.

— A n g o l a / P o r t u g a l. Die Regierung der Volksrepublik Angola erklärt die diplomatischen Beziehungen zu Portugal für abgebrochen. In einer Note hatte das angolanische Außenministerium die Regierung in Lissabon am 27. 4. aufgefordert, innerhalb von 48 Stunden „eine Erklärung für die Provokationen, Beleidigungen, Verleumdungen und Attentatsversuche auf portugiesischem Territorium gegen das angolanische Volk, die MPLA und die VR Angola" abzugeben.

— A b r ü s t u n g. Die neunte Verhandlungsrunde der Gespräche über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa beginnt in Wien. Die Vertreter der 19 Teilnehmerstaaten treffen sich nach einer mehrwöchigen Unterbrechung (vgl. „Blätter", 5/1976, S. 483) zu ihrer 102. Sitzung. — Am 4. 5. ratifiziert das japanische Oberhaus den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen aus dem Jahre 1968. Japan wird damit die 100. Vertragspartei. — Am 28. 5. unterzeichnen Parteisekretär Breschnew und Präsident Ford in Moskau und Washington gleichzeitig einen auf fünf Jahre befristeten Vertrag über die Begrenzung unterirdischer nuklearer Explosionen zu friedlichen Zwecken auf 150 Kilotonnen Sprengkraft. Das Abkommen sieht erstmalig gegenseitige Inspektionen auf dem Territorium des Vertragspartners vor.

20.—21. 5. — N A T O. Der Ministerrat der Organisation tritt zu seiner Frühjahrstagung in der norwegischen Hauptstadt Oslo zusammen. Der Rat nimmt u. a. einen Bericht von Außenminister Kissinger über die Fortsetzung der amerikanisch-sowjetischen Gespräche zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT) entgegen und diskutiert die Position der NATO bei den Wiener Verhandlungen zur Truppen- und Rüstungsbegrenzung in Europa.

22. 5. — U d S S R / B R D. Die Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Erklärung, in der sich die sowjetische Regierung für eine Fortführung der Entspannungspolitik in Europa und die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik einsetzt. — Am 24. 5. sucht Sowjetbotschafter Falin in Bonn Bundeskanzler Schmidt auf, um die Erklärung seiner Regierung zu erläutern. Der Bundeskanzler habe, so verlautet anschließend, dem Botschafter eine Antwort der Bundesregierung in Aussicht gestellt (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

24.—26. 5. — C D U. In Hannover hält die Christlich-Demokratische Union ihren Wahlparteitag ab. Hauptredner ist der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl. Als Gastredner wendet sich der CSU-Vorsitzende Strauß an die Delegierten. Der Parteitag verabschiedet ein Wahlprogramm und ein „Europäisches Manifest".

28. 5. — N a h e r O s t e n. Nach der Zustimmung durch Israel und Syrien verlängert der UN-Sicherheitsrat einstimmig das Mandat der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf den Golan-Höhen (UNDOF) um weitere sechs Monate bis zum 30. November 1976; China und Libyen nehmen an der Abstimmung nicht teil.

30.—31. 5. — F D P. Auf Antrag des Parteivorsitzenden Genscher wird auf dem Wahlkongreß der Freien Demokraten in Freiburg eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Freie Demokratische Partei erklärt ihren Willen zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode" Die Entscheidung fällt bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung.

Kommentare und Berichte

Konfrontation statt Entspannung?
Zum 24. Bundesparteitag der CDU

Konrad Adenauer beschrieb Anfang der 50er Jahre die politische Hauptaufgabe der CDU mit der schlichten Feststellung, daß es gelte, mindestens acht Jahre lang hintereinander in Bonn an der Macht zu bleiben. Die gesellschaftspolitischen, innenpolitischen und außenpolitischen Richtlinien der Bundespolitik wurden in diesen acht Jahren bis 1957 in der Tat so fest verankert und dauerhaft durchgesetzt, daß spätere Kurskorrekturen, selbst wenn sie energisch in Angriff genommen worden wären, nichts Entscheidendes mehr daran hätten ändern können. Etwas Analoges ließe sich in bezug auf die gesamteuropäische Entspannungspolitik sagen, deren bundesdeutscher Anteil meist als neue Ostpolitik bezeichnet wird. Die sogar weit über Europa hinausreichende internationale Wirkung der KSZE-Politik ist weltweit so situationsbestimmend geworden, daß sie nur um den Preis tief einschneidender Erschütterungen aufgehoben oder rückgängig gemacht werden könnte. So wie Adenauers Politik der vollendeten Tatsachen in den 50er Jahren die Restauration des Kapitalismus und die NATO-Einbindung der BRD zu festen Basisfakten der internationalen Politik gemacht hat, so hat die von den Bundesregierungen seit 1969 betriebene und getragene Entspannungspolitik internationale Verhältnisse und Beziehungen herstellen helfen, die auch von einer CDU/CSU-Regierung in Bonn nicht wieder aus der Welt geschafft werden können.

Unter diesem Dilemma stand der Wahlparteitag der CDU in Hannover, der vom 23. bis zum 26. Mai 1976 nicht nur über 800 Delegierte und mehr als 1000 Journalisten, sondern 60 zum Teil sehr prominente internationale Gäste zusammenführte. Auf der einen Seite mußte der Kanzlerkandidat Helmut Kohl seine Seriosität als künftig leitender Staatsmann glaubhaft darstellen, das heißt von der Einhaltung verbindlich getroffener internationaler Verträge und Vereinbarungen ausgehen, auf der anderen Seite war er gezwungen, aus ideologischen und wahltaktischen Gründen die bundesdeutschen, aber auch internationalen Grundlagen der Entspannungspolitik anzugreifen und prinzipiell in Frage zu stellen. Der Zwang zur Solidarität der verschiedenen Parteiflügel der CDU 130 Tage vor der Bundestagswahl führte entsprechend zu einem unvermittelten und unausdiskutierten Nebeneinander verschiedener Positionen, die die verschiedenen Wählerschichten und -gruppen methodisch getrennt ansprechen und zur Stimmabgabe für die Unionsparteien motivieren sollen. Das programmatische Bündnis der organisierten Randgruppen der CDU (Sozialausschüsse, Junge Union, RCDS und Frauenvereinigung), das dem Mannheimer CDU-Parteitag im Juni 1975 einige interessante Nuancen verliehen hatte, konnte darum diesmal nicht in Erscheinung treten oder gar zu weiterführenden Fragestellungen anregen. Diesem latent widerspruchsvollen Pluralismus der innerparteilichen Positionen entsprach die bunte Palette der unterschiedlichen programmatischen Vorstellungen und Wünsche der vielen illustren internationalen Gäste. Während Frau Thatcher und Amintore Fanfani den harten antikommunistischen Konfrontationsmethoden von Carstens und Dregger kaum nachstanden, ging

von den in ihren Ländern regierungsamtlich verantwortlichen Sprechern Ministerpräsident Tindemans (Belgien) und Minister Lecanuet (Frankreich) jenes Ausmaß von Nüchternheit und kritischer Lagebeurteilung aus, das etwa mit den Anforderungen der korrekten Beachtung und vollen Anwendung der 10 KSZE-Prinzipien in Einklang zu bringen wäre.

Da der Parteitag der CDU zur Einmütigkeit und zum Jubeln geradezu gezwungen, fast möchte man sagen, verurteilt worden war, konnten die notwendigen perspektivischen Festlegungen nicht einmal andiskutiert, geschweige denn getroffen werden. Der Prestigeerfolg für Kohl und das CDU-Präsidium, so viele regierende und prominente opponierende Politiker aus dem Ausland dem Partei- und Wahlvolk präsentieren zu können, wurde denn auch an sich schon in vollen Zügen genossen und in seiner Erstmaligkeit gefeiert. Die Verabschiedung des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU und des Europa-Manifests der CDU waren so mehr protokollarische Pflichtübungen als inhaltlich oder politisch wirklich zugkräftige Aktionen. Alfred Dregger sagte auf dem Parteitag mit bewußt akzentuiertem realistischen Zynismus: „Was länger als zwei Seiten ist, wird doch von niemandem gelesen." Aus diesem Grunde zogen es die harten Strategen der CDU vor, zugespitzte Alternativen herauszustellen: „Freiheit statt Sozialismus" und „Freiheit oder Sozialismus". Dregger folgte dem Beispiel der CSU, die härtere Formulierung mit „oder" zu verwenden.

Es blieb der Intelligenz und strategischen Cleverness des CDU-Generalsekretärs Kurt Biedenkopf überlassen, diese Unterschiede positiv zu interpretieren und konzeptionell wie tagespolitisch geschickt an den Mann zu bringen. Grundsätzlich stimmte er der These der systemverändernden Grundabsicht und Wirkung der Bonner Koalitionspolitik zu; argumentativ und pragmatisch aber setzte er sich von den Straußschen und Dreggerschen Katastrophentheorien deutlich ab, indem er auf die zunächst harmlos erscheinenden punktuellen Einzelreform-Ansätze der Bonner Koalitionsparteien hinwies. Jede Einzelveränderung für sich würde ohne nachhaltigen Umsturzerfolg bleiben, in ihrer Gesamtheit aber und nach einem gewissen mittelfristigen Zeitraum bereits könnten irreparable Systemverschiebungen eintreten. Diese Bemühungen Biedenkopfs um gedankliche Geschlossenheit und um argumentative Redlichkeit der Beweisführung wurden vom Parteitagsplenum respektvoll und wegen ihrer Seltenheit mit einer Applausstärke bedacht, die sogar die Erfolgsphonzahlen von Helmut Kohl übertraf. Anschließend konnte auch Franz Josef Strauß nicht umhin, Biedenkopf einigemale respektvoll zu erwähnen und zu zitieren. Dabei ist noch immer nicht sicher, ob Strauß den Wahlsieg der Unionsparteien im Herbst letzten Endes persönlich wirklich will und wünscht. Merkwürdigerweise prangen neuerdings die großen Glückskleeplakate der „Vierten Partei" nur außerhalb Bayerns, so daß die Frage erlaubt sein muß, ob nicht gerade die Bayern und ihre CSU-Politiker es sein könnten, die entweder mit einer über 5 % starken vierten Bundespartei die CDU in die Zange nehmen oder aber im prozentualen Mißerfolgsfalle ihr die entscheidenden Siegesprozente abnehmen wollten. Franz Josef Strauß aber konnte sich nach Hannover wagen, weil er wußte, daß der Zwang zur Wahlsolidarität solche Fragestellungen weder parteiintern noch parteiöffentlich erlaubt.

Die demonstrative Herausstellung der Wahlalternative „Freiheit statt Sozialismus" (Parteitagsmotto) soll ebenso wie die zur Schau gestellte Solidarität der Parteiflügel darüber hinwegtäuschen, wie eng in Wirklichkeit die Grenzen gezogen sind, innerhalb deren eine CDU/CSU-Bundesregierung Veränderungen treffen oder zumindest

neue Akzente setzen könnte. Helmut Kohl gab deutlich, aber fast unauffällig seine Bereitschaft zur Vertragstreue zu erkennen, indem er zum Beispiel von „den Menschen im anderen Teil Deutschlands, in der DDR" sprach. Diese gänsefüßchenlose Erwähnung der DDR kam einigemale vor, war also kein Zufall. Wirtschafts- und sozialpolitisch sicherte sich Helmut Kohl mit seiner Forderung, nach einer Regierungsübernahme erst einmal „Kassensturz" zu machen, einen genügend großen Spielraum, zu entscheiden, ob etwas und wenn ja wieviel geändert und verbessert werden könne. Genau gesehen also erweisen sich die konkreten Anhaltspunkte dieser radikalen Inanspruchnahme von Alternativpositionen als unverbindliche Perspektivformulierungen ohne präzise Kriterien.

Angesichts dieser Solidaritätszwänge und Beweisschwierigkeiten mußte das interessanteste Experiment des Parteitages, das Richard v. Weizsäcker riskierte, relativ unbeachtet und unterbelichtet in Szene gesetzt werden. Vor einem kleinen Kreis von Delegierten, Gästen und Journalisten wurden kritische Gedanken zur Stellung der Bundesrepublik in Europa aus dem Munde angesehener westeuropäischer Wissenschaftler, Journalisten und Diplomaten zur Kenntnis genommen, aber nicht ausdiskutiert. So war es fast sensationell, daß Professor Joseph Rovan (Paris-Vincennes), früher in hohen Regierungsfunktionen tätig und jetzt Offizier der Ehrenlegion, die Praxis der bundesdeutschen Berufsverbote als psychologisches Hindernis der westeuropäischen Einigungsbemühungen und als im Grunde nicht vereinbar mit der Struktur einer westeuropäischen politischen Union beurteilte. Wenn dieses Ereignis auch nur einem kleinen Kreis der Parteitagsteilnehmer zugemutet wurde, so dokumentiert es dennoch den Versuch des intellektuellen Flügels der CDU um Biedenkopf und v. Weizsäcker, die ideologische Bandbreite der Partei auch in dieser Richtung offen genug zu halten.

Inhaltlich wird damit natürlich viel von der Schärfe der Wahlalternative „Freiheit statt Sozialismus" zurückgenommen, zumal Prof. Biedenkopf nicht müde wird, auf die Kontinuität der CDU-Programmentwicklung von Ahlen bis Mannheim hinzuweisen. Daß die Soziale Marktwirtschaft in diesem Sinne als „Dritter Weg" zwischen Manchester-Kapitalismus und kollektivistischem Sozialismus angeboten wird, mutet wie eine Anleihe aus dem ideologischen Arsenal der Sozialdemokratie an: der CDU-Generalsekretär aber meint, daß Ahlen (1947) ja immerhin zwölf Jahre vor Godesberg (1959) stattgefunden habe. Einer pragmatischen, auf den unmittelbaren Erfolg orientierten Partei wie der CDU bereiten solche Differenzen und Nuancen allerdings keine Schwierigkeiten. Da der Erfolg in diesem Sinne auch parteiintern unangenehme Entscheidungen rechtfertigen kann, ergab sich in Hannover die delikate Situation, daß der neue CDU-Stern Ministerpräsident Albrecht trotz seines ostpolitischen Nachgebens in der Polenvertragsfrage als innenpolitisches Hoffnungszeichen auch der Bundes-CDU gefeiert wurde. Leisler Kiep hielt sich zwar mit Rücksicht auf Dregger und Strauß etwas im Hintergrund, war aber als Schatzmeister der CDU insofern präsent, als wiederholt darauf hingewiesen wurde, welch hohe Kosten die Veranstaltung dieses Wahlparteitages — 700 000,— DM — mit sich gebracht habe.

Die Schwierigkeiten der CDU im Umgang mit sich selbst und mit ihrer Schwesterpartei CSU waren auch aus der historischen Darstellung abzulesen, die am Schluß des Parteitages mit einer aufwendigen Multi-Media-Schau geboten wurde. In übergrober Vereinfachung wurden die Kontroversen zwischen Adenauer und Erhard, zwischen Erhard und Barzel, ja sogar die Existenz der

Großen Koalition Kiesinger-Brandt unerwähnt gelassen. Harmonisch wurden alle bekannten Namen der CDU-Geschichte aneinander gereiht, als ob sie niemals Exponenten der verschiedenen Widerspruchsseiten im Leben der bundesdeutschen Gesellschaft, besonders ihrer tonangebenden Kreise, gewesen wären. Nach Ablauf dieser dröhnenden Schau fragte sich der unvoreingenommene Empfänger dieses Trommelfeuers auf die Sinnesorgane, wozu nach solch kontinuierlich-harmonischer Abfolge der Geschichte es überhaupt noch so überscharfer Wahlalternativbildung bedürfe.

Die Hauptfrage des Bundeswahlkampfes für 1976 — Konfrontations- oder Entspannungspolitik — ist trotz der harten Parteitagsparolen der CDU im Grunde auch für sie selbst immer noch offengehalten, würde aber im Falle eines Wahlsieges von CDU und CSU unter sehr viel schwierigeren Bedingungen gestellt bleiben. Helmut Kohl persönlich, auch seine Mitstreiter Biedenkopf, v. Weizsäcker und Leisler Kiep wären durchaus bereit, entspannungspolitische Vertragstreue der BRD walten zu lassen. Aber da gibt es eben auch noch die harte Fraktion der Strauß, Carstens, Dregger und Wörner. Es ist in Hannover nicht deutlich geworden, welcher dieser beiden entspannungspolitisch unterschiedlich orientierten Gruppierungen in der CDU letztlich das letzte Wort gehören würde. Diese innerparteiliche Ungewißheit kann sich im CDU-Erfolgsfalle zum internationalen Unsicherheitsfaktor auswachsen. Daran ändern auch nichts jene offeneren und attraktiveren Akzente, die das Randgruppenbündnis von Mannheim und das persönliche Engagement von CDU-Spitzenpolitikern wie Biedenkopf und v. Weizsäcker der CDU zu geben vermochten.

Die Inkonsequenzen und Schwächen der Bonner Koalitionspolitik von SPD und FDP haben es den Unionsparteien leicht gemacht, innenpolitische Punktgewinne und bedeutende landespolitische Wahlerfolge zu erzielen. Alle Freunde der Entspannungs- und der Reformpolitik in der BRD sollten darum gerade mit Blick auf die nicht ungefährlichen Ungereimtheiten von Hannover auf der konsequenten und uneingeschränkten Fortsetzung aller Vorhaben der bundesdeutschen Entspannungspolitik bestehen, die 1969 mit so vielen Vorschußlorbeeren begonnen wurde und 1972 mit einer glänzenden Wahlbestätigung geradezu plebiszitäre Unterstützung erhalten konnte.

Klaus Ehrler

UNCTAD IV: Weltplanwirtschaft gegen Weltmarktwirtschaft?

Das über Tage in Bonn betriebene Spielchen um die Fahrkarte nach Nairobi, der CDU/CSU-Versuch, den „marktwirtschaftlich überzeugten" Bundeswirtschaftsminister gegen den „planwirtschaftlich gestimmten" Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (so der entwicklungspolitische Sprecher der Opposition Todenhöfer gemäß einem Zitat der „Frankfurter Allgemeinen") zu konfrontieren, haben der Vierten Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) in der BRD-Presse mehr Publizität verschafft, als die Verhandlungsgegenstände der Tagung selbst. Allzu offensichtlich ist in der zitierten Einschätzung der Opposition die Übertragung der polemischen Wahlkampf-

alternative „Freiheit oder Sozialismus" auf das Feld der Außenwirtschaft/Außenpolitik. Hier heißt Freiheit „freie Weltwirtschaft"; wider die Freiheit (und damit als sozialistisch negativ stigmatisiert) ist alles, was nur entfernt als Entgegenkommen auf die Forderungen der Entwicklungsländer erscheint.

Was die Scheinalternative von Freiheit und Sozialismus der Opposition eintragen wird, sei dahingestellt; sicher ist, daß sich die auf ihrem Hintergrund vollzogene Interpretation von UNCTAD IV als einer Konferenz, auf der die Weltmarktwirtschaft gegen das Votum für eine Weltplanwirtschaft zu verteidigen sei, in der Verhandlungsposition der BRD auf eine mehr als fragwürdige Weise niedergeschlagen hat. Daß dies so ist, wird in besonderer Weise aus einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) deutlich, in dem gerade auch die Ereignisse des letzten der vorgesehenen Verhandlungstage (die Konferenz sollte am 28. Mai 1976 schließen; um wenigstens Übereinstimmung über das weitere Verfahren zu erzielen, wurde die Konferenz bis in die Nacht des 29./30. Mai weitergeführt). gewürdigt werden. In dem angesprochenen Kommentar (FAZ v. 29. 5. 1976) wird zunächst mit Bedauern konstatiert, daß die westlichen Industrieländer, anders als die Entwicklungsländer, in den Sachfragen oft nicht einig seien. Während die einen den „gefährlichen Wünschen" der Entwicklungsländer entgegenzukommen bereit seien, widersetzten sich die anderen „aus guten Gründen einer fortschreitenden Abkehr von der bisherigen Freizügigkeit im Welthandel". Dann heißt es: „Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Bundesrepublik zu der zweiten Gruppe gehört, ja sogar fast zu deren Wortführer geworden ist. Gerade die Bundesrepublik kann das auch, denn sie selbst liefert einen überzeugenden Beweis dafür, welch große Fortschritte mit einer freizügigen Wirtschaftsordnung und einer disziplinierten Währungspolitik für alle Bürger erzielt werden können. Aber nicht nur wir, sondern auch die übrige Welt einschließlich der Entwicklungsländer haben von der Liberalisierung seit Kriegsende erheblich profitiert. Das wird zwar von den Entwicklungsländern immer wieder bestritten, aber sie würden ihr blaues Wunder erleben, wenn all das, was sie jetzt an einschränkenden Maßnahmen fordern, verwirklicht würde."

Worum ging es also bei UNCTAD IV: ging es tatsächlich um die Vorbereitung für jenes „blaue (oder vielleicht besser: rote) Wunder", das die bisherige „freizügige Wirtschaftsordnung" beseitigen soll? Im Mittelpunkt dessen, was die Entwicklungsländer als ihre Forderungen in UNCTAD IV eingebracht haben, steht die Forderung nach einem „integrierten Rohstoffprogramm". Ziel dieses Rohstoffprogramms ist es, für bestimmte Rohstoffe (neben Kakao, Kaffee und Tee, Kupfer, Zinn, Zucker, Gummi, Wolle u. a.) einen Rahmen zu schaffen, der den Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländern eine wenigstens tendenziell stabile Verwertung ihrer Rohstoffe auf dem Weltmarkt sichern soll. Oder, in der Formulierung, die die „Gruppe der 77" in der Konferenz von Manila (2. bis 6. Februar 1976 zur Vorbereitung auf UNCTAD IV) gefunden hat, wird mit dem integrierten Rohstoffprogramm eine „Umstrukturierung des Welthandels auf dem Rohstoffsektor" dergestalt beabsichtigt, „daß für die Rohstoffprobleme eine lebensfähige Lösung gefunden wird, daß der Wert der Exporte und der Exporterlöse der Entwicklungsländer steigen oder aufrechterhalten werden können, daß die Weiterbearbeitung in diesen Ländern zunimmt und die Terms of Trade sich zu ihren Gunsten entwickeln. Unter Berücksichtigung dieser grundsätzlichen Ziele sollte die Vierte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung konkrete und wirksame Beschlüsse über ein integriertes Programm, alle seine Bestandteile, die Ver-

wirklichung aller seiner Ziele und alle notwendigen internationalen Maßnahmen, einschließlich eines Verhandlungsplans, fassen". Dabei wird die Forderung nach einem integrierten Rohstoffprogramm bewußt einbezogen in die seit der UN-Rohstoffkonferenz (6. Sondersitzung der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974) international geführte Diskussion über eine „Neue Internationale Wirtschaftsordnung", eine Diskussion, die in der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" *) (29. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 12. 12. 1974) einen völkerrechtlich markanten Niederschlag gefunden hat und die 1974 keineswegs vom Himmel gefallen ist. In ihrer Ausrichtung auf die Realisierung des „Rechts auf die natürlichen Reichtümer" ist sie verbunden mit Überlegungen, die bereits rund zwanzig Jahre früher, im Rahmen der Konferenz von Bandung (1955) angesprochen worden waren: Die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung korrespondiert unmittelbar mit der „Resolution über die ständige Souveränität über die natürlichen Reichtümer und Hilfsquellen", die die Vereinten Nationen im Dezember 1962 verabschiedet haben; UNCTAD I bis III sind nicht anders als die entsprechenden Konferenzen der im Zusammenhang mit UNCTAD I ins Leben gerufenen „Gruppe der 77" wie auch der Konferenzen der blockfreien Länder, u. a. die unmittelbaren Vorläufer des Programms für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung.

Was folgt aus diesen Anmerkungen zur Zielsetzung von UNCTAD IV für die Ausgangsfrage dieses Beitrages? In der Tat spricht einerseits das über Jahrzehnte dauernde Ringen um die Durchsetzung der Unabhängigkeit im ökonomischen Bereich in deutlichen Worten dafür, daß in dem, was allgemein Neue Internationale Wirtschaftsordnung und speziell Integriertes Rohstoffprogramm heißt, die Notwendigkeit zum Verzicht auf einiges, imperialistisch Liebgewonnene enthalten ist. Andererseits liegen (und auch hier ist die vermerkte internationale Auseinandersetzung Beweis) die Folgen der bisherigen Beziehungen der westlichen Industriestaaten zu den Entwicklungsländern in Gestalt einer verschärften Entwicklung zur Unterentwicklung derart offen zutage, daß die „Prinzipientreue" der BRD nicht zuletzt im Vergleich mit den Positionen anderer westlicher Länder (etwa der Niederlande) bei entwicklungspolitisch Engagierten und international Bewußten — an einschlägigen kirchlichen und gewerkschaftlichen Stellungnahmen zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung wie auch zur UNCTAD IV fehlt es nicht — nur mit Unverständnis betrachtet werden wird. Beides zusammen, die Tatsache der zunehmenden politischen Formierung der aus der Dekolonisierung hervorgegangenen neuen Staaten und die realpolitische Orientierung auf die konkrete Situation weltweiter Unterentwicklung lassen den pathetischen Aufruf zur Verteidigung der Weltmarktwirtschaft ebenso hohl erscheinen wie die Prognose des „blauen Wunders" zynisch ist: Nicht die Weltplanwirtschaft stand in Nairobi zur Diskussion, sondern die Forderung nach „etwas" mehr international respektierter Gerechtigkeit — die allerdings, was auch und gerade der niederländische Entwicklungsminister J. Pronk betont hat, durch die gegenwärtige Form „freier" Weltwirtschaft nicht gestattet wird.

Das Ringen um das integrierte Rohstoffprogramm wird in der Konferenz über den gemeinsamen Fonds für Rohstoffauffanglager, die quasi nach Schluß von UNCTAD IV in letzter Minute für März 1977 vereinbart wurde, weitergegeben. Allerdings wird die Behandlung realer Interessen mit Hilfe von Polemik und „Prinzipientreue" nur bedingt weiter vertagt werden können. Ob Rohstofffragen, die Bevölkerungsentwicklung, die Welternährungsfrage,

*) Wortlaut in „Blätter", 10/1975, S. 1168 ff.

das Seerecht oder, wie demnächst, die Weltbeschäftigungsproblematik auf der Tagesordnung internationaler Organisationen stehen, das Postulat für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung steht, ausgesprochen oder nicht, hinter jedem dieser Gegenstände. Die Neuordnung der Weltwirtschaft steht allerdings auch dort auf der Tagesordnung, wo, wie im südlichen Afrika, der West-Sahara oder in anderen Teilen der Welt der Befreiungskampf, der Kampf um die nationale Bestimmung geführt wird. Manfred O. Hinz

Die häßlichen Europäer

Wir haben gewarnt. Nun ist es so weit gekommen. Seit vier Jahren ziehen die Kritikaster hierzulande den Radikalenerlaß in den Schmutz. Durch systematische Hetze, Fehlinformation und Geschrei ist es ihnen mittlerweile tatsächlich gelungen, das Blut aller Europäer gegen uns in Wallung zu bringen. Der „häßliche Deutsche", heißt es über Nacht wieder, zwischen Narvik und Palermo, Paris und Warschau.

Da gründet François Mitterand, der Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, unverfroren ein „Komitee für die Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik". Das Komitee, dem führende Persönlichkeiten der Partei angehören, protestiert „gegen die Entlassungen, denen Beamte wegen Verdachts auf Zugehörigkeit zu Linksbewegungen zum Opfer fallen". Eine Zumutung ist diese Intervention! Wie schreiben doch die „Düsseldorfer Nachrichten" mit Recht: „Hier maßen sich Kräfte eine Richterrolle über ein Nachbarland an, deren Verhalten sie als Monopolverwalter des Freiheitsbegriffes gänzlich unglaubwürdig macht. Offenbar wird der Verdächtigte, der häßliche Deutsche, für eine Politik benötigt, die mit ihren Volksfrontgelüsten gerade die Gefahr heraufbeschwört, die sie im deutschen Fall zu bekämpen vorgibt: die Wegbereitung für eine neue Diktatur." Das mußte einmal gesagt werden: Es gibt keinen „häßlichen Deutschen", die Europäer sind vielmehr häßlich gegen uns.

II

Häßliche Europäer, und wir kennen auch genau den Grund ihres Hasses. Die der SPD nahestehende „Neue Rhein-Zeitung" wirft Mitterand „Einmischung" in die bundesdeutsche Innenpolitik vor und schreibt: „In Frankreich ist ein gewisses Antideutschtum wieder ‚in'. Ursache: Die Rolle, in der sich der europäische Klassenprimus Bundesrepublik mit seinen Fleiß- und Leistungsnoten für Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik mit mehr oder minder großem Geschick präsentiert."
Lassen wir einmal das „mehr oder minder große Geschick", derlei zersetzende Skepsis führt nicht weiter. Fest steht: Seit Bismarcks Epoche bis in die freilich etwas schwierigen Dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts hat sich die Welt gegen uns verschworen, und wir haben gut getan, uns dagegen prinzipienfest, ja, trutzig zu wehren. Die „Rheinische Post" (CDU) spricht uns aus der Seele, wenn sie rügt, Mitterrands Verstoß sei „nicht nur eine grobe Taktlosigkeit, sondern eine Unverschämtheit. ... Willy Brandt, der sich mit Mitterrand so gut versteht, sollte den Genossen energisch auf die Finger klopfen. Gut, daß Genscher es schon getan hat".

III

Auf die Finger klopfen — das ist es. Es war der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Biedenkopf, der den richtigen Weg wies und befand, die am 29. Mai 1976 in der Karlsruher Stadthalle unter dem blasphemischen Titel „Internationale Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD" tagende 800köpfige Versammlung hätte verboten und die ausländischen Teilnehmer über die Grenze abgeschoben werden müssen. Welch' beispielhafte Signalwirkung würde es doch gehabt haben, wenn der Bundesgrenzschutz für diesen Fall italienische Verfassungsrichter, dänische Theologen, französische Professoren, niederländische Wissenschaftler, kurz, den ganzen unerwünschten prokommunistischen Troß über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland abgeschoben hätte ...

Sie hätten es für ihre frechen Einmischungen wohl verdient. Da hatte doch der römische Berufsrichter Dr. jur. Giuseppe Caizzone die Stirn, in der Stadt des Bundesverfassungsgerichts Deutschland, jawohl Deutschland, auf die Anklagebank zu setzen: „Ein einziger schwarzer Leitfaden zieht sich vom Gesetz von 1878 des Kaisers Wilhelm I. über das Gesetz Hitlers vom April 1933 bis hin zur Verordnung Adenauers und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. 1. 1972." Der Pariser Rechtsanwalt Pierre Kaldor besaß den traurigen Mut, „den Opfern der Hexenjagd in der Bundesrepublik und den mutigen deutschen Bürgern, die dagegen kämpfen, den Solidaritätsgruß tausender französischer Demokraten zu überbringen". Der Luxemburger Professor André Hoffmann überbrachte gar dreiste Liebeserklärungen: „Unsere ‚Liebe zu Deutschland' gilt auf keinen Fall den bundesdeutschen Hexenjägern, sie gilt am ehesten noch ihren Opfern; und die Bundesrepublik mit ihren Berufsverboten ist alles andere als ein ‚Modell', jedenfalls kein nachahmenswertes."

„Notstandsgesetze und Radikalenerlaß können nicht isoliert gesehen werden", meinte da zänkisch auf deutschem Boden H. Wielek, das Vorstandsmitglied des holländischen PEN-Zentrums. Und: „Sie sind Ursache und Folge anderer Ereignisse und Entwicklungen. Sie sind Symptom und Symbol eines Staates, der immer deutlicher nach rechts rückt."

IV

Von wegen 3 000 Fälle von Berufsverboten! Außenminister Genscher stellte klar, es gibt gar keine Berufsverbote in der Bundesrepublik. Die Kritik des westlichen Auslands beruhe auf Unkenntnis. Wenn es aber doch hier und da „Berufsverbote" geben sollte, dann kann uns keiner den Vorwurf machen, wir seien nicht gründlich genug. Unsere Bundesregierung hat in verdienstvoller Weise eine Anpassung des Ministerpräsidentenbeschlusses an die seither gemachten Erfahrungen der Einstellungsbehörden, die einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1975 sowie die Berufsverbots-Entschließung des Bundestages vom 24. Oktober 1975 vorgenommen. Nach den „8-Punkte-Richtlinien" der Bundesregierung sind jetzt die Bedenken dem Betroffenen schriftlich mitzuteilen, der Betroffene hat das Recht, sich dazu schriftlich oder mündlich zu äußern, die Vernehmung ist zu protokollieren, auf Antrag darf der Betroffene sogar einen Anwalt hinzuziehen, die Verurteilung darf nur auf gerichtsverwertbare Tatsachen gestützt werden und ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

Damit behandeln wir in der Bundesrepublik Deutschland jeden Roten künftig so ordentlich und korrekt wie einen Totschläger vor Gericht. Das sollen uns die sauberen Europäer, die jetzt so laut schreien, erst einmal vormachen!

Mathias Jung

Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

Im kommenden Monat feiern die USA den 200. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776. Unter dem von Präsident Ford gemünzten Motto „Die amerikanische Revolution geht weiter!" hat die Regierung der USA eine auf internationale Wirkung bedachte ambitiöse Public-relations-Aktion ausgelöst, deren Wellen seit Monaten auch die Bundesrepublik überfluten. Nach Vietnam, Watergate und im Zeichen anhaltender wirtschaftlicher Krisenerscheinungen soll das historische Jubiläum augenscheinlich als Anlaß für den Versuch dienen, eine Renaissance der insbesondere in den Jahren des Kalten Krieges aus naheliegenden Motiven geförderten Illusionen über das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" heraufzuführen. Unter Berufung auf die Ziele der Revolution von 1776 wird der amerikanische Weg und folgerichtig das heutige System der USA als ein auch für die Gegenwart und Zukunft gültiges Modell empfohlen, ohne daß eine inhaltliche Auseinandersetzung mit historischem Anspruch und gegenwärtiger sozialer und politischer Wirklichkeit stattfände. Ausgeklammert wird sowohl der eklatante Widerspruch zwischen der inneren Krise des heutigen Systems der USA und den fortschrittlichen Zielen der amerikanischen Revolution des 18. Jahrhunderts, wie auch die Tatsache, daß die Unabhängigkeitsbewegungen der Gegenwart in den USA des Jahres 1976 ihren Hauptwidersacher sehen und daß — wie die Entwicklung in der UNO besonders deutlich zeigt — immer mehr Länder und gesellschaftliche Kräfte vom „amerikanischen Modell" abrücken und einen nichtkapitalistischen Weg suchen.
Die folgenden Beiträge von amerikanischen, sowjetischen und bundesdeutschen Autoren — setzen sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Frage nach Anspruch und Wirklichkeit des amerikanischen Weges auseinander, einer Frage, die im bisherigen Jubiläumsbetrieb eher vernebelt als geklärt wird, die aber angesichts der weltpolitischen Rolle der kapitalistischen Führungsmacht und der anhaltenden Ausrichtung der Bundesrepublik auf die USA auch die demokratische Bewegung unseres Landes elementar berührt.
Im Juliheft der „Blätter" wird eine Bestandsaufnahme der konkreten wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung in den USA folgen. D. Red.

Abhängigkeitserklärung

Von H. J. Krysmanski

§ 1

Der zweihundertste Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung kann nur ein Anlaß mehr sein, Klarheit über Zustände der Abhängigkeit zu gewinnen, in denen wir uns noch immer befinden und zu denen in unserer Epoche

die Vereinigten Staaten von Amerika Entscheidendes beigetragen haben. Die amerikanische Verfassung hat den bürgerlichen „levelling spirit" *) von 1776 derart unter Verschluß genommen, daß ihm ein für allemal Hören und Sehen vergingen. Die amerikanische Wirklichkeit ist dermaßen mit Krieg und Unterdrückung verbunden, daß durch sie mehr als durch die historische Erfahrung des Faschismus das allgemeine bürgerliche Selbstverständnis endgültig zu Bruch geht. Wie aber spiegelt sich diese amerikanisch verstärkte Abhängigkeit, diese starke Abhängigkeit von Amerika, in den individuellen Erfahrungen von Abhängigen wider, die geboren wurden, als das Kapital mit dem New Deal eine dem Faschismus alternative Form der Krisenbewältigung erprobte; die Hitlerjungen waren, als das New Deal sich als erfolgreicher erwiesen hatte; die während des Kalten Krieges studierten und sich während des Vietnamkriegs weiterqualifizierten; und die jetzt, beispielsweise als Professoren, nicht mehr auf der Seite der Bourgeoisie stehen?

§ 2

Es entbehrt wohl nicht einer gewissen Folgerichtigkeit, prononcierter amerikanischer Umerziehung als überzeugter Sozialdemokrat entstiegen zu sein. Sucht man in nostalgischer Stimmung, die heutigen Reden Helmut Schmidts im Ohr, im monatlichen „Information Bulletin" (1945 bis 1953) der US-Militärregierung nach Anhaltspunkten für den Inhalt der damaligen Umerziehungsprogramme — und vergegenwärtigt man sich einige Aspekte der westdeutschen Nachkriegsgeschichte —, so fallen die Anstrengungen auf, die unternommen wurden, um nicht so sehr Christlich-Soziale, Liberale usw. als vielmehr Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, vor allem übrigens in Berlin und München, der amerikanischen Demokratie und dem Anti-Kommunismus zu verpflichten. In den verschiedenen HICOG **)-Austauschprogrammen etwa, die mangels unbelasteter Bewerber zunächst nur langsam in Gang kamen, tauchen immer wieder Namen auf, die bis heute bestimmend für die Richtlinien der SPD-Politik geblieben sind. Zufall? „Es könnte Zufall sein, daß Männer und Frauen in einflußreicher Position im heutigen Deutschland, die entweder direkt oder im Geiste mit den westlichen Demokratien zusammenarbeiten, Austauschstudenten der zwanziger Jahre waren", heißt es 1948 im „Bulletin" [1]). Heute, und nun auf europäischem Niveau, arbeitet keine Gruppierung wirkungsvoller als die SPD „direkt oder im Geiste" an der Durchsetzung eines „demokratischen Sozialismus", der doch nichts anderes will als die Verkettung jenes „levelling spirit" von 1776 mit beliebiger Verfassungswirklichkeit, selbst der spanischen.

§ 3

Auf diese Formel lassen sich auch Illusionen bringen, mit denen damals Schüler nach USA-Aufenthalten zurückkehrten. Nach „Persönlichkeit, Erscheinungsbild, Führungsqualitäten, Anpassungsfähigkeit, politischen Aktivitäten und Offenheit" gesiebt, bei einer Durchfallquote von über 98 %, durften diese Siebzehnjährigen in amerikanischen Mittelschichtenfamilien einen Way of Life beobachten, der, wie das „Bulletin" schrieb, „leichter und freier und glücklicher war als alles, was sie jemals zuvor gesehen hatten". Das „Bulletin" hatte recht, man kann sich den Eindruck, den dieser Sprung in ein freundliches, gelassenes Parallel-Universum voller Überfluß und Beweglichkeit hinterließ, heute kaum mehr vorstellen. Hier

*) Übersetzt etwa: Idee der bürgerlichen Gleichheit; d. Red.
**) High Commission for Germany — amerikanische Hochkommission für Deutschland; d. Red.
1) „Information Bulletin", Magazine of US Military Government in Germany, Nov. 30, 1948, S. 11.

waren Wenige, nach ihrem Selbstverständnis in Verantwortung und stellvertretend für ihre Generation, am Ziel injizierter Wünsche und zum Teil einer sorgfältig arrangierten Experimentalsituation im oberen Mittelschichten-Milieu ausgesetzt. Die frühen 50er Jahre waren in den USA ganz ohne Frage eine Zeit der Mittelschichten, die niemals zuvor oder danach problemloser gelebt haben und die damals außerdem — etwa durch die „G.I. Bill of Rights", die demobilisierten Soldaten im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen der US-Wirtschaft eine höhere berufliche Qualifikation ermöglichte — erheblich anschwollen. Freiheit der beruflichen und sozialen Mobilität, Freiheit im Kapitalismus in scheinbar absolutem Gegensatz zur faschistischen Unfreiheit war unmittelbar demonstrierbar — und damit, als Instant-Erfahrung, die Reformierbarkeit des Kapitalismus. Nur die konstante und vermittelte weitere Erfahrung mit eben diesen amerikanischen Mittelschichten hat dann gezeigt, unter welchen Zwängen sie sich dahinschleppen und wie sie in der Krise von der Messerschneide der Mitte auf die eine oder andere Seite absinken [2]).

§ 4

Einen anderen Modus der Abhängigkeit von der Mittelschichten-Illusion stellte damals für ökonomisch demobilisierte deutsche Handwerker, Techniker, Akademiker usw. die Auswanderung nach Nordamerika dar. Gehört die Persönlichkeitsentwicklung schon unter normalen Mittelschichtenbedingungen — wie unsere Pädagogen wissen — zu den widersprüchlichsten gesellschaftlichen Prozessen, so wird sie unter den Bedingungen der Immigration zu einer Form der Selbstaufopferung, die allein noch dem formalen Erhalt der Schichtzugehörigkeit dient. Diese Immigranten wurden meist zu musterhaften Verhaltenshülsen, die den Mythos von der Mittelklassengesellschaft hüben wie drüben außerordentlich stabilisieren halfen — Wernher-von-Braun-Modelle. Ihre intellektuellen Söhne, denen unter solchen Umständen die herrschaftsstabilisierende Bedeutung einer an sich unhaltbaren Mittellage aufgehen mußte, wandten sie oft entweder mit größerer Zielstrebigkeit als andere dem Dienst an der herrschenden Klasse zu — Henry Kissinger als glänzendes Beispiel. Oder sie bereiteten in der an den großen Universitäten Nordamerikas schon immer voll entwickelten linken Szene die sensible Rebellion der kleinbürgerlichen Studenten vor bzw. auf — wie Charles A. Reich [3]).

§ 5

In Westdeutschland war das amerikanische Mittelschichten-Integrationsrezept besonders leicht in das vom Faschismus hinterlassene Ideologievakuum im Bereich der Sozialwissenschaften hineinzupressen, über umfangreiche Stipendien- und Beeinflussungsprogramme, über Institutsgründungen und die Gründung einer Universität. Eine Austauschschülermentalität auf Privatdozentenniveau durchzieht eine zeitlang die gesamte westdeutsche Soziologie, Politologie, Sozialpsychologie usw. Neben die traditionellen Stabilitätswissenschaften der Jurisprudenz und Ökonomie wurde mit amerikanischer Hilfe ein ganz neuer Zweig von Integrationswissenschaften gestellt. Man denke an Dahrendorfs oder auch Luhmanns Übersetzungen eines zentristischen Liberalismus, in denen die Ideen der Gleichheit und Freiheit immer wieder auf ihre trickreiche Verbindung in der

[2]) Vgl. die ausgezeichnete Darstellung der Mittelschichten-Problematik in den USA von Richard Parker, Der Mythos von der Mittelschicht. Ein Armutszeugnis der Wohlstandsgesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1973.
[3]) Charles A. Reich, The Greening of America, New York 1970.

amerikanischen Verfassung zurückgedreht werden. Man denke an die mit großem Aufwand lancierten Rollen-, Schichten- und Systemtheorien, deren Funktionalismus mit Gleichmut die Differenz zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Über- und Unterprivilegierten, zwischen Unabhängigkeit und Abhängigkeit aus dem Gesellschaftsprozeß hinausdefinieren kann. Doch Westeuropa ist als Campus-Idylle ebensowenig haltbar wie die Vereinigten Staaten von Amerika. „Nach Angaben des Amtes für Volkszählung erhielt das reichste US-Zehntel im Jahre 1968 27 % des Geldeinkommens, während das ärmste Fünftel nur 5 % bekam. Etwas anders ausgedrückt, bedeuten diese Zahlen, daß 10 % der Amerikaner — und zwar die reichsten — 1968 mehr Geld erhielten als 50 % der gesamten Bevölkerung — und zwar die unteren Schichten. Wirtschaftliche Gleichheit gehört eindeutig nicht zu den herausragenden Merkmalen der heutigen amerikanischen Gesellschaft" [4]).

§ 6

Mit Dankbarkeit und Bewunderung erinnert man sich aber auch des amerikanischen Soziologen C. Wright Mills, der in der Auseinandersetzung mit so bombastischen soziologischen Monopoly-Spielern wie Talcott Parsons (ausgeschickt zur Amerikanisierung komplexer Gehirne) schon vor über zwanzig Jahren unter den besonderen amerikanischen Bedingungen Wege zu einer klassentheoretischen Analyse eröffnet hat. Mills hatte mit seinen Untersuchungen über die Gewerkschaften, die Angestellten, die soziologische Denkweise und vor allem über die Machtelite der USA zumindest unter den Studenten die integrationistisch-pluralistische Betrachtungsweise in eine gewisse Bedrängnis gebracht. Als er dann aber nach Reisen in die sozialistischen Länder und die Dritte Welt, vor allem nach Kuba, immer deutlicher das Programm eines unter US-Bedingungen praktikablen Marxismus entwickelte, setzte die ganze Unterdrückungsmaschinerie des amerikanischen Wissenschaftssystems ein, die ihn in die Selbstvernichtung trieb und die heute noch, durch dubiose Nachlaßwalter, sein Werk verfälscht. Dennoch ist Mills insofern ein Vorbild für die Auseinandersetzung mit dem professionalisierten amerikanischen Sozialnihilismus geblieben, als er gezeigt hat, daß nur die direkte, kompetente Auseinandersetzung mit bürgerlicher Sozialwissenschaft zu relevanten Handlungsorientierungen führt.

§ 7

Solche Erfahrungen mit der Mittelklassen-Soziologie lenken den Blick noch einmal auf Erfahrungen mit Angehörigen der amerikanischen Mittelschicht, deren Persönlichkeitsentwicklung uns damals als Beispiel für die Chancen der amerikanischen Gesellschaftsentwicklung aufgedrängt wurde. Da sind die Ärzte, die als republikanische Moralisten im öffentlichen Gesundheitswesen, im Dienste multinationaler Konzerne und amerikanischer Hilfsprogramme ihre Mittelklassenwerte durchsetzen wollten und heute, nach gescheiterten Feldzügen gegen die Armut und gegen den Kommunismus, nach Watergate und in der Krise vollkommen resignieren und sich Farmen kaufen, um wenigstens Amerikas agrarische Utopien zu realisieren, und auch hier den großen Versicherungen, den monopolistischen Farm-Kooperativen nicht entgehen und schließlich beginnen, über die gewerkschaftliche Organisation von Ärzten nachzudenken. Da sind die Professoren, die in einem großen Wurf die amerikanische Gesellschaft als Mittelklassengesellschaft begreifen wollten, die durch großzügige Stiftungsstipendien

4) Richard Parker, a.a.O., S. 18.

ihrer eigenen Herkunftsklasse entfremdet wurden und die jetzt intellektuell ausgetrocknet samt ihren privilegierten Söhnen in den Subkulturen eines zynischen Konservatismus bzw. Guru-gesteuerter transzendentaler Meditationsgemeinschaften verschwunden sind. Da sind die Manager, deren Selbstbewußtsein zunächst ausreichend in den konzerneigenen ideologischen Schulungskursen gestärkt wurden, die aber mit fünfundvierzig plötzlich merken, daß sie dem Konzern, wenn sie ihren Lebensstandard halten wollen, auch ohne Ideologie für die nächsten zwanzig Jahre von morgens um 6 bis abends um 7 gehören werden und die nun allein noch der „ökonomischen Rationalität" gehorchen und neben ihrer Familie den Sinn, ganz im Geheimen, auf die sozialistische Alternative richten — denn eines hat ihr Konzern ihnen beigebracht: global zu denken.

§ 8

Aber nicht nur im eigenen Land zerbröckelt die Mittelschichten-Loyalität und beginnen Orientierungsversuche entlang der antagonistischen Klassenlinie. Wer verfolgt hat, in welchem Ausmaß die Amerikaner beispielsweise in Lateinamerika versucht haben, in den 50er und 60er Jahren die Mittelschichten zu kooptieren, nicht zuletzt mit Hilfe „wissenschaftsimperialistischer" Methoden, der wird von den Veränderungen der letzten zehn Jahre beeindruckt sein. Inzwischen macht nicht nur die Zahl der Militärdiktaturen, sondern vor allem ihr weitgehend einheitlicher Charakter deutlich, in welche Richtung die herrschende Klasse der USA zu gehen bereit ist, wenn ihre Konsensus- und Integrationspolitik scheitert: Juan Boschs These von der „Pentagonisierung" des amerikanischen Imperialismus, d. h. von seiner zunehmenden Militarisierung und seiner Bereitschaft zur Kolonialisierung des eigenen Volkes, gewinnt an Plausibilität. Neben vielen nord- und natürlich lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern haben auch zahlreiche westeuropäische Kollegen aus den Erfahrungen mit der Militarisierung ihrer eigenen Forschungen (Projekt Camelot als Spitze eines Eisbergs) klassentheoretische Orientierungen gewonnen [5]). Und Chile schließlich hat den Mittelschichten endgültig gezeigt, wozu sie mißbraucht werden, wenn sie glauben, sie seien der Mittelpunkt.

§ 9

Wer wie wir Deutschen die Amerikaner als benevolente Besatzungsmacht kannte, wer die Er- und Einträglichkeit von Amerikanisierung erlebt hatte, mußte den Amerikanisierungsversuch von Südvietnam zunächst einmal ziemlich gelassen betrachten, sozusagen im Rahmen nicht unangenehmer Erinnerungen an das Abhängigwerden. In dem Maße aber, in dem im Vorgehen der US-Militärs, der Diplomaten, der Entscheidungs- und Verteidigungsintellektuellen eine entsublimierte Variante der eigenen Erziehung zum Anti-Kommunismus erkannt wurde, mußten die Illusionen über Amerika spektakulär zusammenbrechen. Auf einmal stand der auf einer kapitalistischen Sklavenwirtschaft, dem Genozid der Indianer, dem Gratisanfall von Land und Bodenschätzen, der brutalen Zurichtung von gratis zugeflossener Arbeitskraft, dem Gratiszufluß von Gold in den Weltkriegen aufgebaute amerikanische Imperialismus in seiner ganzen im Verlaufe seiner inneren Geschichte angesammelten provinziellen Kälte vor uns. Die strukturellen Quellen des Faschismus, so lange sorgfältig verschleiert, lagen offen. Auch hier geschah die Augenöffnung durch Umorientierungen innerhalb der amerikanischen

[5]) Vgl. J. L. Horowitz, The Rise and Fall of Project Camelot: Studies in the Relationship between Social Science and Practical Politics, Cambridge/London 1967; wichtig für die Entwicklung solcher Orientierungen sind die Publikationen des North American Congress of Latin America (NACLA).

Mittelschichten: innerhalb der Gruppe der Intellektuellen, Experten, Beamten und Journalisten, die ihre sozialtechnologische Qualifikation auf einmal an den Kräften, durch die sie bewegt worden waren, zu erproben begannen. Es gibt keine genaueren Darstellungen der Abgründe der amerikanischen Vietnam- und Weltpolitik als die amerikanischen Dokumentationen von Ellsberg, Halberstam usw.[6]). Und auch die Chronisten von Watergate, so sehr sie für Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse und für die Ablenkung von der Vietnam-Niederlage mißbraucht wurden, lassen jene „armies of the night" anwachsen, die zwar auf den Stufen des Capitols nur mit Blumen fuchteln und allenfalls für McGovern oder Jimmy Carter stimmen, die aber zugleich auch den Konsens mit dem Rockefeller-Liberalismus, den unsere Bundestagsparteien jetzt reklamieren, aufgekündigt haben.

§ 10

So wie das Herrschaftspotential der herrschenden Klasse der USA durch amerikanische Selbstreflexion für bedrohte Bourgeoisien in aller Welt disponibler wurde, so ist im letzten Jahrzehnt auch das amerikanische Demokratisierungspotential für demokratische Bewegungen in aller Welt anzapfbar geworden. Aus der „einsamen Masse" bürgerlicher Zyniker und aus dem „Greening of America" bürgerlicher Romantiker sind durch die Erfahrungen der schwarzen und weißen Bürgerrechtsbewegungen bewußte Gruppierungen hervorgegangen, von denen auch europäische Abhängige lernen können. Dieses Transformationspotential auch in den Mittelschichten wird nicht zuletzt in den Produkten der Kulturindustrie sichtbar, in denen Revolution und Repression sich oft zu sinnfälligen Bildern verbinden. Zwar geschieht die Abbildung der Bewegungskraft der Massen meist in künstlichen Isolationssituationen — man denke an „Einer flog übers Kuckucksnest" oder „Easy Rider" —, in denen alltagsheroische Befreiungshandlungen fast regelmäßig durch die Gewalt von Systemrobotern abgewürgt werden; doch gerade das Artifizielle dieser Revolutions-Repressions-Gleichnisse läßt keine unmittelbaren Identifikationen mehr zu, sondern erzwingt durch die gezeigte Ausweglosigkeit kleinbürgerlicher Selbstbefreiungsversuche die Suche nach den wirklichen Freunden und den wirklichen Feinden. So wird ein Bob Dylan zwar zur Ware, aber die Kriegsherren zahlen mit der Publikation von „The Masters of War".

§ 11

Andererseits zeugt es vom Sicherheitsgefühl der herrschenden Klasse der USA, daß sie sich seit Jahrzehnten in all ihrer Verschlagenheit und „Andersartigkeit" (F. Scott Fitzgerald) darstellen läßt — es gibt wohl in keinem anderen Land eine derartig reichhaltige Literatur über „die Reichen" [7]). Doch diese Immunisierung durch kalkulierte Offenheit beginnt an Wirksamkeit zu verlieren, nicht nur seit den Selbstreinigungs-Scharaden von Watergate usw., sondern auch in alltäglichen Hofberichten wie jenem, den Robert Scheer jüngst in „Playboy" aus dem Lager von Nelson Rockefeller gab: „Rockefellers am meisten beeindruckende Eigenschaft ist sein Vertrauen in seine Fähigkeit, jedermann kooptieren zu können ... Ich verstand bald, daß Rockefeller implizit an die marxistische Klassenkampfanalyse glaubt — er steht nur eben auf der anderen Seite ... Die Rocke-

[6]) Daniel Ellsberg, Ich erkläre den Krieg. München 1973; Die Pentagon-Papiere, München, Zürich (Knaur) 1971; D. Halberstam, Die Elite, Reinbek bei Hamburg 1974.
[7]) Vgl. z. B. G. William Domhoff, Who Rules America?, Englewood Cliffs 1967; F. Lundberg, Die Reichen und die Superreichen, Hamburg 1969.

fellers sind nicht mächtig wegen ihres ungeheuren Reichtums, sondern weil sie durch geschickten Gebrauch ihres Reichtums sich zum arbiter rerum *) unseres politischen Grundkonsens machen konnten ... Wir neigen dazu, die großen multinationalen Konzerne als unabhängige und miteinander rivalisierende Einheiten zu betrachten. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Die Spitzen der Industrie und Finanz verständigen sich kontinuierlich sowohl in harten Diskussionen als auch bei freundschaftlichen gesellschaftlichen Begegnungen ... Rockefeller sagt von Henry (Kissinger), er sei klug, so wie man von einer Frau sagt, sie habe einen hübschen Hintern — es ist ein nützliches Attribut, es regt einen sogar an, aber es ist käuflich." Die Arroganz der Klasse, die sich solche Reporter leistet, deutet auf eine Überlebensstrategie, die meint, auf die Loyalität ihrer eigenen Gesellschaft verzichten und sich möglicherweise durch ein globales Netz von Zwingburgen der Technologie, des Wissens, des Kapitals — durch ein Netz multinationaler Konzerne — erhalten zu können. Damit aber wird ein hinterwäldlerischer Größenwahn dieser Klasse offenbar, der sich augenscheinlich weder von feudalen Mustern freimachen noch sich eine Vorstellung von der Macht und Zielstrebigkeit sozialer Massenbewegungen machen kann.

§ 12

Die US-Gesellschaft, die im Prachtband „We Americans" der National Geographic Society oder in „Spiegel"-Serien noch wie ein Topf chili con carne repräsentiert wird, ist eine ausgeprägte Klassengesellschaft, die sich, was Ungleichmäßigkeit der inneren Entwicklung angeht, immer mehr, wenn auch auf einem höheren Niveau des Wohlstands, der Struktur jener Entwicklungsländer angleicht, die sie auspowert. Die US-Verfassung, welche den demokratischen Überschuß der Unabhängigkeitserklärung schnell eingeholt hatte, „um Schutz für das Eigentum in jenen künftigen Zeiten zu liefern, in denen die Privateigentümer eine Minorität in den USA sein würden" [8]), ist zu einer brutalen materiellen Gewalt geworden, die jeden ansatzweisen Selbstreinigungsprozeß der amerikanischen Demokratie zur bloßen Schnörkelbeseitigung reduziert. Die amerikanische Verfassung hat der Entwicklung der amerikanischen Macht-Elite allen Raum gelassen. Am Anfang, als nur die Ostküste zählte, wurden die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Institutionen von einer kleinen Elite von Mehrfachbegabungen, wahren Helden der Bourgeoisie, im Alleingang gelenkt. Später während des 19. Jhs. gab es entsprechend der dezentralisierten gesellschaftlichen Struktur des damaligen Amerika viele kleine Machtzentren, ökonomischer Caudillismo aus den Provinzen bestimmte den gesellschaftlichen Prozeß. Mit den Kongreßwahlen von 1866 setzte sich der Einfluß der Großindustrie durch; die großen Trusts und Bankhäuser begannen ihre Macht auf nationaler Ebene zu zentralisieren; als Gegenmacht mit populistischen Zügen formierte sich um den Präsidenten und mit Hilfe des „muckraking"-Journalismus **) ein zentralisiertes politisches System. Es wurde in der Periode des New Deal mit der Macht der Großindustrie zu einem staatsmonopolistischen System verbunden, das die Basis für das weitere Vorgehen der herrschenden Klasse der USA abgab. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen mit Rüstungsindustrie und gewaltigem Militärapparat, mit den neuen weltweiten „Aufgaben" der USA zusätzliche Machtstrukturen hinzu, die den Präsidenten Eisenhower, der den schwindenden Einfluß der Rolle des Präsidenten spürte, zur Warnung vor dem Militär-Industrie-Komplex veranlaßten. Das zentrale Steuerungsinstrumentarium außerhalb der politischen Kontrolle wuchs. In den 60er

*) Deutsch: Schiedsrichter; d. Red.
8) M. Jensen, The Making of the American Constitution, Anvil Books 1964, S. 9.
**) Wörtlich: „Mistgabel-Journalismus"; d. Red.

Jahren, im „Krieg gegen die Armut", im Flug zum Mond, vor allem aber im Schutze und Schatten des Vietnamkrieges wurde dieses Instrumentarium weiter ausgebaut.

§ 13

Und dann kommt die Niederlage im Vietnamkrieg, eine enorme politische, aber keineswegs eine ökonomische oder militärische Bedrohung der Stellung der herrschenden Klasse. Wie reagiert sie auf diese Niederlage, die sie, wenn man nach Hannah Arendt ginge, gar nicht so recht überleben könnte? [9]) Sie tut nichts anderes, als daß sie einen Zipfel ihrer jenseits der politischen Kontrolle angesammelten Macht vorweist, einerseits sicherlich widerwillig und gezwungen, andererseits aber auch mit bewußter Gelassenheit und Zielstrebigkeit. „Deep Throat" *) als Sprecher der herrschenden Klasse und die Washington Post als ihr Sprachrohr beginnen, ein Stückchen von ihrer geheimen Macht zu verschenken, aber nur, indem sie zugleich die Rolle des Präsidenten und damit das politische System insgesamt weiter entscheidend schwächen. Sie ziehen alle Frustrationen, alle Wut über die Vietnamniederlage auf eine unglückliche Figur, die der herrschenden Klasse lange und mit Hingabe gedient hatte und schlagen so viele Fliegen mit einer Klappe: Ablenkung von Vietnam. Schwächung des politischen Systems, Bereinigung von Undichtigkeiten und Widersprüchen im industrie-militärischen Herrschaftsinstrument, Erzeugung peripherer politischer Bewegungen, Verhinderung zentraler politischer Bewegungen. Zugleich ist durch diese Entwicklungen der politische Gegensatz als Klassengegensatz ungeheuer verschärft worden; die herrschende Klasse der USA hat die Möglichkeiten der Verfassung der USA durch den Verstoß eines Präsidenten sozusagen ausgereizt, sie wird sich nicht mehr verhüllt politisch betätigen können. Das Herumlavieren von Rockefeller beweist das. Die Klassengesellschaft, ökonomisch offenkundig, findet in den USA nun auch politisch einen immer deutlicheren Ausdruck.

§ 14

Die Amerikaner haben also in den letzten Jahren ihre herrschende Klasse noch besser kennengelernt. Zwei Momente treten dabei besonders hervor. Zum einen, wenn man sich zum Beispiel die Entwicklung des Council on Foreign Relations und die Signale, die von dort kommen, anschaut, findet zur Zeit auf der Basis der multinationalen Konzernpolitik eine bewußte und gegenüber den zwanziger Jahren vielfach potenzierte Kooptationspolitik gegenüber der Sowjetunion statt, die von der einer solchen Klasse natürlich naheliegenden Vorstellung ausgeht, in der Sowjetunion gebe es vielfältig organisierte Interessengruppen, die man gegeneinander ausspielen könne und mit denen man sich insgesamt — sozusagen von heterogen zusammengesetzter Machtelite zu heterogen zusammengesetzter Machtelite — verständigen könne. In diesem Kontext ist z. B. auch die „Sonnenfeldt-Doktrin", die einer vermeintlichen Partner-Klasse aus Entlastungsgründen Spielraum in ihrem „Herrschaftsbereich" signalisiert, zu verstehen. Das zweite Moment ergibt sich aus dem ersten: je mehr die herrschende Klasse der USA in solchen Bestechungsversuchen den wahren Charakter des realen Sozialismus (als einer umfassenden gesellschaftsformationellen Umwälzung unter der bewußten Planung und Steuerung einer politisch organisierten Mehrheitsklasse) verkennt, um so mehr gestattet sie der realen Alternative des Sozialismus den Zugang zu den eigenen Massen. Die faktische Zurücknahme der Konsensuspoli-

*) Amerikanischer Spielfilm, 1975; d. Red.

9) Vgl. ihre Aussage, „daß wir seit dem Ende des ersten Krieges fast automatisch erwarten, daß keine Regierung, und kein Staat und keine Regierungsform, stark genug sind, um eine Kriegsniederlage zu überleben". Über die Revolution, München 1965, S. 14.

tik in den USA, die sich in der rücksichtslosen Durchsetzung der multinationalen Konzerninteressen, im konzentrierten Abbau der Sozialleistungen, in der Freisetzung der Arbeitskräfte ohne auch nur den Schein einer gesellschaftspolitischen Dämpfung usw. äußert, eröffnet nämlich einem breiten sozialistischen Bewußtseinsprozeß in den amerikanischen Massen Tür und Tor. Zwar wird durch die offizielle Behandlung der Sowjetunion als einer zweiten Supermacht, deren Elite in ihrem Machtbereich nach den gleichen Mechanismen unterdrückt wie die herrschende Klasse der USA, der sowjetische Sozialismus als reale Alternative im Bewußtsein verstellt, doch gibt es vermutlich kein anderes kapitalistisches Land, in welchem in den Massen selbst der Sozialismus intensiver und konkreter diskutiert wird.

§ 15

Man kann die Bewegungen innerhalb der amerikanischen Massen natürlich verschieden interpretieren, und auch hier sind die mittelständischen Mißkonzeptionen Legion, von Schumpeters ahnungsloser Frage, warum es keinen Sozialismus in den USA gibt, bis David Riesmans Theorem von einem qualitativen Sprung im Vermassungsprozeß selbst, nämlich zu einem neuen, „autonomen" Menschen, dem Bildungsbürger auf Massenbasis [10]). Die amerikanische Massengesellschaft als Schmelztiegel der Gegensätze und als Experimentierfeld für Auschöpfungen bürgerlicher Freiheits- und Demokratiemöglichkeiten zu sehen, hat durchaus einen realen Hintergrund: den über Jahrhunderte dauernden und erst seit wenigen Jahren endgültig abgeschlossenen Prozeß der Landnahme, der horizontalen Ausbreitung von Menschen in einem riesigen Land, in dem die begrenzten bürgerlichen Freiheitsmöglichkeiten aus der individuellen Lebensperspektive — wenn's mir nicht paßt, zieh ich eben ein paar hundert Meilen weiter — durchaus als eine Welt der unbegrenzten Möglichkeiten erscheinen konnten. Diese Illusion hat die Menschen in den USA hin und her und vor allem nach Westen fluten lassen, bis heute mit dem kalifornischen Schlußverkauf, dessen einer Ausdruck sicherlich die Hippie-Bewegung war, die lateralen *) Möglichkeiten, die ruralen **), parochialen ***), anti- und posttechnologischen usw. Variationen des „good life" und das Reich der „inneren" Möglichkeiten (trotz Drogen) ausgeschöpft sind und Bewegungsmöglichkeiten nur noch nach „oben" oder „unten" oder als gesamtgesellschaftliche Transformation bleiben: „... die Grenzen sind erreicht. Es ist kaum Platz zu verschwenden und immer weniger Raum, um Fehlern auszuweichen" [11]).

§ 16

Es liegt nicht zuletzt an jenen weiten Horizonten, daß Klassenkämpfe in den Vereinigten Staaten häufiger als anderswo nicht als solche, sondern als isolierte Revolten und Konflikte wahrgenommen wurden. Aber allein die Geschichte der amerikanischen Gewerschaftsbewegung ist bis zur Ausdehnung der staatsmonopolistischen Kontrolle auf die Zentralgewerkschaften im Zuge der New Deal-Politik eine Geschichte von Klassenauseinandersetzungen auf hohem Bewußtseins- und Organisationsniveau. Heute stehen die USA mit an der Spitze der Streikstatistik kapitalistischer Länder, wobei in steigendem Maße soziale und politische Forderungen erhoben und nichtproletarische Schichten (Lehrer, Polizisten) einbezogen werden. Hinzu kommen die vielfältigen sozialen Bewe-

10) D. Riesman, Die einsame Masse, Hamburg 1958.
*) Etwa: Neben-, benachbarte oder vom Zentrum wegführende Möglichkeiten; d. Red.
**) Ländlich; d. Red.
***) Parochial, eigentlich von: Parochie = Kirchspiel, Amtsbereich eines Pfarrers; d. Red.
11) „The Washington Post", veröffentlicht in: „The Guardian Weekly", Vol. 114, No. 3.

gungen, in denen sich Minoritätenprobleme und Klassenauseinandersetzungen verbinden. Wenn dieses Bewegungspotential zunächst selbst von Beobachtern wie C. Wright Mills, ganz zu schweigen vom Rest der Zunft, unterschätzt und als eine ziellose Aktivität im Prinzip ohnmächtiger, atomisierter, abhängiger Massen abgetan wurde, so liegt das sicherlich zum Teil an der relativ erfolgreichen Strategie der herrschenden Klasse, die Realität der amerikanischen Gesellschaft auf die von ihr kontrollierten Organisationsstrukturen und deren „Rationalität" einzugrenzen und den Rest der Gesellschaft als irrelevantes Chaos kollektiver Verhaltensweisen erscheinen zu lassen. Aber so wie auf diese Weise die Massen sich selbst überlassen und nur noch als Arbeitskraft angezapft werden, so beginnen die Massen auch die herrschende Klasse allein zu lassen. Montags, klagt „Newsweek", erscheinen oft 20 % der Arbeiter nicht am Arbeitsplatz, in vielen Büros ist nach zwei Jahren das gesamte Personal einmal ausgewechselt, nach Erhebungen der Rockefeller-Foundation hat sich die Zahl derjenigen, die noch an den Wert „harter Arbeit" und an „Unterwerfung unter Autorität" glauben, in vier Jahren halbiert [12]). Zugleich beginnen sich die Abhängigkeits- und Aufsässigkeitserfahrungen der amerikanischen Massen immer stärker mit den Erfahrungen der Abhängigen in anderen kapitalistischen und Entwicklungsländern zu verflechten. Das beginnt bei den unteren und mittleren Kadern des amerikanischen Unterdrückungsapparates, die im Ausland mit unverschleierten Abbildern ihrer eigenen Unterdrückung konfrontiert werden und endet bei der bewußten Organisation solidarischer Beziehungen zwischen amerikanischen Minderheiten und Befreiungs- und Klassenbewegungen in anderen Teilen der Welt.

§ 17

Unter dem Anlaß einer zweihundert Jahre alten Unabhängigkeitserklärung wird in der Reflexion deutlich, wie obsolet und bürgerlich solche Erklärung ist. Die Erklärung der Unabhängigkeit war schon 1776 im wesentlichen ein Geschäftstrick, der Austritt aus einer Firma zwecks Gründung einer eigenen Firma, zwecks Eintritt in die Weltmarktkonkurrenz, zwecks Herstellung ökonomischer Abhängigkeit in umgekehrter Richtung — mit ungeheurem geschäftlichen Erfolg offensichtlich. Mit solchen Deklarationen aber ist keine Befreiung aus imperialistischen Zwängen möglich. Zwar möchten viele Kräfte in Westeuropa die westeuropäische Integration als eine neue Unabhängigkeitserklärung formulieren, um besserer Konkurrenzbedingungen willen, um Erfahrungen aus den Klassenauseinandersetzungen jenes Staatenbundes den Abhängigen Westeuropas vorzuenthalten. Amerikafeindlichkeit, Unabhängigkeit von Amerika aus Geschäftssinn ist also ein dubioser Weg. Die Möglichkeiten der Befreiung und Transformation müssen aus den gegenwärtigen Bedingungen imperialistischer Verstrickung und Verflechtung entwickelt werden. Das aber heißt: nicht nur das europäische Kapital lernt aus Erfahrungen der brutalsten und verschlagensten Kapitalistenklasse der Geschichte, sondern auch die Abhängigen Europas lernen aus den Erfahrungen von Ausgerotteten und Sklaven, von Arbeiterimmigranten, von Utopisten und Populisten, von amerikanischen Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten, von desillusionierten Mittelschichten, von Vietnamveteranen und sensiblen Rebellen, von Intellektuellen und Wissenschaftlern — wir werden abhängig von diesem Reservoir und müssen gerade im Zuge der westeuropäischen Integration diese Abhängigkeit bewußt ausbauen.

[12]) „Newsweek", April 24, 1972, S. 35.

§ 18

Wer mit achtzehn in den USA umerzogen wurde, kann Abhängigkeit von den USA gar nicht anders begreifen.

Zur Sozialpathologie der Amerikaner

Von Frank Trommler

Die USA befinden sich in einem Tief. Das macht es dem Kritiker schwer. Denn die Einwände und Vorwürfe liegen nur allzu griffbereit vor ihm: sie sind selbst längst kommerzialisiert und verkaufen sich nicht schlechter als die Huldigungen der 50er Jahre.

Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Gründungsväter 1776 und der Wirklichkeit des Bicentennial-Jahres 1976 ist Thema zahlloser Diskussionen, Analysen und Witze in diesem Land. Ihr Kommerzwert wird auch vom Fernsehen bestätigt, wo die Firma Shell die großen Momente der Gründerzeit in Werbespots einem mäßig interessierten Publikum vor Augen führt. Shell sorgt dafür, daß inmitten der kritischen Porträts, ironisierenden Shows und niederdrückenden Dokumentationen aus der Gegenwart die illustren Momente der amerikanischen Geschichte lebendig werden. Daraus läßt sich ablesen, wer mit dem nationalen Erbe wirklich etwas anzufangen weiß. Andererseits sind sich die Werbefachleute nur allzugenau bewußt, was beim Großteil des Publikums ankommt. Ihre Kalkulation bestätigt sich beim genaueren Hinsehen: auch die schärfste Kritik an der amerikanischen Gesellschaft wird noch von den großen Momenten des nationalen Erbes getragen.

Dieser Sachverhalt läßt sich vom europäischen Beobachter mit mehr oder weniger Ironie konstatieren. Aber er ist mehr als ein Kuriosum. Er stellt zugleich eine Barriere dar, die viele nichtamerikanische Kritiker übersehen. Er zwingt dazu, die Voraussetzungen der geläufigen und im letzten Jahrzehnt stark angewachsenen Kritik zu reflektieren. Dabei handelt es sich, grob gesagt, vor allem um zwei Positionen: Entweder übernehmen die Beobachter die Analyse amerikanischer Kritiker, die an Schärfe und Bissigkeit kaum zu übertreffen ist, verwenden sie aber abgelöst von deren Basis und gelangen damit zu abstrakten Folgerungen, die schnell in die bekannten Klischees zurückfallen. Oder die Beobachter legen ein von vornherein formuliertes Kategoriensystem an die Verhältnisse an und verlieren sich sehr bald im Ausbügeln von Widersprüchen, Angleichen an die Fakten, ohne im Analytischen weit über die bereits bekannten Feststellungen hinauszugelangen. Das hat nichts mit dem geläufigen simplifizierenden Satz zu tun, daß Aussagen über die USA immer zumindest zur Hälfte verifiziert werden können — mit ebensoviel Spielraum für gegenteilige Ansichten. Vielmehr ist es die Folge der Unterschätzung der Andersartigkeit von Gesellschaft und Gesellschaftskritik in diesem heterogenen Land. Wobei hinzugefügt werden muß, daß das Land — besonders mit Film und Fernsehen, die sich in Europa einen zweiten Markt geschaffen haben, den sie bewahren wollen — viel dazu tut, der Andersartigkeit einen geringen Stellenwert zuzuweisen. Der europäische Beobachter

fühlt sich nicht nur im imaginären Wilden Westen, sondern auch im realen New Yorker Slum und Luxusvorort zuhause.

Die genannte Barriere sei noch etwas genauer erläutert. Sie erwächst dem spezifischen Bildungs- und Erfahrungshorizont des Amerikaners, jenem Bereich, in dem dieser seine Identifikation findet, über die jeweilige Stellung als Farmer, Fernfahrer, Politiker und Intellektueller hinaus. Gewiß ist der Gründungstraum vom amerikanischen Paradies längst aufgegeben. Der Vietnam-Krieg hat die neueren Varianten, die unter Kennedy Anfang der 60er Jahre noch einmal sichtbar wurden, zerschmettert. Aber „The American Idea" (Richard Goodwin) ist als Identifikationsfaktor immer noch maßgebend, wobei die Auslegungen differieren mögen. Das bestätigen die Herausforderungen der jüngsten Zeit. Das bestätigen nicht zuletzt die kritischen Bestandsaufnahmen nach Vietnam und Watergate-Skandal. Die früheren Kritiker imperialistischer Politik, etwa beim Feldzug gegen Spanien um die Jahrhundertwende, haben bereits die Abweichung von der „amerikanischen Idee" zur Grundlage ihrer Argumentation gemacht. Das gilt auch heute noch. Die Opponenten der amerikanischen Politik formulieren ihre Einwände als eine Bestätigung und Erneuerung der „amerikanischen Idee", nicht als eine Absage an sie. In dieser Hinsicht hat Watergate mit der Besinnung auf die Verfassung und deren Entstehung im aufgeklärten 18. Jh. tatsächlich festigend gewirkt. Schon Alexis de Tocqueville hob den Konservatismus hervor, der sich mit dem Zwang zur Integration heterogener Elemente verbindet. Er fand zwei Dinge besonders erstaunlich in Amerika: „Die große Veränderbarkeit bestimmter menschlicher Verhaltensformen und die einzigartige Festigkeit gewisser Prinzipien ... Menschen, die in demokratischen Gesellschaften leben, ... ändern, wandeln und erneuern sekundäre Angelegenheiten, sind aber sehr darauf bedacht, die Grundlagen nicht anzurühren. Sie lieben den Wandel, aber sie fürchten die Revolution."

Natürlich liegen auch hierzu genügend Einwände bereit. Doch läßt sich die gegenwärtige Situation in den USA nicht ohne Reflexion dieser Grundbedingungen und Traditionen erhellen. Nur wenn das Beharrungsvermögen im ökonomischen, politischen und geistigen Bereich berücksichtigt wird, gewinnt die Frage nach dem Wandel aktuellen Wert.

Die zentrale Problematik nach Vietnam und Watergate artikuliert sich in dem Zusammenstoß von Revision und Tradition: Ist die Selbstbesinnung des Landes nach den Niederlagen auf außen- und innenpolitischem Gebiet stark genug, um Änderungen einzuleiten?

Das Bicentennial-Jahr, von vielen als Herausforderung empfunden, von manchem als unanständiger Witz glossiert, dürfte mit seinen Festreden und Memorabilien insgesamt nicht als Motor großer Wandlungen wirken. Dazu kommen die Wahlen, die die Unterbrechung der demokratischen Tradition wieder beenden werden: nach dem *ernannten* Präsidenten (und Vizepräsidenten) übernimmt nun wieder ein *gewählter* Präsident das Weiße Haus, und das bedeutet eine große Beruhigung für das amerikanische Legitimitätsdenken. Schon in den Wahlkampagnen und ihrer wohlvertrauten Zirkusatmosphäre ist die „Business-as-usual"-Stimmung zu konstatieren, und nicht zufällig protestieren die Schwarzen dagegen, daß ihre Probleme in den Kampagnen bisher völlig vernachlässigt wurden. Immerhin verfügen sie ja über ein großes Wählerreservoir. Schließlich ist das Wichtigste: Die Wirtschaft steuert aus dem Tal heraus. Die Wirtschaftskommentare zur Rezession legen den Schluß nahe, die Selbstzweifel wegen Watergate seien eigentlich nur Ableger der Zweifel über die Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems gewesen.

Zweihundertjahrfeier, Präsidentschaftswahlen und Konjunkturaufschwung stellen gewiß temporäre Phänomene dar. Wo von Veränderungen die Rede ist, verweist man auf anderes — etwa darauf, daß der Vietnam-Krieg durch die Protestinitiativen der jugendlichen Massen zu einem Ende gekommen sei. Hieran aber haben sich kräftige Zweifel erhoben. Wohl ist den Zielen der Friedensbewegung, zumal den Attacken gegen die Rüstungspolitik, viel Achtung (und Nostalgie) erhalten geblieben, nicht aber der von ihr gepflegten Zweiteilung der Gesellschaft in ältere Generation, ethnische und Arbeitergruppen (Hardhats) dort und junge Generation und Akademiker hier. In Wirklichkeit war es eine große Anzahl von Menschen über vierzig, von Katholiken und Arbeitern, die den Krieg nicht weniger, allerdings ohne Demonstration, kritisierten, und nicht von ungefähr: denn *ihre* Söhne fielen in Vietnam. Wie überhaupt die Beurteilung der Arbeiter von wenigen Klischees gesteuert wurde und wird, am einfachsten mit dem Hardhat-Symbol, das sicherlich mit der Jugendrevolte nichts zu tun hatte. In dem Unmut vieler Arbeiter bemerkten die Jüngeren kaum die Enttäuschung darüber, daß die Linken und Liberalen ihre Versprechungen dem Proletariat gegenüber nicht wahr machten, was Arbeitsbeschaffung, bessere Schulen etc. betrifft. So blieb auch die Erscheinung wenig beachtet, daß gerade nach den großen „guten" Demonstrationen in Washington die Unterstützung für Nixons Politik in der Bevölkerung anstieg. Er profitierte zugleich vom Protest der Jüngeren.

„Do it!" hieß das Motto der revoltierenden Jugendlichen, ein Motto der Selbstbefreiung, faszinierend und stimulierend. Aber das Motto erfaßt es auch schon: die Kämpfe in Berkeley, in Washington, in Chicago stellten Stationen einer Selbstbefreiung dar, nicht einer längerfristigen politischen Strategie. Ob das Wort „politisch" in diesem Zusammenhang überhaupt angebracht ist, mag offenbleiben. Die Kategorien verwischen sich, rücken denen der Psychologie nahe. Das gilt auch für die andere Seite, wie die Watergate-Enthüllungen klargemacht haben. Nixons Festungs-Hysterie im Weißen Haus, die inzwischen literarisch aufgerauht worden ist (Jonathan Schell, *The Time of Illusion),* stand in gewissem Zusammenhang damit. Man hat von Vietnam (und Kambodscha) als innerem, nicht nur innenpolitischem Problem der Amerikaner gesprochen. Vietnam sei keine Realität gewesen, die in das Land brach, sondern die eigene Surrealität, die nach außen brach. Der Krieg als Mittel der Einschüchterung: das ist geblieben. Nixons Nachfolger Ford hat bisher die Amnestie für diejenigen abgelehnt, die das Land verließen, um ihm nicht in dem sinnlosen Kampf zu dienen.

Über der Selbstbefreiung seien die ursprünglichen Befreiungsaktionen nicht vergessen, die Aktivitäten der Civil Rights-Bewegung Anfang der 60er Jahre, in der sich der zivile Ungehorsam der Studenten zunächst gesellschaftspolitischen Aufgaben verpflichtete. *Hier* wurde an den Nerv der Gesellschaft gerührt, *hier* sprang die Surrealität auf. Es waren wichtige Schläge gegen das Alte, von den Sit-Ins gegen die behördliche Diskriminierung bis zu den Freedom Rides gegen die Rassentrennung auf öffentlichen Verkehrsmitteln im Süden und den Aktionen zur Wählerregistrierung der Schwarzen. *Hier* eskalierte die Gesellschaft die Gewaltkonfrontation, die sich die Jugendlichen in Europa erst inszenieren mußten.

Aber die gemeinsame Strategie von weiß und schwarz zerbröckelte. Während die weißen Studenten die Universität zu ihrem Schlachtfeld machten, nahmen die Schwarzen den blutigen Kampf um ihre Emanzipation ganz in die Hand. Der Versuch der Studenten, die Komplizenschaft der Universitäten zum Vietnam-Krieg aufzuzeigen, brachte viele Emotionen, aber nur wenig klare Analysen zustande. Inzwischen ist die Abhängigkeit der Universitäten auf andere Weise zu-

tagegetreten; längst schleppen sie sich mühsam dem ökonomischen Zyklus nach, gründlich verunsichert über die Gültigkeit ihrer Ausbildung und die finanzielle Stabilität ihrer Institutionen.

Die Spaltung der Protestbewegung, die zunächst schwarz und weiß zusammengeführt hatte, wurde von vielen Schwarzen begrüßt und selbst als Schritt weiterer Emanzipation angesehen. Das mag richtig sein. Die Gemeinsamkeit mutet heute als ferne Idylle an. Damit hat aber auch die Rassenproblematik wieder ihre Spitze verloren, genauer: ihren zentralen Platz in den Überlegungen zu gesellschaftspolitischer Veränderung. Zu schnell ist das Raster der Minoritätenpolitik zur Hand — was seine Funktion in diesem Falle nicht erfüllt, da die schwarze Bevölkerung an der „amerikanischen Idee" keinen Anteil hat. Sie partizipierte daran nur insofern, als dieses Konzept auf ihrem Rücken entwickelt wurde. Wo heute „schwarzes Pathos" sichtbar wird, schwingt die Attacke gegen die „amerische Idee" mit: Sie habe nicht versagt und nicht versagen können, denn sie sei nichts anderes als ein Ausbeutungsinstrument gewesen.

Andererseits gelang es jedoch auf seiten der Schwarzen bisher nicht, einheitliche Identifikationsmuster zu etablieren, mit denen der Pfeil, der sich gegen die vorhandene Ordnung richtet, eine feste Halterung bekommen hätte. Der Pfeil wird immer wieder eingelegt, aber er rüttelt zwischen schwarzem Kultur- und Rassenbewußtsein einerseits und Klassenagitation andererseits hin und her. Das machte sich schon Mitte der 60er Jahre bemerkbar. Die Vertreter der Black-Power-Bewegung vermochten kein politisches Programm auszuarbeiten, das sich in die Vorstellungen von „black culture" eingefügt hätte. Ohne politische Strategie aber blieb die Programmatik der „black culture" ein Panther ohne Krallen und Zähne. Ein Slum verschwindet nicht, wenn er als Stätte schwarzer Kultur gewürdigt wird.

Die Debatte „color-and-culture versus class" hat sich inzwischen intensiviert. Besonders mit der Rezession und der unter Schwarzen besonders hohen Arbeitslosigkeit ist der Ton schärfer geworden. Organisationen wie die „National Black Assembly" sind darüber zerstritten, ebenso zahlreiche Black Studies-Departments an den Universitäten. Vereinfacht gesagt, stehen sich wissenschaftliche Sozialisten und schwarze Nationalisten gegenüber, wobei die Fronten keineswegs eindeutig verlaufen. Die wissenschaftlichen Sozialisten — die „neuen" Marxisten-Leninisten — haben wenig mit der etablierten Kommunistischen Partei (der 30er Jahre) im Sinn, betrachten sie als revisionistisch und nur die Schwarzen als wirkliche Initiatoren im Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus. Ihren Anführern wie Ron Karenga ist jedoch zum Vorwurf gemacht worden, daß sie die kulturellen Fragen völlig aus dem Auge verlieren und damit der Sache schaden. Wie schwer die Lösung ist, zeigen die Bestrebungen der Black Panther-Gruppe, die inzwischen Geschichte geworden ist, unter brutaler Nachhilfe des FBI. Ihre Kombination „revolutionärer Nationalismus" blieb ein Begriff. Ihre theoretischen Bemühungen hatten nur marginalen Effekt, alte Parolen der Linken wie „Einheitsfront gegen Krieg und Faschismus" hoben nur wenige von den Sitzen, ihr Marxismus-Leninismus war vage — oder bloßer Voluntarismus.

Demgegenüber verurteilen die schwarzen Nationalisten den Marxismus-Leninismus als weiß und rassistisch, als eine andere Integrationsideologie. Sie stehen Allianzen mit Weißen besonders ablehnend gegenüber und streben auch in der (schwarzen) Arbeiterschaft eine schwarze Führung an.

Was offenbleibt, sind Anleitungen für die alltägliche Praxis. Wenn viele Beobachter den Mangel an konkreten Programmen kritisierten, so meinten sie beide

Seiten der Debatte gleichermaßen. Harold Cruse *(The Crisis of the Negro Intellectual)* tadelte die Diskussion als verwirrend und ablenkend, andere nennen sie notwendig. Die Praxis stellt in der Tat ein schwieriges Terrain dar. Der Hinweis auf den Vorsprung des Südens an schwarzen Institutionen mitsamt schwarzem Kapitalismus vor dem Norden und seinen Großstädten tut es nicht allein, ebensowenig die Erwähnung eines so stimulierenden und einflußreichen Mobilsenators wie Jesse Jackson in Chicago, der kapitalistische Praktiken einbezieht und sich auch den Respekt der ideologischen Debattanten verschafft hat. Zu diesem Problem gehört auch die Beantwortung der Frage, warum sich die Gettoaufstände der 60er Jahre nicht wiederholt haben, obwohl die ökonomischen Bedingungen inzwischen schlechter geworden sind. Gewiß ist, daß die Hoffnungen der 60er Jahre, als die Civil Rights- und Black Power-Bewegung eine breite Emanzipation in Aussicht stellten, längst verschwunden sind. Die Notwendigkeiten des Überlebens im Alltag nehmen alle Kräfte in Anspruch. Sie zähmen das Protestpotential, das sich vor zehn Jahren in Massenaktionen Luft schaffte. Außerdem wissen die Schwarzen, daß viele Städte seit 1968 eine starke Polizeistreitmacht aufgebaut haben, wohlausgerüstet gegen Aufstände und durchaus entschlossen vorzugehen. Das Wissen mag einschüchternd wirken, wenn es in den Sommern hie und da brodelt.

Zugleich aber verändern sich die Formen des sozialen Protests. Man hat die Steigerung der Kriminalität damit in Beziehung gesetzt (abgesehen von der rezessionsbedingten Steigerungsrate). Überfälle und Angriffe auf einzelne Personen häufen sich — ein besonders aktuelles Kapitel. Die Berichte aus der „Mordstadt" Detroit haben genügend Schlagzeilen gemacht. Dieser Bereich ist hinlänglich bekannt.

Was eine intensivere Beschäftigung mit diesen Dingen auf seiten der weißen Mehrheit hindert, ist nicht zuletzt die verbreitete Annahme, den Schwarzen gehe es heute besser als je zuvor. Viele Initiativen, von denen man Jahr für Jahr liest, versanden. Es ist die alte Krankheit, die in dieser heterogenen Gesellschaft, die den Konsensus als Verpflichtung kennt, besonders blüht: daß die Schwächen und Fehler eingesehen werden und man damit zur Tagesordnung übergeht, zu einer Tagesordnung, die die politischen Pendelausschläge auf ein Minimum zu reduzieren sucht.

Hier vor allem setzen die aktuellen Überlegungen nach Vietnam und Watergate ein. Obgleich die Kritiker der Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt große Aufmerksamkeit schenken, entfalten sie sich nicht eigentlich auf außenpolitischem Gebiet. Die Argumentation ist eher moralisch und philosophisch, richtet sich auf die Welt, um Punkte für die kathartische Reinigung im eigenen Hause zu sammeln, nach der im Moment noch Bedürfnis besteht. Im Moment noch: das klingt nicht allzu hoffnungsvoll. In einer vor kurzem erschienenen, für die aktuelle amerikanische Selbstkritik repräsentative Untersuchung bemüht sich der Autor, Arnold A. Rogow, den Pessimismus, der sich aus den zusammengetragenen Fakten ergibt, am Ende durch einige optimistische Ausblicke zu balancieren. Aber selbst Richard Goodwin, der Verfasser von bedeutenden Kennedy- und Johnson-Reden, merkte in der *„New York Times Book Review"* an, daß diese Ausblicke in Rogows *The Dying of the Light. A Searching Look at America Today* mit der vorangegangenen Analyse kaum Schritt halten könnten. Um die grundsätzlichen Wandlungen in der Einkommensverteilung, die adäquate Zuordnung von Kapital und Produktionskapazitäten zum öffentlichen, nicht nur privaten Bedarf, die Mitsprache der Arbeiter etc. zu erzielen, müßte erst die

soziale Revolution geschehen, für deren Verhinderung der Autor zuvor so viele Beweise erbracht habe. Dazu gehört auch die von Rogow angedeutete Möglichkeit, daß gesellschaftliche Reformen, so tiefgreifend sie auch sein mögen, die schwarze Nation in diesem Land nicht wirklich einschließen würden.

Natürlich lenken die Kritiker den Blick auf die Macht der multinationalen Konzerne, die der konservativen Gesellschaftspolitik ihren Stempel aufprägen. Und in der Bevölkerung ist, zumal mit der Veröffentlichung der Profite der Ölkonzerne nach der Energiekrise, das Bewußtsein gewachsen, konsequent betrogen zu werden. Doch bleibt es fraglich, ob daraus mehr als ein neuer Zynismus über die Schattenseite des Kapitalismus hervorgeht, die in der Rezession so deutlich sichtbar geworden ist.

Wenn schon von der Auswirkung der Konzernpolitik die Rede ist, so dürfte der Frage mehr Gewicht zukommen, ob die amerikanische Gesellschaft die durch diese Politik verschärften Gegensätze in den verschiedenen Gruppenansprüchen wird integrieren können. Diesem Problem sehen sich auch andere moderne Gesellschaften gegenüber, wenngleich es nicht immer so schnell an den Nerv des nationalen Selbstverständnisses rührt wie in den USA. Daniel Bell hat die Diskussion über das wachsende Konfliktpotential um den Begriff der „nachindustriellen Gesellschaft" bereichert und darauf hingewiesen, daß nicht mehr allein die überlieferten Klasseninteressen miteinander ringen, sondern auch andere an die Technik und Bürokratie gebundene gesellschaftliche Kräfte. Er stieß bei den Marxisten auf Widerspruch; Christopher Lasch wies ihm Verschwommenheiten und unstatthafte Generalisierungen nach. Ohne diese Diskussion aufzurollen, sei das Fazit angeführt: daß das bereits ansehnliche Konfliktpotential dieser Gesellschaft mit den aktuellen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zunimmt. Von hier aus dürften die zukünftigen Kritiker die „amerikanische Idee" auf ihre Integrationskraft hin prüfen, wenn Vietnam und Watergate schon Geschichte geworden sind.

Doch sei wiederholt: Die Frage nach der Integration (die heute offensichtlich die nach der Revolution „integriert"), stellt sich auch anderen Staaten. Und in diesem Vergleich ist das Integrations- und Konsensuspotential dieses Landes nicht zu unterschätzen. Die Selbstkritik der Amerikaner, mitsamt den Filmen aus den New Yorker Slums, sollte nicht zu falschen Schlüssen verführen.

Das Barometer zeigt Schlechtwetter an

Die USA an der Schwelle ihres dritten Jahrhunderts*)

Von Gus Hall

I

Säkularjubiläen sind eine passende Gelegenheit, festzustellen, was die verschiedenen Klassen von ihrer Vergangenheit halten und wie sie die Zukunftsperspek-

*) Entnommen aus der in Prag erscheinenden Monatszeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Heft 4/1976.

tiven sehen. Wie der atmosphärische Druck die Wetterlage signalisiert, so zeigen auch diese Jubiläen — wie empfindliche Barometer — die Höhe des politischen und ökonomischen Drucks an, der das Klima der Zukunft gestaltet. Steigt das Barometer, ist der Weg nach vorn klar und verheißt er Erfolg, so sind die Jubiläumsfeierlichkeiten gleichsam der Zukunft zugewandt. Sinkt hingegen das Barometer, ist der weitere Weg gefahrvoll und ungewiß, so verwandelt sich das Jubiläum in eine Veranstaltung zum Gedenken an die „ruhmreiche Vergangenheit" und ist Anlaß für wehleidige Zeitungskommentare mit dem Tenor „Warum ist alles schiefgegangen?".

Das 200jährige Jubiläum der Unabhängigkeit der USA vom britischen Kolonialjoch hat ganze Berge von Büchern, Artikeln, Kommentaren, Spielfilmen, Fernseh- und Rundfunkprogrammen entstehen lassen. Die meisten davon berichten über die Geschichte der USA, ohne auf deren Hauptinhalt einzugehen. Das ist natürlich eine Verfälschung, aber die Gründe dafür sind begreiflich, besteht doch die Aufgabe der bürgerlichen Historiker gerade darin, das Wesen des Geschichtsprozesses zu vertuschen.

Wer Angst hat, Öl in das Feuer des heutigen Kampfes zu gießen, für den ist es schwer, über die revolutionären Ereignisse der Vergangenheit zu schreiben. Wie sollte man nicht in Verlegenheit geraten, wenn man das britische Kolonialregime vor 200 Jahren brandmarken und dabei die heutige aggressive Politik des USA-Imperialismus übergehen muß. Ein fast unmögliches Unterfangen ist es, von den in der Vergangenheit geführten grandiosen Streiks und anderen historischen Schlachten der Arbeiterklasse zu reden und gleichzeitig zu bestreiten, daß die Geschichte der zurückliegenden zwei Jahrzehnte im Grunde eine Geschichte des Klassenkampfes gewesen ist. Recht schwierig ist es, über die Grundwidersprüche, die Natur der Klassenkräfte und die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung in der zurückliegenden Zeit zu schreiben, ohne zuzugeben, daß die gleichen Widersprüche und Gesetze auch heute noch wirken, daß sie weiterhin Faktoren sind, die die Zukunft des Kapitalismus der USA bestimmen. Infolgedessen müssen die Historiker, die den Kapitalismus verteidigen, die wahre Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika verheimlichen oder entstellen.

Aber Karl Marx und Friedrich Engels haben das, was die bürgerlichen Historiker zu verheimlichen suchen und dafür weder mit Zeit noch mit Mühe geizen, schon längst in helles Licht getaucht. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" [1]), heißt es im „Manifest der Kommunistischen Partei". Und obwohl diese Bemerkung auf die frühen primitiven Formen der Gesellschaftsordnung nicht anwendbar ist, charakterisiert sie exakt die 200-jährige Geschichte der USA. Diese Wahrheit ignorieren heißt die Wahrheit verheimlichen.

Vor 100 Jahren — zum ersten Säkularjubiläum der USA — verhießen die langfristigen Vorhersagen des politischen Barometers dem amerikanischen Kapitalismus Schönwetter. Jetzt steht der Zeiger auf herannahenden Sturm. Manche versuchen, die gegenwärtige Krise zu bemänteln, indem sie darauf hinweisen, daß es auch im Jahre 1876 kritische Probleme gegeben habe. Nun, das stimmt. Der Kapitalismus der USA litt auch damals unter Krisen, aber sie sind mit den heutigen überhaupt nicht zu vergleichen. Die Probleme von 1876 ergaben sich aus der zyklischen Entwicklung, die allgemeine Krise des Kapitalismus hingegen ist von ganz anderer Art. Die zyklischen Rückgänge entstanden und verschwanden

[1]) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 462.

bald darauf, die allgemeine Krise des Kapitalismus hat tieferen und vor allem ständigen Charakter.

Die Feierlichkeiten anläßlich des 100jährigen Jubiläums im Jahre 1876 waren dem US-Kapitalismus Anlaß für schillernde Zukunftsprognosen. Es sah so aus, als würden die Vereinigten Staaten für alle Zeiten das „gelobte Land" nicht nur für die Millionen von Einwanderern, sondern auch für die vermögenden Klassen Europas sein. Das Land bereitete sich auf eine lange Periode beispiellosen ökonomischen Wachstums vor. Die indianische Urbevölkerung wurde erbarmungslos ausgerottet oder von ihrem angestammten, an Bodenschätzen reichen oder bequem zu bewirtschaftenden Grund und Boden vertrieben. Die Vereinigten Staaten hatten mit Waffengewalt einen bedeutenden Teil des Territoriums von Mexiko annektiert, der ebenfalls reich an mineralischen Rohstoffen war. Der Arbeitsmarkt war mit qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitskräften völlig gesättigt. Der im Jahre 1865 beendete Bürgerkrieg hatte den Weg nach vorn von den Trümmern der Sklavenwirtschaft und des Feudalismus gesäubert; die Millionen schwarzer Bürger, die die Freiheit von der Sklaverei erlangt hatten, ergänzten die Armee der Lohnarbeiter. Erbarmungslose Ausbeutung der Arbeiterklasse, Zustrom von Kapitalien aus Europa, Überfluß an Naturrohstoffen — all das führte zu einer raschen Bereicherung der Klasse der Bourgeoisie.

Ebendeshalb war „mit Volldampf voraus!" die Devise des 100jährigen Jubiläums der USA. Nirgends in der Welt hatte der Kapitalismus so günstige objektive Entwicklungsbedingungen gehabt, und diese einmaligen Bedingungen ließen zahllose Illusionen über den amerikanischen Kapitalismus aufkommen. Aber gerade deswegen können die heutigen Sachwalter des US-Kapitalismus die gegenwärtige Krise nicht durch Hinweise auf irgendwelche ungünstigen objektiven Faktoren vertuschen. Im Gegenteil, die objektiven Bedingungen sind bis heute für den US-Kapitalismus vorteilhaft gewesen.

Welchen Kontrast zur Vergangenheit bieten die gegenwärtigen Feierlichkeiten anläßlich des 200jährigen Jubiläums der USA! Sie finden in einer Atmosphäre der Unsicherheit, der Krisen und ausweglosen Situationen statt, die den amerikanischen Monopolkapitalismus von allen Seiten bedrängen: Das Barometer des 100jährigen Jubiläums wies auf ökonomische Expansion zu einer Zeit, da der Kapitalismus der Angelpunkt der weltweiten Entwicklung war. Die USA waren auf dem Wege, eine Großmacht zu werden. Zum 200jährigen Jubiläum reflektiert das Barometer ein völlig anderes Bild: Der Kapitalismus als eines der zwei sozialökonomischen Weltsysteme zappelt im Netz der allgemeinen, sich immer mehr vertiefenden Krise. Dieses Barometer zeigt an, daß der Weltimperialismus seine ehemalige bedrohliche Kraft und die frühere Fähigkeit verloren hat, den Lauf der Ereignisse auf unserem Planeten zu bestimmen. Der Imperialismus muß heute die Realität anerkennen, daß eine andere Klasse, die Arbeiterklasse, und ein anderes sozialökonomisches System, der Sozialismus, zu den Hauptzentren der ökonomischen, politischen und ideologischen Anziehung geworden sind.

Gerade weil das Barometer Sturm ankündigt, verwandeln sich die Feierlichkeiten anläßlich des 200jährigen Bestehens der USA immer mehr in eine Veranstaltung zum Gedenken an die „ruhmreiche Vergangenheit" und sind Anlaß für wehleidige Zeitungskommentare mit dem Tenor „Warum ist alles schiefgegangen?". Das Monopolkapital hat keinen Grund zu Optimismus, für schillernde Prognosen und Zukunftspläne.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus reflektierte der Spiegel des 100jährigen Jubiläums wichtige historische Tendenzen. Schon damals zeichneten sich immer

deutlicher die düsteren Klassenrealitäten der kapitalistischen Ausbeutung ab, und die Klassenunterschiede sowie der Klassenkampf markierten deutlich die Wasserscheide zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern. Wie Friedrich Engels im Jahre 1886 schrieb, „dachte unser — und Ihr — Bourgeois, daß Amerika *über* Klassenantagonismen und Klassenkämpfen stehe. Diese Illusion ist jetzt zerstört, das letzte Bourgeois-Paradies auf Erden verwandelt sich zusehends in ein Fegefeuer, und vor der Verwandlung in eine Hölle, wie in Europa, kann es nur bewahrt werden durch die stürmische Entwicklung des kaum flügge gewordenen amerikanischen Proletariats." Die amerikanischen Arbeiter erscheinen „plötzlich in solch organisierten Massen, daß die ganze Kapitalistenklasse in Schrecken gerät" [2]).

Die Arbeiterklasse begann sich davon zu überzeugen, daß sie nur durch Organisation und Kampf ihre Interessen wahrnehmen kann. Die Amerikaner schwarzer Hautfarbe sahen im Spiegel des 100jährigen Jubiläums, das der Bürgerkrieg, der die Fesseln der Sklaverei zerschlagen hatte, zwar ein historischer Schritt vorwärts war, aber die Notwendigkeit des Kampfes gegen Rassismus nicht aufhob. Die Sklaverei war beseitigt worden, der Rassismus nicht. In der herrschenden Klasse waren Veränderungen vor sich gegangen, doch die Quellen, die den Rassismus nährten, blieben unangetastet.

In der prophetischen Botschaft, die die von den großen Begründern des Marxismus geleitete Internationale Arbeiter-Assoziation an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika richtete, hieß es: „Gestattet uns einen Ratschlag für die Zukunft. Wie viele Übel sind die Folge der ungleichen Stellung eines Teils der Bevölkerung Eures Landes gewesen. Merzt diese Ungleichheit aus! Verkündet Freiheit und Gleichheit uneingeschränkt für alle Bürger! Gebt Ihr diesem Teil der Bevölkerung keine Bürgerrechte, während Ihr ihm Bürgerpflichten auferlegt, so bleibt für Euch die Gefahr eines weiteren Kampfes bestehen, der unweigerlich Euren Boden erneut mit dem Blut des Volkes tränken wird" [3]).

Die Geschichte hat voll und ganz bestätigt: Der Marxismus hatte weitblickend und genau erkannt, wohin der Zeiger des politischen Barometers im Zusammenhang mit dem Problem des Rassismus in den USA weist.

II

Wie vom Barometer zu Zeiten des 100jährigen Jubiläums angezeigt, war die erste Hälfte des zweiten Jahrhunderts der kapitalistischen Entwicklung in den USA die Periode des größten Wachstums in der Geschichte des Weltkapitalismus. In den USA wurde ein mächtiger Industriekomplex geschaffen. Das Land machte im Bereich von Wissenschaft und Technik einen Riesenschritt voran.

Der US-Imperialismus hat sich heute in den größten Polypen der ganzen Geschichte des Weltkapitalismus verwandelt. Seine Fangarme haben alle Winkel der nichtsozialistischen Welt erreicht. Er ist auch zum Wucherer des Weltkapitalismus geworden. Der US-Imperialismus ist das ökonomische, militärische und politische Bollwerk der internationalen Reaktion, die Basis der transnationalen Gesellschaften, der Träger des notorischsten Rassismus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kontrollierte und exploitierte der US-Imperialismus eine Zeitlang mehr Regionen des Erdballs als irgendeine andere Macht in der Geschichte. Das erweckte die Illusion, als sei das „amerikanische Zeitalter" an-

[2]) Ebd., Bd. 36, S. 490/491.
[3]) General'ny Sovjet Pervogo Internacionala. 1864—1866. Londonskaja Konferencija 1865 goda. Protokoly, Moskva 1961, str. 237.

gebrochen, als könnten die USA die Welt wie eine Auster schlucken. Diese Überheblichkeit widerspiegelte sich auch in dem Aphorismus des ehemaligen Staatssekretärs der USA, des Reaktionärs und Militaristen John Foster Dulles, der sagte: „Die USA haben keine Freunde, sie haben nur Interessen." Um die Idee vom sogenannten „amerikanischen Zeitalter" zu untermauern, wurde die Wirtschaft der USA auf eine ständige militärische Grundlage umgestellt. Das öffentlich Leben nahm militaristischen Charakter an, der kalte Krieg rückte in den Vordergrund. Der gesamte innenpolitische Kurs wurde so oder so der imperialistischen Aggressionspolitik untergeordnet.

In bestimmtem Sinne übernahm der US-Imperialismus den Staffelstab vom Imperialismus des faschistischen Deutschlands, der eine Niederlage erlitten hatte. Er wurde zum organisierenden Zentrum der imperialistischen Aggression gegen die Welt des Sozialismus und die Kräfte der nationalen Befreiung. Der US-Imperialismus, der allen Grund hatte, im Land der Sowjets das Haupthindernis bei der Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne zu sehen, machte die politische, ideologische und militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR zu seiner Hauptaufgabe. Nach hitlerfaschistischem Rezept wurde er tonangebend bei der Anwendung verschiedener Methoden der antikommunistischen „großen Lüge".

Aber selbst aufs genaueste durchdachte Pläne bleiben häufig ohne Erfolge. So geschah es auch dieses Mal. Die Bosse der Wall Street heckten ihr verschwörerischen Pläne aus, ohne die Gesetze der sozialökonomischen Entwicklung zu berücksichtigen. Hätten die Schöpfer des Mythos vom „amerikanischen Zeitalter" einen Blick auf das Barometer der Geschichte geworfen, so hätten sie deutlich gesehen, daß das Barometer fällt, daß ein Sturm heraufzieht. Aber sie verschlossen lieber die Augen vor der Tatsache, daß die Zeit der Schaffung von Kolonialreichen längst vorbei war. Sie wollten sich einfach nicht damit abfinden, daß eine neue Triebkraft des revolutionären Weltprozesses entstanden war. Sie wollten nicht wahrhaben, daß der im Donner des Kampfes geborene erste Staat der Arbeiterklasse, die Sowjetunion, den Anbruch einer neuen Ära der Menschheitsentwicklung angekündigt hatte. Indessen war das auch das Signal für den Anfang vom Ende des Imperialismus. Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt schuf neue internationale Bedingungen, unter denen sich der soziale Fortschritt vollziehen konnte. Die Sowjetunion wurde zu einem mächtigen Schutzschild für die um die nationale Befreiung, um den revolutionären Übergang zum Sozialismus kämpfenden Kräfte.

Der Imperialismus der USA nutzte seine gigantische Macht zur Bereicherung der einheimischen Monopole. Aber da er gleichzeitig zur Hauptbasis der Macht und zur strategischen Hauptreserve der gesamten kapitalistischen Welt geworden war, pflanzte sich jede Niederlage und jeder Rückzug dieser Welt in Wellen auch bis zu den Küsten Amerikas fort und unterhöhlte die Grundpfeiler des US-Imperialismus.

In dem Maße, wie sich die Krise vertieft, überzeugt sich der Imperialismus davon, daß er tatsächlich „keine Freunde" hat. Der Niedergang des Kapitalismus verstärkt seine Widersprüche und führt dahin, daß die „freundschaftlichen Bande" schwächer werden und die imperialistische Weltallianz, um deren Zusammenzimmern sich die USA so eifrig bemüht haben, auseinanderzufallen beginnt.

Die Autoren von Artikeln zum 200jährigen Jubiläum der USA möchten vergessen machen, daß die letzten 100 Jahre eine Periode sowohl des Aufschwungs als auch des Niedergangs des US-Imperialismus waren. Der Plan vom „amerika-

nischen Zeitalter" liegt in Trümmern. Von der Weltfront der Aggression sind nur einzelne Herde übriggeblieben. Die Blockaden, die die Welt des Sozialismus isolieren sollten, sind meistenteils durchbrochen. Die Pläne zur Niederhaltung der nationalen Befreiungskräfte sind gescheitert. Der amerikanische Imperialismus leckt noch immer an den Wunden der jüngsten Niederlagen in Vietnam, Laos und Kambodscha; er hat Mißerfolge in Moçambique, Guinea-Bissau und Angola hinnehmen müssen. Die Organisation der Vereinten Nationen ist nicht mehr Spielball in den Händen der USA.

Die zweite Hälfte des zweiten Jahrhunderts der Geschichte der USA fiel zeitlich im großen und ganzen mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus zusammen. Dieser Umstand wurde zum entscheidenden, zum Hauptfaktor, der die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus bestimmt.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus mit ihrem Produktionsrückgang und der Fäulnis ist ein vielschichtiger Prozeß. Darin widerspiegeln sich sowohl die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus als auch das allgemeine Kräfteverhältnis in der Welt. Die Wandlungen im Kräfteverhältnis zuungunsten des Imperialismus sind zum entscheidenden Element der allgemeinen Krise geworden. In der Vergangenheit war es so, daß stürmische, explosionsartige Ereignisse die neuen Etappen dieser Krise einleiteten. Es kann jedoch auch solche qualitativ neuen Etappen geben, deren Anbruch nicht von derartigen Explosionen begleitet wird. Von der Arbeit der Termiten hat bisweilen niemand eine Ahnung, ehe nicht die von ihnen ausgehöhlten Stützen des Gebäudes zusammenbrechen. Die Faktoren, die den Charakter der gegenwärtigen Etappe bestimmen, sind ihrer Natur nach sowohl explosiv als auch evolutionär, und das Zusammenwirken dieser Faktoren führt zum Anbruch einer neuen Etappe.

Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches und der Sieg, den die Völker Indochinas über den Imperialismus der Vereinigten Staaten errangen, waren Ereignisse explosiver Natur. Die Tatsache, daß das portugiesische Reich das letzte Kolonialreich war und der Sieg in Vietnam über die stärkste imperialistische Macht errungen wurde, verleiht diesen Ereignissen besondere Bedeutung.

Zur Stabilität des Sozialismus kontrastierend, erlangt die Labilität des kapitalistischen Systems gleichsam eine neue Qualität. Die Kurve des ökonomischen Wachstums der kapitalistischen Länder läßt neue Schwächen dieses Systems erkennen; hohe ökonomische Wachstumsraten sind jetzt den sozialistischen Ländern allein eigen.

Da sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern im Rahmen eines neuen Kräfteverhältnisses in der Weltarena äußern, erlangen sie ebenfalls eine neue Qualität.

Die Kräfte des Fortschritts, die den Haupteinfluß auf den Verlauf der Weltereignisse nehmen, können diese Widersprüche auf eine neue Art und Weise nutzen. Ein Merkmal der neuen Etappe der allgemeinen Krise ist die Verknappung der ökonomischen, politischen und ideologischen Reserven, über die der Imperialismus verfügt.

Die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems beeinflußt in ständig wachsendem Maße die Entwicklung der Ereignisse in den Vereinigten Staaten. In der bevorstehenden Periode wird diese Einwirkung noch stärker werden.

III

Das sozialökonomische Barometer des Kapitalismus hat der Arbeiterklasse und all jenen, die ihr Brot im Schweiße ihres Angesichts verdienen, noch nie klaren Himmel oder eine erfrischende Brise vorausgesagt. Für sie sind Ausbeutung, Rassismus, soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Hunger und Slums stets Realitäten des Lebens gewesen.

Kurz nach dem 100jährigen Jubiläum der USA konnte Friedrich Engels von der überseeischen Republik noch sagen, sie sei ein Land, „wo der Übergang aus der Arbeiterklasse in die der Farmer, Kaufleute oder Kapitalisten noch immer verhältnismäßig leicht ist" [4]). Aber dieser Übergang ist niemals einfach gewesen. Er ist bestenfalls für einige wenige möglich gewesen und seitdem schon längst versperrt. Der Monopolkapitalismus hat diesen Prozeß verkehrt, der Übergang erfolgt in umgekehrter Richtung: aus den Reihen der Kapitalisten, der Mittelschichten, aus dem Milieu der Farmer und Händler in die Reihen der Arbeiterklasse und für viele in die Reihen der Arbeitslosen.

Das Hauptproblem, vor dem das Volk und darunter die Arbeiterklasse steht, ist der schwere Druck des Monopolkapitals in allen Lebensbereichen der Vereinigtn Staaten. Er gleicht einer Schlinge, die langsam zugezogen wird.

Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nimmt der unproduktive Teil der Bevölkerung ständig zu. Immer mehr Parasiten lassen es sich auf Kosten derjenigen gut gehen, die eine nützliche Arbeit verrichten. Unter diesen Müßiggängern stehen an erster Stelle die Vampire — die Ausbeuter und die Reichen, die vom Kuponschneiden leben. Zu ihnen gehört auch das zahlenmäßig starke militärische „establishment" mit seinem ununterbrochen wachsenden Offizierskorps. Unaufhörlich erweitern sich auch die Reihen der den Staatsapparat in Gang haltenden Bürokratie, einschließlich des militärisch organisierten Polizeiapparats, des FBI, der CIA und Dutzender anderer Organe des Polizeistaates. Der Personalbestand des Staatsapparates wird aufgebläht, den vom Staat finanzierten Zentren des ideologischen Kampfes werden neue Kader zugeführt. Das Wachstum des unproduktiven Sektors, der ein Nebenprodukt der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, ruft neue Widersprüche und neue Krisen ins Leben. Dieser Prozeß ist von einer Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Werktätigen begleitet.

Mit dem Wachstum dieses Sektors wird eine immer größere Steuererhöhung erforderlich. Der Staat ist gezwungen, Kredite aufzunehmen und sich von den Banken riesige Summen zu leihen. Das erschließt den Wucherern neue Bereicherungsquellen. Doch die Eskalation der Kreditverschuldung, ohne daß die Grundschuld getilgt wird, führt unweigerlich in eine finanzielle Sackgasse. Für die meisten Großstädte ist der Fälligkeitstermin nicht mehr fern oder bereits da. Statt die Bankschuld zu annullieren, betritt die Mehrheit der bürgerlichen Politiker den Weg der Einschränkung sozialer Leistungen, der Entlassung von Arbeitern und Angestellten der Munizipalitäten sowie der Kürzung der Löhne und Gehälter. Die „Krise der Städte" ist nichts anderes als eine Widerspiegelung der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus und der neuen Schwierigkeiten, die sich für den staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben haben. Wie ein Schwarm hungriger Haie schließen die Gläubiger den Ring um die Großstädte.

Die staatlichen Organe müssen Kredite auf den gleichen Geldmärkten suchen wie die privaten Gesellschaften. Diese Konkurrenz trägt dazu bei, daß die Kredit-

sätze stark ansteigen. Gleichzeitig bieten sich dem Finanzkapital neue Möglichkeiten, die Kontrolle über die Wirtschaft und die Politik der USA zu verstärken. Je weiter sich der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelt, desto größer wird die Zahl der Opfer des von den Monopolen ausgeübten Drucks. In dieser Entwicklungsetappe des Kapitalismus in den USA führen alle Kampfrichtungen und -formen, alle Bewegungen zur Bildung einer antimonopolistischen Koalition. Die Idee einer derartigen Koalition faßt Wurzeln im Bewußtsein der Massen und wird in allen Bewegungen und Massenaktionen zum bestimmenden Faktor. Die Die Idee einer derartigen Koalition faßt Wurzeln im Bewußtsein der Massen und wird in allen Bewegungen und Massenaktionen zum bestimmenden Faktor. Die Koalition wird die Volksmassen vereinigen und eine breite demokratische Bewegung des Volkes einleiten. Dadurch wird man breiteste Volksmassen in diese Prozesse einbeziehen können, so daß sie an die Teilnahme am revolutionären Kampf herangeführt werden. Die Massenbewegungen werden durch tief verwurzelte Antitruststimmungen und populistische Auffassungen genährt. Heute ist es noch nicht ganz klar, wie sich diese Bewegungen vereinigen und in welche Formen sie münden werden, aber in sie werden sich immer mehr Amerikaner aus den verschiedenen Gesellschaftsschichten und deren Organisationen einreihen. Eine entscheidende Rolle werden in der antimonopolistischen Koalition vor allem die Arbeiterklasse und jene 40 Millionen Amerikaner spielen, die Opfer der Rassenunterdrückung sind. Breite Volksbewegungen haben ihre innere Logik. In dem Maße, wie sich der Kampf entfaltet, wird auch die Arbeiterklasse immer mehr in den Vordergrund rücken, bereit, ihre historische Avantgardemission zu erfüllen. Die Wege und Maßstäbe der Entwicklung der Massenbewegungen des Volkes werden wesentlich von Umfang und Tiefe der Teilnahme der Arbeiterklasse daran abhängen.

Die Herausbildung und Herauskristallisierung einer antimonopolistischen Koalition ist der Kernpunkt aller künftigen Ereignisse. Das ist die Zwischentappe, die alle progressiven Kräfte, alle Gegner des Kapitalismus im Bündnis mit den breitesten Volksbewegungen heute zu durchschreiten haben.

Die Frage „Weshalb ist alles schiefgegangen?" stellen sich die Amerikaner immer häufiger. Selbst George Meany, der 80jährige Apostel der Klassenkollaboration und einer der eingefleischtesten Sachwalter des Monopolkapitalismus, fragt heute: „Hätte sich alles nicht anders gestalten können?" und beklagt sich verdrossen: „Sollten etwa die Kommunisten recht haben mit ihrer Einschätzung unseres Systems?"

„Weshalb ist alles schiefgegangen?" ist keineswegs eine scholastische Frage. Sie taucht in den Köpfen der Menschen neben solchen Fragen auf wie „Was steht uns bevor?" und „Werden die Mängel der zurückliegenden Entwicklung auch künftig bestehen bleiben?"

Die meisten Autoren, die das 200jährige Bestehen der USA kommentieren, stellen höchst ungern Prognosen. Wer sich aber eine Voraussage der Zukunft leistet, gibt entweder das Gewünschte für das Wirkliche aus oder greift zu astrologischen Mutmaßungen.

In der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus bietet nichts eine Grundlage für einigermaßen optimistische Hypothesen. Doch die meisten Futurologen klammern sich an den Kapitalismus wie Schiffbrüchige an Bruchstücke des sinkenden Schiffes. Als Beispiel wollen wir eine Äußerung D. Bells von der Harvard-Universität anführen: „Wenn ... man über die Gesellschaftsordnung in

40 oder 50 Jahren nachdenkt", so schreibt er, „wird es klar, daß die ‚alte' Industrieordnung in der Versenkung verschwindet und in der Tat eine ‚neue Gesellschaft' im Entstehen begriffen ist. Grob gesagt: Wenn die dominierenden Gestalten der letzten 100 Jahre die Unternehmer, die Businessmen und die Industriebosse waren, so sind die ‚neuen Männer' die Wissenschaftler, Mathematiker, Ökonomen und Ingenieure der neuen Computertechnik."

In Bells Utopie bleibt der Kapitalismus unverändert, nur die Entscheidung geht an die Intelligenz über. Nach Bell werden nicht die Profite der Kapitalgesellschaften der bestimmende Faktor sein, sondern die „langfristigen nationalen Interessen". Der Zweck dieser futurologischen „Hypothesen" ist klar: Sie sollen Illusionen darüber erwecken, welche Zukunft den Kapitalismus erwartet. Doch in dem Maße, wie die Perspektiven des Kapitalismus geringer werden, geraten die Zukunftspropheten, deren Sicht durch den engen bürgerlichen Horizont begrenzt ist, immer häufiger in eine Sackgasse.

Paul Goodman, ein Literat, der gerne mit seinen linken Ansichten prahlt, bringt die Enttäuschung zum Ausdruck, wie sie für Menschen typisch ist, die sich für Radikale halten, in Wirklichkeit aber auf der Umlaufbahn der bürgerlichen Ideologie kreisen. „Die Neuerungen", schreibt er, „zeitigen immer geringere Ergebnisse im Hinblick auf eine Verbesserung des Lebens. Und statt der Begeisterung ist heute die Überzeugung weitverbreitet, daß die gewaltigen Erfolge in der Genetik, der Chirurgie, der Rechentechnik, im Raketenbau und in der Erschließung der Atomenergie lediglich das menschliche Leid und Unglück vergrößern werden. Gerade die Wissenschaft, die zur frischen Brise der Wahrheit hätte werden und die Luft reinigen können, hat sie vergiftet, hat zur Verdummung der Köpfe und zur Schaffung von Vernichtungswaffen beigetragen."

Das ist ein Protest an die falsche Adresse; schuld hat nicht die Wissenschaft und Technik, sondern das sozialökonomische System, das sie mißbraucht. Bell und Goodman vermögen die Zukunft nicht zu sehen, weil sie beide in der bürgerlichen Ideologie befangen sind. Die Bells des „liberalen Establishment" leben in einer von ihnen selbst erfundenen Welt wohlwollender Kapitalgesellschaften, die sich angeblich nicht um die eigenen Profite, sondern nur um die „nationalen Interessen" sorgen. Würden die Goodmans ihre Angriffe auf die Wissenschaft bis zum logischen Ende führen, so bliebe ihnen nichts anderes übrig, als die Menschheit zur „Rückkehr in die Höhlen" aufzurufen.

Die Prognosen der Marxisten, die von den Scheuklappen des Kapitalismus frei sind, kennen derartige Probleme nicht.

Die Zukunft der Vereinigten Staaten wird im wesentlichen durch die sozialökonomischen Entwicklungsgesetze bestimmt werden. Den USA wird es nicht gelingen, sich von dem verhängnisvollen Einfluß der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu befreien, die Uhr der nationalen Befreiung zurückzustellen. Sie werden der wachsenden Macht des Weltsozialismus Rechnung tragen müssen. Sie werden den revolutionären Weltprozeß nicht ignorieren und außerhalb desselben bleiben können. An der inneren Front wird sich der Kapitalismus der USA ebensowenig dem Klassenkampf entziehen können: Die Widersprüche zwischen den Klassen werden sich verschärfen.

IV

Die Perspektiven des Kapitalismus in den USA müssen unter Berücksichtigung der Realitäten der sie umgebenden Welt eingeschätzt werden. Und die inter-

nationale Situation läßt keinen Raum für leichte Lösungen. Gewiß kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß die aggressivsten Kreise des US-Imperialismus es wagen, die elementare Vernunft zu mißachten, und versuchen, ihre Herrschaft durch einen nuklearen Überfall wiederherzustellen. So wahnsinnig diese Idee auch ist, in den dunklen Winkeln des Pentagons und der mit ihm verbundenen hochbezahlten „Denkfabriken" gibt es Kräfte, die immer wieder erklären, daß sie realisierbar sei. Doch vom Standpunkt gesund denkender Menschen ist ein derartiger Kurs nicht bloß ein Hasardspiel. Das ist Selbstmord.

Die andere Wahl, die der amerikanische Imperialismus treffen kann, wäre der Versuch, den Lauf der Geschichte durch militaristische Einschüchterung und Erpressung zu bremsen. Aber das würde eine endlose Eskalation der Ausgaben für militärische Zwecke erfordern und verhängnisvolle Folgen für die Wirtschaft nach sich ziehen. Diese Politik mag einen kurzfristigen Nutzen zeitigen, stellt aber auf lange Sicht eine Illusion dar.

Die dritte Wahl, die für die USA möglich ist, besteht darin, die neuen politischen Realitäten anzuerkennen und dementsprechend zu handeln. Das ist zwar eine realistische, aber für den Imperialismus schmerzliche Wahl. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft steht dem Imperialismus entgegen. Infolge dieser unerbittlichen Tatsache enthält der Prozeß der Anpassung des Imperialismus an die neuen Realitäten das Element des Rückzugs. Und der Imperialismus zieht sich nur dann zurück, wenn er keinen anderen Ausweg hat, wenn man ihn zum Rückzug zwingt.

Das ist — zugespitzt — die Alternative, vor die der US-Imperialismus in einer Zeit gestellt ist, da das Land sein 200jähriges Jubiläum begeht. Er hat sich in gewisser Weise den neuen Bedingungen angepaßt, klammert sich aber gleichzeitig zäh an die alte Politik, die mit den Illusionen vom „amerikanischen Zeitalter" verbunden ist. Er hat einige Schritte zur Anpassung im Bereich des Handels, der wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte gemacht, baut aber weiterhin seine militärische Macht aus, d. h. er verfolgt die Politik der militärischen Konfrontation. Das beweist, daß der amerikanische Imperialismus zur Taktik der Anpassung gegriffen hat, die einen gewissen Rückzug in sich einschließt, aber seine aggressiven strategischen Pläne nicht aufgegeben hat.

Indessen ist in den internationalen Beziehungen der friedlichen Koexistenz die einzige realistische Wahl und überdies ene Wahl, die den Interessen des Volkesi der Vereinigten Staaten entspricht. Doch leider haben objektive Faktoren allein nie ausgereicht, die Kapitalistenklasse dahin zu bringen, den Weg des Realismus zu beschreiten. Das entscheidende Wort haben immer die Massenbewegungen, hat ständig der Kampf der Massen gehabt.

Folgende Haupttendenzen der weltweiten Entwicklung werden die Zukunft des amerikanischen Imperialismus bestimmen:

— das Wachstum der zentrifugalen Kräfte innerhalb der kapitalistischen Welt und die damit verbundene Verschärfung der Widersprüche;

— die weitere Schwächung des Magnetfeldes der bürgerlichen Ideologie. Die Massen werden ihr gegenüber immer mißtrauischer werden. Der Antiimperialismus ist bereits zur Weltanschauung breitester Massen, zur Weltanschauung einer gewaltigen Mehrheit der Menschen geworden;

— die anhaltende Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt, durch die die imperialistischen Länder immer mehr die Fähigkeit einbüßen werden, ihre ökonomischen Bedingungen — einschließlich der Rohstoffpreise — zu diktieren.

Der Imperialismus wird sich niemals mehr eine neue Kolonialwelt schaffen können.

Der amerikanische Imperialismus hat den Höhepunkt seiner historischen Entwicklung überschritten. Diese Tatsache wird noch offensichtlicher werden, wenn sich die Vereinigten Staaten im dritten Jahrhundert ihrer Unabhängigkeit befinden werden. Die Hauptkraft, die auf den Verlauf der Ereignisse in der ganzen Welt, auch in den USA, einwirkt, wird das wachsende sozialistische System sein.

Die Wahl, vor der das Großkapital der USA heuzutage steht, unterscheidet sich qualitativ von dem, was in der Vergangenheit war. Früher hatte es zwischen den verschiedenen Wegen des Wachstums und der Expansion zu wählen. Jetzt begrenzt sich die Wahl auf verschiedene Varianten des Niedergangs und der Fäulnis. Die Zukunft des amerikanischen Monopolkapitals ist durch die der kapitalistischen Entwicklung immanenten Gesetze programmiert. Folglich ist die weitere Verschärfung der grundlegenden Klassenwidersprüche im Lande unvermeidlich.

Gewiß wird der staatsmonopolistische Kapitalismus unter immer breiterer Anwendung von Kontroll- und Regulierungsinstrumenten bemüht sein, das Leben der Vereinigten Staaten noch fester zu umklammern. Es wird noch mehr von „Planung" die Rede sein, doch der Kapitalismus wird seiner anarchischen Natur treu bleiben. Die Jagd der Monopole nach Maximalprofit wird sich verstärken, die Polarisation der Gesellschaft wird noch krasser werden.

Jede provisorische Lösung irgendeines Problems wird neue Widersprüche mit sich bringen. Derartige „Lösungen" werden die Krisen aufschieben helfen, doch nur um den Preis, daß sie in Zukunft noch weniger vermeidbar sind. Das ökonomische Wachstum wird weiterhin instabil sein und im Zickzack vor sich gehen. Keine einzige Prognose sagt längere Perioden einer ökonomischen oder politischen Stabilität voraus.

Derartige Bedingungen werden objektiv immer breitere Protestbewegungen des Volkes hervorbringen und stimulieren. Der Prozeß der Herauskristallisierung einer antimonopolistischen Koalition wird andauern. Die Verstärkung des Klassenbewußtseins wird den Kampfgeist der Bewegung der einfachen Arbeiter erhöhen. Mit dem Wachstum der Widersprüche und mit der Festigung der Bewegung der einfachen Arbeiter werden die Anhänger des Klassenkampfes, nicht aber die der Klassenkollaboration zur herrschenden Kraft in der Gewerkschaftsbewegung werden.

Auch der Kampf für die Beseitigung des Rassismus wird stärker entbrennen. Die weißen Arbeiter werden den Rassismus ablehnen, wenn sie erkannt haben, daß er eine Waffe der Kapitalisten ist, die sich gegen die Grundinteressen aller Werktätigen richtet. Die Bewegung der Opfer der Rassenunterdrückung — der Afroamerikaner, der Chicanos, der Puertorikaner, der Amerikaner asiatischer Herkunft und der amerikanischen Indianer — wird ihren Einfluß auf die Gesamtlage im Lande noch mehr verstärken. Das Bündnis zwischen den Opfern der Rassenunterdrückung und der weißen Arbeiterklasse wird zum Eckpfeiler aller fortschrittlichen Bewegungen werden.

Die Massenaktionen und -bewegungen werden immer mehr politischen Charakter annehmen und sich dagegen auflehnen, im Fahrwasser der beiden alten bürgerlichen Parteien zu segeln. Das wird zur Entstehung neuer politischer Organisationen führen, einschließlich einer neuen, sich auf die Massen stützenden politischen Partei.

Der Radikalisierungsprozeß wird andauern. Der objektive Lauf der Ereignisse wird die Menschen veranlassen, nach fundamentaleren Lösungen zu suchen und sie zu erproben. Unter diesen Bedingungen werden immer breitere Kreise das Programm der Kommunistischen Partei der USA studieren und sich zu eigen machen. Die Kampferfahrungen und Schlußfolgerungen der Kommunisten werden zur Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins beitragen. Somit hat die Perspektive des Sozialismus als einzige langfristige Lösung der Probleme der Vereinigten Staaten einen festen Boden unter sich. Der objektive Verlauf der Ereignisse macht diese Perspektive zur historischen Notwendigkeit. Zu ihrer Realisierung sind der Zusammenschluß und der Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes erforderlich.

Die Zukunft der Vereinigten Staaten wird sich entsprechend dem Leninschen Leitsatz gestalten, wonach „der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* ist, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen* mehr" [5]). Direkt auf die Zukunft eingehend, sagte Lenin: „Der Sozialismus ... schaut jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, *in der Praxis*, ab" [6]).

Natürlich sind der staatsmonopolistische Kapitalismus und der Sozialismus zwei Antagonisten. Doch der Prozeß der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bereitet objektiv den Boden für grundlegende revolutionäre Veränderungen und veranlaßt die Arbeiterklasse und das ganze Volk, sich über deren Notwendigkeit Gedanken zu machen.

Somit sagen die Barometer stürmische Winde und revolutionäre Veränderungen voraus. Das ist die Prognose, die nicht einmal die raffiniertesten und getreuesten bürgerlichen Historiker und Futurologen werden kaschieren können.

Abraham Lincoln und die Gegenwart

Von Ernst Henry

I

Der 200. Jahrestag der Vereinigten Staaten ist für viele Amerikaner Anlaß, sich Gedanken über ihre Geschichte zu machen. Es gilt manches zu durchdenken, und zwar tiefer denn je zuvor. Das ist offenkundig. Die Menschen müssen sich manchmal mit der Geschichte auseinandersetzen, nicht so sehr aus Interesse an der Vergangenheit, wie vielmehr aus der Sorge um die Gegenwart und die Zukunft. Sie halten Rückschau, um herauszufinden, wohin sie gehen. Und dann sehen sie sich auf einmal mit mehreren akuten, bewegenden Fragen konfrontiert, an die viele früher gar nicht gedacht haben.

4) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 278.
5) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 370.
6) Ebd.

Hat sich etwa alles in ihrem Lande so entwickelt und entwickelt es sich jetzt, wie einst angenommen wurde und wie sich die Mehrheit des Volkes das gewünscht hat? Wenn das nicht der Fall ist — was hat gestört und was stört jetzt? Soweit ernste Fehler vorliegen — welche sind das und wer verschuldet sie? Und die Hauptsache: Vielleicht wiederholen sich diese Fehler in neuen Varianten auch heute? Was gilt es zu überprüfen und zu überdenken?

Etwa solche Fragen beschäftigten heute offensichtlich die kritisch denkenden Amerikaner: einfache Städter, Farmer, Wissenschaftler und Kongreßabgeordnete. Man kann seine Augen vor diesen Fragen und vor der Wirklichkeit zwar verschließen, doch das hat keinen Zweck — sie dringen in das Leben eines jeden ein. Es ist allgemein bekannt, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig eine tiefe Krise durchmachen. Das erkennen und unterstreichen sogar vor allem Amerikaner selbst, in letzter Zeit nicht zuletzt auch höhere Staatsmänner. Das Land befindet sich gewissermaßen auf dem Scheideweg. Niemand kann sich ein Bild vom dritten Jahrhundert seiner Geschichte machen, nicht einmal vom kommenden Jahrzehnt. Alte Stützen, die unerschütterlich schienen, geraten ins Wanken. Werte werden umgewertet. Die Zukunft der USA liegt auf der Waagschale.

Beim Durchblättern ihrer Annalen im Hinblick auf das 200jährige Jubiläum machen sich Amerikaner auch Gedanken über einstige Staatsmänner. Viele von diesen sehen nicht mehr so aus, wie man es einst in den Lehrbüchern gelesen hat. Wer von ihnen war in der Tat ein großer, weitblickender Politiker? Wessen Politik hat sich bestens bewährt — aus der Sicht von heute, wo man bereits weiß, was seitdem geschehen ist? Wessen Nachlaß hat sich als am wertvollsten und als bleibend erwiesen?

Alle wissen natürlich, daß seit Bestehen der Vereinigten Staaten deren Präsidenten hauptsächlich die Interessen ein und derselben Klasse, der amerikanischen Bourgeoisie, und anfangs auch der Sklavenhalter vertraten. Jeder von ihnen erfüllte so oder so den Willen dieser oder jener Gruppe dieser Klassenkräfte, die eine Minderheit der Bevölkerung darstellten und sich vor allem von egoistischen Bestrebungen leiten ließen. Womit jedoch nicht gesagt ist, daß unter den 30 Politikern, die im Laufe der zwei Jahrhunderte den höchsten Regierungsposten in Washington einnahmen, keiner als hervorragend eingeschätzt werden kann. Einer der hervorragenden Männer dieses Amtes war der 16. US-Präsident, Abraham Lincoln. Vieles in seiner Politik ist ohne Zweifel von aktuellem Interesse für die heutigen Amerikaner. Er verdient es, daß seiner gedacht wird.

II

Außer George Washington, dem Begründer der nordamerikanischen Republik, war und bleibt Lincoln ohne Zweifel der populärste Präsident in der Geschichte der USA. Er wird nicht nur geschätzt und geachtet, er wird auch geliebt. So der bekannte amerikanische Historiker R. Hofstadter: „Die Lincoln-Legende beherrscht die Köpfe der Amerikaner wie sonst nichts in der politischen Mythologie ... Der vielerfahrene John Hay (US-amerikanischer Außenminister des vorigen Jahrhunderts, d. Verf.) nannte ihn den ‚größten Mann seit Christus' — eine Definition, wie sie sonst auf keinen Politiker der Gegenwart paßt ... Es gibt keinen zweiten Politiker, erfolgreich und an die Macht gekommen, der derart durch und durch human und sich seiner moralischen Verantwortung bewußt wäre" [1]). Man muß zumindest beipflichten: Lincoln darf als Nationalheld der USA bezeich-

[1]) R. Hofstadter, The American Political Tradition and the Men Who Made It, New York 1973, S. 92—93.

net werden. Man kann ihn zu den Linken im heutigen Sinne des Wortes zwar nicht rechnen; auch er vertrat die Interessen eines bestimmten — damals des fortgeschrittensten — Teils der amerikanischen Bourgeoisie und tat das sehr gekonnt. Und dennoch gehörte er zu jenen, die den Geist der Geschichte erkannten und im Gegensatz zu anderen nicht darauf erpicht waren, ihm entgegenzuwirken. Und damit ist viel gesagt, und wir sprechen hier über Lincoln nur in diesem Sinne. Kühn war sowohl seine Innen- als auch seine Außenpolitik. Und darum bleibt der Lebenslauf des 16. US-Präsidenten, der vor mehr als hundert Jahren das Land regiert hat, als es ebenfalls eine tiefe, nach Meinung mancher sogar eine katastrophale Krise durchmachte, nach wie vor aktuell.

Es ist wohl nicht nötig, diesen Lebenslauf hier zu rekapitulieren: er ist allgemein bekannt. Doch das Leben und Wirken Lincolns wirft Fragen auf, die amerikanische Historiker bis jetzt unterschiedlich beantworten. Hier eine davon:

Woraus erklärt sich die außerordentliche, unübertroffene Popularität Lincolns zu Lebzeiten und heute? Aus seiner „Humanität und seiner moralischen Verantwortung", wie sich Prof. Hofstadter ausdrückt? Vielleicht daraus, daß er im Unterschied zu seinen Vorgängern im Weißen Haus aus der Mitte des Volkes hervorgegangen war, sich nie vom Volk abgekapselt und es darum besser verstanden und ihm näher gestanden hat als andere?

Nein, es liegt nicht so sehr an seiner Abstammung. Es ist längst erwiesene Tatsache, daß die Herkunft allein bei weitem nicht immer das politische und ideologische Gesicht des Menschen prägt. A. Johnson, Lincolns Amtsnachfolger als Präsident, entstammte ebenfalls dem Volk, seine Politik aber war absolut anders gestaltet, und die Geschichte überliefert von ihm ein ganz anderes Bild.

Lincoln fing tatsächlich als „einfacher Amerikaner" an — er wurde als Sohn eines Farmers geboren und arbeitete sich zum „Selfmademan" empor. Erzählungen über ihn in amerikanischen Schulbüchern haben nicht eine Spur von Legende oder Reklame an sich. Lincoln war in der Tat ein Mensch aus einem anderen Milieu und von anderer Erziehung als der Sklavenhalter Washington, die Pflanzer Madison, Monroe, der Pflanzervertreter Polk und andere Präsidenten vor ihm. Er verdiente sich in seinen Jugendjahren das Brot als Tagelöhner, Holzfäller, Flößer, Jäger, Postbediensteter; nur ca. ein Jahr lang konnte er in die Schule gehen. Durch Selbstbildung wurde er Rechtsanwalt und dann Kongreßmann. In zahlreichen Büchern wird seine einmalige Persönlichkeit geschildert, die die eigenartige frühamerikanische Romantik atmet. Lincoln kannte das Volk, wie es sonst nur wenige kennen, und vertraute auf das Volk. Er war dabei ein gutherziger, sympathischer Mensch, der die besten Charakterzüge des Amerikaners in sich verkörperte. Ihm wurde nachgesagt, „arglos wie die Taube und weise wie die Schlange" zu sein. Und dennoch: nicht die demokratische Herkunft und nicht die persönlichen Charakterzüge Lincolns erklären seinen außergewöhnlichen Erfolg.

Es liegt auch nicht daran, daß zum Unterschied von anderen namhaften Politikern der USA jener und späterer Zeiten Lincoln durch und durch ehrlich war und sich nie mit Korruption befleckte. Obwohl er im Rahmen eines bereits dem Fäulnis verfallenen System wirkte, blieb er unbestechlich, bereicherte sich selbst nicht und half auch seiner Umgebung nicht, sich zu bereichern. Er war dem sich damals in den USA herausbildenden großen Business ferngeblieben, wenn auch dieses Business aus der von Lincoln praktizierten Politik zur Förderung der amerikanischen Industrie profitierte. „Nichts bereitet der Regierung so viel Kopfzer-

brechen wie der Eifer der Profitjäger", sagte Lincoln einmal. Ein andermal entgegnete er einem Geschäftsmann, der ihn aufforderte, seinen Namen für Reklamezwecke herzugeben: „Nicht doch! Ich habe damit nicht das Geringste zu tun. Halten Sie den US-Präsidenten womöglich für einen Makler? Sie wenden sich an die falsche Adresse. Hier die Tür, damit Sie verschwinden!" [2])

Das Volk wußte, daß Lincoln eine saubere Weste hatte. Das war sehr wichtig, doch zu wenig. Selbst ein noch so guter Leumund vermag nicht, eine gute Politik (in den USA wie in anderen Ländern) zu ersetzen.

Es war aber eben eine gute Politik, die das Geheimnis der Erfolge Lincolns barg. Vor mehr als hundert Jahren führte er Amerika auf einen neuen Weg, auf einen schwierigen, gefahrenvollen und opferreichen Weg, der aber, wie das Leben bewiesen hat, ein richtiger Weg war. Mit einer akuten Krise in seinem Lande konfrontiert, scheute Lincoln nicht vor einer zweiten amerikanischen Revolution, vor einem Kampf auf Leben und Tod gegen die reaktionärsten Kräfte im Staat zurück. Er triumphierte dann über diese Kräfte und konnte dadurch, wie vor ihm Washington und Jefferson, die Position der Vereinigten Staaten auf die Dauer festigen.

III

Es ging nicht schlechthin um das Schicksal der amerikanischen Neger. Die Ursachen der Kollision zwischen Nord und Süd in den 60er Jahren des 19. Jhs. lagen tiefer. Alles deutet darauf hin, daß die Reaktionäre des Südens damals mit ihrem Aufruhr recht weitgehende Ziele verfolgten. Es ging ihnen vor allem darum, die Sklavenhalterordnung in ihren Bundesstaaten nicht nur zu erhalten, sondern auch auf das ganze Gebiet der USA auszudehnen und so den Charakter der nordamerikanischen Republik von Grund auf zu verändern.

Es wirkte der starke ökonomische Faktor. Die Erschöpfung des Bodens im Süden, eine Folge des langwierigen Raubbaus der Pflanzer, trieb diese unaufhaltsam nach dem Norden und Westen der USA, und eine Machtergreifung in Washington durch den Süden hätte für die Bourgeoisie des Nordens, die in jenen Jahren einen grandiosen Industrieaufschwung vollzog, den Beginn des Verfalls bedeutet. Die Pflanzer, die die von den Sklaven produzierte Baumwolle über See exportierten, waren an einer Prosperität der ihre Waren beziehenden britischen Baumwollindustrie viel stärker interessiert als am Schicksal der amerikanischen Industrie. Während die amerikanische Industrie eine zunehmende Zahl von Arbeitskräften benötigte, machten sich die Sklavenhalter ganz andere Gedanken. Im Falle eines Erfolgs des Südens wäre die gesamte Wirtschaft der USA dem Rückgang verfallen.

Doch damit nicht genug. Ein Sieg der reaktionären Kräfte hätte auch die außenpolitischen Positionen der Vereinigten Staaten erschüttert. Die wirtschaftlichen Interessen der Plantagenbesitzer brachten diese in direkte politische Abhängigkeit von Großbritannien. Das hätte sehr folgenschwer werden können. Es steht fest, daß der Süden bei der Entfesselung des Bürgerkriegs sehr auf eine bewaffnete Intervention Großbritanniens und Frankreichs als Hilfe für seine Truppen gebaut hatte. Karl Marx wies später darauf hin, daß in Westeuropa eine schmachvolle „transatlantische Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei" [3]) geplant wurde. Es war nicht einmal ausgeschlossen, daß im Falle eines

[2]) C. Sandburg, Lincoln, Moskau 1961, S. 326 und 328, russisch.
[3]) Marx/Engels, Werke Bd. 16, S. 13.

Sieges des Südens die Vereinigten Staaten in der einen oder anderen Form praktisch wieder an das Britische Reich gebunden worden wären. Sie hätten dann den Rang einer führenden Macht der kapitalistischen Welt eingebüßt.

Hinter dem Süden stand somit nicht nur die amerikanische, sondern auch die internationale Reaktion. Die Gegner Lincolns wähnten sich als unbezwingbar. Senator John Hammond, einer der Führer der Sklavenhalter, erklärte schon mehrere Jahre vor dem Bürgerkrieg: „Was geschieht, wenn im Laufe von drei Jahren die Baumwollieferungen ausbleiben würden? ... Eins steht fest: England wird sein Bestes tun, um den Süden zu retten. Nein, ihr würdet nicht wagen, gegen die Baumwolle Krieg zu führen. Es gibt keine Kraft, die wagen würde, gegen sie Krieg zu führen. Die Baumwolle regiert die Welt" [4]). Solche Sprache führten damals die rechtsorientierten amerikanischen Politiker im Munde. Die Gewinne aus dem Baumwollanbau lagen ihnen näher als die nationalen Interessen des Landes.

Der Plan einer bewaffneten Intervention europäischer Mächte in den USA ging nicht in Erfüllung. Rußland lehnte es ab, der Verschwörung gegen Amerika beizutreten. In England hinderten Massendemonstrationen von Arbeitern Palmerston daran, Truppen in die USA zu schicken. Alles stand auf dem Spiele. Doch das letzte Wort wurde von Lincoln gesprochen.

Karl Marx schrieb im November 1864 an Abraham Lincoln im Namen der Internationalen Arbeiterassoziation, daß „für die Männer der Arbeit außer ihren Hoffnungen auf die Zukunft auch ihre vergangenen Eroberungen in diesem Riesenkampfe jenseits des Ozeans auf dem Spiele standen ... Sie betrachteten es als ein Wahrzeichen der kommenden Epoche, daß Abraham Lincoln, dem starksinnigen, eisernen Sohn der Arbeiterklasse das Los zugefallen war, sein Vaterland durch den beispiellosen Kampf für die Erlösung einer geknechteten Rasse und für die Umgestaltung der sozialen Welt hindurchzuführen" [5]).

Ein halbes Jahrhundert später nahm auch W. I. Lenin zur Politik Lincolns Stellung. Er schrieb an die amerikanischen Arbeiter: „Im Jahre 1870 stand Amerika in gewisser Hinsicht, berücksichtigt man nur die Zerstörung einiger Zweige der Industrie und der Volkswirtschaft, *hinter* 1860 zurück. Doch was für ein Pedant, ja geradezu ein Idiot wäre ein Mensch, der aus *solchem* Grund die so große weltgeschichtliche, fortschrittliche und revolutionäre Bedeutung des amerikanischen Bürgerkrieges von 1863 bis 1865 leugnen wollte! ... Die Abschaffung der Negersklaverei, der Sturz der Sklavenhalterherrschaft (war) es wert, daß das ganze Land lange Jahre des Bürgerkriegs, einen Abgrund von Zerstörung, Verwüstung und Terror, diese Begleiterscheinungen eines jeden Krieges, auf sich nahm" [6]).

Über Lincoln wurde viel geschrieben, gewiß auch in Zukunft. Aber kein zweiter US-Präsident verdiente solche Einschätzungen durch Marx und Lenin wie Lincoln mit seiner Politik in einer schicksalschwangeren Periode des Bürgerkrieges. Was wäre aus den Vereinigten Staaten geworden, wenn Lincoln Angst vor der amerikanischen und der internationalen Reaktion gehabt hätte?

Hat er geschwankt? Doch. War er immer in seiner Politik konsequent und unbeugsam? Nein, das war er nicht immer, und zwar nicht nur, weil man ihn störte. Zu Beginn des Krieges gegen die Sklavenhalter des Südens betrachtete er ihn nur als einen Feldzug gegen die putschenden Südstaaten. Er war mitunter zu unent-

[4]) Faulkner, Geschichte der Volkswirtschaft der USA, Moskau/Leningrad 1932, S. 277, russisch.
[5]) Marx/Engels, Werke Bd. 16, S. 19.
[6]) Lenin, Werke Bd. 28, S. 56.

schlossenem Vorgehen und halben Maßnahmen geneigt, weswegen er von Marx und Engels scharf kritisiert wurde. Er vermochte nicht, Widersprüche in seiner Politik zu vermeiden. Das stimmt. Es fiel einem von der bürgerlichen Partei gewählten Präsidenten nicht leicht, das Land in das Feuer eines Bürgerkrieges zu stürzen. Man kann sich denken, wieviel Aufregungen und Schwankungen ihn das gekostet hat. Wie sich später erwies, hatte Lincoln damals das Todesurteil gegen sich selbst unterzeichnet. Doch er gewann den Kampf.

Obwohl Lincolns Nachfolger von seiner Politik abzugehen begannen, die bürgerlich-demokratische Revolution stoppten und bald die Macht an die neuentstandene Finanzoligarchie übergaben, war der Sklavenhalterordnung und dem Separatismus des Südens ein für allemal das Ende gesetzt worden, und die Vereinigten Staaten konnten eine unabhängige Großmacht bleiben.

IV

Manche sahen und sehen das Fortschrittliche an Lincoln nur in seinem Kampf für die Befreiung der Neger und für die Staatsinteressen. Dem ist nicht so. Über ihn läßt sich mehr sagen.

Lincoln war ein ehrlicher, überzeugter Demokrat, wenn auch kein Sozialist. Er glaubte aufrichtig an das Prinzip der Volksmacht, das in der Unabhängigkeitsdeklaration verbrieft ist — dem grundlegenden Dokument der ersten amerikanischen Revolution, in dem das Recht des Volkes auf „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück" verkündet war. Darin unterschied er sich ebenfalls von so gut wie allen seinen Vorgängern und Nachfolgern. Das Wort „Demokratie" war keine Phrase für einen Menschen, der als Tagelöhner angefangen hatte. Es wäre falsch, wollte man denken, Lincoln hätte sich, als er den verzweifelten Kampf gegen den Süden aufnahm, nur von den engen Interessen der Industriebourgeoisie leiten lassen. Das war für ihn das Anliegen des ganzen Volkes, von dem er sich auch dann nicht distanzierte, als er Staatsoberhaupt geworden war.

„Ich wurde als Mensch der unteren Schichten geboren und bin es geblieben" [7]), sagte er einst. Ein andermal erklärte er gegenüber Soldaten: „Es hat sich so gefügt, daß ich vorübergehend das Weiße Haus besetze. Ich bin ein Augenzeuge dessen, daß ein beliebiger von euren Söhnen das werden kann, was der Sohn meines Vaters geworden ist" [8]). Hier irrte er, doch er wünschte ehrlich das, was er sagte.

Lincoln duldete keinen Amtsschimmel. Wohl nie in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten war das Weiße Haus für Menschen aus dem Volk so gastlich geöffnet wie zu seiner Amtszeit. Er plädierte für eine „Gesellschaft Gleicher" [9]) und sprach offen die Befürchtung aus, daß Amerika sich von der Idee der Gleichheit lossprechen würde. Lincoln schrieb an einen Freund: „Wie kann jemand, der die Negerunterdrückung verabscheut, für die Erniedrigung von Klassen weißer Menschen sein? Der Prozeß unserer Entartung scheint ziemlich schnell voranzukommen. Wir fingen als Nation mit der Erklärung ‚Alle Menschen sind gleich' an. Jetzt lesen wir das praktisch wie folgt: „Alle Menschen sind als gleiche geboren außer Negern'. Wenn ‚Nichtswisser' [10]) ans Ruder kommen, wird das zu lesen sein: ‚Alle Menschen sind als gleiche geboren außer Negern, Ausländern und Katholiken'. Wenn es so weit ist, werde ich Emigration vorziehen . . ." [11]).

7) R. Hofstadter, a.a.O., S. 93.
8) Ebd., S. 92.
9) C. Sandburg, a.a.O., S. 89.
10) Eine Geheimorganisation amerikanischer Reaktionäre jener Jahre. Auf Fragen nach dieser Organisation antworteten ihre Mitglieder: „Ich weiß von nichts."
11) R. Hofstadter, a.a.O., S. 100—101.

Lincoln ahnte, in welcher Richtung sich die amerikanische Bourgeoisie entwickelte, denn er gehörte zu einer ihrer Parteien, änderte jedoch seine Anschauungen nicht. Wahrscheinlich hoffte er, daß Reformen irgendwann helfen würden. Es ist kaum anzunehmen, er hätte erkannt, daß die hohen Ideale der Unabhängigkeitsdeklaration und der bürgerliche Staat sich nicht vereinbaren lassen. Als Mensch der Praxis ging Lincoln auf Fragen der politischen Theorie nicht näher ein. Nichtsdestoweniger erwog er in entscheidenden Augenblicken sichtlich radikale Maßnahmen. 1864, als der Bürgerkrieg seinen Höhepunkt erreicht hatte, sagte er seinem Minister Chase: „Notfalls werde ich die Verfassung überschreiten, um die Union (die Vereinigten Staaten — d. Verf.) zu retten" [12]). Noch früher sagte er: „Es ist ein Spezifikum der Revolutionen, alte Regeln oder alte Gesetze nicht zu befolgen, sondern zu überschreiten und neue hervorzubringen." Nur ein Revolutionär kann so denken.

Welche Politik Lincoln im weiteren praktiziert hätte, wäre er nicht sofort nach Schluß des Bürgerkrieges ermordet worden, bleibt dahingestellt. Seine zweite Legislaturperiode im Weißen Haus hatte soeben begonnen [13]). Alles deutet darauf hin, daß er an den Ideen, die er mit so flammendem Glauben aufgestellt und für die ihn das Volk geliebt hatte, nie Verrat geübt hätte. Nur hätte die herrschende Klasse ihm nie gestattet, an den Grundfesten der bestehenden Gesellschaftsordnung zu rütteln.

Daß er bewußt eine Veränderung dieser Ordnung herbeigewünscht hatte, geht aus seinen Worten vom Jahre 1847 hervor, geschrieben, als er Mitglied des Kongresses wurde, ein Jahr vor der Veröffentlichung des „Manifestes der Kommunistischen Partei" in Europa: „Da die meisten nützlichen Dinge durch Arbeit produziert werden, gehören sie alle jenen, deren Arbeit sie hervorgebracht hat. In der Welt war es aber immer so, daß die einen arbeiteten und die anderen die Früchte dieser Arbeit ernteten, ohne selbst zu arbeiten. Das ist falsch und darf nicht weiter sein. Jedem Werktätigen das ganze Produkt seiner Arbeit bzw. so viel wie nur möglich gewährleisten — darin besteht die lohnende Aufgabe jeder guten Regierung" [14]).

Hätte jemand in den USA solche Gedanken *heute* geäußert, würde man ihn ohne Zweifel als „rot" verschreien. Diese Worte atmen voll und ganz den Geist der Gegenwart; so denken heutzutage Millionen Menschen in allen Ländern der Welt. Lincolns Demokratiegedanke war nie ein demagogischer Winkelzug. Der 16. US-Präsident träumte wirklich von einem anderen Amerika.

Lincolns Grundsatzfestigkeit ließe sich leicht nachweisen. Es kommt häufig vor, daß dieser oder jener bürgerliche Staatsmann seine demokratischen Ansichten in Fragen der Innenpolitik an die große Glocke hängt, sich dann aber in seiner Außenpolitik dadurch verrät, daß er imperialistische Maßnahmen und Pläne unterstützt. Bei solchen Politikern stimmt nicht alles zusammen, und das enthüllt ihr wirkliches Gesicht. Es fragt sich nun: War Lincoln in die Politik der amerikanischen Expansionisten und Militaristen jener Zeit irgendwie verwickelt?

Auf diese Frage gibt es eine absolut eindeutige Antwort: Lincoln hatte mit den einheimischen Expansionisten sein Lebtag nicht das Geringste gemein. Er nahm vielmehr offen gegen sie Stellung. Seine Außenpolitik war patriotisch, aber nicht aggressiv. Es gibt keinen Widerspruch zwischen seiner Innen- und Außenpolitik;

[12]) C. Sandburg, a.a.O., S. 542.
[13]) Zum erstenmal wurde Abraham Lincoln 1860 und zum zweitenmal 1864 zum US-Präsidenten gewählt.
[14]) C. Sandburg, a.a.O., S. 104.

er war gegen die Negersklaverei, aber auch gegen den Kolonialismus. Noch zu Beginn seiner politischen Tätigkeit erklärte er: „Ein beliebiges Volk, wo auch immer es lebt, hat das Recht, wenn es das wünscht und Kraft genug hat, sich zu erheben, die bestehende Regierung zu stürzen und eine neue zu bilden, die ihm besser paßt. Das ist das wertvollste, das allerheiligste Recht, das, wie wir hoffen und glauben, die Welt befreien wird" [15]).

Klingt das etwa nicht zeitgenössisch — so, als wäre es in den 70er Jahren unseres Jahrhunderts gesagt? Sind diese Worte etwa nicht auf die Realitäten anwendbar, mit denen die heutige Außenpolitik der USA in verschiedenen Räumen der Welt konfrontiert wird, wo die Völker sich gegen mißliebige Regierungen erheben? Lincoln hat diese Frage beantwortet.

Er fürchtete sich nicht, wider den Strom zu schwimmen. Als in den 1840er Jahren der damalige US-Präsident Polk unter dem Einfluß der Sklavenhalter der Südstaaten den Krieg gegen Mexiko vom Zaun gebrochen und gut eine Hälfte des mexikanischen Territoriums besetzt hatte, wandte sich Lincoln entschieden gegen ihn. Er äußerte sich dahingehend, daß Polk das amerikanische Volk betrogen und den Vereinigten Staaten mehr Schande als Ruhm eingebracht habe, indem er den Krieg begonnen und Mexiko der Aggression bezichtigt hatte. Lincoln pflichtete Senator Th. Corwin bei, der erklärte: „Wäre ich Mexikaner, dann würde ich sagen: Habt ihr im eigenen Lande nicht genug Platz, um eure Toten zu begraben? Sollt ihr in mein Land einfallen, werde ich euch mit blutbesudelten Händen empfangen und euch in gastliche Gräber einladen" [16]).

Lincoln erklärte im Repräsentantenhaus: „Ich kann nicht schweigen!" Er reichte eine Resolution ein, worin unumwunden gesagt wurde, daß die Aggression nicht von Mexiko, sondern von den Vereinigten Staaten ausgegangen sei [17]). Präsident geworden, ließ Lincoln sich keinen einzigen unfreundlichen Akt gegen lateinamerikanische Staaten zuschulden kommen — als ignoriere er die bereits 1823 proklamierte „Monroe-Doktrin". Hier einer seiner Appelle an die Amerikaner: „Alles zu tun, um einen dauerhaften und gerechten Frieden in unserem Volk und mit allen Völkern der Welt zu erreichen und zu erhalten" [18]). Er sagte auch: „Die stärkste Bindung zwischen den Menschen muß nach den familiären Beziehungen die Bindung der sich vereinigenden Werktätigen aller Nationen, Sprachen und Stämme sein" [19]). Das wurde ebenfalls mehr als ein Jahrhundert vor unserer Zeit gesagt.

Darf Abraham Lincoln als eine einmalige Erscheinung, als eine Art Ausnahme unter den US-Präsidenten bezeichnet werden?

Wohl nicht. Er tat sich zwar durch mehrere Besonderheiten und durch die unvergleichliche Einmaligkeit seiner Persönlichkeit hervor, gehörte aber dennoch zu einer bestimmten Schule amerikanischer bürgerlicher Politiker — zur Schule, die so gut es geht versucht, mit den demokratischen Traditionen der amerikanischen Revolution nicht zu brechen und mit dem Volk in Tuchfühlung zu bleiben. Wie gesagt, repräsentierten alle Präsidenten der USA die gleiche herrschende Klasse der Bourgeoisie. Doch man darf nicht an alle ihre Politiker das gleiche Maß anlegen.

Im Zentrum der Bourgeoisie eines jeden Landes wirken verschiedene Kräfte, Gruppen und Politiker. Es gibt Politiker, die die erzreaktionären, die raubgierig-

15) Ebd., S. 101.
16) Ebd., S. 64.
17) P. F. Iwanow, Abraham Lincoln und der Bürgerkrieg in den USA, Moskau 1964, S. 86, russisch.
18) The Collected Works of Abraham Lincoln, Bd. VIII, New Brunswick 1956, S. 333.
19) P. F. Iwanow, a.a.O., S. 471.

sten und verantwortungslosesten Kreise der Bourgeoisie vertreten. In den USA waren das einst die Politiker der Sklavenhalter der Südstaaten. Heute bilden Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes und ihre Bundesgenossen den rechten Flügel. Es gibt auch andere bürgerliche Politiker, die für gewöhnlich mit der Klein- und Mittelbourgeoisie, zum Teil auch mit bestimmten Schichten von Werktätigen liiert sind. Ein solcher Politiker war Lincoln. Doch nicht er allein.

Betrachtet man die 200jährige Geschichte der Vereinigten Staaten, so sieht man Parallelen zwischen dem 3. Präsidenten Thomas Jefferson, dem 16. Präsidenten Abraham Lincoln und dem 24. Präsidenten Franklin Roosevelt. Das sind Politiker verschiedener Epochen, verschiedener Herkunft, verschiedener Charaktere und verschiedener Probleme. Keiner von ihnen wiederholt den anderen. Und dennoch werden sie von etwas geeint, was sie von den anderen Politikern des Weißen Hauses unterscheidet. Jeder von ihnen vertrat in diesem oder jenem Maße, in dieser oder jener Form die liberalen Traditionen der amerikanischen Bourgeoisie, und ihre Namen sind auch heute im Volk sehr beliebt.

Als Pionier und Ideologe dieser Schule kann Jefferson, Autor der Unabhängigkeitsdeklaration, bezeichnet werden, die Karl Marx die „erste Erklärung der Menschenrechte" [20]) nannte. Jefferson sprach sich bereits in den 70er Jahren des 18. Jhs. gegen die Negersklaverei aus, erkannte das Recht jedes Volkes auf Revolution und sogar periodisch wiederkehrende Revolutionen an, wies auf die Ungerechtigkeit der Verteilung der Reichtümer in Amerika hin. Als US-Botschafter in Paris grüßte er die französische bürgerliche Revolution. Er erklärte einmal: „Soweit es ein Prinzip gibt, das es ins Bewußtsein der Amerikaner tiefer hineinzutragen gilt als irgendein anderes Prinzip, so besteht es darin, daß wir mit den Eroberern nichts zu tun haben dürfen." In seinem Aufruf an das Volk 1801 [21]) definierte er seine Außenpolitik, als denke er 170 Jahre voraus: „Frieden, Handel und ehrliche Freundschaft mit allen Völkern, uns bindende Bündnisse mit niemand." Es ist nicht zu bezweifeln: Ungeachtet der Entwicklung in den USA nach Jefferson hinterließen dessen Ideen eine tiefe Spur in den liberalen Kreisen der amerikanischen Bourgeoisie.

Lincoln hielt sich bekanntlich für einen Nachfolger Jeffersons, den er den „überragendsten Politiker" in der Geschichte Amerikas nannte. Er warf seinen Widersachern in der demokratischen Partei vor, von den Ideen Jeffersons abgegangen zu sein und die Eigentumsrechte über die Menschenrechte gestellt zu haben [22]). Beim Lesen des Lebenslaufs Lincolns überzeugt man sich, daß er unabänderlich bestrebt war, dem Vermächtnis seines Lehrers zu folgen.

Franklin D. Roosevelt, der 68 Jahre nach Lincolns Tod ins Weiße Haus einzog, steht von diesem politisch viel weiter, als Lincoln von Jefferson entfernt war. Nichtsdestoweniger darf auch Roosevelt als Vertreter der liberalen Schule im Weißen Haus betrachtet werden. Die Innen- und Außenpolitik Roosevelts 1933 bis 1944 unterschied sich wesentlich vom Kurs seiner Vorgänger; er führte mehrere demokratische Maßnahmen durch, die bei einer Reihe von Vertretern des großen Business auf harten Widerstand stießen. Obwohl Roosevelt mit dem Monopolkapital zusammenarbeitete, stützte er sich gleich Jefferson und Lincoln auf breite Schichten der Klein- und Mittelbourgeoisie; ihn unterstützten Farmer und viele Arbeiter. Kein US-Präsident nach Lincoln erfreute sich einer solchen Popularität im Volk wie Franklin Roosevelt. Keiner wurde viermal in dieses Amt gewählt.

20) Marx/Engels, Werke Bd. 16, S. 18.
21) „Rise of the American Nation", New York 1972, S. 231.
22) R. Hofstadter, a.a.O., S. 101.

V

Zählt man die Jahre zusammen, die Jefferson, Lincoln und F. Roosevelt an der Macht waren, so ergibt das höchstens 25 Jahre von den 200, deren Vollendung in den USA 1976 gefeiert wird. Doch die Geschichte bestätigt, daß gerade diese drei demokratisch gesinnten amerikanischen Präsidenten für die Vereinigten Staaten mehr geleistet haben als alle übrigen Präsidenten zusammen. Bei Zusammenstößen mit reaktionären Kräften, die die Lebensinteressen des Landes in Gefahr brachten, wichen sie in der Regel nicht zurück, verloren sie nicht den Kopf, machten sie nicht den Weg frei, sondern leisteten Widerstand und setzten sich durch. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Schule weiter lebenstüchtig ist, ob sie auch im letzten Viertel unseres Jahrhunderts ihre Rolle zu spielen vermag, da die USA sich neuen, gigantischen Problemen gegenübersehen. Lincoln kannte seinen Weg.

Wie gesagt, es war nicht leicht, diesen Weg zu gehen. „Statt Ruhm fand ich nur Asche und Blut vor" [23]), sagte Lincoln einmal, ohne zu ahnen, daß er damit sein persönliches Schicksal förmlich voraussagte. Der Mörder, der ihn im Zuschauerraum des Washingtoner Theaters fünf Tage nach der Kapitulation der Sklavenhalter niederschoß, rief: „Der Süden ist gerächt!" [24]) Mehr als hundert Jahre später ereilte dieses Los noch einen Präsidenten, den die Rechtsextremen ebenfalls haßten. Die reaktionären Kreise in den USA machen nie vor der physischen Vernichtung ihrer Gegner halt. Doch das stärkte Amerika nicht, sondern schwächte es.

Die Bedeutung Lincolns besteht darin, daß er Demokrat, Humanist und — was nicht weniger wichtig ist — politischer Realist war. Daher seine Weitsichtigkeit. Im Augenblick, da das Leben es von ihm verlangte, ging er den revolutionären Weg. Seine Politik entsprach nicht nur den Interessen des fortschrittlichen Teils der amerikanischen Bourgeoisie, sondern auch den gesamtnationalen Interessen. Es ist heute sonnenklar: Hätten die Sklavenhalter im Bürgerkrieg gesiegt, wäre das für die Vereinigten Staaten sehr folgenschwer geworden. Das Wachstumstempo der amerikanischen Großindustrie wäre in Frage gestellt, die außenpolitischen Positionen der USA untergraben worden. Andere Mächte — Großbritannien, Deutschland und Frankreich — hätten das „Land der Baumwolle" weit hinter sich gelassen. Das Volk erwartete von Lincoln kühne Entscheidungen, und er ging mit dem Volk.

Es stimmt — nach seiner Ermordung vollführte die amerikanische Bourgeoisie einen Rechtsschwenk, traf mit dem besiegten Süden eine Absprache und berief bald die unersättliche Finanzoligarchie an die Macht. Lincoln sah auch das voraus. Er sagte: „In absehbarer Zeit tritt eine Wende ein, die mich äußerst beunruhigt und mich bange um das Schicksal meines Landes macht. Ein Machtantritt der Gesellschaften wird zwangsläufig eine Ära von Korruption und Zersetzung in den obersten Gremien des Landes herbeiführen, und das Kapital wird sich mühen, seine Herrschaft zu behaupten und dazu auf dunkelste Triebe der Massen spekulieren, bis alle nationalen Reichtümer in den Händen weniger Auserwählter konzentriert sind. Und das wird das Ende der Republik bedeuten" [25]).

Lincoln ahnte, was sich nach seinem Tod abspielen würde. Während er aber an der Macht war, tat er für sein Land alles, was er nur konnte. Die zweite amerikanische Revolution war vollbracht. Die Offensive der überholten Klasse wurde zurückgeschlagen. Die Integrität des Staates wurde erhalten.

23) Ebd., S. 134.
24) „Rise of the American Nation", S. 406.
25) C. Sandburg, a.a.O., S. 695.

Karl Marx schrieb über Lincoln nach dessen Tod, daß er „ein Mann war, den der Mißerfolg nicht niederschlagen, den der Erfolg nicht berauschen konnte, der unerschütterlich seinem großen Ziele entgegendrängte, ohne es je durch blinde Hast aufs Spiel zu setzen, bedächtig seine Schritte fördernd, ohne je einen zurück zu tun, nie fortgerissen von der Flut der Volksgunst, nie entmutigt durch die Abkühlung der Volksbewegung, der Akte der Strenge durch die Wärme eines liebevollen Herzens mildert, düstere Austritte der Leidenschaft durch das Lächeln des Humors erhellt und sein titanisches Werk ebenso einfach und bescheiden verrichtet, wie Herrscher von Gottes Gnaden kleine Dinge mit prahlerischem Glanz und Aufwand zu tun pflegen; mit einem Worte, er war einer der seltenen Männer, denen es gelingt, groß zu werden, ohne daß sie aufhören, gut zu sein. So groß war in der Tat die Bescheidenheit dieses großen und guten Mannes, daß die Welt dann entdeckte, er sei ein Held gewesen, nachdem er als Märtyrer gefallen" [26]).

So denken auch heute die fortschrittlich gesinnten Menschen in den Vereinigten Staaten an Lincoln. Nicht von ungefähr gaben die amerikanischen Antifaschisten, die in den 30er Jahren in Spanien kämpften, ihrer Brigade seinen Namen.

Lincoln erkannte: Wenn die Geschichte sich vorwärts bewegt, ist es verbrecherisch und zwecklos, ihr entgegenzutreten oder aber auch nur stehenzubleiben. Darum hat diese Politik des 19. Jahrhunderts soviel Aktuelles an sich.

Die Weltwirtschaft des Kapitals

Vierteljahresübersicht

Von Jürgen Kuczynski

So eng auch die Wirtschaften der einzelnen führenden Länder des Kapitals heute miteinander verflochten sind, schließt das doch nicht aus, daß die einzelnen Wirtschaften sich recht verschieden entwickeln können. Niemand kann bezweifeln, daß es mit der Wirtschaft in den USA seit einem Dreivierteljahr, in der BRD seit einem halben Jahr, in Frankreich seit einem Vierteljahr langsam aufwärts geht. Und niemand kann bezweifeln, daß es mit der Wirtschaft in Großbritannien und in Italien weiter abwärts geht. Ja, man wäre durchaus berechtigt, Großbritannien und Italien zwei Katastrophenherde der kapitalistischen Weltwirtschaft zu nennen.

Nicht, daß etwa die Industrieproduktion, die das Kernstück der kapitalistischen Wirtschaft in den entwickelten Ländern ist, katastrophal absinkt. Natürlich ist ist sie von 1974 bis 1975 wie in allen anderen imperialistischen Ländern zurückgegangen, aber seit dem Frühjahr 1975 hat sie stagniert.

[26]) Marx/Engels, Werke Bd. 16, S. 98—99.

Index der Industrieproduktion in Großbritannien
(1970 = 100)

1974	*106,2*
1975	*100,9*
1. Vierteljahr 1975	*104,6*
2. Vierteljahr 1975	*99,8*
3. Vierteljahr 1975	*99,4*
4. Vierteljahr	*99,8*
Januar 1976	*100,5*
Februar 1976	*101,4*

Ja, zu Beginn von 1976 ist die Industrieproduktion sogar ganz leicht angestiegen — während die Arbeitslosigkeit weiter zunahm. Die Investitionstätigkeit jedoch liegt seit dem zweiten Halbjahr 1975 unter der des Jahres 1970! Ein Morast, mag man sagen, ein Sumpf. Aber eine Katastrophe? Die Katastrophe erwächst aus dem Sumpf.

Bekanntlich hat sich Großbritannien, obgleich es in der Industrieproduktion und im Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung hinter der BRD und Frankreich liegt, unter den großen imperialistischen Mächten nur noch von Italien untertroffen, durchaus neben den USA als Finanzzentrum des Kapitals gehalten. Und genau diese Position als eines der beiden Finanzzentren ist seit einiger Zeit mehr und mehr bedroht. Ausländische Regierungen, besonders die OPEC-Länder, haben sogar begonnen, ihre Guthaben aus London abzuziehen.

Das hängt vor allem mit dem ständigen Verfall des Pfundes zusammen. Und umgekehrt wird der Fall des Pfundes beschleunigt durch das Abziehen von Guthaben, bei dem natürlich Pfunde gegen stabiler scheinende Währungen umgetauscht werden. Seit mehr als einem halben Jahr sinkt der Wert des Pfundes von Monat zu Monat. Entsprechend steigen die Einfuhrpreise, und es droht eine neue Intensivierung der Inflation.

Wie sich die Währungsabwertung auf die Einfuhrpreise von Rohstoffen auswirkt, zeigt sehr deutlich der Index der Rohstoffpreise, den der Londoner „Economist" sowohl in Pfund Sterling wie in Dollar berechnet. Ende April 1976 waren die Rohstoffpreise gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr gestiegen:

Index der Rohstoffpreise		
Preissteigerung in £ (%)		*in $ (%)*
Insgesamt	*48,6*	*15,2*
Nahrungsmittel	*46,9*	*13,9*
Industriestoffe		
Insgesamt	*51,5*	*17,5*
Textilfasern	*38,6*	*7,4*
Metalle	*54,9*	*20,0*

Die Preissteigerungen für Großbritannien betrugen im Durchschnitt das Dreifache der Preissteigerungen für die USA. Auf solche Weise wird die Inflation in Großbritannien von außen genährt. Dazu kommt eine ständig zunehmende private und staaliche Auslandsverschuldung. Wie ein Entwicklungsland muß Großbritannien immer neue Anleihen auf dem Weltkapitalmarkt aufnehmen, um seine Zahlungsbilanz irgendwie auszugleichen, das heißt vor allem, um Einfuhr und Zinszahlungen aufrechtzuerhalten. Mit einem Wort: Großbritannien wird vor dem Bankrott nur durch immer neue Anleihen im Ausland bewahrt, und niemand weiß in der herrschenden Klasse, wie und wann das enden kann.

*

Ähnlich,nur noch schlimmer, ist die Situation in Italien.
Die Industrieproduktion war von 1974 bis 1975 um 9,7 % gesunken. Die Investitionen gingen um mehr als das Doppelte, um 24 % zurück. Die Staatsschulden stiegen von 5,4 Billionen Lire im Jahre 1974 auf 12,4 Billionen im Jahre 1975. Jedoch wäre es nicht richtig, festzustellen, daß die Krise der Industrieproduktion sich ständig weiter vertieft. Wie in Großbritannien, kann man auch in Italien heute von Stagnation sprechen, vielleicht sogar in den letzten Monaten, ebenfalls wie in Großbritannien, von einer ganz leichten Tendenz zur Verbesserung der industriellen Aktivität. Und doch muß man bei Italien, genau wie bei Großbritannien, von einer schnellen Vertiefung der Krise sprechen.

Zunächst ist ein rapider Abfall des Wertes der Lira zu beobachten. Nachdem man am 21. Januar 1976 auf die Aufrechterhaltung einer gewissen Währungsstabilität verzichtet hatte, ist der Wert der Lira innerhalb eines Vierteljahres um rund ein Drittel gesunken. Erschreckt über die Abwertung der Lira, erklärten sich das amerikanische und westeuropäische Finanzkapital bereit, außerordentlich hohe Dollaranleihen zur Stützung der Wirtschaft zu geben. Innerhalb von 14 Tagen standen rund 2½ Mrd. Dollar bereit.

Doch während ein Milliardendollarsegen nach Italien einfloß, strömten Billionen Lire aus Italien in andere Länder, um in Dollar, Schweizer Franken und DM umgetauscht zu werden. Das Kapital floh aus Italien, da die Finanzmagnaten immer weniger Vertrauen in die Situation dort hatten, auch wenn so viele Dollar einströmten.

Innerhalb von wenig mehr als 2 Monaten stand das Land daher erneut vor dem Bankrott, und die EG-Länder, die schon stark an den Krediten im Februar beteiligt waren, mußten erneut einspringen. Auf einem Treffen der Finanzminister der EG am 26. April wurden Italien erneut 2,3 Mrd. Dollar zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden alle höheren Werte der italienischen Währung im Ausland außer Kurs gesetzt, um die Kapitalflucht aus Italien einzudämmen. Die Lira aber sinkt trotz alledem weiter, und das Tempo der Inflation hat sich bereits wieder zu intensivieren begonnen. Dazu kommt eine noch viel stärkere innenpolitische Krise als in Großbritannien. In Italien kann man wirklich sagen, daß die herrschende Klasse nicht mehr weiß, wie sie weiter regieren, insbesondere wie sie weiter wirtschaften soll.

*

Es geht jedoch nicht nur um Großbritannien und Italien. Eine Frage von entschieden größerer Reichweite ist: Ist es möglich, daß sich die wirtschaftliche Besserung der Lage, der zyklische Aufschwung, in den übrigen imperialistischen Ländern einfach fortsetzt, während Großbritannien und Italien dem Bankrott zusteuern?

Eine erste Antwort hatte bereits Frankreich am 15. März gegeben, als es aus der „Währungsschlange" austrat und den Franc abwertete mit der Begründung, daß die Abwertung von Pfund und Lira Frankreichs Position auf dem Weltmarkt so verschlechtert habe, daß es, um konkurrenzfähig zu bleiben, ebenfalls abwerten müsse. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht uninteressant, daß die „International Herald Tribune" am 3. Mai auf der ersten Seite ihres Spezialreports über Italien einen Artikel brachte mit der Überschrift „Die Abwertung der Lira ermutigt Exporteure" — natürlich die italienischen Exporteure.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die Abwertung von Pfund Sterling und Lira sowie auch die (nicht sehr starke) Abwertung des Franc den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt außerordentlich zugespitzt hat. Gleichzeitig darf man nicht übersehen, daß die Dutzende von Milliarden Investitionen der USA und der BRD in Großbritannien wie auch in Italien ständig an Wert verlieren und dies beachtliche Verluste für diese und entsprechend auch für andere imperialistische Länder bedeutet.

Die Welt des Kapitals ist eine, wenn natürlich auch widerspruchsvolle, Einheit. Schon im „Kommunistischen Manifest" schrieben Marx und Engels: „Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zuvilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur."

Bedenkt man, daß kluge Politökonomen der Bourgeoisie an sich schon kein sehr großes Vertrauen in die Länge des Aufschwungs aus dem Krisentief haben, daß die imperialistischen Länder, zum Teil noch recht weit, dem vorangegangenen Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1973 fern sind, daß die Weltwirtschaftslage sowieso schon aufgrund der allgemeinen Krise sehr labil ist, wie soeben erst die Währungskrise in den ersten 4 Monaten des Jahres gezeigt hat, dann muß man damit rechnen, daß die beiden Katastrophenherde Großbritannien und Italien noch Wesentliches dazu beitragen können, um den Wirtschaftsaufschwung aus der Krise, den wir heute in den USA, in der BRD und in Frankreich beobachten, zeitweise zum Stillstand zu bringen oder gar in einen Rückfall zu verwandeln.

Das ist noch keine Prognose, sondern nur eine Erwägung, die bei jeder Prognose berücksichtigt werden muß. Vorläufig steigen noch in den USA, in der BRD, in Frankreich, auch in der Schweiz, in Holland und anderen Ländern Westeuropas die Profite kräftig an. Ich meine, daß ich erst in der nächsten Vierteljahresübersicht in der Lage sein werde, eine Prognose über die Wirtschaftsentwicklung für das Weltkapital in der nächsten Zeit zu geben — wobei man bedenken muß, daß meine letzte Prognose für die Entwicklung der Lage der Arbeiter sich im vergangenen Vierteljahr voll bestätigt hat. Unter der Überschrift „Eine neue Form des Wirtschaftszyklus?" hatte ich geschrieben („Blätter", 3/1976, S. 293): „Es wird einen Zyklus der Entwicklung der Profite geben, aber zugleich eine Tendenz für Beschäftigung und Kaufkraft der Werktätigen, sich nicht mehr erweitert zu reproduzieren." Es ist bemerkenswert, daß in zwei wirtschaftlich so relativ verschieden situierten Ländern wie der BRD und Großbritannien die Reallöhne

der vollbeschäftigten Arbeiter sinken und daß für Großbritannien der Schatzkanzler ausdrücklich soeben eine weitere Senkung für den Rest des Jahres 1976 vorausgesagt hat.

II. Ein dritter Katastrophenherd?

Das ausführliche Zitat, das wir soeben aus dem „Kommunistischen Manifest" gegeben haben, rechtfertigt ohne ausführlichere Begründung die Untersuchung eines dritten (möglichen) Katastrophenherdes für die Welt des Kapitals, auch wenn dieser fern von Westeuropa und Nordamerika liegt: der Republik Südafrika. Als Einleitung zu dieser Betrachtung ist es angebracht, sich mit dem Hauptprodukt des Landes, mit dem Gold, im kapitalistischen Weltmaßstab zu beschäftigen.

Gehen wir dabei zunächst vom Haupthandelsplatz für Gold und Goldaktien aus, von London. Während im letzten Jahr die Aktienkurse an der Londoner Börse allgemein um rund ein Fünftel heraufgegangen sind — sich also real etwa gehalten haben —, sind die Kurse für Goldbergwerksaktien um rund zwei Drittel gesunken. Der Preis für Gold aber ist (in Dollar) um rund ein Drittel zurückgegangen. Die Goldproduktion jedoch ist außerhalb der sozialistischen Länder Jahr für Jahr, seit 1972 insgesamt um ein Fünftel, gesunken, was eigentlich zu einer Preissteigerung hätte führen sollen; die Goldproduktion entwickelte sich so:

Goldproduktion außerhalb der sozialistischen Länder 1972 bis 1975 [1])

Metrische Tonnen

Land	*1972*	*1973*	*1974*	*1975*
Südafrika	*910*	*852*	*759*	*708*
Kanada	*65*	*60*	*53*	*51*)*
USA	*45*	*36*	*35*	*32*)*
Rhodesien	*16**)*	*16**)*	*20**)*	*20**)*
Papua/Neu Guinea	*12*	*17*	*24*	*19*)*
Andere Länder	*109*	*111*	*109*	*110*
Insgesamt	*1157**)*	*1092**)*	*1000**)*	*950**)*
Südafrika %	*79*	*78*	*76*	*75*

*) Vorläufig **) Geschätzt

Auch wenn der Prozentsatz Südafrikas an der nicht-sozialistischen Goldproduktion in den letzten Jahren ständig zurückgegangen ist, ist er immer noch enorm, beträgt auch 1975 noch drei Viertel. Warum aber ist der Goldpreis im letzten Jahr so stark gesunken, während die Produktion abfiel? Und das in einer Welt, in der die Währungsunsicherheit so groß ist und das Kapital ein Interesse daran haben muß, wenigstens *eine* Sicherheit, die Gold doch seit Jahrtausenden gewährt hat, zu garantieren.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Die USA haben in den letzten Jahren alles getan, um die Lage auf dem Goldmarkt zu verunsichern. Sie verkauften einen gewissen Teil ihres eigenen Bankgoldschatzes, und sie haben durchgesetzt, daß auch der Internationale Währungsfonds in der nächsten Zeit größere Goldverkäufe tätigt. Zwei politische Gründe stehen hinter dieser Politik. Einmal hoffen die USA, den schwankenden und mehrmals abgewerteten Dollar wieder zur „Leitwährung" der kapitalistischen Welt zu machen, wenn das Gold sich als „unsicherer Hort" erweist. Und sodann wollen sie dem zweitgrößten Goldproduzenten, der Sowjetunion, wirtschaftlichen Schaden zufügen, indem sie den Preis des Goldes drücken.

1) Berechnungen von Union Corporation und Samuel Montagu. Vgl. „The Financial Times" v. 26. 4. 1976.

Beides aber wird ihnen auf die Dauer nicht gelingen. Die wirtschaftliche Situation in den USA ist viel zu labil, um den Dollar wieder zu einer Weltwährung werden zu lassen. Was aber den Goldpreis betrifft, so ist der Spielraum für Manipulationen doch relativ begrenzt — zumal auch eine Reihe von imperialistischen Staaten, insbesondere Frankreich, ein Interesse an einer relativen Höhe des Goldpreises haben, da viel Gold gerade dort als Sicherheit gehortet wurde. Auch die Londoner „Financial Times" vom 3. Mai schrieben in einem Artikel über die Goldsituation: „Gold — befindet es sich in der Stille vor dem Sturm? Und wenn, in welcher Richtung wird der Wind wehen? Die Antworten von allen Experten, die ich konsultiert habe, bewegen sich, was den Goldpreis betrifft, auf dem weitest möglichen Spektrum. Doch selbst der wildeste Anti-Gold-Fanatiker war nicht bereit, das gelbe Metall ganz abzuschreiben, zumindest noch nicht. Ja, er gab auf energisches Befragen beinahe zu, daß er lieber Gold als eine Reihe von Papierwährungen, die er mich nicht zu nennen bat, besitzen würde."

Man darf ja auch nicht vergessen, daß beträchtliche Summen vom Monopolkapital in Goldberwerke investiert worden sind. Und e i n Land kann als der Stützpunkt des Monopolkapitals auf einem ganzen Kontinent, wir meinen die Republik Südafrika, unter Umständen gerade durch die amerikanische Goldpolitik beschleunigt dem Kapital verloren gehen und damit auch andere imperialistische Länder in Schwierigkeiten bringen.

Zu diesen anderen imperialistischen Ländern gehört mit an erster Stelle die Bundesrepublik. Die Bundesrepublik führt zum Beispiel in die RSA mehr aus als nach Japan, das mehr als die vierfache Bevölkerung der RSA hat. Außerhalb Europas gibt es überhaupt nur zwei Staaten, nach denen die Bundesrepublik mehr ausführt als in die RSA: die USA und Brasilien. Und was den Anteil an der Einfuhr betrifft, so ist der der Bundesrepublik an den südafrikanischen Importen weit höher als an den brasilianischen oder japanischen.

Nach allem, was bekannt ist, drängt die Bundesrepublik auch in den Kapitalanlagen in Südafrika immer stärker vor. Während aber immer mehr westdeutsches Kapital in die RSA wandert, flieht seit einiger Zeit immer mehr südafrikanisches Kapital aus dem Lande. Warum? Sieht doch die wirtschaftliche Lage an sich gar nicht so schlecht aus. Die Industrieproduktion hat sich 1975 im Vergleich zu Westeuropa und Nordamerika gar nicht so schlecht entwickelt. Im letzten Jahr stieg sie ein wenig, statt wie in den meisten anderen imperialistischen Ländern zu sinken, und für 1976 rechnet man mit einer erneuten leichten Steigerung. Die Inflationsrate beträgt zwar über 10 %, aber das ist für monopolkapitalistische Länder nicht exorbitant. Das reale Bruttosozialprodukt stieg 1975 um 2 % und geht weiter langsam herauf. Warum wandert also das Kapital aus?

Diese Auswanderung ist eine neue Erscheinung. Sie datiert seit der siegreichen Offensive der Volkskräfte in Angola. Sie hat sich seit deren endgültigem Sieg beschleunigt. Das Diamantengeschäft geht glänzend — denn Diamanten sind leicht ins Ausland zu schmuggeln. Im Jahresbericht der größten Diamantengesellschaft der Welt, De Beers, erklärte der größte Kapitalmagnat Südafrikas, Harry Oppenheimer, laut „Financial Times" vom 30. April, daß „die Erholung des Diamantenmarktes sich in den letzten 3 Monaten beschleunigt" habe (Angola!) und daß die Aussichten für 1976 „günstig" seien.

Am deutlichsten aber wird die Unsicherheit des Monopolkapitals durch die Kurse von afrikanischen Wertpapieren, insbesondere Goldpapieren, an der Londoner Börse illustriert. Die Kurse für Goldbergwerksaktien waren im Zusammenhang mit der amerikanischen Goldpolitik im Laufe des Jahres 1975 um rund die Hälfte

gesunken. Im Laufe des Jahres 1976 (Januar bis April) sind sie aber, ohne daß sich der Goldpreis seit Mitte Januar wesentlich geändert hat, erneut stark abgefallen. Am 28. Februar hatte der Londoner „Economist" einen Artikel über die Aussichten der südafrikanischen Goldaktien gebracht. Er begann damit, daß es 8 Jahre gedauert habe, bis sich die Goldaktien von dem Massenmord der Polizei bei Sharpeville (200 südafrikanische Schwarze wurden damals getötet) erholt hatten. Dann aber gingen sie steil hinauf. Und er fragt nun, ohne eine Antwort zu wagen, wie lange es dauern werde, bis sie sich von den Folgen der amerikanischen Goldpolitik und dem „Angola-Schock" erholen werden. Sehen wir uns die Bewegung der Goldaktien in der letzten Zeit an:

Goldaktien-Kurse an der Londoner Börse

22. Mai 1975 (Höhepunkt der 70er Jahre)	*442,3*
2. Januar 1976 (Höhepunkt des Jahres 1976)	*246,9*
5. April 1976 (Tiefpunkt des Jahres 1976)	*140,1*
30. April 1976	*187,6*

Nachdem die südafrikanischen Truppen sich aus Angola zurückgezogen hatten, gab es eine kleine Erholung. Aber immer noch ist die Situation so, daß das Weltkapital kein großes Vertrauen in die Entwicklung in Südafrika zeigt. Und ebensowenig — und das ist in gewisser Weise noch wichtiger — zeigt das in Südafrika situierte Monopolkapital viel Vertrauen in die Situation. Das Kapital flüchtet weiter aus dem Lande.

Nun wird niemand sagen, daß ein Zusammenbruch der südafrikanischen Wirtschaft einen ähnlichen Einfluß auf die Weltwirtschaft des Kapitals haben wird wie ein Zusammenbruch der italienischen Wirtschaft. Denkt man aber an die politische Rolle des Landes in der Welt des Kapitals, dann wird man verstehen, warum man auch Südafrika einen Katastrophenherd des Weltkapitals nennen kann. —

In der Tat muß man sagen, daß noch niemals ein Aufstieg aus dem Krisentief für das Weltkapital so viele Rückfallgefahren in sich barg wie der gegenwärtige: ein weiteres Zeichen für die außerordentliche Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Suchanzeige

Der Initiativkreis gegen Berufsverbote Münster sucht für eine Dokumentation „Die psychischen Folgen der Berufsverbote — wie wirken sie sich bei nicht unmittelbar Betroffenen aus?" Material (Fallbeispiele, Erlebnisberichte, Literaturhinweise). Bitte senden an: AStA Fachhochschule Münster, Vogel-vom-Falkenstein-Straße, 4400 Münster.

Pahl-Rugenstein

Vom „Lebensstandard" zur „Lebensqualität"

Von Eberhard Göbel

„Lebensqualität" oder „Qualität des Lebens" ist ein amerikanischer Import-Begriff, der in den letzten Jahren in der BRD eine außerordentliche Verbreitung gefunden hat. „Das Wort hat die Bedeutung eines Plakates, eines Slogans, einer Verpackung, eines Versprechens, eines Programms und schließlich einer Weltanschauung" [1]).

Gemäß der Devise, wonach Lebensqualität einen neuen Maßstab des Fortschritts darstellt (Erhard Eppler), bezweckt die Diskussion um diesen Begriff, Merkmale oder Indikatoren für die Weiterentwicklung der Gesellschaft bzw. für den gesellschaftlichen Fortschritt zu erarbeiten, um damit den „Wildwuchs des Wachstums" der bundesdeutschen Gesellschaft besser in den Griff zu bekommen („Orientierungsrahmen '85"). Dahinter steht offensichtlich der Versuch, die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse krisenfrei, d. h. planvoll zu gestalten.

Mit dem Begriff der Lebensqualität werden alle nur erdenklichen Problembereiche angeschnitten: so z. B. die „öffentliche Armut" im Gegensatz zum „privaten Reichtum", die Diskussion um gesellschaftspolitische Entwicklungsmaßstäbe wie Bruttosozialprodukt auf der einen und Wohlfahrtsprodukt auf der anderen Seite sowie der Wandel von „Leistung zum Leben" oder von „Ökonomie zur Ökologie" (E. Eppler). Mit letzterem sind nicht nur die natürlichen Umweltfaktoren angesprochen, wie z. B. Luft, Wasser, Landschaft, sondern auch des weiteren die persönlichen Lebenssphären wie Ehe und Familie und die wirtschaftlichen und sozialen Komponenten wie Arbeit, Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs-, Verkehrs- und Sicherheitswesen.

Im Rahmen dieser vielschichtigen Interpretationen gewinnt die voluntaristisch gesetzte Alternative von Lebensqualität und industriellem Wachstum, wie sie in der Meadow-Studie „Grenzen des Wachstums" des Club of Rome propagiert wurde [2]), ebenso politische Bedeutung wie die scheinbare Antithese von Lebensqualität und Lebensstandard.

Untersucht man die Vielzahl von Definitionen der Programmformel Lebensqualität, so lassen sich erste Rückschlüsse auf die Taktik der Programmformulierer ziehen. Es fällt auf, daß der publizistische Aufwand zur Propagierung dieser Formel in keinem Verhältnis zu dem Aufwand steht, der für eine wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig wäre; denn bereits auf den ersten Blick wird offensichtlich, daß der Begriff Lebensqualität ohne tiefere Kenntnisse über den Funktionsmechanismus und das Entwicklungsprinzip unserer heutigen Gesellschaft geprägt worden ist. Die Ignoranz der wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, die der Begriff Lebensqualität widerspiegelt, wird von Claus Offe folgendermaßen gedeutet:

---

[1]) Hermann-Josef Nachtwey, Lebensqualität, gesellschaftliche Temperatur und Wachstumskrise, in: Lebensqualität? Von der Hoffnung Mensch zu sein, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, 1974, S. 11.

[2]) Vgl. die Beiträge von Edgar Gärtner in den „Blättern", Hefte 6/1973, S. 636 ff.; 9/1973, S. 880 ff.; 10/1973, S. 1034 ff.; 10/1973, S. 1053; 6/1974, S. 620 ff.

„Die antithetischen Beziehungen, in deren Zusammenhang das Kriterium der Lebensqualität formuliert wird, sind so gebaut, daß sowohl das Kapital wie die Arbeitskraft, sowohl die Produzenten wie die Konsumenten als Sündenböcke einer schlechten, wie zugleich als potentielle Nutznießer einer verbesserten Qualität dastehen" [3]).

Es gilt zu prüfen, welche Entwicklung auf der ökonomischen, politischen und ideologischen Ebene der Gesellschaft dazu geführt hat, daß der Begriff Lebensstandard auf dem „Müllhaufen der politischen Modewörter" gelandet ist, während Lebensqualität dagegen zum Allerweltswort erhoben wird. Zu fragen ist, wem eine solche scheinbare Begriffsneubildung nützt?

Zunächst soll die Entstehungsgeschichte des Begriffs nachgezeichnet werden. Anschließend wird versucht, an Hand von drei Thesen eine materialistische Fundierung des Begriffs Lebensstandard zu leisten. Damit sollen Maßstäbe gewonnen werden, die eine wissenschaftlich haltbare Beurteilung des Begriffs Lebensqualität erlauben.

Danach soll analysiert werden, wieso der Begriff Lebensstandard in den 50er und 60er Jahren in bestimmter Weise vereinseitigt als ideologischer „Kampfbegriff" gebraucht worden ist und weshalb dieser Begriff schließlich durch die Formel „Lebensqualität" abgelöst werden mußte.

Der letzte Teil der Arbeit befaßt sich schließlich mit zwei Dimensionen der Lebensqualität: Umweltschutz und Humanisierung der Arbeit, da diese Bereiche immer noch in den Schriften der Verbände von Kapital und Arbeit diskutiert werden. Anhand der Diskussion jener zwei Dimensionen soll gezeigt werden, wieso die Diskussion der Qualität des Lebens eine solche Verengung erfahren hat bzw. welche ideologischen Absichten bei Kapital und Arbeit dahinterstehen.

Genesis eines ideologischen Begriffs

Neun Jahre nachdem der Begriff Lebensqualität das innenpolitische Geschehen der USA bereichert hatte, fand diese „amerikanische Formel" [4]) in der BRD Eingang in die breite öffentliche Diskussion, durch die internationale Arbeitstagung der IG Metall, die 1972 in Oberhausen stattfand. Das Thema dieser Tagung lautete: „Die Aufgabe der Zukunft. Die Qualität des Lebens." Sie sorgte für die

---

3) Claus Offe, Qualität des Lebens — politikwissenschaftliche Aspekte eines politischen Schlagwortes, in: Lebensqualität? . . ., S. 134.

4) Die bundesdeutschen Importeure des Begriffs Lebensqualität sind nicht identisch mit den Erfindern oder Wortschöpfern. Die Wortschöpfung, obgleich nur eine Anhäufung schon bekannter Hauptwörter, wird dem amerikanischen Ökonomen J. K. Galbraith zugeschrieben. Dieser verstand unter „Quality of Life" zunächst nur, daß „wirtschaftliche Leistung nicht danach beurteilt werden darf, wieviel wir produzieren, sondern was wir tun, um das Leben erträglich und angenehm zu machen" (J. K. Galbraith, Wirtschaft, Friede und Gelächter, München 1971, S. 7). Kaum war der Begriff mehr oder weniger nebensächlich von Galbraith bei seinen Ausführungen zur Konvergenztheorie fallengelassen worden, wurde die wohlklingende Formel von J. F. Kennedy am 15. 1. 1963 in seinem Bericht zur Lage der Nation in die innenpolitische Debatte eingeführt. Präsident Johnson, sein Nachfolger, führte die Diskussion fort unter dem Schlagwort „Great-Society-Program".
Schließlich gelangte der Begriff zu Jay W. Forrester, dem Systemanalytiker, der sich um eine Systematisierung der „neuen Planungsaspekte" bemühte und zum methodischen Vater der Meadow-Studie „Grenzen des Wachstums" wurde. Forrester war es, der als erster nach „wissenschaftlichen", d. h. quantifizierbaren Indikatoren der Lebensqualität strebte und erste Kurven aufzeichnete (vgl. dazu: Carl Amery, Lebensqualität: Leerformel oder konkrete Utopie. In: Lebensqualität. Konkrete Vorschläge für einen abstrakten Begriff, hrsg. von Uwe Schulz, Frankfurt/M. 1975, S. 8/9). Für Forrester besteht Lebensqualität aus zwei positiven und aus zwei negativen Faktoren. Der erste Faktor ist das Vorhandensein von ausreichenden Nahrungsmitteln, der zweite materieller Lebensstandard, also klassische Güterversorgung. Je mehr man von beiden hat, desto besser die Lebensqualität . . . Negative Faktoren der Lebensqualität sind Umweltverschmutzung und Überbevölkerung. Diese vier Faktoren lassen sich zu einem Index der Lebensqualität verrechnen (vgl. dazu: Gerhard Schmidtken, Der Aufbruch ins Glück — Qualität des Lebens als Problem sozialer Motivation, in: Lebensqualität? . . ., S. 107). In Europa wurde die Formel durch Sicco Mansholts Hinweis auf die Studien „Urban Dynamics", Cambridge/Mass. 1969, und „World Dynamics", Cambridge/Mass. 1971, beide von Jay W. Forrester, gängig. In der Bundesrepublik sorgte Erhard Eppler für die entsprechende Popularisierung.

Popularisierung dieses Terminus insbesondere unter der Industriearbeiterschaft und erwarb sich somit bei der Verbreitung des Begriffs Pionierverdienste. Bereits 1973 im Metallarbeiterstreik von Baden-Württemberg erlangte der Begriff eine militante Auslegung, insofern, als über Lohnforderungen hinaus bestimmte qualitative Forderungen, wie Erholungszeit am Fließband etc., beschlossen worden sind.

Auf dieser Arbeitstagung der Industriegewerkschaft betonte Erhard Eppler, der sozialdemokratische Protagonist jenes Reformbegriffs, daß sich von nun an die Funktion der Gewerkschaften nicht mehr nur auf den Verteilungskampf, den Kampf um höhere Löhne beschränken könne, sondern daß sich die Gewerkschaften darüber hinaus zunehmend mit allgemeineren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen auseinandersetzen müßten. Grund dafür sei, daß die wirklichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer immer mehr durch öffentliche Dienstleistung gedeckt werden und der private Konsum immer geringeren Anteil an der Lebensqualität habe und es jetzt darauf ankomme, daß sich die Gewerkschaften an der Diskussion um neue gesellschaftspolitische Werte und Zielsetzungen aktiv beteiligen [5]).

Eppler charakterisiert die weitere Diskussion dieses Slogans, indem er sie in vier verschiedene Phasen einteilt, zuvor jedoch bemerkt, daß der Begriff Lebensqualität, noch ehe er voll definiert sei, bereits eine „eigene Dynamik" entfalte. Einmal in Umlauf gebracht, meint Eppler, signalisierte der Begriff in der ersten Phase der Diskussion um Definitionsversuche zunächst eine gewisse Bewußtseinsveränderung, die nur negativ faßbar wurde [6]). In der zweiten Phase begann die Suche nach positiven politischen Reformprogrammen, während in der dritten Phase die Quantifizierung dieser positiven politischen Ziele mittels Kennziffern versucht worden ist, um schließlich in der vierten Phase diese Kennziffern gegeneinander abzuwägen.

Bereits auf der Oberhausener Gewerkschaftstagung hat Anthony W. Benn, linkes Mitglied der Labour Party, eine positive politische Bestimmung des Begriffs Lebensqualität zu leisten versucht, die für die westeuropäische Sozialdemokratie Zeichen setzen sollte. In Anlehnung an die spezifische britische Wortschöpfung „Amenities of life" [7]) bedeutet für Benn Lebensqualität „... nicht weniger als die Schaffung eines Gesellschaftssystems, in dem die Menschen ein zufriedenstellendes Leben maximieren können. Die Qualität des Lebens bedeutet Versorgung von Notleidenden, Bereitstellung von Arbeitsplätzen, verbesserte Gesundheitsversorgung, Bildungsmöglichkeiten, akzeptierbare Bedingungen der Arbeit, in der Freizeit und für den Ruhestand, Wahrung von Freiheit und Menschenwürde, sowie Frieden [8]).

---

[5]) Erhard Eppler, Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1974, S. 27. Heinz Markmann, Qualität des Lebens in der Auffassung der Arbeitnehmer, in: Lebensqualität? . . ., a.a.O., S. 79. Vgl. auch: Heinz Oskar Vetter, Humanisierung der Arbeitswelt als gewerkschaftliche Aufgabe, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1/1973, S. 1; und: Helmut Rohde, Gesellschaftspolitische Planung und Praxis, in: Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 36; und schließlich: Helmut Swoboda, Die Qualität des Lebens. Vom Wohlstand zum Wohlbefinden, Stuttgart 1973, S. 139.

[6]) Gemeint sind negative Momente wie schlechte Luft, dreckiges Wasser, unerträglicher Lärm, vergiftete Lebensmittel, immer mehr Giftstoffe in den Organismen, widerliche Schutthalden, immer mehr Tote auf den Straßen usw.

[7]) „‚Amenty' . . . das kommt vom lateinischen amoenus, was soviel wie angenehm, anmutig, ruhig-reizvoll heißt. Der Gemeinplatz locus amoenus, der die ganze bukolische und idyllische Literatur der Antike beherrscht — das ist der Platz neben der sprudelnden Quelle, der Platz im Schatten eines Feigen- oder Olivenbaumes, vom Duft wilder Gewürzkräuter eingehüllt, vielleicht mit einer Steinbank zu Füßen einer Marmorstatuette versehen. So ist noch heute im Wort ‚amenities', das auch so notwendige Dinge wie öffentliche Büchereien und Krankenhäuser umfaßt, etwas von der antiken Anmut und Lebenskunst lebendig . . . Lebensqualität, das ist, politisch gesprochen, ein Paket von amenities höchst bunten und diversen Charakters" (Carl Amery, a.a.O., S. 10).

[8]) Günther Friedrichs, Aufgabe der Zukunft: Qualität des Lebens: Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die BRD. 11.—14. 4. 1972 in Oberhausen, Bde. 1—10, hier Bd. 1, S. 28 f.

Den ersten bundesdeutschen Versuch einer politischen Definition der Qualität des Lebens gemacht zu haben, schreibt sich die SPD zu, wobei betont wird, daß damit die Tradition der Politik der deutschen Sozialdemokratie für die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen fortgesetzt werde [9]).

Auf dem Dortmunder Parteitag im Herbst 1972 konkretisiert Willy Brandt in seinem Referat für „Frieden, Sicherheit und bessere Qualität des Lebens", was die SPD unter letzterem versteht: „Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, zu Spiel und Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus" [10]).

Aufbauend auf diesem ersten Definitionsversuch des Parteivorsitzenden, wird durch zahlreiche Äußerungen von mehr oder weniger prominenten SPD-Mitgliedern die Begriffsbestimmung dessen, was Qualität des Lebens ausmacht, vorangetrieben. Eine einheitliche sozialdemokratische Auffassung dieses Begriffs ist hierin jedoch kaum auszumachen.

Während Helmut Schmidt, derzeitiger Bundeskanzler, noch im Oktober 1972 in einem Interview mit dem „Vorwärts" betonte, daß der Begriff Qualität des Lebens ein Schlagwort aus dem Amerikanischen ist [11]) — „... das muß man wissen, damit wir davon herunterkommen, diesen Begriff ‚Quality of Life' als neusozialistische Ideologie auszugeben" —, stellt Hans Jochen Vogel am 24. September 1973 in der „Frankfurter Rundschau" fest: „Lebensqualität ist ein Zentralbegriff des demokratischen Sozialismus." „Die bessere Lebensqualität, die wir Sozialdemokraten uns von der neuen Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus versprechen, ist ohne Veränderung nicht zu schaffen", versichert Peter v. Oertzen, ebenfalls SPD; dies bedeutet jedoch „keinen totalen Umsturz aller gesellschaftlichen Institutionen. Weder das Privateigentum noch die Unternehmerfunktion noch der Marktmechanismus sollen schlechthin abgeschafft werden" [12]). Genau entgegengesetzt hört sich folgende Äußerung von Uwe Seeger an: „Sicher sind nur zwei Punkte: Ohne Mut zu Lösungen im Wirtschaftssystem und zu einer völligen Ablösung der heutigen wirtschaftlichen Machtverhältnisse wird das Konzept der Lebensqualität ein unverbindliches Schlagwort bleiben" [13]).

Ob aus partei-propagandistischen Gründen oder aus wirklichem Engagement — fest steht, daß die SPD sich auf dem Felde der Politik als Träger und Motor der Bestimmung und Realisierung der Begriffsschöpfung Lebensqualität profiliert hat [15]).

An dieser Stelle soll jedoch noch einmal betont werden, daß die inhaltliche Fassung des Begriffs Lebensqualität außerordentlich stark von den wirtschaft-

9) Bereits 1961 im Wahlkampfprogramm zur Bundestagswahl hatte die SPD nach eigenen Aussagen den Mut, auf die Schattenseiten der industriellen Entwicklung hinzuweisen. „Damals sagten wir", lautet es in den Thesen der SPD zur Umweltpolitik, „‚Reine Luft', ‚Reines Wasser' und ‚weniger Lärm' dürfen keine papierenen Forderungen bleiben. Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, daß im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen sogar bei Kindern festzustellen ist. Es ist bestürzend, daß diese Gemeinschaftsaufgabe, bei der es um die Gesundheit von Millionen Menschen geht, bisher fast völlig vernachlässigt wurde. Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden" (Vorstand der SPD, Thesen zur sozialdemokratischen Umweltpolitik, Materialien, S. 3).

10) Wahlprogramm der SPD, Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag, Dortmund, 13. 10. 1972.

11) Diese Aussage wird durch folgende 2 Punkte bekräftigt: 1. Horst Ehmke studierte an der US-Universität in Princeton politische Wissenschaft und wurde später Mitarbeiter der Ford-Foundation in Berkeley. 2. Klaus v. Dohnany hat ebenfalls in den USA studiert und wurde danach Manager bei Ford Detroit.

12) „Vorwärts" v. 8. 3. 1973.

13) Uwe Seeger, Ökonomische Konsequenzen aus dem Konzept der Lebensqualität, in: „Die neue Gesell-

lichen und machtpolitischen Interessen der jeweiligen Interpreten abhängt [16]). So gibt es auch von seiten der Kapitalvertreter aktive Versuche, diesen Begriff „mit Leben zu füllen" [17]). Herbert Kremp schreibt beispielsweise 1972 in Springers „Welt", „... daß Lebensqualität ... mithin ein Wort (ist, d. Verf.), das nicht zuletzt zu seiner Deutung geschaffen wurde, es löst sympathische Assoziationen aus. Da aber nicht nur heraus-, sondern beliebig in das Wort hineingedeutet werden kann, wird es auch als Integrationsformel gegenüber den linken Systemveränderern verwendet. Es legt sie gefühlsmäßig an die Kette" [18]).

Betont die „Welt" ganz offen den ideologisch reintegrativen Charakter des Begriffs, so bestimmt das großbürgerliche „Handelsblatt" die Funktion der Lebensqualität in Form einer aktiven Aufforderung: „Nicht die Systemveränderung, sondern die Aufnahme der ‚Qualität des Lebens' in die Wertskala der sozialen Marktwirtschaft und in das Bewußtsein von Unternehmern und Verbrauchern führt zur Lösung" [19]).

P. W. Dunker fordert in seiner „Neuen Managementpraxis" schließlich klar und offen dazu auf, die Qualität des Lebens mit den Profitinteressen zu verbinden. „Institutionen müssen lernen, die Qualität des Lebens mit ihren Hauptaufgaben vereinbar zu machen. Beim Wirtschaftsunternehmen bedeutet dies, daß das Erreichen der Qualität des Lebens als eine Chance angesehen werden muß, die vom Management zu einem profitablen Geschäft umgewandelt werden sollte" [20]).

Prüft man die Aussagen besonders der SPD-Politiker und der Gewerkschaftler, so kann man feststellen, daß solche Bereiche unter den Begriff subsumiert werden, die allgemein als „gesellschaftliche" oder „öffentliche" gekennzeichnet werden, wie z. B. Bildung, Gesundheit, Verkehrswesen, Stadt- und Regionalplanung, Umweltschutz, Humanisierung der Arbeit etc.... Darüber hinaus umfaßt der Begriff augenscheinlich immaterielle Werte wie z. B. Freiheit ohne Angst, Frieden und Selbstverwirklichung der Menschen. Es werden also mit der Formel Lebens-

schaft", 6/1973, S. 465; vgl. auch: Erhard Eppler, in: „Die Zeit" v. 14. 9. 1973: „Nur wo eine Mehrheit einsieht, daß Veränderung ihrer Lebensqualität dient, hat Reformpolitik eine Chance"; oder auch: Erhard Eppler in der „Frankfurter Rundschau" v. 17. 10. 1973: „Es gibt offenbar in der BRD Kräfte, denen die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Machtpositionen wichtiger ist als die Freiheit demokratischer Verfassung."

15) Richard v. Weizsäcker, Auszüge aus dem Bericht der Grundsatzdiskussion der CDU für den Parteitag in Wiesbaden, 9. 10. 1972: Wir können uns „keinen Gewinn für die Lebensqualität davon versprechen, daß eine Partei versucht, aus diesem Begriff ein Monopol für sich und ihren Wahlkampf zu machen".

16) Vgl. dazu: Johannes Rau, Qualität des Lebens in der Zielvorstellung der SPD, in: Lebensqualität? ..., a.a.O., S. 41: „Aber die allgemeine Rede von der Qualität des Lebens täuscht leicht eine Übereinstimmung in der Sache vor, die es nicht gibt. Bei näherem Zusehen stellt man fest, daß die Heil-Kundigen der verschiedenen Gruppen und Parteien weder in der Diagnose des gegenwärtigen Zustands unserer Gesellschaft übereinstimmen noch in den Behandlungsmethoden, die zur Besserung der Lebensqualität führen sollen. Das mag am unzulänglichen Instrumentarium liegen, das zur Messung von Lebensqualität benutzt wird, und an den unterschiedlichen Theorien oder Heilslehren, die vorgeschlagen werden. Der wichtigste Grund für die Meinungsunterschiede scheint mir aber in der Tatsache begründet zu sein, daß es beim Thema ‚Lebensqualität' auch um wirtschaftliche Interessen, um Macht und Einfluß auf die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft geht."

17) „Neu ist das Schlagwort ‚Qualität des Lebens' und die modische Diskussion hierüber. Die Aufgabe hingegen, insbesondere im sozialen Bereich, ist eher alt. Schon 1953, also vor 20 Jahren, haben die Arbeitgeberverbände in ihrer Grundsatzerklärung ‚Gedanken zur sozialen Ordnung' folgende Worte an die Adresse der Unternehmen gerichtet: ‚Der Wert einer sozialen Ordnung wird entscheidend bestimmt durch die sachlichen und menschlichen Gegebenheiten an der Arbeitsstätte, sei es in der Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft oder wo sonst auch immer. Hier verbringt der schaffende Mensch einen wesentlichen Teil seines Lebens und verdient seinen Lebensunterhalt. Der Betrieb ist seinem Wesen nach zunächst eine zweckgebundene Leistungsgemeinschaft. Der deutsche Arbeiter, dessen Lohnrechte in ständig verfeinerten Tarifverträgen geregelt sind, ist nicht mehr nur Lohnempfänger, er soll nach Maßgabe seiner Leistung teilhaben am Leistungserfolg'. Und weiter heißt es in der gleichen Denkschrift: ‚Der deutsche Unternehmer bekennt sich nicht minder zu den sozialen und ökonomischen Grundrechten des Individuums: Sicherung des Arbeitsplatzes, Recht auf Urlaub und Erholung, Recht auf Mutterschutz, Recht auf wirtschaftliche Sicherung im Alter, bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Recht auf freie Konsumwahl ..." (Ernst Günther Triesch, Qualität des Lebens in der Auffassung der Arbeitgeber, in: Lebensqualität? ..., a.a.O., S. 100).

18) Herbert Kremp, Der häßliche und der heilige Sozialismus, in: „Die Welt" v. 16. 10. 1972. Vgl. auch: Günther Maschke, Frische Luft, sauberes Wasser und der Aufmarsch der Interessen, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 8. 9. 1975.

19) „Handelsblatt" v. 7. 8. 1972.

20) P. W. Duncker, Neue Managementpraxis, Bd. 1, Düsseldorf/Wien 1974, S. 68.

qualität Momente abgedeckt, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen befriedigen und die den „Sinn des Lebens" für die Bürger determinieren sollen.

Untersucht man die Gegenüberstellung von Lebensqualität und Lebensstandard, so taucht die Frage auf, ob die Bereiche, die der Bevölkerung heute unter dem Etikett Lebensqualität verkauft werden, nicht schon seit Kriegsende genauso lebensnotwendig gewesen sind wie die Befriedigung der unmittelbaren individuellen Bedürfnisse. Um diesen Sachverhalt zu klären, soll im nächsten Abschnitt untersucht werden, wie Lebensstandard materialistisch bestimmt ist. Davon ausgehend, kann dann das Spezifische der Lebensqualität beurteilt werden.

Thesen zur materialistischen Fundierung von Lebensstandard im Kontext des Gesamtsystems der bürgerlichen Gesellschaft und der Systemkonkurrenz

Im folgenden wird anhand von drei Thesen versucht, die politökonomische Dimension zu erfassen, die den Lebensstandard in der bürgerlichen Gesellschaft determiniert. Dabei werden zunächst die Thesen vorausgeschickt und danach jede einzelne näher begründet.

I. Der wesentliche Bestandteil des Lebensstandards in der bürgerlichen Gesellschaft wird durch die Form des Arbeitslohns bzw. den „Preis der Arbeitskraft" bestimmt. Die Lohnform ist in dieser Gesellschaftsformation die vorherrschende Form, in der den abhängig Arbeitenden das Lebensnotwendige vermittelt wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Prozeß der Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte eine verstärkte Vergesellschaftung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft erforderlich macht.

II. Aus dieser ersten These folgt, daß die historische Form der Durchsetzung des Lebensstandards für die große Masse der Bevölkerung in der bürgerlichen Gesellschaft durch den Lohnkampf erfolgen muß. Der Ausgang dieses Kampfes wiederum hängt im wesentlichen ab vom Grad der Einheit der Arbeiterklasse bzw. von der Stärke und Schlagkraft ihrer Organisationen — den Gewerkschaften. Diese führen den organisierten Kampf um die Höhe des Lebensstandards und schließlich auch um dessen politische und soziale Bestimmung.

III. Als *ein* wesentlicher Faktor, der die Lebenslage der großen Masse der Bevölkerung zunehmend mitbeeinflußt, ist die Wirkung der „Systemkonkurrenz" auf den Lebensstandard zu untersuchen.

Zu I. Der Lohn als herrschende Form der Realisierung des Lebensstandards in der bürgerlichen Gesellschaft

Der Lohn — gleichgültig ob als Arbeitslohn, Gehalt, Gage oder wie auch immer genannt — ist dem Wesen nach Entgelt für unselbständig verrichtete Arbeit [20a]). Er ist nicht der Preis für die geleistete Arbeit, sondern der Preis der Ware Arbeitskraft, und somit muß er die Existenz des Trägers der Arbeitskraft gewährleisten [21]). Neben den Mitteln zum physischen Erhalt des Arbeiters muß der Lohn darüber hinaus die Kosten für Lebensmittel und Ausbildung der nächsten Arbeitergeneration umfassen sowie Kosten zum Lebensunterhalt der vergangenen, im Arbeitsprozeß verschlissenen Arbeitergeneration.

[20a]) Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek 1969, S. 71.
[21]) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Berlin (DDR) 1969, S. 557 ff.

Schließlich muß der „Preis der Arbeitskraft" auch noch jene Mittel umfassen, die notwendig sind, um die Arbeitenden physisch und psychisch gesund zu erhalten. Die soeben genannten Kosten der Arbeitskraft sind im Gegensatz zu der individuellen Bedürfnisbefriedigung gesellschaftlich und historisch bestimmt. Mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit verändert sich das Verhältnis zwischen dem vorwiegend individuell und den vorwiegend gesellschaftlich bestimmten Anteilen des Lohns.

Die durch den Stachel des Profits ungeheuerlich vorangetriebene Entwicklung der Produktivkräfte verändert beständig die Arbeitsinhalte und macht dadurch eine entsprechende Veränderung in der Qualifikationsstruktur der Ware Arbeitskraft notwendig [22]). So werden nicht nur an die geistigen Fähigkeiten, also an Wissen und Können des Arbeitnehmers, zunehmend veränderte Anforderungen gestellt, sondern auch an seine persönliche Einstellung zur Arbeit und an sein Verhalten zu den übrigen Mitarbeitern. Der auf beständig wachsender gesellschaftlicher Stufenleiter funktionierende Produktionsprozeß setzt damit eine wachsende Allgemeinbildung und einen größeren Grad an persönlicher Reife voraus. Die veränderten Arbeitsinhalte, der erweiterte Wissenshorizont und die veränderte politische und moralische Grundhaltung erfordern entsprechend den veränderten Produktions- und Reproduktionsbedingungen die qualifiziertere Arbeitskraft, die entsprechend kompliziertere Arbeit verrichten muß. Ein derartiger Prozeß muß sich zunächst in den wachsenden Ausgaben für Erziehung und Bildung der Arbeitskraft niederschlagen. Mit einem erhöhten durchschnittlichen Bildungsniveau und anspruchsvolleren Arbeitsinhalten geht jedoch gleichzeitig eine Entwicklung und Entfaltung neuer Bedürfnisse einher, womit die Ansprüche an die Inhalte der Arbeit und der arbeitsfreien Zeit steigen, was bedeutet, daß die Produktions- und Reproduktionskosten der Arbeitskraft wachsen. Entsprechend steigen nicht nur die Ansprüche im Bereich des Wohnens (in hygienischer und ästhetischer Hinsicht), sondern auch die Ansprüche im Bereich des menschlichen Zusammenlebens überhaupt, dessen Normen und Werte einer ständigen Wandlung unterliegen.

Im Bereich des körperlichen und psychischen Wohlbefindens muß das Gesundheitswesen immer mehr vom derzeitig noch stark feuerwehrorientierten Aktionsradius in ein prophylaktisch orientiertes System gesundheitsfördernder und krankheitsvorbeugender Maßnahmen umgewandelt werden [23]).

Die Ansprüche des Lebensabends steigen gleichfalls, u. a. auch infolge der notwendigen Vorverlagerung des Rentenalters und der wachsenden Lebenserwartung. Der erhöhte Wissenshorizont erfordert schließlich ein wachsendes Maß an Informationen über Welt und tagesgeschichtliche Entwicklungen, womit der Zeit- und Kostenaufwand bei den Massenmedien beständig zunimmt. Eine mit größerem Wissen ausgestattete Bevölkerung ist darüber hinaus geneigt, Vorurteile abzubauen, was wiederum veränderte Anforderungen an die ideologische und politische Bewußtseinsbildung stellt und erheblich größeren Aufwand und Kosten erforderlich macht [24]).

---

22) Vgl. „Demokratische Erziehung", 4/1975: Frigga Haug u. a., Automation führt zur Höherqualifikation, S. 90 ff.

23) Automation in der BRD. Projektgruppe Automation und Qualifikation. Probleme der Produktivkraftentwicklung (II), „Argument"-Sonderband (AS) 7, Berlin (West) 1975, S. 144.

24) „Bei einer Fragebogenuntersuchung der Studiengruppe Systemforschung in Heidelberg ergab sich, „daß die Bevölkerung von der staatlich geförderten Forschung zuerst eine ‚Verbesserung der Qualität des Lebens' erwartete; Förderung der Medizin, Verbesserung der Umweltsituation und der Bildung stehen an der Spitze der Prioritätenskala. Kernenergietechnik, Luftfahrt, Raumflug- und Verteidigungsforschung liegen am Ende der Skala — ganz im Gegensatz zur tatsächlichen Förderung, wo sie gerade an der Spitze liegen" (FAZ v. 28. 3. 1973, zit. nach AS 7, S. 286, Anm. 72).

Mit wachsender Betriebsgröße und einer beständig sich verändernden Produktionsstruktur ist ein wachsendes Maß an horizontaler und vertikaler Mobilität der Arbeitskraft notwendig, was die Anforderungen an Infrastrukturleistungen, Informationsleistungen sowie die Grundausbildung erheblich erweitert.

Derartige Produktionsleistungen zur Bildung und Ausbildung der Arbeitskraft sowie zu deren Reproduktion sind nicht mehr individuell leistbar, sondern erfordern ein hohes Maß an Vergesellschaftung des entsprechenden Dienstleistungssektors. Dieses hohe Maß an Vergesellschaftung, verbunden mit entweder geringen oder gar keinen Profitchancen, macht es möglich und notwendig, daß diese Bereiche öffentlich organisiert oder zumindest mit öffentlichen Mitteln getragen oder subventioniert werden müssen. Die dazu erforderlichen staatlichen Mittel werden letzten Endes immer von der großen Masse der abhängig arbeitenden Bevölkerung aufgebracht. Ein wachsender Teil dieser gesellschaftlichen Reproduktionsleistungen wird mehr und mehr entsprechend den Bedürfnissen (oder dem Bedarf) der Individuen verteilt, d. h., daß diese Leistungen keinen Warencharakter mehr besitzen. Es bleibt abschließend zu klären, wieso die *Lohnform* die gesellschaftlich herrschende oder zumindest die vorherrschende Form der Vermittlung des Lebensnotwendigen darstellt. Da der Anteil der unselbständg Arbeitenden in der BRD kontinuierlich zunimmt und bereits über 80 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung ausmacht, bedeutet dies, daß die soeben beschriebene Form der Realisierung des Lebensstandards vermittels des Arbeitslohnes die in der spätbürgerlichen Gesellschaft vorherrschende Form der Aneignung des Lebensnotwendigen ist.

Zu II. Gewerkschaften als bestimmte historische Form der Durchsetzung des Lebensstandards in der bürgerlichen Gesellschaft

Haben wir in These I grob skizziert, welche Reproduktions- bzw. Produktionskosten im Lohn enthalten sein müssen, so stellt sich jetzt die Frage, wie die Lohnhöhe eigentlich festgesetzt wird und welches die soziale Basis für die Festlegung des Lohnniveaus ist.

Für den Käufer der Ware Arbeitskraft bedeutet der im Arbeitslohn verausgabte Kapitalteil eine Aufwandgröße wie jede andere, die aus Gründen der Konkurrenz bzw. des Wettbewerbs so gering wie möglich gehalten werden muß. Je geringer also die Lohnkosten, desto größer sind die Marktchancen der entsprechend billig produzierten Ware, desto größer möglicherweise der Profit.

Für den Verkäufer der Ware Arbeitskraft oder den Lohnempfänger bedeutet höherer Lohn bessere Reproduktion seiner Arbeitskraft bzw. die Realisierung eines höheren Lebensstandards. Dieses elementare Spannungsverhältnis zwischen dem Lohn als Aufwandsgröße einerseits und als Subsistenzgröße andererseits läßt sich offenbar auf entgegengesetzte Interessenstandpunkte reduzieren. Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft bzw. Lohnzahler und Lohnempfänger haben also diametral entgegengesetzte Interessenstandpunkte, was die Höhe des Arbeitslohns angeht. Daraus folgt, daß beide Parteien um die Lohnhöhe streiten müssen. Der jeweilige Lebensstandard der unselbständig arbeitenden Bevölkerung ist somit Ergebnis eines sozialen Konfliktes oder, anders gesagt, Produkt des Klassenkampfes [25]).

[25]) Werner Hofmann, a.a.O., S. 72: „Der Arbeitslohn bildet sich marktmäßig, nach Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten. Über seine Höhe läßt sich so wenig moralisieren wie über die Bildung anderer Marktpreise; es gibt keinen ‚gerechten Lohn'. Die Höhe der Löhne — und daher auch deren Proportionen innerhalb der Lohnstruktur eines Unternehmens, eines Wirtschaftszweiges oder eines Wirtschaftsgebietes — entscheidet sich im Kampf, nach Maßgabe der unterschiedlichen und wechselnden Stärke der Parteien."

Um in diesem Konflikt ihre Interessen überhaupt zu formulieren und durchsetzen zu können, haben sich Arbeiter und Angestellte seit den Anfängen der industriellen Revolution in Form von Gewerkschaften organisieren müssen. Von seiten des Kapitals wurde auf diese organisierte Form des Klassenkampfes entsprechend reagiert: es wurde ein differenziertes System direkter oder — mehr noch — indirekter Bestechungsmaßnahmen, ein regelrechter Re- und Integrationsmechanismus entwickelt, wodurch die Einheit der Arbeiter immer wieder unterlaufen werden konnte.

Zur Aufrechterhaltung ihres Profitsystems nehmen die Kapitalisten mitunter sogar Abzüge von ihrem aktuellen Gewinn in Kauf, wenn es darum geht, Arbeiterfunktionäre zu „kaufen" oder Teile der Arbeiterschaft finanziell oder durch bestimmte Privilegien zu bestechen.

Zu III. Systemkonkurrenz als historische Dimension des Lebensstandards

Seit der Oktoberrevolution im Jahre 1917 hat sich in einem Teil der Welt ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem herausgebildet, das gegenüber dem alten profitorientierten kapitalistischen System bestimmte Vorzüge aufweisen kann. Sozialismus bedeutet primär die bewußte gesellschaftliche Planung der Produktion, womit der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt oder vielmehr aufgehoben ist. Insofern ist Sozialismus seinem Wesen nach logisch und historisch eine höhere Gesellschaftsformation. Anstelle des Profits, des treibenden Motivs kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, steht im Sozialismus die bewußte, der gesellschaftlichen Kontrolle der Produzenten unterworfene, planmäßige Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

Im Sozialismus sind die den (modernen) gesellschaftlichen Produktivkräften widersprechenden privaten Produktionsverhältnisse zugunsten des gesellschaftlichen Eigentums aufgehoben, wodurch die gesellschaftliche Beherrschung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur möglich ist. Damit entfällt zwar einerseits der für die Produktivkraftentwicklung sehr bedeutsame „Stachel des Profits". Andererseits aber entfallen gleichzeitig auch die Hemmnisse, die ein profitorientiertes System der Produktivkraftentwicklung auferlegt, sowie die damit verbundenen Krisenerscheinungen. Durch die historische Tatsache, daß die Realisierung des Sozialismus nun aber in *einem* Lande begann und zudem in einem Land, wo der Stand der Produktivkraftentwicklung verhältnismäßig niedrig war (und immer noch ist), ist eine sehr komplizierte historische Situation entstanden. Die gegenwärtige welthistorische Lage ist nämlich durch ein Paradox bestimmt, insofern, als das der Sozialformation nach höhere Gesellschaftssystem einer niedrigeren Sozialformation gegenübersteht, deren ökonomische Basis jedoch immer noch durch einen ungeheuren materiell-technischen Vorsprung in einigen Bereichen der Produktivkraftentwicklung gekennzeichnet ist. Dies ist der Fall, obwohl die Widersprüche der alten Produktionsweise sich verstärkt in Krisen manifestieren, die durch die starke Verflechtung der „westlichen Wirtschaft" immer größere Kreise ziehen.

Kurzgefaßt kann man diese historische Situation so formulieren, daß das historisch höher entwickelte Gesellschaftssystem aufgrund mangelhafter Produktivkraftentwicklung als das niedrigere erscheint, während umgekehrt das historisch niedrigere aufgrund seines verhältnismäßig hohen Standes der Produktivkraftentwicklung immer noch als das höhere gilt.

In der Zeit nach 1945, auf die ich mich hier beschränken will, ist diese Situation durch die unterschiedliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten BRD und

DDR nun auch „auf deutschem Boden" eingetreten. Es stehen sich hier mit diesen beiden deutschen Staaten zwei in ihrem sozialen Gefüge völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme gegenüber, die hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte und der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen in eine harte Konkurrenz miteinander getreten sind, eine Konkurrenz, die gemeinhin als „Systemkonkurrenz" charakterisiert wird.

Verfügt die BRD in vielen Bereichen über entwickeltere Produktivkräfte, so ist ihr Gesellschaftssystem doch immer noch mit dem Grundwiderspruch behaftet, daß sie zwar den Keim zur höheren Gesellschaftsformation in sich birgt, diese aber als das unentwickeltere kennzeichnet. Der andere Staat dagegen, die DDR, muß immer noch mit den Spuren der seinem System entgegengesetzten Vergangenheit kämpfen, weshalb er heute noch alle Kräfte mobilisieren muß, um die teilweise noch recht niedrigen Produktivkräfte voranzutreiben. Die sozio-ökonomische Basis hingegen enthält Bedingungen, um die notwendige Entwicklung der Produktivkräfte bewußt, planmäßig und vor allem krisenfrei anzugehen. Dies gerade kennzeichnet das Gesellschaftssystem der DDR als die historisch höhere Sozialformation. Die zwischen den beiden Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftssystemen existierende Systemkonkurrenz spiegelt demnach das historische Nebeneinander des logischen Nacheinander wider. Dies um so mehr, als beide Staaten auf eine gemeinsame Vergangenheit und Tradition zurückblicken müssen und in ihnen die gleiche Sprache gesprochen wird [26]).

Bisher haben wir versucht, die allgemeinen materialistischen Bestimmungsgründe dafür anzugeben, wie Lebensstandard in der bürgerlichen Gesellschaft zu fassen ist. Hiervon ausgehend, soll nun im nächsten Abschnitt überprüft werden, wieso Lebensstandard in der BRD-Gesellschaft ausschließlich als *Konsumstandard* begriffen worden ist und welche politischen und ökonomischen Ursachen dazu geführt haben, daß letzterer durch den Begriff Qualität des Lebens ersetzt worden ist.

Lebensqualität als notwendige Anpassung an den sozialen Wandel der BRD nach 1945

In den 60er Jahren tauchten in den Massenmedien, in Referaten von Wissenschaftlern, Politikern und Gewerkschaftlern, in Kreisen der Arbeitgeberverbände wie in den Publikationen der Kirchen Schlagworte auf, die allesamt auf bestimmte Mangelsituationen, insbesondere im Bereich der westdeutschen Infrastruktur, hindeuteten: „technologische Lücke", „Bildungsnotstand", „Umweltverschmutzung", „Verkehrschaos", „Menschenfeindlichkeit der Städte", „öffentliche Armut" usw. [27]). Den so kritisierten Mängeln ist um so mehr Gehör geschenkt worden, als mit dem großen allgemeinen Konjunktureinbruch 1966/67 eine gesamtwirtschaftliche Krise auftrat, die bestimmte Auswirkungen auf das Bewußtsein der Bevölkerung hatte [28]).

---

26) Diesem Abschnitt lagen Seminarpapiere zugrunde, die im Sommersemester 1974 angefertigt wurden: Institut für Philosophie: Dr. W. F. Haug, Kursus Philosophie und Kritik der politischen Ökonomie, Teil IV: Geschichtsphilosophische Untersuchungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus.

27) Vgl. AS 7, Automation in der BRD . . ., S. 141. Vgl. auch: Alex Möller: „In den Bereichen, um die es vor allem geht, . . . besteht ein großer Nachholbedarf aus zwei Jahrzehnten, der sich verstärkt hat, weil die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1969 und 1970 aus konjunkturellen Gründen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stellen konnten. Es ist nicht zu verantworten, wichtige Maßnahmen der Infrastruktur weiter hinauszuschieben. Ein solches Verhalten würde auf längere Sicht unser Wirtschaftswachstum und die Produktivität unserer Wirtschaft ernstlich gefährden" (zit. nach AS 7, S. 142).

28) „Das Argument" 62, Klassenbewußtsein und Klassenkampf, 12. Jg., Dezember 1970, Heft 11/12: Heinz Jung/Friedemann Schuster/Kurt Steinhaus, Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1966—1970, S. 873—910, hier S. 873/74: „Sie hat die Illusionen über das ‚Wirtschaftswunder' und die ‚Sozialpartnerschaft' untergraben, weil die Tatsachen allzu offensichtlich mit den propagandistischen Leitbildern in Widerspruch gerieten. Die Notwendigkeit der kollektiven Aktion wurde für die Arbeiterklasse wieder zur unabdingbaren Notwendigkeit, wenn sie ihre erreichten Reallöhne nicht der Profitmaximierung der Konzerne opfern wollte." Vgl. auch: Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1972, S. 274 f.

In einer Situation, in der das bisher Selbstverständliche nicht mehr als selbstverständlich gelten konnte, setzte eine zunehmende Reflexion über das Erreichte ein. Zum erstenmal wurden auch in breiteren Kreisen die bisher gültigen Normen und Werte der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft hinterfragt, und manches erwies sich bei näherer Betrachtung als kritikwürdig [29]).

Im Bildungswesen wurde nicht zuletzt auch durch die Studentenunruhen das ungeheure Zurückbleiben der Bildungsinhalte hinter den tatsächlichen Anforderungen des heutigen Berufs- und Arbeitslebens sichtbar. Die alten Universitätsstrukturen waren diesen neuen Anforderungen, der massenhaften Ausbildung von Wissenschaftlern nicht mehr gewachsen. Die sogenannte Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems hat in der Realität nie funktioniert, soziale Chancenungleichheit charakterisierte das gesamte Bildungswesen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung wurden ebenfalls schwere Mängel spürbar: Säuglings- und Müttersterblichkeit sind in der BRD gegenüber vergleichbaren anderen Ländern erschreckend hoch. Eine wirksame vorsorgende Gesundheitsbetreuung im Kindes- und Jugendalter fehlt. Die Lebenserwartung von Männern über 50 sinkt weiter ab. Das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben ist unverändert hoch. Die medizinische Versorgung alter Menschen ist unzureichend. Die Bevölkerung weiter Gebiete ist medizinisch unterversorgt. Öffentlich-sozialmedizinischer Bereich und betriebsmedizinischer Dienst stehen beziehungslos neben der ambulanten und stationären Versorgung [30]). Die Umweltverschmutzung stinkt im wörtlichen Sinne zum Himmel. Die Städte nähern sich dem totalen Chaos: scheinbar naturgewaltig leeren sich die Innenstädte von Menschen und Wohnungen und füllen sich mit Geschäfts- und Verwaltungsbauten, wodurch die historisch gewachsenen wertvollen Stadtstrukturen zerstört werden. Dadurch verliert das „städtische Leben" seine letzten Reize, Spiel- und Freizeitflächen müssen riesigen Parkplätzen weichen. Der Individualverkehr zerfrißt nicht nur die Städte, sondern reißt auch tiefe Schneisen in die Landschaft, wodurch wichtige Naherholungsgebiete zerstört werden, ganz zu schweigen von den Autoabgasen und der für Jahr zu Jahr gewachsenen Zahl von Verkehrstoten [31]). Über eine derartige Kritik hinaus wurden zunehmend bestimmte Bereiche als unrentabel kritisiert, wie beispielsweise die Landwirtschaft, die international kaum mehr konkurrenzfähig war und einer weiteren industriellen Expansion schließlich im Wege stand [32]). Ein weiterer „entwicklungshemmender Bereich" wurde im traditionellen Handwerk gesehen, das sein Monopol auf die Lehrlingsausbildung immer noch wahrnehmen kann. Ökonomisch ist das Handwerk jedoch von der unbezahlten Lehrlingsarbeit existentiell abhängig [33]). Das Verkehrswesen geriet immer

29) „In der Nachkriegszeit waren die Bundesbürger vor allem damit beschäftigt, sich wieder eine wirtschaftlich sichere Basis zu schaffen. In sehr vielen Fällen diktierte die Not das Streben nach materiellem Mehr. Wer zu Wohlstand kam, galt etwas. Der Geltungskonsum schuf neue Statussymbole. Das Leistungsprinzip wurde für viele zum Selbstzweck. Quantitatives Denken verdrängte die Frage nach dem Wofür. Im Wegwerfzeitalter wird die Qualität der Güter nicht als Maßstab des Fortschritts angesehen. Öfter mal was Neues, heißt die Devise einer konsumorientierten Privatwirtschaft. Auf diesem Wege merkten einige früher, andere später, aber viele haben es immer noch nicht erkannt, daß materieller Wohlstand nicht identisch ist mit individuellem Wohlbefinden und gesellschaftlicher Wohlfahrt. Hinzu kommt eine recht unterschiedliche Verteilung materieller Güter in doppeltem Sinne: Eine einseitige Vermögenskonzentration in privaten Händen schafft soziale Spannungen. Gleichzeitig mangelt es an öffentlichen Einrichtungen, die vielfach unabdingbare Voraussetzung für das Zusammenleben der Menschen z. B. im Verkehrswesen, Bildungs- und Gesundheitswesen bilden. Die Disproportionalität der Bedarfsdeckung durch ungerechte Einkommensverteilung und Vermögenskonzentration einerseits sowie durch privaten Wohlstand bei öffentlicher Armut andererseits hat die Ruhe des Wirtschaftsbürgers schon in den sechziger Jahren gestört" (Friedrich-Wilhelm Dröge, Qualität des Lebens. Ziele und Konflikte sozialer Reformpolitik didaktisch aufbereitet. Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg 1973, S. 7).

30) Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985. Materialien, Hrsg.: SPD-Parteivorstand, S. 54/55.

31) Vgl. Erhard Eppler, Maßstäbe . . ., S. 33.

32) „In der Landwirtschaft liegt auf Grund der Unfähigkeit der kleinen Betriebe, ihren Maschinenpark auszulasten, eine Überkapitalisierung von weit über 20 Milliarden DM vor", in: BRD-DDR. Systemvergleich, Köln 1971, S. 417.

33) . . . „im Handwerk und in der Landwirtschaft den Konzentrationsprozeß und Freisetzungsprozeß verlangsamt und darüber hinaus noch direkt erhebliche staatliche Mittel verschlungen" (ebd., S. 417).

mehr in Widerspruch zu den Verwertungsprinzipien des Kapitals. Durch die Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße konnte zwar die Existenz zahlreicher unrentabel arbeitender Kleinunternehmer durch staatliche Subventionen „gerettet" werden, jedoch war diese Rettung verbunden mit großen volkswirtschaftlichen Zusatzkosten, wie z. B. der Nichtauslastung der vorhandenen Eisenbahnkapazitäten [34]). Zunehmend Gegenstand der Kritik wurde des weiteren das uneingeschränkte Eigentum an Grund und Boden.

Für die bisher aufgezeigten Mißstände in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen wurde von seiten des Großkapitals bzw. der Industrieverbände im wesentlichen folgende Erklärung gefunden: schuld daran seien letztenendes nur die hohen Lohnforderungen und die entsprechend maßlosen Konsumgewohnheiten der Bürger. Daß sich die Industrie gerade aufgrund dieses Konsums prächtig entwickeln konnte, wird hierbei geflissentlich verschwiegen [36]). Die letzten Ursachen für ein derartiges wirtschaftliches Ungleichgewicht liegen sicherlich in dem gesamtgesellschaftlich anarchischen und planlosen Charakter des ausschließlich profitorientierten Wirtschaftssystems der BRD begründet.

Im folgenden soll untersucht werden, was die Ursachen des festgestellten wirtschaftlichen Ungleichgewichts waren. Dabei soll insbesondere hinterfragt werden, ob und inwieweit die Wirtschaftspolitik des Kapitals der 50er und 60er Jahre durch die Systemkonkurrenz bestimmt war.

a) Wirtschaftspolitische Ausgangsbedingungen und Entwicklung der BRD nach 1945 und die marshallplanmäßige Hebung des Lebensstandards als systemstabilisierendes Moment

Von vornherein muß in bezug auf jegliche Politik der staatlich regulierten kapitalistischen Industriestaaten festgestellt werden, daß sie ganz im Dienste des Kalten Krieges stand — eine Politik, deren mehr oder minder offiziell erklärtes Ziel das „Roll back" der sozialistischen Länder war [37]).

Untersuchen wir nun genauer die politischen und ökonomischen Bedingungen denen die Wirtschaftspolitik der BRD ausgesetzt war, und wie diese von seiten der Unternehmerfunktionäre beurteilt wurde. So wurde auf dem 6. Deutschen Betriebswirtschaftstag 1953 in Westberlin über die beginnenden 50er Jahre ausgesagt, daß diese ganz im Zeichen der „Steigerung der Produktivität" und der „Hebung des Lebensstandards" ständen. Ebenso lautete übrigens das Motto des Kongresses. Bezeichnenderweise wird Lebensstandard immer verstanden als „Konsumstandard". Diese beiden Schwerpunkte, hieß es im Geleitwort, besitzen eine „schicksalhafte Bedeutung für die zukünftige Existenz unseres Volkes und finden bereits in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierungsstellen ihren Ausdruck". Hauptreferent dieses Kongresses war Ludwig Erhard [38]), der

34) Kurt Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, ebd., S. 418.
35) Entfällt.
36) Roland Tittel, Was ist mit unserer Wirtschaft los? Löhne, Leistung, Konjunktur, Köln 1967, S. 1 ff.: „In der Vergangenheit haben wir über unsere Verhältnisse gelebt. Das kann sich auf die Dauer keine Volkswirtschaft leisten" ... „Wir versuchten mehr zu verbrauchen als wir produzierten" ... „Damit die Wirtschaft wieder wächst, sind wieder Investitionen notwendig. Sie sind die Voraussetzungen für den Wohlstand von morgen" ... „Nach stürmischen Lohnerhöhungen der letzten Jahre ist es jetzt notwendig und gerechtfertigt, kürzer zu treten." ... „Nicht nur Lohnforderungen zählen, auch ‚Nebenleistungen' belasten die Wirtschaft mit hohen Kosten ..." „Null Prozent sind nicht immer Null Prozent".
37) „Hier diente eine Reihe von kommunistischer Machtergreifungen, die durch die Anwesenheit der Roten Armee ermöglicht worden waren, zwangsläufig dazu, den Anschein zu erwecken, als sei die Ausdehnung des Kommunismus gleichbedeutend mit der Ausbreitung der nationalen Macht der UdSSR" (David Horowitz. Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 2.8 bis 11.000, 1973, S. 167).
38) Ludwig Erhard, Die wirtschaftlichen Probleme der Produktivitätssteigerung und Hebung des Lebensstandards, Berlin (West) 1953. Dies Buch ist gleichzeitig das Protokoll des 6. Deutschen Betriebswirtschaftstages. Vgl. auch: Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, S. 180: „In der Bundesrepublik initiierte die Marshallplanhilfe einen Konjunktur- und Produktivitätsaufschwung, der, begünstigt durch die beginnende Rüstungskonjunktur in den anderen westlichen Ländern, unter dem ständigen

Soeben erschienen

Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote

Herausgegeben von Horst Bethge, Richard Bünemann, Hinrich Enderlein, Ingrid Kurz, Erich Rossmann, Theo Schiller, Helmut Stein und Gerhard Stuby

Kleine Bibliothek Bd. 71

396 Seiten, 7,80 DM

Inhalt

Vorwort der Herausgeber — Böwer / Dichgans, Die Position der Befürworter der Berufsverbote — Bethge, Ausmaß und Umfang der Berufsverbote — Spoo / Ridder / Speier / Enderlein / Opitz / Sonnemann / Hermann, Berufsverbote als Gefahr für die demokratische Entwicklung der BRD — Chaussepied / Düx / Paech / Becker / Pfannenschwarz, Berufsverbote als Verletzung der Grundrechte — de Lorent / Sölle / Piepenstock / Stuby / Luzatto / Berg, Die Berufsverbote als Verletzung internationalen Rechts — Alff / Behrisch / Weber / Mercier / Bünemann / Weber / Knorr, Der Feind der Demokratie steht rechts! — Wahsner / Werner / Weghake / Erlebach / Jaeglé, Berufsverbot und Gewerkschaften — Thiel / Pagh / Klein / Daum / Boucheny / Bartsch, Die Bedeutung des Kampfes gegen die Berufsverbote in der BRD für die internationale demokratische Bewegung — Erdner / Stein / Berns / Hausladen / Heß / Maas, Der Kampf gegen die Berufsverbote — Kurz / Stein / Bethge, Bericht über Reaktionen im Ausland — Stuby, Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts — ein reaktionärer Kahlschlag.

Neuerscheinung

Manfred Buhr / Gerd Irrlitz

Der Anspruch der Vernunft

Die klassische deutsche bürgerliche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus

Kant — Fichte — Schelling — Lessing — Herder — Goethe — Schiller.

Unveränderte Neuauflage

Kleine Bibliothek Bd. 67

280 Seiten, 14,80 DM

Neuerscheinung

Helmut Ridder / Karl-Heinz Ladeur

Das sogenannte Politische Mandat von Universität und Studentenschaft

Rechtsgutachten

Beihefte zur Zeitschrift „Demokratie und Recht"

60 Seiten, 14,80 DM

Pahl-Rugenstein

als „Symbolfigur des bundesdeutschen Wirtschaftswunders" der 50er Jahre in die Geschichte einging. Hierbei ist nun zu bedenken, daß eine solche wirtschaftliche Schwerpunktlegung immer vor dem Hintergrund der größeren politischen Strategie gesehen werden muß, die als Ziel die Liquidierung der sozialistischen Länder vorsah.

Sinn und Zweck dieser Wirtschaftspolitik des Kapitals waren also nicht in erster Linie die angenehmere Gestaltung des Lebens oder gar die Einsicht in die Notwendigkeit der Produktivkraftentfaltung, sondern im Vordergrund stand die Re-Integration zumindest der „SBZ" in das kapitalistisch verfaßte Wirtschaftssystem der westlichen Welt. Diese Strategie des nationalen wie internationalen Kapitals, die in Europa ökonomisch im wesentlichen durch die Mashallplan-Hilfe getragen wurde und dem amerikanischen Kapital in großem Rahmen ermöglichte, in Europa Fuß zu fassen [38a]), zeichnete sich dadurch aus, daß „der Schwerpunkt auf relativ kurzfristig amortisierbare und für den Individualkonsum relevante Produktions- und Dienstleistungszweige" [39]) gelegt wurde.

Dadurch konnte einerseits ein schneller gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsaufschwung erreicht werden, um andererseits „den hierdurch vergrößerten ökonomischen Vorsprung als Hebel zur Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR auszunutzen" [40]). Zudem muß beim Vergleich der Lebens- und Ausgangsbedingungen der BRD- und DDR-Bevölkerung unbedingt berücksichtigt werden, daß in der ohnehin relativ gering industrialisierten sowjetischen Besatzungszone von den Sowjets etwa 600 Rüstungsbetriebe demontiert wurden, während 200 zur Demontage vorgesehene Betriebe sowjetische Aktiengesellschaften blieben (SAG) und den größten Teil ihrer Erzeugnisse an die UdSSR zu liefern hatten [41]).

Neben offenen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen wurden von verschiedenen politischen Kreisen der BRD administrative und konspirativ-strategische Maßnahmen getroffen, um die DDR von innen her „auszuhöhlen". Die vielfältige und an den noch längst nicht ausgerotteten Antibolschewismus anknüpfende politische und ideologische Beeinflussung der DDR-Bevölkerung durch westliche Agenturen konnte allerdings mehr und mehr von anderen Hebeln flankiert werden.

Diese wurden auf verschiedensten Ebenen eingesetzt: Sie reichten von der eben erwähnten direkten Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte über das Umlenken lebensnotwendiger Lebensmittelzüge, Wirtschaftssabotage, den politisch gestütz-

Druck gewerkschaftlicher Kämpfe den Lebensstandard der westdeutschen Arbeiter auf ein außerordentliches Niveau hob, für das es in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse keinen Parallelfall gibt."

38a) „Nutznießer der Marshallplan-Lieferungen waren in erster Linie die amerikanischen Monopole, denen ihre unverkäuflichen Warenvorräte (in den USA herrschte Überproduktionskrise, d. Verf.) aus Mitteln des Staatshaushalts, das heißt aus Steuergeldern der amerikanischen Bevölkerung, abgekauft wurden." . . . „Für die westdeutschen Monopole bedeuteten die Marschallplan-Kredite aber ohne Zweifel gleichfalls eine wirksame Hilfe. Die westdeutsche Wirtschaft erhielt zu einem Zeitpunkt, als großer Mangel an diesen Waren bestand, Warenkapital in der notwendigen Form. Es handelte sich bei diesen Lieferungen um Erzeugnisse, die einen bedeutenden Teil des westdeutschen Imports ausmachten und die in diesem Umfange zu diesem Zeitpunkt hätten niemals beschafft werden können" (Horst Heininger, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft, Berlin [DDR] 1959, S. 267 f.). Vgl. auch Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapital, Bd. 7 a, Berlin (DDR), S. 166/67.

39) BRD-DDR, Vergleich . . ., S. 407.

40) „Die von der herrschenden Klasse der BRD in bezug auf die Investitionen getroffene politische Prioritätsentscheidung ging von der Vorstellung aus, daß das ökonomische Gefälle und die hierauf beruhende Ausplünderung der DDR, verbunden mit Diversion und militärischem Druck, innerhalb einiger Jahre zum erstrebten Ziel ‚der Befreiung der Brüder und Schwestern in der Zone' und der ‚Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit' führen würde. Und bei Richtigkeit dieser Annahme hätte es sich hier in der Tat um eine systemrationale Konzeption gehandelt" (BRD-DDR. Vergleich . . ., S. 426).

41) Ebd., S. 25. Vgl. auch: ebd., S. 409. Vgl. auch: David Horowitz, a.a.O., S. 21/22, Bd. 1: Die wirtschaftliche Ausgangslage und die Folgen des Krieges in der UdSSR charakterisiert Horowitz folgendermaßen: „Auf Hunderte, auf Tausende von Meilen war nicht ein einziger aufrechtstehender Gegenstand zu sehen. Jeder Marktflecken, jede Stadt war dem Erdboden gleichgemacht. Es gab keine Scheunen. Es gab keine Maschinen. Es gab keine Bahnhöfe, keine Wassertürme, in der weiten Landschaft war nicht ein einziger Telegraphenmast stehengeblieben . . .".

ten Kurs der „Ostmark" bis hin zu den mannigfachen Tätigkeiten des „Ostbüros der SPD". Als komplementäre Maßnahme im Westen muß die Mittelstandsförderung (aus dem ERP-Sondervermögen) insbesondere des Handwerks und der Landwirtschaft verstanden werden. Das gleiche gilt für die Politik der Sicherung und des Ausbaus des Eigentums an Grund und Boden. Dieser liegt im Rahmen der Systemkonkurrenz ebenfalls eine ideologische Konzeption zugrunde, die letztlich den Wohnungs- und Städtebau, die Raumplanung und Raumordnung, das Bodenrecht und die Baugesetzgebung nachhaltig beeinflußt hat [42]).

Der westdeutschen Industrie ist es jedenfalls mit diesem wirtschaftspolitischen Konzept weit früher als der DDR gelungen, den Vorkriegsstand der Industrie zu erreichen und zu überflügeln. Die außerordentlich rapide wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der BRD wurde übrigens Anfang der 50er Jahre noch besonders beschleunigt durch den „Korea-Boom" und die beginnende Militarisierung. Dies in Verbindung mit dem vergleichsweise immer weiteren Zurückbleiben der DDR-Wirtschaft hat den beabsichtigten politisch-ideologischen Niederschlag im Bewußtsein der westdeutschen wie Teilen der ostdeutschen Bevölkerung gefunden.

Entscheidend für die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem eigenen System ist nämlich dessen Fähigkeit, die Produktivkräfte dahingehend zu entwickeln, daß den Bürgern ständig verbesserte Reproduktionsbedingungen zuteil werden.

Das Kriterium zur subjektiven Beurteilung der Systeme ist demnach das Maß, in dem die Entwicklung der Produktivkräfte der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse dient oder, anders gesagt, in dem Maße, wie das jeweilige System in der Lage ist, die Produktivkräfte für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung nutzbar zu machen und dieser somit einen ständig steigenden Lebensstandard garantieren kann, gilt das eine oder das andere System der Arbeiterklasse als das höherwertige, erhaltenswerte oder verteidigungswerte [43]).

Wenn die Masse der Arbeiter und Angestellten der kapitalistischen Staaten nun aber im sozialistischen Weltsystem eben nicht die historische Alternative zu ihrer derzeitigen Stellung als vom Profitsystem abhängige Klasse erkennt, so ist zu fragen, wovon ihre Bewußtseinsentwicklung abhängig ist, was sie vorantreibt und was sie hemmt bzw. behindert.

Die Bewußtseinsentwicklung (insbesondere der Abbau des Antikommunismus) der Arbeiterklasse in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern wird nicht nur durch den täglichen Klassenkampf um ihren Lebensstandard und durch die immer sichtbarer werdende Irrationalität des kapitalistischen Systems beeinflußt, sondern auch durch die Existenz des sozialistischen Weltsystems. Dieser Einfluß hängt jedoch maßgeblich davon ab, inwieweit die Produktivkraftentwicklung in den sozialistischen Ländern unmittelbar der Erhöhung des gesellschaftlichen Lebensstandards zugute kommt. Erst durch die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern gewinnen die sonstigen Vorzüge der höheren Gesellschaftsformation die Bedeutung einer realen und erstrebenswerten Alter-

42) „stern" v. 17. 8. 1969. Vgl. auch: BRD-DDR. Systemvergleich . . ., S. 419: „Unsere bedrohte Lage am Eisernen Vorhang fordert mehr denn je persönliches Eigentum in den Händen breiter Kreise. Das Eigentum an Grund und Boden ist die sicherste Glaubwürdigkeit und ursprünglichste Form des Eigentums überhaupt. Aus den ehemals besitzlosen Proletariern sind besitzende und deshalb in besonderem Maße staatsbewußte Bürger geworden" (Lücke, Bundesbauminister a. D.).

43) Nation. Aus den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Tabelle im Zusammenhang der Beurteilung des Lebensstandards in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR bei männlichen Arbeitnehmern (1968): Frage: „Insgesamt gesehen: Wo geht es dem Arbeiter besser, in der Bundesrepublik oder in der DDR/Ostzone?" Antworten: In der Bundesrepublik: 82 ; in der DDR/Ostzone: 2 %; in beiden Teilen gleich: 7 %; weiß nicht: 9 % (Quelle: Infratest, Repräsentativumfrage 1968 [Basis 2052 Befragte]).

native zum kapitalistischen Gesellschaftssystem, welches zwar Arbeitslosigkeit beschert, jedoch keine Versorgungslücken an Kochtöpfen, Bananen, Zwiebeln, Badewannen oder sonst Lebensnotwendigem.

b) Wirkung der quantitativ orientierten Wirtschaftspolitik auf die Entwicklung der Infrastruktur

Die dargestellte BRD-Wirtschaftsstrategie hatte katastrophale Folgen für den Bereich der Infrastruktur, da „wegen der langen Ausreifungszeit ... der Investitionen (Bildung und Forschung), der Irreparabilität unterlassener Investitionen (Gesundheitswesen, Wasserreinhaltung), der benötigten hohen Investitionssummen im Zusammenhang mit der Unteilbarkeit der Anlagen (Verkehrsanlagen, Versorgungsnetze) die Friktionsverluste gefährliche Dimensionen annehmen" können. In der eben zitierten Studie der Baseler-Prognos AG heißt es darüber hinaus: „Mangelhafte Infrastrukturinvestitionen ... können das wirtschaftliche Wachstum um so nachhaltiger beeinträchtigen, je länger die Fristen sind, die von der Investition bis zur Produktionsreife vergehen. Das Auftreten dauerhafter Wachstumsverluste ist ‚zumindest für eine Generation' nicht auszuschließen" [44]). „Darüber hinaus sind verspätet vorgenommene infrastrukturelle Investitionen mit hohen Zusatzkosten belastet" [45]). Diese volkswirtschaftlichen Zusatzkosten, verbunden mit bereits angedeuteten Belastungen der Bürger, kamen nun unvermeidlich auf die Volkswirtschaft der BRD zu. Steuererhöhungen sowie eine Wende von der konsumorientierten Politik hin zu Maßhalteappellen wurden notwendig. Entsprechend schnell sank die Popularität der CDU/CSU-Regierung, und die SPD, die jahrelang die Opposition gestellt hatte, durfte die Regierungsverantwortung übernehmen, samt der Verantwortung für die Beseitigung der beschriebenen „sozialen Schäden" [45a]).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in der Restaurations- und Konsolidierungsphase der BRD aus Gründen der Systemkonkurrenz eine einseitig am Individualkonsum und an der Steigerung der betrieblichen Produktionsleistungen orientierte Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Entsprechend ist die Losung „Hebung des Lebensstandards" stets einseitig, kämpferisch auf die Ausdehnung des Individualkonsums (und damit *quantitativ* orientiert) verstanden worden. Sobald nun aber die Konsequenzen der die Infrastruktur völlig vernachlässigenden Wirtschaftsorientierung voll zum Ausbruch gekommen waren, verlor der entsprechend vereinseitigte Begriff Lebensstandard mehr und mehr an Bedeutung. Eine Art „Ersatz-Orientierung", die einerseits die Lösung der infrastrukturellen Versäumnisse programmatisch berücksichtigen mußte und andererseits bestimmte Errungenschaften des sozialistischen Systems prophylaktisch integrieren konnte, ist schließlich in der sehr dehnbaren Formel Lebensqualität gefunden worden. Dieselben systembedingten Ursachen, die die Vereinseitigung des Begriffs Lebensstandard zum Konsumstandard bedingten, machen schließlich den ebenfalls vereinseitigten Begriff Lebensqualität notwendig, denn dieser wird gleichfalls einseitig verstanden — diesmal ausschließlich *qualitativ*.

(Zweiter Teil folgt)

44) D. Schröter, Strukturwandel, Standardwahl und regionales Wachstum („Prognos"-Studie 3), Stuttgart 1968, S. 16.

45) BRD-DDR. Systemvergleich . . ., S. 422.

45a) „Die Dominanz wirtschaftlicher Denk- und Verhaltensweisen verringert gegenwärtig auch auf direkte Weise Lebensqualität in wichtigen Bereichen. So beeinträchtigen Schadstoffe, z. B. als Abgase und Lärm aus Industrieproduktion und Individualverkehr oder als pharmazeutische Substanzen in den Nahrungsmitteln, aus der landwirtschaftlichen Produktion die Gesundheit und das Wohlbefinden der Allgemeinheit, die einen wesentlichen Aspekt von Lebensqualität ausmachen. Solche Belastungen werden vor allem dadurch bewirkt, daß das interne Gewinnstreben vieler Unternehmen und das individuelle Nutzenstreben der Konsumenten soziale Schäden nicht berücksichtigen. Die langjährige Priorität wirtschaftlicher Gesichtspunkte vor sozialen Lebenswerten wie Urbanität, Wohnwert und anderen sozialen Bedürfnissen hat größtenteils die Städtebaumisere hervorgebracht und verschlimmert sie weiter" (Hans Dietrich Engelhardt/Karl Ernst Wenke/Horst Westmüller/Horst Zilleßen, Lebensqualität — Zur inhaltlichen Bestimmung einer aktuellen politischen Forderung. Ein Beitrag des sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirche, Wuppertal 1973, S. 38.

Olympia und Breitensport

Ein Beitrag zu den ökonomischen und politischen Grenzen der olympischen Bewegung

Von Hans-Jürgen Schulke

Vorbemerkung über die Zulässigkeit einer gesellschaftlichen Betrachtung der Olympischen Spiele

In der Bundesrepublik eine Untersuchung vorzunehmen, die ausdrücklich Interdependenzen zwischen Olympischen Spielen, anderen Teilen des Sports (hier insbesondere des Breitensports) und dem sie umgebenden Gesellschaftssystem analysieren will, ist auch heute noch durchaus nicht selbstverständlich und bedarf einer kurzen Erklärung. Olympische Idee und Olympische Spiele — so vielfach der Tenor in der theoretischen Diskussion — werden als etwas Abgehobenes betrachtet, dem der rationale Zugriff gesellschaftswissenschaftlicher Analyse im Grunde nicht gerecht werden kann; ein Unterfangen wie das hier angekündigte ist mithin einigermaßen fragwürdig.

Die Distanz zu gesellschaftswissenschaftlichen Analysen in der BRD über das Thema Olympia resultiert aus der idealisierten Betrachtungsweise der Olympischen Spiele, wie sie insbesondere von dem Sportfunktionär und späteren Rektor der Sporthochschule Köln C. Diem geprägt worden ist, der nach K. A. Scherer „zusammen mit Pierre de Coubertin führender Förderer und Wahrer der Olympischen Idee" gewesen war [1]), nach G. Klöhn „strahlen auch heute seine Gedanken zum Wesen des Sports ... den Glanz aus, den jede große Persönlichkeit kraft ihrer leidenschaftlichen Überzeugung dem Wort geben kann" [2]).

Diem hat in den Olympischen Spielen und Wettkämpfen stets etwas Kultisches, ja sogar Mystisches gesehen: „Sport war bei den Urvölkern immer kultisch. Der Olympische Gedanke hat diesen Stein gewissermaßen zu hellem Leuchten eingeschliffen", dies sei „der geheimnisvolle Sieg des Olympischen Gedankens über Raum und Zeit" [3]). Deshalb vertritt Diem hinsichtlich der Durchführung der Olympischen Spiele auch die Auffassung: „Olympische Spiele müssen, soweit es praktisch ausführbar ist, *über* dem Zeitgeschehen stehen — darin liegt ihr Wesenszug" [4]).

Die Auffassungen von Diem enthalten zwei Grundpositionen über die Olympischen Spiele als Ziel und Methode, die es verdienen, festgehalten zu werden, weil sie Selbstverständnis und Praxis in der BRD nach wie vor weitgehend bestimmen: Diem gibt zum einen den Olympischen Spielen eine übergreifende Sinngebung, die sich nicht genau definieren läßt, da sie sich der intellektuellen Rationalität letztendlich entzieht [5]). Fest steht für ihn aber in jedem Falle, daß die Olympischen Spiele nicht von profanen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen her ihre konkrete Bestimmung und Ausprägung erfahren. Zum zwei-

1) K. A. Scherer, Sport, Bremen 1967, S. 241.
2) G. Klöhn (Hrsg.), Leibeserziehung und Sport in der modernen Gesellschaft. Einführung, Weinheim 1966, S. 14.
3) C. Diem, Sport und ganzmenschliche Erziehung, in: G. Klöhn, a.a.O., S. 79.
4) C. Diem, Erneuerung der Olympischen Spiele! in: A. Brundage u. a.: Die Olympischen Spiele, Stuttgart 1971, S. 57.
5) Derart tendenziell irrationalistische Auffassungen sind in der traditionellen Sportpädagogik bzw. Theorie der Leibeserziehung relativ weit verbreitet. Vgl. dazu S. Güldenpfennig, Grenzen bürgerlicher Sportpädagogik, Köln 1973.

ten — das hängt mit der ersten Position eng zusammen — verlangen die Diemschen Vorstellungen keine wissenschaftlichen Überlegungen, durch welche Maßnahmen die Ziele der Olympischen Idee im einzelnen und auf den verschiedenen pädagogischen und politischen Ebenen erreicht werden sollten. Vielmehr wird die Auffassung vertreten, zur Sinnerfüllung der Olympischen Spiele könne man sich auf ihre pragmatische Durchführung beschränken; hier wäre bestenfalls der kultische Charakter von Olympia herauszustreichen. Seine Vorstellungen hat Diem, wie die Historie zeigt, konsequent umgesetzt, indem er nicht nur ohne Zögern die Olympischen Spiele 1936 im faschistischen Deutschland organisierte, sondern noch bis 1939 (!) die Vorbereitung der Olympischen Spiele 1940 (wiederum in Deutschland!) vorantrieb [6]).

Die in der BRD nach wie vor weit verbreitete und oft offiziell gestützte Auffassung, wonach die Olympischen Spiele sowie die ihren Mittelpunkt bildenden spitzensportlichen Wettkämpfe für sich selbst stehen und gewissermaßen naturgesetzlich ihre humanistischen Zielsetzungen erfüllen, stehen keineswegs in Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Begründers der Olympischen Spiele, Pierre de Coubertin, auch wenn man sich hierzulande oft auf ihn beruft. Weder sind für Coubertin die Ziele und Ideale Olympias etwas Gesellschaftsabgehobenes, noch hat er die Meinung vertreten, die humanistischen Ziele der Olympischen Idee würden sich allein durch die Veranstaltung der Olympischen Wettbewerbe quasi von selbst durchsetzen. Coubertin hat die Entstehung und Entwicklung der Olympischen Spiele in engem Zusammenhang mit der technisch-gesellschaftlichen Entwicklung gesehen; für ihn waren die Olympischen Spiele eine Antwort auf die realen Probleme der Menschen, die sich aus dem Industriekapitalismus im 19. Jh. ergeben hatten [7]). Und Coubertin hat zu seinen Lebzeiten stets eine Abneigung gegenüber dem sich mehr und mehr auf technische Probleme beschränkenden IOC besessen, weil er — nicht ganz zu Unrecht — fürchtete, daß die politischen und pädagogischen Zielsetzungen der Olympischen Idee auf diese Weise nicht im wünschenswerten Maße erreicht werden würden [8]). In diesem Zusammenhang — und in deutlicher Abgrenzung zur Diemschen Theorie und Praxis — ist die Tatsache zu erwähnen, daß Coubertin bewußt den Olympischen Spielen 1936 ferngeblieben ist [9]).

Coubertin hat demnach in den Olympischen Spielen und Wettkämpfen nie einen Selbstzweck oder ein letztlich unerklärliches Mysterium gesehen. Für ihn sind die Olympischen Spiele wesentlicher Bestandteil, besser noch Kernstück einer aus den realen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen abgeleiteten umfassenden humanistischen Strategie gewesen, die soziale, politische und erzieherische Ziele umfaßt: Abbau sozialer Diskriminierungen über den Sport und im Sport (Sport mit allen und für alle), Verständigung und gegenseitige Achtung der Nationen voreinander, Erziehung des einzelnen zur Selbstüberwindung anstelle der unvermittelten Befriedigung individueller Bedürfnisse [10]). Coubertin ist auch nie dem Glauben verfallen, die Olympischen Spiele würden allein durch die Organisierung der Spiele zu den genannten Zielen führen, sie seien gewissermaßen aus sich selbst heraus fortschrittlich. Wenn der Sport seine Mission richtig erfüllen soll, schrieb Coubertin, so ist dafür entscheidend „... die Richtung, in die man ihn leiten wird" [11]). Das aber heißt nichts anderes, als daß die Men-

6) Vgl. dazu H. Bernett, Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1971.
7) Vgl. dazu Y. P. Boulogne, Sport und Erziehung (Referat, gehalten bei der zweiten Europäischen Sportkonferenz am 28. 5. 1975 in Dresden; Manuskripttext).
8) Vgl. dazu M. T. Eyquem, Pierre de Coubertin, Dortmund 1972.
9) Ebd.
10) Ebd.; vgl. auch P. de Coubertin, Schule — Sport — Erziehung, Schorndorf 1972.
11) P. de Coubertin, Olympische Erinnerungen, Berlin 1936, S. 23.

schen es selbst sind, die dafür die Verantwortung tragen, ob der Sport bzw. die Olympischen Spiele dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen oder ob er für Profitinteressen und Chauvinismus mißbraucht wird. Noch weiter gefaßt: Es hängt von den jeweiligen Gesellschaftsordnungen ab, ob die humanistischen Ziele der Olympischen Bewegung verfolgt werden oder ob das Gegenteil der Fall ist, da der „Sport ... von den Gesellschaftsordnungen geprägt" wird [12]). Die Verwirklichung der Olympischen Idee ist also letztlich immer eine Frage des politischen Wollens und Könnens. Insofern ist es kein Zufall, daß von Coubertin Ziel und Methode der Olympischen Bewegung, die von ihm selbst immer eng verbunden gesehen worden sind, mit einem politischen Begriff zusammengefaßt wurden: *Demokratisierung* [13]).

Indem die folgende Untersuchung sich auf Coubertin beruft, sieht sie es als zulässig an, den gesellschaftlichen Charakter der Olympischen Bewegung zu analysieren. Im folgenden Beitrag soll in einem eingegrenzten Bereich, nämlich der BRD, überprüft werden, ob und wieweit die hier herrschende Gesellschaftsordnung, die als hochentwickelte, d. h. monopolistisch strukturierte kapitalistische Industriegesellschaft zu bezeichnen ist, die Olympische Idee tatsächlich prägt und wodurch gegebenenfalls die Einflüsse der Gesellschaftsordnung auf die Olympische Bewegung vermittelt werden. Dabei muß man sich aus Platzgründen auf einen Teilaspekt beschränken. Im folgenden soll deshalb lediglich die Entwicklung des Breitensports bzw. das Verhältnis von Breitensport und Spitzensport beleuchtet werden [14]). Die Präferenz für den Aspekt des Breitensports erfolgte, weil andere Inhalte der Olympischen Idee bereits in vorhergehenden Beiträgen anderer Autoren behandelt worden sind (z. B. der Aspekt der Völkerverständigung bei G. Matthiessen, der des Spitzensports bei A. Wohl), mehr aber noch, weil die Bedeutung der Olympischen Spiele für die Förderung des Breitensports in der Medaillenhysterie der letzten Jahre in Ost wie in West geradezu sträflich vernachlässigt wurde, ja, der Breitensport oftmals gar nicht als Teil der Olympischen Bewegung betrachtet wird [15]). Dabei ist für Coubertin der Breitensport, d. h. der Sport für alle, ein zentrales Anliegen gewesen. Der Olympische Wettkampf bzw. der spitzensportliche Vergleich hat bei Coubertin einen großen Teil seiner Legitimation aus seiner — allerdings nicht mechanistisch einzusetzenden — Vorbildfunktion für den Breitensport erhalten: „Damit Hundert ihren Körper bilden, ist es nötig, daß Fünfzig Sport treiben. Und damit Fünfzig Sport treiben, ist es nötig, daß Zwanzig sich spezialisieren; damit sich aber Zwanzig spezialisieren, ist es nötig, daß Fünf zu überragenden Gipfelleistungen befähigt sind" [16]). Für Coubertin ist der Breitensport nicht ein Zulieferer für den Spitzensport, sondern umgekehrt, der Breitensport ist eine soziale und biologische Notwendigkeit, die für sich selbst steht und der uneingeschränkten Förderung bedarf: „Dafür soll aber der Sport in den verschiedensten Formen — Reiten inbegriffen — womöglich unentgeltlich allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden; dies wäre eine der vornehmsten Pflichten eines modernen Staates" [17]). Deshalb stellt M. T. Eyquem zu Recht fest: „Coubertin hat immer wieder hervorgehoben,

12) Y. P. Boulongne, a.a.O., S. 5.
13) Vgl. dazu P. de Coubertin: VII. Olympiade Antwerpen, in: A. Brundage u. a., a.a.O., S. 40 f.
14) In der Diskussion taucht verschiedentlich sowohl der Begriff „Breitensport" wie auch „Massensport" auf. Beide Begriffe bezeichnen denselben Bereich, nämlich die sportliche Betätigung von Bevölkerungsgruppen, die nicht auf das Erreichen hoher oder höchster spitzensportlicher Leistungen ausgerichtet ist.
15) Hier zeichnen sich allerdings in den sozialistischen Ländern bemerkenswerte Neuorientierungen ab, indem etwa der sowjetische Sportminister S. Pavlov davon spricht, daß gegenwärtig „die grandiose Aufgabe gestellt worden ist, den Breitensport in eine das ganze Volk umfassende Bewegung umzuwandeln" (S. Pavlov, Entwicklungsperspektiven der sowjetischen Sportwissenschaft, in: „Theorie und Praxis der Körperkultur", 12/1975, S. 1069).
16) P. de Coubertin, Die philosophischen Grundlagen des modernen Olympismus, in: A. Brundage u. a., a.a.O., S. 49.
17) M. T. Eyquem, a.a.O., S. 17 und S. 246.

daß der Sport dem einfachen Volk zugänglich gemacht werden und allen Menschen offenstehen müsse: all sports for all" [18]).

Es bleibt nun zu untersuchen, ob mit der in der BRD bestehenden Gesellschaftsordnung tatsächlich der Sport für alle nachdrücklich gefördert und ausgebaut wird, womit zugleich die Frage beantwortet wird, ob und wieweit die Entwicklung des Sports und der Olympischen Bewegung vom jeweiligen Gesellschaftssystem abhängen.

Gesellschaft und Sport: Zum Ausgangspunkt der Untersuchung

Eine Übertragung von bestimmten Entwicklungen aus übergreifenden gesellschaftlichen Bereichen auf den Sport bzw. die Olympischen Spiele läuft Gefahr, mechanisch Erscheinungen zu übertragen (z. B. Leistung, Konkurrenz), nicht jedoch die ursächlich bewegenden Momente des gesellschaftlichen Phänomens Sport zu begreifen bzw. die historische Perspektive bestimmen zu können, in der der Sport steht. Die die Gesellschaft bestimmenden Momente können nur erfaßt werden, wenn von dem konstituierenden Moment jeglicher Gesellschaft ausgegangen wird. Dieses Moment ist die Arbeit, die die Menschen verrichten müssen, um in Gesellschaft leben zu können: „Die erste geschichtliche Tat ist also ... die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte, die noch heute wie vor Jahrtausenden täglich und stündlich erfüllt werden muß, um die Menschen nur am Leben zu erhalten" [19]). Nun arbeiten die Menschen jedoch in aller Regel nicht allein und nur für sich, sondern mit anderen Menschen und für andere Menschen: „In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt" [20]). Aus der jeweiligen Art und Weise, wie die Menschen miteinander und füreinander arbeiten, entstehen die gesellschaftlichen Institutionen, wie auch ein bestimmtes Bewußtsein über gesellschaftliche Zusammenhänge: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein (Produktionsverhältnisse), die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt" [21]).

Eine Position, nach der die Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion die jeweilige Gesellschaftsformation und damit auch den konkreten Lebenszusammenhang der Individuen bestimmt, ist in die sportwissenschaftliche Diskussion der BRD insbesondere von W. Volpert eingebracht worden. Volpert formulierte die Forderung, zunächst von der Arbeit zu sprechen, bevor Struktur und Funktion des Sports erklärt werden kann [22]). Damit kennzeichnet Volpert den Sport als

18) Ebd.
19) K. Marx und F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, S. 28.
20) Dies., Lohnarbeit und Kapital, in: MEW 6, S. 407.
21) K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1971, S. 15.
22) W. Volpert, Anmerkungen zu Entwicklung und Funktion der Forschung auf dem Gebiet des sensumotorischen Lernens, in: „Sportwissenschaft", 4/1972.

einen Bereich gesellschaftlicher Wirklichkeit außerhalb der Arbeit, der letztendlich von der materiellen Produktionsweise des Lebens bestimmt wird, aber auch auf diese zurückwirkt.

Diese Position ist von Güldenpfennig aufgenommen und weiter präzisiert worden, indem dieser Körperkultur und Sport in einen kategorialen Rahmen von Arbeit und Reproduktion der Arbeitskraft eingeordnet hat[23]). Durch die dialektisch miteinander verbundenen Kategorien Arbeit und Reproduktion der Arbeitskraft treten deutlich die wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen des Sports hervor, die somit in der Erholung erschöpfter Arbeitskraft, der Vorsorge, Erhaltung und Wiederherstellung von gefährdeter oder beschädigter Arbeitskraft sowie der Qualifikation noch nicht ausgebildeter Arbeitskraft bestehen. Welche der hier genannten reproduktiven Funktionen des Sports in einer historisch-konkreten Situation jeweils virulent werden, hängt vom Stand der Produktivkraftentwicklung wie auch vom jeweiligen politisch-ideologischen Kräfteverhältnis ab. Es kann allgemein gesagt werden, daß bei einer stark beschleunigten Intensivierung der Arbeit die Erholungs- und Ausgleichsfunktionen des Sports mehr in den Vordergrund treten, während bei einer erheblichen Komplizierung der gesellschaftlichen Arbeit mehr qualifikatorische Funktionen hervortreten und die Praxis des Sports prägen[24]).

Die allgemein vorgenommene Einordnung von Körperkultur und Sport in den gesellschaftlichen Zusammenhang ist von Weinberg konkret auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsformation der BRD bezogen worden. Weinberg verdeutlicht, daß der moderne Sport sich in Abhängigkeit von der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung bewegt, also auch der Sport von den der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise innenwohnenden Widersprüchen und Konflikten geprägt wird, wie auch der Sport die verschiedenen politischen Interessenpositionen enthält, die die ökonomischen Widersprüche in ihrem Sinne zu lösen versuchen. Als grundlegende Interessenpositionen stehen sich in einer kapitalistischen Gesellschaft bekanntermaßen der Besitzer von Produktionsmitteln und der Lohnabhängige, der keinerlei Produktionsmittel besitzt und deshalb seine Arbeitskraft an den Produktionsmittelbesitzer verkaufen muß, antagonistisch gegenüber. Dabei lassen sich die gegensätzlichen Interessen auf ökonomische und politisch-ideologische Aspekte differenzieren. Der Produktionsmittelbesitzer ist ökonomisch daran interessiert, daß ihm geeignete Arbeitskräfte möglichst billig zur Verfügung stehen, da er nur mit diesen sein Kapital maximal akkumulieren kann; der Lohnabhängige besitzt ein existentielles Interesse an einer möglichst optimalen Ausbildung seiner Arbeitskraft, damit er diese entsprechend verkaufen kann. Auf politisch-ideologischer Ebene tritt der Produktionsmittelbesitzer dafür ein, daß die Lohnabhängigen die bestehende Gesellschaftsordnung akzeptieren und eine hohe Arbeitsmoral aufweisen, während das Interesse der Lohnabhängigen darin besteht, die gegebenen ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen zu durchschauen und zu verändern.

Auf diesen beiden Ebenen, nämlich der ökonomischen und der politisch-ideologischen, glaubt Weinberg auch den gesellschaftlichen Charakter des Sports herausstellen zu können.

„— Einerseits ist er wichtig für Entwicklung, Wiederherstellung und Erweiterung menschlicher Fähigkeiten und objektiv notwendig;

---

[23]) S. Güldenpfennig, Erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft — ein Ansatz zur Bestimmung des Verhältnisses von Sport und Arbeit, in: Güldenpfennig/Volpert/Weinberg (Hrsg.): *Sensumotorisches Lernen und Sport als Reproduktion der Arbeitskraft*, Köln 1974.
[24]) Vgl. dazu W. Eichel (Hrsg.), Geschichte der Körperkultur in Deutschland, 4 Bände, Berlin (DDR).

— andererseits nimmt der organisierte Sport politische Funktionen wahr und vermittelt ein bestimmtes gesellschaftliches Bewußtsein an die arbeitende Bevölkerung" [25]).

Die ökonomischen und politisch-ideologischen Bezugspunkte des Sports bezieht Weinberg nun auf dessen wichtigste Bereiche, nämlich den Spitzensport und den Breitensport. Das Interesse der herrschenden Kreise am gegenwärtigen Sport kennzeichnet Weinberg wie folgt: Am Breitensport besitzt das Kapital und seine Repräsentanten in den politischen Parteien vorwiegend ökonomische Interessen, nämlich die physische Erhaltung der Arbeitskraft, was durch die zunehmende Automatisierung, Intensivierung des Arbeitsprozesses usw. immer unabweisbarer wird [26]); der Spitzensport dient den herrschenden Kreisen vornehmlich als politisch-ideologischer Faktor zur Erhaltung der Massenloyalität sowie als Instrument im Rahmen der internationalen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftssystemen.

Zur Vergesellschaftung des Sports in der BRD

Indem Weinberg den gesellschaftlichen Charakter des Sports herausarbeitet, kann er einen zentralen Entwicklungsprozeß innerhalb des bundesdeutschen Sports analysieren, nämlich die Art und Weise, in der sich die Vergesellschaftung des Sports in der BRD vollzieht. Weinberg stellt fest, daß die Sportvereine als weitgehend private Organisationsformen die immer dringlicher werdende physische Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft genauso wenig mit ihren eigenen Möglichkeiten abdecken können wie die ideologische Absicherung des Systems. Er kommt deshalb zu dem Schluß, „daß die Eigenständigkeit des Sportbereiches sich in bestimmten historischen Phasen als Hindernis für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß erweist, und zwar in den Momenten, wo die gesellschaftlichen Widersprüche und Probleme sowie die Klassenauseinandersetzungen einen Grad erreicht haben, der eine zielgerichtete, bewußte Integrationsfähigkeit der Sportorganisationen notwendig macht, die aber nur dann noch über diesen effektiv im Interesse des Gesamtsystems erreicht werden kann, wenn der Staat hier Hilfestellung leistet" [27]).

Ein solcher Integrationsprozeß des Sports in das gesellschaftliche Gesamtsystem vollzieht sich nun seit einigen Jahren in der BRD. Um die sich derzeit vollziehende Integration insbesondere des Vereinssports in staatliche und wirtschaftliche Planungen angemessen beurteilen zu können, ist ein kurzer historischer Rückgriff notwendig, in dem verdeutlicht wird, warum die ökonomischen und politisch-ideologischen Funktionen des Sports in den letzten Jahren anders bewältigt werden mußten als in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis etwa Mitte der 60er Jahre. Eine ökonomische Funktion im Sinne der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft konnte der Sport in den Nachkriegsjahren aufgrund der überlangen Arbeitszeiten nicht wahrnehmen. Er brauchte in den späteren Nachkriegsjahren lange Zeit auch diese Funktion nicht zwingend zu erfüllen, weil die physisch-psychische Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft zum Teil am Arbeitsplatz selbst (geringerer Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad) wie auch in den sogenannten Zwischenzeiten geleistet wurde (die Wege vom Arbeitsplatz zum Wohnort waren vielfach mit körperlichen An-

25) P. Weinberg, Funktion und Genese der Staatstätigkeit im Sport, in: H. Schulke (Hrsg.): Sport, Wissenschaft und Politik in der BRD, Köln 1975, S. 59.
26) Zur realen Lebenssituation der Bevölkerung in der BRD siehe insbesondere Petrak u. a., Proletariat in der BRD, Berlin (DDR) 1974.
27) P. Weinberg, Staatsmonopolistische Formierung, Sport und demokratische Bewegung in der BRD, Sonderdruck aus „Blätter", 10/1973, S. 18.

strengungen verbunden, weil sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden mußten). Zugleich bestand ein starker Zustrom hochqualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR und später — allerdings weniger qualifizierter — ausländischer Arbeitnehmer aus südeuropäischen Ländern, wodurch eine industrielle Reservearmee bestand, durch die verschlissene Arbeitskräfte schnell durch neue ersetzt werden konnten. Der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung gefährdete also (noch) nicht unmittelbar die Verwertungsinteressen des Kapitals. Die ideologische Funktion des Spitzensports in der BRD, nämlich die Überlegenheit des westlichen kapitalistischen Systems im Sport zu demonstrieren, konnte lange Zeit ohne besondere Förderungen erfolgreich erfüllt werden. Die bundesdeutschen Spitzensportler bewiesen aufgrund des größeren Reservoirs an Sportlern in der BRD, des besseren Ernährungsstands der Bevölkerung sowie der geringen organisatorischen Entwicklung des DDR-Sports bis in die 60er Jahre hinein durchgängig ihre Überlegenheit gegenüber den DDR-Sportlern [28]). Deshalb konnten die Sportorganisationen durchaus zu Recht auf ihre relativ hohe Autonomie verweisen, da für die Kapitalvertreter und den Staat keine Notwendigkeit bestand, regulierend in den Sport einzugreifen. Bei der relativ großen Distanz der Sportorganisationen zu anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie dem Staat ist es auch verständlich, daß in der Bevölkerung die Auffassung vom unpolitischen Sport breite Zustimmung fand und sich in der Sporttheorie eine „Theorie" vom Sport durchsetzen konnte, in der dieser als Freiraum und im Gegensatz zur Arbeit aufgefaßt wurde [29]).

Die Konstellation einer großen Distanz zwischen Staat und Sport bzw. Politik und Sport hat sich etwa seit Mitte der 60er Jahre grundlegend geändert. Mit der im Zuge der Kapitalkonzentration fortschreitenden Mechanisierung und Automatisierung im Arbeitsbereich sowie der Technisierung und Motorisierung in allen Lebensbereichen überhaupt (hier auch in der Freizeit) ist eine immer größere Bewegungsarmut sowie eine — das vor allem durch die Intensivierung der Arbeit — erhöhte physisch-psychische Belastung hervorgerufen worden. Das führte wiederum zu Streßerscheinungen, Kreislaufkrankheiten, Übergewichtigkeit auf der gesundheitlichen Ebene, zu erhöhten Betriebsunfällen, aber auch zu unzureichenden Qualifikationen für den Arbeitsprozeß [30]), weshalb heute immer mehr Menschen ein Bedürfnis nach sportlicher Betätigung als Ausgleich, Erholung, Wiederherstellung und Qualifikation ihrer Arbeitskraft entwickeln. Das wachsende Bedürfnis nach sportlicher Betätigung zeigt sich sehr eindrucksvoll an den rasch steigenden Mitgliederzahlen in den Sportorganisationen, die sich in den letzten sechs Jahren (wenn man nicht nur die Sportvereine bei der Zählung zugrunde legt, sondern auch andere Träger wie Betriebssport, kommerzielle Sportunternehmen usw.) verdoppelt haben. So sind gegenwärtig rund 14 Millionen Menschen im „Deutschen Sportbund" organisiert (er stellt die größte Mitgliederorganisation in der BRD dar und besitzt mittlerweile doppelt so viele Mitglieder wie die Gewerkschaften), während noch einmal eine annähernd gleich große Zahl außerhalb der Sportvereine Sport treiben dürfte.

Das Bedürfnis nach sportlicher Betätigung nimmt in der Bevölkerung nicht nur an Umfang zu, sondern es entstehen auch neue Qualitäten hinsichtlich des Wunsches nach breitensportlicher Betätigung. Eine Reihe von empirischen Erhebungen wie auch die reale Entwicklung in der Sportpraxis (Präferenz für bestimmte Sportarten) belegen eindeutig, daß sich im Rahmen des Breitensports eine Sport-

[28]) Vgl. zu diesem Entwicklungsprozeß insbesondere H. Schulke (Hrsg.), a.a.O.
[29]) Vgl. dazu S. Güldenpfennig, Grenzen . . ., a.a.O.
[30]) Vgl. dazu Petrak u. a., a.a.O.

praxis herausbildet, die einen gänzlich anderen Charakter besitzt als die traditionellen Wettkampfsport- und Trainingsformen. Heute werden im Erwachsenensport zunehmend Sportarten abgelehnt, die Konkurrenzzwänge, Leistungsdruck, Autoritätshierarchien enthalten und in einen Wettkampfbetrieb eingebunden sind. Stattdessen werden sportliche Inhalte bevorzugt, die sich durch Vielseitigkeit, spielerischen Charakter, Möglichkeiten zur Kommunikation und Naturbezug (Skilaufen, Reiten, Radfahren usw.) auszeichnen. Hinter diesen neuen Bedürfnisqualitäten im Bereitensport steht — bewußt oder unbewußt — der Wunsch, durch das Sporttreiben solche Fähigkeiten auszubilden, die in dem zunehmend einseitiger werdenden Arbeitsprozeß nicht mehr ausgebildet werden können, jedoch für andere Lebensbereiche und grundsätzlich (wenn man die Entwicklung langfristig betrachtet) auch im Arbeitsbereich erforderlich sind (Fähigkeiten beispielsweise zur differenzierteren Wahrnehmung, umfassendem planerischen Denken sowie präziseren und schnelleren Bewegungen) [31]).

Das zunehmende und qualitativ neue Stufen berührende Bedürfnis nach sportlicher Betätigung ist ein objektiver und irreversibler Prozeß. Die Produktivkraftentwicklung führt zwangsläufig zu einer höheren Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung des Arbeits- wie auch der übrigen Lebensprozesse und macht von daher die physisch-psychische Reproduktion der Arbeitskraft außerhalb des Arbeitsbereiches in spezifischen organisatorischen Formen praktisch für alle Menschen zwingend notwendig, ja, sie macht zumindest langfristig auch die systematische Entwicklung der körperlichen Fähigkeiten in einem curricular strukturierten Erwachsenensport erforderlich [32]).

Die politisch-organisatorische Formierung des Sports Anfang der 70er Jahre

Die Erhaltung der physisch-psychischen Seiten der gesellschaftlichen Arbeitskraft war spätestens zu Beginn der 70er Jahre auch für die Kapitalvertreter zu einem aktuellen und ohne Aufschub zu bewältigenden gesellschaftspolitischen Problem geworden, dessen Lösung nicht mehr dem Zufall oder privatem Engagement einzelner Vereinsvertreter überlassen bleiben durfte, sondern nur durch institutionell abgesicherte Maßnahmen erreicht werden konnte. Es hatte deshalb programmatischen Charakter, als der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1973 davon sprach, daß der Sport eine lebenswichtige Angelegenheit geworden sei, „weil unsere tägliche Existenz eingepfercht ist in die Normen einer oft monotonen und überstrapaziösen Arbeitswelt" [33]). Mindestens ebenso dringlich für die herrschenden Kreise in der BRD war die Notwendigkeit stärkerer Eingriffe im Spitzensport geworden; denn seit Mitte der 60er Jahre hatte die DDR im Spitzensport die BRD überrundet und 1968 erstmals bei Olympischen Spielen mehr Goldmedaillen gewonnen als die BRD. Bei Beibehaltung der weitgehend privaten Organisierung der spitzensportlichen Betätigung war ein weiteres Zurückfallen gegenüber den sozialistischen Ländern (insbesondere der DDR) die zwangsläufige Folge. In dieser Situation war es für die herrschenden Kräfte in der BRD erforderlich, durch gezielte Staatseingriffe zur Neuformierung des Sports beizutragen, damit dieser die entstandenen ökonomischen und ideologischen Anforderungen angemessen erfüllen konnte.

Die verstärkten staatlichen Eingriffe sowie Einflüsse der Großwirtschaft vollzogen sich auf institutioneller, finanzieller und personeller Ebene. Auf finanzieller Ebene erfolgten sie vor allem durch wesentlich höhere finanzielle Zuwendungen für den Spitzensport, insbesondere zu Beginn der sozialliberalen Koalition, aber

31) Vgl. dazu Güldenpfennig/Volpert/Weinberg (Hrsg.), a.a.O.
32) Vgl. dazu A. Wohl, Die historisch-gesellschaftlichen Grundlagen des bürgerlichen Sports, Köln 1973.
33) Regierungserklärung 1973, in: „Bilanz — Magazin für Wirtschaft und Politik", 1/1973, S. 30.

auch durch die Zuweisung von größeren Haushaltspositionen beispielsweise für die Sportwissenschaft, den Sportstättenbau sowie Modellmaßnahmen beispielsweise im Breitensport, in spezifischen Bereichen wie Vorschulerziehung, Resozialisierung usw. und der Ausbildung nebenamtlicher Lehrkräfte und Organisationsleiter.

Institutionell fand die Formierung im bundesdeutschen Sport vor allem ihren Ausdruck in der Einrichtung eines Bundestagsausschusses für Olympische Spiele und Sport, der Einrichtung einer paritätisch mit Sportfunktionären und Sportpolitikern besetzten Deutschen Sportkonferenz (DSK), der Schaffung eines Bundesinstituts für Sportwissenschaft beim Bundesinnenministerium (!) sowie die Bildung zahlreicher Arbeitsgremien insbesondere zwischen dem DSB sowie staatlichen Instanzen und Institutionen (KMK, Bundeswehr usw.) [34]).

Die Formierung im bundesdeutschen Sport ist wohl am deutlichsten auf der personellen Ebene sichtbarzumachen. Betrachtet man, welche Personen heute den bundesdeutschen Sport repräsentieren, so findet sich hier nahezu durchgängig eine Mischung von konservativen Politikern und Vertretern der Großwirtschaft: DSB-Präsident W. Weyer (FDP, ehemals Innenminister von Nordrhein-Westfalen); Präsident des Nationalen Olympischen Komitees und Präsidiumsmitglied im DSB W. Daume (Eisengießereibesitzer); DSB-Vizepräsident Graf Landsberg-Vehlen (Großgrundbesitzer); DSB-Präsidiumsmitglied H. Gmelin (ehemaliger Oberbürgermeister von Tübingen); Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe und DSB-Präsidiumsmitglied J. Neckermann (Versandhausbesitzer); DSB-Präsidiumsmitglied für den Breitensport F. Bauer (pensionierter Direktor der AOK).

Die Repräsentanz von konservativen Politikern und Vertretern der Großwirtschaft, wie sie eben für das Präsidium des Deutschen Sportbundes aufgezeigt worden ist, findet sich mit nur geringen Unterschieden auch in den Gremien und Organisationen wieder, die sich unmittelbar mit der Förderung der Olympischen Spiele befassen. So präsidiert dem Nationalen Olympischen Komitee, wie schon gesagt, der Dortmunder Eisengießereibesitzer W. Daume, während weitere Präsidiumsmitglider B. Beitz (Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns) und Prinz Georg Wilhelm von Hannover sind. Die beiden Letztgenannten vertreten zugleich die Bundesrepublik im Internationalen Olympischen Komitee (IOC). Ähnliche personelle Konstellationen lassen sich bei der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) feststellen, die nicht zu Unrecht vielfach als Gesellschaft von Adel und Banken bezeichnet wird. Ihr Präsident ist der Frankfurter Fabrikbesitzer F. Dietz (hoher Funktionär in zahlreichen überregionalen Wirtschaftsverbänden), Vizepräsident ist der Direktor der Olympia-Büromaschinenfabrik J. Eilers. Unter den Beisitzern finden sich Namen wie L. Linsenhoff, H. Schlange-Schöningen; Schriftführer ist schließlich H. Jannsen (Direktor der Frankfurter Bank). In den Mitgliederlisten des Kuratoriums der DOG finden sich Namen wie H. J. Abs, O. Wolff v. Amerongen und viele andere. Welche Entwicklungen sich dort abzeichnen, läßt sich daraus ersehen, daß früher noch ein DGB-Vorstandsmitglied im Kuratorium der DOG Mitglied war; neuerdings ist es der Generalinspekteur der Bundeswehr.

Ihre höchste Konzentration findet die Repräsentanz der Großwirtschaft zweifellos in der Stiftung Deutsche Sporthilfe, deren vornehmliche Aufgabe in der materiellen Förderung der Olympia-Kandidaten besteht. Neben J. Neckermann als Vorsitzendem fungiert hier als stellvertretender Vorsitzender E. v. Brauchitsch (Springer-Konzern), während in Vorstand und Kuratorium der Stiftung

34) Vgl. dazu P. Weinberg, Staatsmonopolistische Formierung . . ., a.a.O.

nahezu vollständig die bundesdeutschen Unternehmergrößen vertreten sind [35]). Weniger eindeutig und öffentlich, dennoch unverkennbar vollziehen sich ähnliche Entwicklungen auf der personellen Ebene in verschiedenen Fachverbänden sowie in zahlreichen Großvereinen, wo sich in zunehmendem Maße in den Vorständen einflußreiche Unternehmer und konservative Politiker finden [36]).

Dagegen fehlen praktisch völlig Repräsentanten der Arbeiterbewegung in den Entscheidungsgremien des Sports (Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Jugendvertreter, ehemalige Mitglieder der angeblich integrierten Arbeitersportbewegung) — also gerade Repräsentanten *der* Bevölkerungsgruppen, für die eine umfassende physisch-psychische Reproduktion der Arbeitskraft am notwendigsten wäre. Rückblickend kann man sagen, daß die Rechtskräfte in der BRD längst die Bedeutung des Sports erkannt und ihn in ihre Pflicht genommen hatten, während insbesondere die intellektuelle Linke noch überlegte, ob der Sport überhaupt von politischer Relevanz sei und wie weit es sinnvoll wäre, dort die politische Arbeit aufzunehmen [37]).

Der zunehmende Einfluß von Großwirtschaft und Staat auf den verschiedensten Ebenen des Sports ist in engem Zusammenhang mit den Umstrukturierungsprozessen innerhalb der größten bundesdeutschen Sportorganisation zu sehen, dem Deutschen Sportbund. Hier wurde seit Ende der 60er Jahre mit Nachdruck versucht, die organisatorische Zersplitterung durch verstärkte Zentralisierungsmaßnahmen zu beheben sowie durch Einstellung hauptamtlicher „Sportmanager" und die Ausbildung nebenamtlicher Organisationsleiter das für eine Massenorganisation erforderliche qualifizierte Personal bereitzustellen [38]).

Nach anfänglichen Schwierigkeiten und Widerständen (große Fachverbände wehrten sich gegen die Beschneidung ihrer Autonomie) kann der Prozeß der Zentralisierung mit dem Jahr 1974 als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden. Personell findet das seinen sichtbarsten Ausdruck in dem Wechsel von W. Kregel zu W. Weyer als DSB-Präsident. Der romantisch rückwärts gerichtete, zudem mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition sympathisierende W. Kregel war auf Dauer nicht der geeignete Mann, die auf den DSB und seine Vereine zukommenden Aufgaben zu lösen. Dazu bedurfte es eines dynamischen und politisch erfahrenen Technokraten, der in der Lage war, die Umstrukturierungen innerhalb der Sportorganisationen offensiv anzugehen und dabei den unternehmerischen und staatlichen Interessen zu entsprechen sowie eine deutliche ideologische Abgrenzung gegenüber den sozialistischen Ländern herzustellen. Die Zentralisierung innerhalb des Deutschen Sportbundes, also die stärkere Gewichtung seiner Spitzengremien, geht einher mit dem Abbau demokratischer Willensbildungsprozesse an der Basis. So sind nach einer Satzungsänderung beispielsweise die Vorsitzenden des Nationalen Olympischen Komitees und der Deutschen Sporthilfe automatisch Präsidiumsmitglieder im DSB, ohne daß sie von der Basis in den Vereinen gewählt werden und kontrolliert werden könnten. J. Neu beschreibt den weitgehend abgeschlossenen Formierungsprozeß innerhalb des DSB wie folgt:

35) Vgl. dazu DSB, Jahrbuch des Sports 1973/1974, Frankfurt/M. 1974; vgl. auch H. Schulke, Spaltung des Sports?, in: „Olympische Jugend", 4/1974.
36) Besonders deutlich wird dieser Prozeß bei den Bundesliga-Fußballvereinen, die nahezu ausschließlich von Wirtschaftsmanagern oder Vertretern der Großwirtschaft geführt werden (so wird beispielsweise der Westberliner Fußballverein Hertha BSC von einem leitenden Angestellten des Springer-Konzerns geführt, nachdem zuvor der Verleger A. Springer den Verein mit einer Summe in Millionenhöhe zumindest teilweise „saniert" hatte. Der 1. FC Köln hingegen wird — nachdem W. v. Amerongen dieses Amt niedergelegt hatte — von F. Mülhens, dem Besitzer des Hauses 4711, geführt).
37) So etwa die Diskussion der Jungsozialisten 1971 in Bremen; vgl. dazu A. Krüger, Sport und Politik, Hannover 1975.
38) Vgl. dazu J. Neu, Ökonomisch-politische Tendenzen in der „Einheitssportbewegung" während der letzten drei Jahrzehnte, in: H. Hartmann (Hrsg.), Emanzipation im Sport, Gießen 1975.

„1974 auf dem außerordentlichen Bundestag in Frankfurt und dem ordentlichen Bundestag in Essen wurden mit der Wahl Weyers, mit der Integration von DSH (Neckermann), NOK (Daume) und DSB (Weyer) in einem geschäftsführenden Präsidium die Formierungstendenzen seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre zu einem Abschluß gebracht. Die Olympischen Spiele und die Fußballweltmeisterschaften sind verbunden mit einigen zentralen Namen und Institutionen (Genscher, Weyer, Daume, Neckermann, Neuberger, BMI, DOG, DSH, DSB). Als Fallbeispiele können sie den neuen Leistungs- und Organisationsablauf zwischen den obersten Führungsgremien und Persönlichkeiten von Sport, Staat und Wirtschaft demonstrieren" [39]).

Folgen der kapitalistischen Rezession im Sport: soziale Demontage im Breitensport, Kasernierung im Spitzensport

Die Formierungsmaßnahmen, die Ende der 60er Jahre im Sport eingeleitet worden waren und in ihren wichtigsten Momenten 1974/75 als abgeschlossen betrachtet werden dürfen, müssen derzeit von den herrschenden Kräften in der BRD in bestimmten Punkten neu akzentuiert werden. Das rührt einmal daher, daß die weltweite Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich in einem für die BRD unbekannten Maße (Arbeitslosigkeit, steigende Konkurszahlen, Abnahme des Bruttosozialprodukts, Lohnabbau und Inflation) entwickelt hat, deren Behebung derzeit dadurch versucht wird, daß Mittelverlagerungen innerhalb des Staatshaushaltes vom Sozial- und Bildungsbereich hin zu konjunkturfördernden Maßnahmen sowie dem Rüstungsetat vorgenommen werden, die auch im Sportbereich zu Einschränkungen führen. Zum anderen hat sich gezeigt, daß die forcierte finanzielle Förderung des bundesdeutschen Spitzensports bislang keine Erfolge gebracht hat, sondern daß die DDR ihren Vorsprung kontinuierlich ausbaut. In Zeiten, wo sich aufgrund der wirtschaftlichen Krise der westlichen Länder auch die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen wieder verschärfen, glaubt man sich ein deutlicheres Zurückfallen auf diesem Gebiet nicht leisten zu dürfen.

a) Das kostendeckende Prinzip im Breitensport

Bei Parteipolitikern und Sportfunktionären besteht Einigkeit darüber, daß der Breiten- und Freizeitsport weiter ausgebaut werden soll, indem die Angebote allgemein erweitert und attraktiver gestaltet werden sollen, aber auch gezielt neue Bevölkerungsgruppen anzusprechen sind (Ältere, Behinderte usw.). Zur Abdeckung der damit zwangsläufig verbundenen erhöhten Kosten soll — gemäß der erstmals von der CDU für den gesamten Sozialbereich aufgestellten Forderung — versucht werden, das kostendeckende Prinzip auch im Sport soweit wie möglich zu verwirklichen. Bei der Sportdebatte im Deutschen Bundestag im Herbst 1974 erklärte der Bundestagsabgeordnete Wende: „Wir sollten uns aber auch nicht scheuen (zu sagen), daß bei der Höhe der gegenwärtigen Mittel-Bereitstellung mit ähnlich hohen Zuwachsraten wie in den letzten Jahren und mit der Bewilligung weiterer Mehrforderungen in Zukunft nicht mehr zu rechnen ist" [40]). Diese Auffassung wurde noch weiter präzisiert vom Präsidenten des Deutschen Städtetages, der nach einer Zeitungsmeldung Anfang des Jahres 1975 auf einer Pressekonferenz erklärte, „daß ein Engagement der Kommunen im Sport ohne Beteiligung der Sportorganisationen unmißverständlich abzulehnen sei. Er ist indes auch der Meinung, daß die Mitglieder der Sportorganisationen mehr als in der

[39]) Ebd., S. 68/69.
[40]) „Hochschulsport", 30/1974, S. 7.

Vergangenheit an den Kosten beteiligt werden sollten" [41]). Solchen Aussagen von führenden Politikern entspricht die reale Entwicklung bei der Sportförderung. Vor mehreren Jahren ist der Bund aus seiner Verpflichtung für die Unterstützung des Breiten- und Freizeitsports (Goldener Plan der Länder und Gemeinden) ausgetreten, womit letztendlich die Zielsetzung eines umfassenden flächendeckenden Sportstättenbaus zum Scheitern verurteilt ist. 1973 ist die Sportförderung auf Bundesebene um 58 Mio. DM zurückgegangen. Ähnlich dürfte es bei Ländern und Gemeinden aussehen, wo bei stagnierenden Finanzmitteln und 7%iger Inflationsrate real deutlich weniger Investitionsmittel im Sportstättenbau zur Verfügung stehen als Ende der 60er Jahre [42]).

Indirekt ist der Jugend- und Breitensport bereits nachhaltig von massiven Kürzungen im Jugendbereich (Bundes- und Landesjugendpläne) betroffen, was nach einer Zeitungsmeldung aus Essen dazu zu führen droht, daß dort Sportvereine ihre Arbeit einstellen müssen [43]).

Da Übereinstimmung bei den führenden Politikern und Sportfunktionären dahingehend besteht, daß wegen der wachsenden gesundheits- und sozialpolitischen Bedeutung des Sports keinesfalls Abstriche am Umfang der sportlichen Betätigung der Bevölkerung gemacht werden dürfen — was aufgrund des bei der Bevölkerung vorhandenen großen Interesses auch nicht durchsetzbar wäre —, muß es bei Anerkennung der haushaltspolitischen Prioritäten darum gehen, einerseits die sportliche Aktivität der Bevölkerung noch zu vergrößern, andererseits den Staatshaushalt damit nicht oder möglichst wenig zu belasten. Zur Erfüllung dieser Funktion scheint vor allem der Vereinssport besonders gut geeignet zu sein, weil er weitgehend ehrenamtlich getragen wird und ideologisch in seinen Führungsgremien auf Bundesebene — wie zuvor gezeigt worden ist — von Vertretern der Großwirtschaft und ihren Repräsentanten in den politischen Parteien eindeutig beherrscht wird, die damit den Vereinssport in ihrem Sinne regulieren können: „Ihre politische und ökonomische Funktion steht außer Zweifel. Ein nicht unwesentlicher Teil der physischen Reproduktion der Arbeitskraft ... wird von ihnen übernommen, und dies noch in hohem Maße gratis" [44]).

Deshalb kann W. Weyer aus seiner Sicht bzw. aus der Sicht der von ihm vertretenen ökonomischen und politischen Interessenposition aus voller Überzeugung feststellen: „Uns brauchen keine Zweifel zu quälen: für das organisierte Angebot von Turnen, Sport und Spiel gibt es keine bessere Einrichtung als unsere Vereine; Gewerkschafts- oder Firmensport sind keine Alternativen" [45]).

Vor dem Hintergrund des kostendeckenden Prinzips sowie der Erweiterung des Angebots ist zu sehen, daß seit gut einem Jahr vom DSB-Präsidium — durchaus im Unterschied zu früheren Zeiten — immer wieder mit Nachdruck die Bedeutung des Breitensports in den Vereinen betont und neuerdings auch an einer umfassenden freizeitpolitischen Konzeption gearbeitet wird. Dabei tritt die Zielsetzung des DSB-Präsidiums, über den Vereinssport mehr Angebote ohne höhere Kosten zu schaffen, in einem Beitrag des für den Breitensport verantwortlichen Präsidiumsmitglieds, F. Bauer, offen zutage: „Mit dieser freizeitpolitischen Konzeption will der DSB für die 70er und 80er Jahre in unserem Gebiet die entscheidenden politischen, gesellschaftlichen und organisatorischen Akzente setzen, damit der unaufhaltsam fortgesetzte Zustrom in den Breiten- und Freizeit-

41) „Weserkurier" v. 27. 2. 1975, S. 28.
42) J. Neu, a.a.O.
43) Siehe dazu die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" v. 6. 11. 1975.
44) P. Weinberg, Staatsmonopolistische Formierung . . ., a.a.O., S. 12.
45) „DSB-Information", 29/1975, S. 1.

sport zum Nutzen unseres Volkes sich fortsetzen kann. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, wie fatal und vor allem auch wirtschaftlich falsch eine geringe finanzielle Förderung des Breitensports sein müßte, denn jede Mark, die an öffentlicher Hilfe in den Sport hineingegeben wird, löst in den Vereinen und Verbänden eine Multiplizierung des Wertes durch ihren ehrenamtlichen Einsatz aus. Einen Numerus clausus darf es im Freizeit- und Breitensport nicht geben!" [46]) In dieser Aussage von F. Bauer kommt deutlich das harmonistische Gesellschaftsbild zum Vorschein („unseres Volkes"), das keine gesellschaftlichen Gegensätze kennt und demzufolge abstreitet, daß die Höhe der Zuwendungen im Sport auch immer ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses im Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit ist. Deshalb fordert die DSB-Spitze bei einer Rekordhöhe des Verteidigungsetats keine Senkung der Rüstungskosten zugunsten von mehr Sportstätten. Sie stellt auch bei höchsten Dividendenraten keine Anträge auf die Abführung von Unternehmergewinnen zum Bau von Betriebssportanlagen, oder sie ergreift nicht für eine betriebliche Freistellung der Übungsleiter (Bildungsurlaub) zur Aus- und Fortbildung die Initiative. Stattdessen fördert der DSB in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden sowie Krankenkassen, Sportgerätefirmen, staatlichen Institutionen usw. vielfältige Breitensportaktionen (Trimmaktion, Lauf-Treff, Sportabzeichen usw.), die von den Vereinen organisatorisch getragen werden sollen. Das bezieht sich auch auf die finanzielle Ebene. So heißt es beispielsweise in einer Arbeitsmappe des Deutschen Sportbundes zur Durchführung von sogenannten „Lauf-Treffs" lapidar, daß „davon ausgegangen wird, daß die eingesetzten Lauf-Treff-Leiter ihre Aufgaben ehrenamtlich übernehmen" [47]).

Die Basis des Sports in Gestalt der Vereine wird durch die wachsenden Teilnehmerzahlen bei rückläufigen staatlichen Förderungen vor immer größere inhaltliche und organisatorische Probleme gestellt. Um bei den ehren- und nebenamtlichen Funktionären sowie den Teilnehmern nicht die tatsächlichen Zusammenhänge und Interessen bewußt werden zu lassen, die hinter den zunehmenden praktischen Problemen im Breitensport stehen, werden folgende ideologische Positionen eingebracht, um die Bereitschaft zur kostenlosen oder kostengünstigen Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben zu erhalten oder sogar noch zu erhöhen.

1. Bei jeder Gelegenheit wird den ehren- und nebenamtlich tätigen Mitarbeitern im Sport von führenden Politikern und Spitzenfunktionären des Sports die Qualität ihrer Arbeit sowie deren große gesellschaftliche Bedeutung bescheinigt, weil durch das Engagement in den Sportorganisationen der Gemeinschaft Milliardenbeträge erspart werden. Fragen, ob nicht in anderen Bereichen des Sports (Betriebssport, kommunaler Sport, kommerzielle Sportangebote) aufgrund der Voraussetzungen bessere Sportmöglichkeiten angeboten werden, werden von den Spitzenfunktionären — undiskutiert — entschieden und nachdrücklich zurückgewiesen. Auf diese Weise entfaltet sich in den Sportvereinen nur sehr schwer eine Diskussion, ob die Vereine in der gegenwärtigen Form überhaupt den objektiven Erfordernissen wie auch den Wünschen der Sportinteressierten gerecht werden können, während die führenden Repräsentanten der Sportorganisationen sich auch noch als Vertreter der kleinen Übungsleiter und Gruppenbetreuer darstellen können. Bei der lautstarken und stereotypen Bestätigung der ehren- und nebenamtlichen Arbeit im Sport bleibt es für die Betroffenen unbegriffen, daß es nicht die Gemeinschaft ist, der die Kosten erspart werden, sondern vielmehr Unternehmerprofite unangetastet bleiben, die wiederum letztlich die Ursache für

46) F. Bauer, Jede Mark gut angelegt, in: „DSB-Information", 43/1975, S. 3.
47) DSB: Arbeitsmappe Lauftreff, o. J. (2. Auflage), Frankfurt/M., S. 20.

die derzeitige Finanzkrise an der Basis des Sports sind. So führen die in der Tat höchst anerkennenswerten Anstrengungen der zahllosen Mitarbeiter und Helfer im Sport auf Dauer gesehen nicht zu der erhofften und angestrebten Verbesserung des Breitensports in der BRD, sondern letzten Endes zur Verschärfung der mißlichen Situation im Breitensport, weil die Unersättlichkeit des Profitstrebens immer weiter zum Abbau sozialer Leistungen führt und die Bemühungen der ehren- und nebenamtlichen Mitarbeiter im Sport bald an objektive Grenzen stoßen werden bzw. schon gestoßen sind; dieser Mechanismus kann erst außer Kraft gesetzt werden, wenn das Engagement der vielen Mitarbeiter in den Sportorganisationen in gewerkschaftlich-politische Orientierungen gegen die Profitinteressen der Großwirtschaft eingeschlossen werden würde [48]).

2. Ein weiteres wichtiges Instrument im Rahmen der sportpolitischen Propaganda ist das Hervorrufen von antisozialistischen und antikommunistischen Ressentiments. Mit ihnen soll vor allen Dingen verhindert werden, daß sich die Sportfunktionäre an der Basis ernsthaft mit dem Breiten- und Freizeitsport in den sozialistischen Ländern auseinandersetzen, der — trotz vieler noch vorhandener Unzulänglichkeiten — aufgrund seiner gezielten gesamtgesellschaftlichen Planung sowie der umfassenden staatlichen Unterstützung sichtbar bessere Entwicklungen zeigt als der Breitensport in der BRD. Deshalb beschwört DSB-Präsident Weyer immer wieder den seiner Meinung nach freiheitlichen Sport im Westen, aus dem so weit wie möglich der staatliche Einfluß herausgehalten werden müsse, weil sich der Sport wesensmäßig nur spontan und unreglementiert entfalten könne, wenn er seine humanen Möglichkeiten verwirklichen will. Als negatives Beispiel für einen staatlich gegängelten Sport führt er deshalb den von den Gewerkschaften geförderten Sport in der Sowjetunion an: „42 Millionen sowjetischer Arbeitnehmer werden über gewerkschaftlich organisierte Gesundheitssportkurse und Gymnastikprogramme am Arbeitsplatz versorgt. Ein besonderer Mitgliedsbeitrag wird im allgemeinen nicht erhoben; warum sollte er auch? Die Aufwendungen werden jedem Arbeitnehmer vom Lohn abgezogen. In diesem Sportversorgungssystem fehlt all das für uns Unverzichtbare, das die freie Sportbewegung durch demokratischen Aufbau, gesellschaftliche Initiative und Gestaltungsfreiheit auszeichnet" [49]).

Was Weyer verschweigt, ist die Tatsache, daß es in der Sowjetunion gerade an der Basis des gewerkschaftlich organisierten Sports sehr wohl demokratische Entscheidungsprozesse gibt, die nachdrücklich gefördert werden. Und weiter wird von Weyer verschwiegen, daß die dort in demokratischen Diskussionsprozessen entwickelten Entscheidungsprozesse tatsächlich verwirklicht werden können, weil der Sport dort materiell abgesichert ist und gesamtgesellschaftlich gefördert wird. In einer technisch weit entwickelten und in ihren sozialen Strukturen hochkomplexen Gesellschaft wie der BRD ist eine freie Entfaltung des Sports nicht ohne die systematische und langfristige Förderung des Staates möglich. Ein massenhaft betriebener Breitensport ohne staatliche Förderung wird sich deshalb nur in den Köpfen führender Sportvertreter verwirklichen lassen, nicht jedoch in der gesellschaftlichen Praxis.

3. Ein wichtiges Instrument zur Integration der Mitarbeiter in die Sportorganisationen ist der Aufbau von Feindbildern, mit denen innerhalb der Sportorga-

[48]) In der Arbeitersportbewegung war man sich durchaus der Tatsache bewußt, daß das unersättliche Profitstreben des Kapitals dazu führt, die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft so weit wie möglich zu minimieren, was zwangsläufig auch zu Einschränkungen im Sportbereich führt. Der Umstand, daß diese Argumentation heute von den führenden Sportfunktionären überhaupt nicht mehr ins Feld geführt wird, macht deutlich, wie sehr die inhaltlichen Traditionen der Arbeitersportbewegung zurückgedrängt worden sind.
[49]) Vgl. dazu W. Weyer, Es gibt keine besseren Einrichtungen als unsere Vereine, in: „DSB-Information", 29/1975, S. 2.

nisationen ein „Wir-Gefühl" hergestellt werden soll, das einerseits von den realen Problemen ablenkt, zum anderen die real im Sport ablaufenden Formierungsprozesse unerkannt läßt. So wurde beispielsweise beim DSB-Bundestag 1974 vom damaligen Präsidenten Kregel dem Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH) eine Spaltungsabsicht in den bundesdeutschen Sportorganisationen unterstellt (Gegenorganisationen im Sinne der Arbeitersportbewegung), weil ein Mitarbeiter des ADH in einer persönlichen und noch nicht veröffentlichten Stellungnahme Überlegungen angestellt hatte, wieweit der DSB mit Recht den sich selbst zugeschriebenen Rang eines Sprechers des gesamten bundesdeutschen Sports in Anspruch nehmen kann (also auch des Schulsports, Betriebssports, Freizeitsports usw.). Ein Jahr später, beim DSB-Hauptausschuß 1975, wurde nach intensiver propagandistischer Vorbereitung entschieden dem Sport an den Volkshochschulen entgegengetreten, weil dieser angeblich höhere staatliche Zuwendungen erhielte als der Vereinssport — eine unzutreffende Behauptung; dem Vereinssport stehen lediglich für den Breitensport der Erwachsenen weniger Mittel zur Verfügung, weil er auch noch den Leistungssport sowie den Jugendsport finanzieren muß und außerdem die Sportvereine großenteils niedrigere Beiträge erheben als die Volkshochschulen [50]). Die wohlberechnete Heftigkeit, mit der viele Sportfunktionäre gegen die vermeintlichen Gegenorganisationen sowie die angeblichen finanziellen Bevorzugungen der Volkshochschule reagierten, verhinderte es, die Tabuisierung der demokratischen und sozialistischen Traditionen der Sportorganisationen zu durchbrechen oder sich nüchtern mit staatlich geförderten Organisationsmodellen des Sports außerhalb der Vereine auseinanderzusetzen [51]). In ähnlicher Weise wie bei den Sportfunktionären verläuft auch die Propaganda zum Breitensport gegenüber den Aktiven und der übrigen Bevölkerung. Die Tatsache, daß eine regelmäßige sportliche Betätigung der ganzen Bevölkerung angestrebt werden muß und deshalb die sportliche Aktivität nicht mehr den privaten Zuneigungen oder Abneigungen der einzelnen überlassen bleiben kann — womit die These von einem Freiraumsport zumindest nicht mehr vollständig durchgehalten werden kann —, wird dadurch aufgefangen, daß vor allen Dingen die gesundheitliche Bedeutung des Sports in den Vordergrund gestellt wird, vielfach verbunden mit einem harmonistischen Geselligkeitsmotiv. Ansonsten werden dem Sporttreiben sehr eng auf das Individuum bezogene und zumeist relativ diffuse Qualitäten zugeschrieben wie Spaß, Freude, freie Entfaltung, Spontaneität usw. Auf den gesellschaftlichen Entstehungs- und Begründungszusammenhang der individuellen Wünsche und Ziele hingegen wird nicht eingegangen und demzufolge eine aufklärerisch-pädagogische Funktion für den Breitensport nicht gefördert [52]). Die Ablehnung des DSB-Präsidiums gegenüber aufklärerisch-pädagogischen Funktionen des Sports wurde besonders deutlich, als kürzlich eine Diskussion um die Integration des Erwachsenensports in die Erwachsenen- und Weiterbildung entstand. Die Entwicklung einer sportlichen Erwachsenenbildung hätte zur Folge gehabt, daß der Breitensport curricular strukturiert (d. h. nach ausgewiesenen Lernzielen ausgerichtet) werden müßte und sich in die Diskussion um die Zusammenhänge von allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung einlassen müßte. Hier warnte der für den Bereich Wissenschaft und Bildung zuständige Präsidiumsvertreter O. Grupe nachdrücklich vor einer „Verpädagogisierung" des Sports [53]) und forderte stattdessen dazu auf, den Sport nur aus sich selbst heraus zu begründen. Mit der

50) Vgl. dazu H. Schulke, Sportverein kontra Volkshochschule?, in: „Olympische Jugend", 7/1975.
51) Vgl. dazu M. Müller-Blattau, Gymnastik und Sport im Volkshochschul-Angebot, Frankfurt/M. 1975.
52) Ein nachdrückliches Beispiel für diese Auffassung ist die „Trimm-Aktion", die mit genau diesen Momenten für den Breitensport wirbt.
53) Siehe dazu das Referat von O. Grupe vor dem Hauptausschuß des Deutschen Sportbundes im Sommer 1975 in Frankfurt, in: „Hochschulsport", 17/1975.

Ablehnung des Sports als Erwachsenen- und Weiterbildung wird zugleich verhindert, daß die staatlichen Förderungssätze, die für die Erwachsenen- und Weiterbildung aufgebracht werden und die höher liegen als die für den Breitensport, jetzt auch für den Erwachsenensport aufgewendet werden müssen. Insgesamt wird auch gegenüber den Teilnehmern am Breitensport die Auffassung propagiert, daß der Sport sich nur in Freiheit entwickeln könne und deshalb staatlicher Einfluß (und das hieße finanzielle Förderung!) soweit wie möglich aus dem Sport herausgehalten werden solle. Tatsächlich ist damit allerdings gemeint, daß der staatliche Einfluß nicht aus dem Sport, sondern lediglich die finanzielle Förderung durch den Staat aus dem Breitensport verschwinden solle.

b) Die Kasernierung des Spitzensports

Die Entwicklung im Spitzensport unterliegt anderen Prioritäten als die im Breitensport. Hier geht es nicht um finanzielle Einschränkungen — beim Spitzensport geht es vielmehr darum, den Rückstand zu den sozialistischen Ländern unter allen Umständen und so schnell wie möglich aufzuholen. Nachdem erkannt worden ist, daß ein massiver Mitteleinsatz allein in diesem Bereich noch nicht die erwünschten Erfolge mit sich bringt, soll hier jetzt versucht werden, die gesetzten Ziele durch organisatorische Umstrukturierungen zu erreichen.

Die Ursachen für die gegenwärtige Situation sowie die künftigen Perspektiven sind im Herbst 1975 vom Generalsekretär des Deutschen Sportbundes, K. H. Gieseler, in aller Klarheit formuliert worden. Nach K. H. Gieseler „ist festzustellen, daß der Spitzensport in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht die ihm angemessene organisatorische Form gefunden hat, die er braucht, wenn wir vorne bleiben oder verlorenes Terrain wieder aufholen wollen ... Tatsache ist, daß der Spitzensport andere Ansätze verlangt als der Freizeit- und Breitensport, weil der Verein diese Anforderungen nur noch in Ausnahmefällen erfüllen kann und die entscheidenden Schritte zur Strukturanpassung bisher nicht getan wurden. Solche Feststellungen sprechen nicht gegen die Einheit des Deutschen Sportbundes und schon gar nicht gegen den Verein als Träger dieser Turn- und Sportbewegung. Sie können aber die unbefriedigende organisatorische Lage des Spitzensports dahingehend klären, für die relativ kleine Gruppe des Spitzensports endlich ein bundesweit abgestimmtes Stützpunktsystem zu formieren, für das die Vereine — sofern sie nicht in Bundesligen selbst solche Stützpunkte darstellen — die Zubringer sind ... Um das hier noch einmal zu verdeutlichen: Es geht nicht um eine generelle Ablösung des Vereins, wohl aber um eine grundsätzliche Neuorientierung der Arbeit auf breiter Front. Einerseits wird durch das vorgeschlagene System den steigenden Anforderungen des Spitzensports entsprochen, und andererseits werden die Vereine für ihre eigentlichen Aufgaben im Breiten- und Freizeitsport entlastet. Spitzensport und Breitensport, diese beiden unterschiedlichen Arbeitsbereiche, sind eben nur noch durch klare Aufgabenteilung zu bewältigen und wirtschaftlich tragbar" [54]). Die Vorschläge von K. H. Gieseler, die zweifelsfrei die künftigen Perspektiven des bundesdeutschen Sports beinhalten, werden auf organisatorischer und ideologischer Ebene folgendermaßen umgesetzt:

— Wo die Spitzensportler konzentriert werden könnten, steht schon fest und ist bereits teilweise realisiert worden: Neben den von Gieseler angesprochenen regionalen Leistungszentren und Sportinternaten ist es hier seit einigen Jahren

54) K. H. Gieseler, Ein radikaler Bruch mit alten Gewohnheiten?, in: „Olympische Jugend", 7/1975.
55) Vgl. dazu etwa „Militärischer Dienst, Leistungssport und Schule", in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 21. 2. 1976.

vor allem die Bundeswehr, in der inzwischen ein Sportbataillon ausschließlich mit Spitzensportlern eingerichtet worden ist und dem in Kürze ein zweites Bataillon folgen soll, womit insgesamt über 1000 Spitzensportler bei der Bundeswehr quasi hauptamtlich ihrer Beschäftigung als Spitzensportler nachgehen können [55]). Ferner sollen so weit wie möglich Olympiakandidaten in ausreichender Zeit vor den Olympischen Spielen in Wehrübungen zusammengefaßt werden, um bei der Bundeswehr den letzten olympischen Schliff zu erhalten. Diese Entwicklung wird von der DSB-Führung mit Nachdruck gefördert, und ihr wird von DSB-Präsident Weyer ausdrücklich applaudiert — von eben demselben DSB-Präsidenten, der ansonsten nicht müde wird zu betonen, daß so wenig Staatseingriffe wie möglich im freien und sich spontan entwickelnden Sport erfolgen sollen, und der nun nicht Anstoß daran nimmt, daß bei der Bundeswehr in weit größerem Maße als in den von ihm kritisierten Ländern „Staatsamateure" ausgebildet werden [56]). Als Randnotiz scheint an dieser Stelle die Bemerkung angebracht, daß sich die Militarisierung des Spitzensports in die allgemeinen Militarisierungstendenzen in der BRD einordnet, die wiederum ihre historischen Vorbilder im Nationalsozialismus finden, wo bekanntlich ein großer Teil der außerordentlich erfolgreichen Olympiamannschaft von 1936 Angehörige des Militärs war [57]).

— Auf der ideologischen Ebene ist eine Großoffensive für die Betonung des Leistungsgedankens im Sport gestartet worden. Hier hat der DSB Mitte des Jahres 1975 ein Buch herausgegeben, in dem eine Reihe von Dichtern, Politikern und Wissenschaftlern die Notwendigkeit des Leistungsgedankens im Sport betonen. Ferner hat DSB-Präsident Weyer angekündigt, daß im September 1975 (assistiert von der Deutschen Sporthilfe) ein Kongreß unter dem Thema „Der Weg frei für die Leistung!" veranstaltet werden sollte, bei dem Bundeskanzler Schmidt als Hauptreferent vorgesehen war. Allerdings ist es zu diesem Kongreß nie gekommen, möglicherweise deshalb, weil mit einem derartigen Thema ein Kongreß nun doch nicht auszufüllen war [58]). Im gleichen Atemzug sind verschiedene Aktionen von der Deutschen Sporthilfe zu nennen, in denen die bundesdeutschen Spitzensportler in öffentlichen Aktionen auf die angeblich bedrohliche finanzielle Situation des Spitzensports in der BRD hinwiesen und das mit gezielten Bettelaktionen verbanden. Zwar dürften auf diese Weise mit Sicherheit nicht die erforderlichen 15 Mio. DM für den Spitzensport einfließen, doch wird damit ideologisch trotz Inflation und Haushaltsmisere die Bereitschaft bei der Bevölkerung vorbereitet, höhere staatliche Zuwendungen für den Spitzensport zu tragen bzw. sich über Einrichtungen wie Fernsehlotterie an der Förderung des Spitzensports zu beteiligen.

Schlußbemerkung

Die Darstellungen der aktuellen Entwicklung im Breiten- und Spitzensport in der BRD seit Mitte der 70er Jahre hat gezeigt, daß sich die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der BRD nachhaltig auf den Sport auswirkt, wobei die ökonomischen und politischen Entwicklungen vor allem über die Sportorganisation bzw. deren Führungsgremien vermittelt werden. Im einzelnen ist deutlich geworden, daß die Kapitalkonzentration (Monopolisierung) in der BRD zwar zur Ausbreitung und Vergesellschaftung des Sports führt, aufgrund ihres anarchischen — letztlich vom Profitinteresse der Produktionsmittelbesitzer bestimmten — Verlaufs jedoch

[56]) Während die DDR-Spitzensportler neben bzw. genauer vorrangig vor ihrer sportlichen Förderung eine umfassende berufliche Qualifizierung erhalten, werden die Spitzensportler bei der Bundeswehr lediglich sportlich gefördert. Ihre Förderung läßt also die spätere berufliche Tätigkeit unberücksichtigt.
[57]) Vgl. dazu W. Eichel u. a., a.a.O., Band 4.
[58]) Siehe dazu W. Weyer, Wir wollen unseren politischen Rang wissen!, in: „DSB-Information", 31/1975, S. 5.

nicht zu einer planvollen, die Interessen der Bevölkerung berücksichtigenden Entfaltung des Breitensports kommt. Die Ideen von Pierre de Coubertin über die Verbreitung des Sports durch die Olympischen Spiele sind derzeit in der BRD weit von ihrer Verwirklichung entfernt. Das ist an drei Punkten zu verdeutlichen:

1) Der Breitensport erfährt vom Staat eine derart geringe Unterstützung, daß er weder die in der Bevölkerung vorhandenen breitensportlichen Bedürfnisse auch nur annähernd abdecken kann, noch die pädagogischen Möglichkeiten dieses Sportbereichs etwa im Sinne der Erwachsenen- und Weiterbildung entwickelt und genutzt werden können.

2) Der Spitzensport in der BRD verselbständigt sich zunehmend, so daß er seine eigentliche Aufgabe, die gesamte Bevölkerung zur sportlichen Betätigung anzuregen, immer weniger erfüllt.

3) Das Prinzip der Demokratisierung des Sports wird zurückgedrängt. Im Breitensport verliert die Basis — was sich inhaltlich bei der wachsenden Komplexität der Sportorganisationen schon lange abzeichnete — auch formal durch die Umstrukturierung in der Führungsspitze des DSB an Mitgestaltungsmöglichkeiten. Im Spitzensport wird durch die Kasernierung der Sportler der Prozeß der Entdemokratisierung sowohl für die Aktiven (Verlust der Freiwilligkeit wie auch rechtlich gesicherter Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr) als auch für die Basis in den Sportorganisationen (fehlende demokratische Kontrolle des Geschehens insbesondere in der Bundeswehr) vorangetrieben.

Die derzeit von der bundesdeutschen Sportführung angestrebten „Lösungen", nämlich das kostendeckende Prinzip im Breitensport und die Kasernierung des Spitzensports, stellen allerdings keine Lösungen dar, die alle Probleme auf Dauer bewältigen werden. Die Vergesellschaftung des Sports ist ein irreversibler Prozeß, weshalb die privat organisierten Sportvereine die physisch-psychische Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft nicht ohne erhebliche staatliche Hilfe werden leisten können — zahllose Meldungen über wachsende Schwierigkeiten der Vereine und Verbände bei der Bewältigung der steigenden Mitgliederzahlen bestätigen das. Und auch im Spitzensport wird durch die jetzt getroffenen Maßnahmen keine Verbesserung eintreten — im Gegenteil: aufgrund der umfassenden und langfristigen Planung wie der qualifizierten wissenschaftlichen Betreuung der einzelnen Athleten wird der Vorsprung der DDR wie der übrigen sozialistischen Länder weiter anwachsen. Hier nun besteht die Gefahr, daß im Sport — entsprechend dem sich gegenwärtig in der BRD insgesamt vollziehenden Zurückdrängen sozialer und demokratischer Rechte — von den Vertretern der Großwirtschaft und ihren Repräsentanten in den politischen Parteien die verbliebenen demokratischen Positionen abgebaut werden, wodurch sowohl im Breiten- wie im Spitzensport unbehindert von den demokratischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen die materiellen Belastungen noch einseitiger zugunsten der Herrschenden und Besitzenden verteilt werden.

Gegen eine solche Entwicklung sprechen allerdings die allgemeinen politischen Tendenzen im internationalen, zunehmend aber auch im nationalen Raum, die sich durch eine Verlagerung des Kräfteverhältnisses zugunsten entspannungssuchender und demokratischer Positionen auszeichnen; seinen deutlichsten Ausdruck findet das in der derzeit wachsenden Protestwelle in nahezu allen westeuropäischen Ländern gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik. Verstärkter Widerstand gegen die gegenwärtige Sportpolitik bundesdeutscher Sport-

führer läßt sich aber auch an der Basis des Sports wie in einer Reihe von überregionalen Sportorganisationen feststellen [59]). Diese Entwicklungen müssen in engem Zusammenhang mit den internationalen Tendenzen gesehen werden, wo sich bei Veranstaltungen wie der Zweiten Europäischen Sportkonferenz in Dresden, dem Internationalen Olympischen Kongreß in Varna, aber auch bei der KSZE Veränderungen im Kräfteverhältnis des internationalen Sports zugunsten entspannungssuchender Kräfte feststellen lassen. Diese Tendenz spiegelt sich auch in der internationalen Olympischen Bewegung wider, wo heute das stärkere gegenseitige Aufeinandereingehen von den jungen Nationalstaaten, den meisten osteuropäischen Ländern sowie verschiedenen westeuropäischen Staaten dazu führt, daß die Olympischen Spiele größere Chancen als jemals zuvor haben, die ihnen von Coubertin zugeschriebene Ziele zu verwirklichen [60]). Die reale Entwicklung in der internationalen Olympischen Bewegung ist deshalb ein wichtiger Garant dafür, daß im Sport der BRD militaristische und reaktionäre Kräfte ihre Ziele nicht ungehindert durchsetzen können; die internationale Olympische Bewegung bildet deswegen für diejenigen, die einen konsequenten Ausbau des Breitensports in der Bundesrepublik fördern wollen, einen wichtigen Orientierungspunkt.

[59]) Siehe dazu S. Güldenpfennig, Sportpolitik und gesellschaftliche Entwicklung, in: H. Schulke (Hrsg.), Sport, Wissenschaft und Politik . . ., a.a.O.
[60]) Vgl. dazu H. Schulke, Die verschiedenen Gesichter Olympias, in: Ders. (Hrsg.), Die Zukunft der Olympischen Spiele, Köln 1976.

Bücher

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Außenpolitik der BRD

Hans-Gert Pöttering, Adenauers Sicherheitspolitik 1955—1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Droste Verlag, Düsseldorf 1975 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10), 240 S., 48,— DM. — In dieser methodisch konventionellen, im übrigen durchaus korrekten Studie über die militärpolitischen und strategischen Widersprüche in der NATO unter besonderer Berücksichtigung der Position der Bundesregierung wird wenig Neues präsentiert. Darstellungsweise und Philosophie des Autors lassen die Arbeit als gemäßigt antikommunistisch bis abgewogen erscheinen.

Boris Meissner (Hrsg.), Moskau Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1973 — Dokumentation, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1975 (Dokumente zur Außenpolitik, Bd. 3), 2 Bände, zus. 1694 S., 165,— DM. — Voluminös und detailliert, aber nur dem Spezialisten übersichtlich, bietet diese Dokumentation einen Riesenhaufen Material an, aus dem man sich alles Mögliche heraussuchen kann. Wie bei den meisten Dokumentationen ist auch hier das Dilemma, daß sie eigentlich nur für die brauchbar sind, die wissenschaftlich über das dokumentierte Thema arbeiten wollen.

Peter Langer, Die Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik gegenüber Ghana. Eine Fallstudie zur Überprüfung der neueren Imperialismus-Theorien, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975 (Heidelberger Politische Schriften, Bd. 8), 201 S., 42,— DM. — Der Autor kondensiert zu Beginn seiner Untersuchung verschiedene, sich auf Marx berufende Imperialis-

Medienkritik

DIE AUSGEWOGENE FOLGENLOSIGKEIT oder WIE KRITIK GEGEN KRITIK IMMUNISIEREN KANN

In der Sendung „Radikal" thematisierte die ARD am 22. April die Krise des Ausbildungssystems unter der Fragestellung: Macht die Schule die Kinder krank? Die Behandlung dieser Problemstellung in der Sendung ist wahrscheinlich symptomatisch für den Charakter der überwiegenden Zahl der im weitesten Sinne „informativen" Sendungen im Fernsehen.

Zunächst wurden ohne systematisierte und begründete Gewichtung allerlei Faktoren aufgezählt, die möglicherweise dazu beitragen, daß die Schule die Kinder krank macht: beklagt wurden die „übersteigerten Ansprüche" der Eltern, die folglich schuld seien; auch die Schule selbst sei Krisenverursacher aufgrund der von ihr erzeugten Streßpermanenz; schließlich wurde auch *die* Gesellschaft bedacht, deren Normen und Wertvorstellungen gerade angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine gewisse Rolle spielten.

Während der Diskussionsleiter engagiert versuchte, die Suche nach den „Krankheits-Verursachern" auf den schulischen Binnenbereich zu beschränken, verwies schließlich einer der Diskussionsteilnehmer darauf, daß sich im Ausbildungssystem nur die gesellschaftlichen Widersprüche widerspiegelten: durch das Lernen unter dem NC-Zwang sei *das Lernen selbst sinnlos* geworden und eine neue Art von Konkurrenz ins Spiel gekommen. Es gehe für die Schüler nur noch darum, bessere Noten als die anderen zu haben, egal, was der sachliche Inhalt des Lernens sei.

Man nahm's zunächst hin und wunderte sich dann ungebrochen weiter darüber, daß die Schule gerade heutzutage krank machen solle; das sei doch kaum so recht verständlich, wo doch die Lehrergeneration „viel humaner" als früher sei und es doch schon immer Zensuren gegeben habe. Vielleicht sei auch die Verlagerung der schulischen Arbeit von der „Menschheitsorientiertheit" zur reinen Wissensvermittlung schuld am Übel; aber andererseits müßte doch auch ganz natürlich das Lerntempo zunehmen, da der „Lernstoff" immens gewachsen sei. Schließlich sprachen auch noch zwei Schüler als „Betroffene". Sie behaupteten einhellig, daß es keine prinzipiellen Probleme des Schulsystems gebe; schlimmstenfalls seien Lehrer mal schlecht vorbereitet oder noch mit „zu viel Emotionen" behaftet.

Dieser Diskussionsabschnitt zeigte exemplarisch, auf welche Weise komplizierte gesellschaftliche Sachverhalte im durchschnittlichen gesellschaftlichen Bewußtsein „bewältigt" werden: durch *Personalisierung*, durch *Isolierung von Teilmomenten (Zusammenhangsblindheit)*, durch *Ignoranz gegenüber geschichtlichen Veränderungen* und — als Konsequenz daraus — durch ein totales Unvermögen, über die funktionalen Zwänge des Alltäglichen, schon Bestehenden hinaus sinnvolle Alternativen zu denken und auf die mit Mängeln behaftete Wirklichkeit zu beziehen. Folgerichtig verblieben Verbesserungsvorschläge auf der Ebene einer mehr oder weniger geschickteren Verwaltung des Mißstandes.

Die Versuche, diese unzulängliche Argumentationsebene zu verlassen und über Möglichkeiten einer Veränderung des Ausbildungs*systems* (Förderung statt Auslese) zu diskutieren, blieben hilflos in ihrer Allgemeinheit und Vorläufigkeit: man landete immer wieder an dem Punkt, daß doch spätestens beim Eintritt in den Beruf die als Krankmacher erkannten Normerfüllungen gefordert werden. — Bevor man hier systematisieren und weiterdenken konnte, war die Sendezeit um.

Als Resumee läßt sich festhalten, daß „informative" Sendungen dieser Art auf der Seite der Zuschauer nur entweder *Desorientierung* gegenüber dem thematisierten Sachverhalt erzeugen oder schon bestehende, rein konsumtive Dispositionen verstärken können. *Auf diese Weise verkommt Information zur seichten Unterhaltung!*

Vielleicht wird so verständlich, wieso Unterhaltungssendungen generell erheblich höhere Einschaltquoten erhalten als sog. Informationssendungen: als „Unterhaltung" bot die Sendung doch allzuwenig Würze.

Henning Walter

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Löhne und Gehälter im Jahre 1975

Die Entwicklung der Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik war 1975 in zweifacher Hinsicht durch die Erscheinungen der Krise gekennzeichnet: zum einen durch die rückläufige Zahl der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitsstunden und zum anderen durch die sinkenden Tarifabschlüsse, die in ihrer Tendenz durch die Effektiveinkommen verstärkt wurden. Am deutlichsten machten sich diese Erscheinungen in der Industrie bemerkbar, die den Kernbereich der krisenhaften Entwicklungen bildet. Im folgenden wird dieser Bereich im Mittelpunkt stehen.

Durchschnittliche Verdienste der Arbeiter in der Industrie

	Bruttostundenverdienste				Bruttowochenverdienste				Bezahlte Wochenstunden	
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer	Frauen
	in DM	In %[1]	In DM	In %[1]	In DM	In %[1]	In DM	In %[1]		
1972	7,92	+ 8,8	5,51	+ 9,5	346	+ 7,8	222	+ 9,4	43,7	40,2
1973	8,76	+10,6	6,16	+11,8	382	+10,4	248	+11,7	43,5	40,2
1974	9,68	+10,5	6,90	+12,0	412	+ 7,9	273	+10,1	42,6	39,6
1975	10,40	+ 7,4	7,52	+ 9,0	430	+ 4,4	289	+ 5,9	41,2	38,3

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 4/1976, S. 264.
[1]) % gegenüber dem Vorjahr.

Da die Zahl der Arbeitsstunden bei den Angestellten nicht so stark verändert werden kann, stieg das Monatseinkommen der Angestellten insgesamt auch 1975 noch etwas stärker als das Einkommen der Arbeiter.

Durchschnittliche Bruttomonatseinkommen der Angestellten[2])

	Männer		Frauen	
	In DM	In %[1]	In DM	In %[1]
1972	1 857	+ 9,0	1 137	+10,5
1973	2 062	+11,0	1 280	+12,6
1974	2 290	+11,1	1 441	+12,6
1975	2 468	+ 7,8	1 570	+ 9,0

Quelle: Ebd.
[1]) In % gegenüber Vorjahr.
[2]) In Industrie, Handel, Banken, Versicherungen.

Seit 1974 ist die Einkommensentwicklung durch eine negative Lohndrift gekennzeichnet: die Effektivverdienste steigen langsamer als die Tarifverdienste, eine Entwicklung, die auch durch den Abbau von Überstunden hervorgerufen wurde. Allerdings darf das Gewicht der entfallenden Überstundenvergütungen nicht überschätzt werden: die Zahl der durchschnittlich geleisteten wöchentlichen Mehrarbeitsstunden verminderte sich 1975 bei den männlichen Arbeitern von 3,0 auf 2,3 und bei den Arbeiterinnen von 0,8 auf 0,5 Stunden. Angesichts der Arbeitsmarktlage ist dieser Rückgang auffallend gering. Offensichtlich war die Zahlung von Überstundenzulagen für viele Unternehmen immer noch profitabler als die Einstellung neuer Arbeitskräfte, die möglicherweise erst entsprechend ausgebildet werden mußten. Gesamtgesellschaftlich ist dieses Verfahren natürlich eine riesige Vergeudung von Produktivkräften: Arbeitskräfte bleiben unbeschäftigt und müssen durch Arbeitslosenunterstützungen erhalten werden, während an anderer Stelle Beschäftigte weit über die normale Arbeitszeit hinaus beansprucht werden. Eine vernünftige Beschäftigungspolitik, die zudem Kosten spart, würde wahrscheinlich besser daran tun, die Unternehmen direkt mit den Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu belasten, statt ihnen Prämien für die Einstellung von Arbeitslosen zu gewähren. Denn dann wäre es unter Umständen profitabler, neue Kräfte einzustellen, unter Inkaufnahme von Umschulungskosten, statt Überstundenarbeit leisten zu lassen.

Nach einer überschlägigen Berechnung würde der Abbau der Überstundenarbeit um durchschnittlich eine Stunde in der Industrie rechnerisch an die 200 000 Arbeitsplätze neu schaffen — vorausgesetzt, die verringerte Arbeitszeit wird nicht durch vergrößerte Arbeitsintensität wieder ausgeglichen.

Veränderung der Tarif- und Effektiveinkommen in % [1]

	Arbeiter in der Industrie [2]				*Angestellte in Industrie und Handel* [3]			
	Männer		*Frauen*		*Männer*		*Frauen*	
	Tarif	*Effektiv*	*Tarif*	*Effektiv*	*Tarif*	*Effektiv*	*Tarif*	*Effektiv*
1972	+ 8,7	+ 8,7	+ 8,9	+ 9,6	+ 8,9	+ 8,5	+ 9,5	+ 9,6
1973	+ 9,1	+10,4	+11,3	+11,2	+ 9,7	+ 9,9	+10,2	+10,8
1974	+11,6	+10,0	+12,9	+11,4	+11,6	+10,0	+11,8	+11,0
1975	+ 8,8	+ 7,6	+10,0	+ 9,5	+ 8,9	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,0

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 4/1976, S. 263.
1) Kleinere Differenzen zu den Zahlen der anderen Tabellen sind auf unterschiedliche Abgrenzungsmethoden zurückzuführen.
2) Stundenlöhne.
3) Monatsgehälter.

Der Unterschied zwischen Tarif- und Effektiveinkommen ist in erster Linie auf die Veränderung im übertariflichen Bereich zurückzuführen. Der Ermessensspielraum der einzelnen Unternehmen führt also zu ganz erheblichen Abweichungen vom tariflichen Entwicklungstempo der Löhne und Gehälter.

War noch in den 60er Jahren viel von „Produktivitätsorientierter Lohnpolitik" die Rede, so ist die Entwicklung der Reallöhne in der Industrie in den letzten Jahren durchweg langsamer verlaufen als die Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

Arbeitsproduktivität in der Industrie in %

	Je Beschäftigten	*Je Beschäftigtenstunde*	*Je Arbeiter*	*Je Arbeiterstunde*	*Veränderung der Lebenshaltungskosten*
1972	+ 6,1	+ 6,8	+ 7,2	+ 8,0	+ 5,3
1973	+ 6,3	+ 6,5	+ 7,0	+ 7,1	+ 6,8
1974	+ 1,0	+ 3,4	+ 2,0	+ 4,6	+ 6,9
1975	— 0,3	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,4	+ 6,1

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 2/1975 und 4/1976.

EinVergleich von Arbeitereinkommen und Produktionsergebnis je Arbeiter bzw. je Arbeiterstunde würde dadurch etwas verzerrt, daß der Wandel der Beschäftigtenstruktur, der wachsende Anteil der Angestellten, die Produktivitätsentwicklung der Arbeiter überzeichnet.

Adäquat ist eher ein Vergleich zwischen der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtenstunde und dem Einkommenszuwachs je Arbeiterstunde bzw. der Monatsgehälter. Vor allem in den Jahren 1972 und 1973 entwickelte sich dann die Arbeitsproduktivität wesentlich rascher als die Reallöhne, aber auch 1974 und 1975 stieg die Produktivität im Durchschnitt noch langsamer als die Arbeitseinkommen.

Erhebliche Schwierigkeiten tauchen auf, wenn die Frage beantwortet werden soll, wie sich die Realeinkommen entwickelt haben. Die Durchschnittseinkommen der Beschäftigten der Industrie dürften 1975 gesunken sein. Die Industriearbeiter haben 1975 real rund 2 % weniger verdient als 1974, wobei dieser Rückgang vor allem auf die geringere Arbeitszeit zurückzuführen ist. Da sich infolge der Steuerreform die Brutto- und Nettoeinkommen in etwa parallel entwickelt haben, gilt das auch für die Nettolöhne.

Die Schwankungsbreite der Lohnerhöhungen ist dabei beträchtlich, die Differenz zwischen den Einkommen in den einzelnen Industriezweigen wächst absolut und relativ. Der durchschnittliche Stundenverdienst in der Mineralölverarbeitung war 1975 mit 12,89 DM um 52 % höher als in der Schuhindustrie mit 8,50. 1973 noch machte diese Differenz „nur" 42 % aus.

Die Steigerungsraten der Stundenlöhne lagen 1975 zwischen + 14,2 % im Braunkohlenbergbau und + 6,1 % in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie. Der Druckerstreik war wohl auch eine Reaktion auf die unterdurchschnittliche Lohnentwicklung im Vorjahr.

Noch größer ist die Differenz bei den durchschnittlichen Wochenverdiensten. Der Arbeiter im Braunkohlebergbau konnte 1975 immerhin 13 % mehr verdienen als im Vorjahr. Der Arbeiter der Chemiefaserindustrie dagegen brachte 5 % weniger nach Hause. Diese Differenz dürfte allerdings durch die Zahlung von Kurzarbeitergeld etwas verringert worden sein.

Die Frage nach der Entwicklung der Realeinkommen der Arbeiterklasse in der Krise ist jedoch mit einer Untersuchung der Einkommen der Beschäftigten nicht ausreichend zu beantworten. Denn dabei wird nicht berücksichtigt, daß nicht nur Stundenlöhne und Arbeitszeiten, sondern auch der Umfang der Arbeitslosigkeit die Einkommenslage beeinflußt.

Mangels ausreichender statistischer Unterlagen wird hier nur der Versuch unternommen, diese Frage für die Gesamtheit der Lohnabhängigen, also nicht nur der Industriearbeiter, zu beantworten.

Dabei wird die Summe der Nettoeinkommen um die Summe der Arbeitslosenunterstützungen vergrößert, die Zahl der Beschäftigten um die der Arbeitslosen.

	Nettoeinkommen [1])	*Lohnabhängige*	*Einkommen je Lohnabhängigen*	*Zunahme in %*
1974	*347,2 Mrd.*	*22 735*	*15 272 DM*	—
1975	*366,2 Mrd.*	*22 495*	*16 279 DM*	*+ 6,6*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 4/1976.
1) Einschließlich Kurzarbeitergeld, Arbeitslosenhilfe und Leistungserstattungen an Krankenkassen.

Die so berechneten Durchschnittseinkommen erhöhten sich 1975 also etwas langsamer als die Durchschnittseinkommen je Beschäftigten, die um 7 % zunahmen. Trotzdem bleibt noch ein geringer Zuwachs der Realeinkommen, der noch etwas höher ausfällt, wenn die Kindergeldzahlungen hinzugezogen werden. Es ist jedoch wegen der fehlenden statistischen Daten nicht genau zu berechnen, welcher Teil der Kindergeldzahlungen nun den „abhängig Beschäftigten" zugute kam. Auf der anderen Seite enthalten die ausgewiesenen Unterstützungszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit auch die Krankenkassenbeiträge der Arbeitslosen, die bei den Nettoeinkommen der Beschäftigten schon abgesetzt sind. Dadurch dürfte die Einkommensentwicklung etwas überzeichnet werden. Wichtiger aber sind andere Einschränkungen, die bei diesen Berechnungen gemacht werden müssen.

Schon die starke Veränderung der Zahl der Lohnabhängigen — einschließlich der registrierten Arbeitslosen — macht deutlich, daß der Rückgang krisenbedingt sein muß. Eine erhebliche Zahl von Arbeitslosen wird statistisch nicht ausgewiesen. So verschlechtert sich z. B. die Lebenslage einer Arbeiterfamilie ganz beträchtlich, wenn die Ehefrau arbeitslos wird und dann unter bestimmten Bedingungen statistisch nicht mehr als arbeitssuchend registriert ist. Das wird aber bei der oben durchgeführten Berechnung nicht berücksichtigt. Auf der anderen Seite führt Arbeitslosigkeit in einer erheblichen Zahl von Fällen auch zu staatlichen Einkommensübertragungen, die nicht durch die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit laufen. Dazu zählen die Gelder der Sozialhilfe und die der Rentenversicherungen. Alle diese Faktoren sind zahlenmäßig aber nicht zu erfassen — es fehlen hier die statistischen Untersuchungen.

Neben die Problematik, die sich aus den Berechnungen des Umfangs der Zahlungen und der Zahl der Empfänger ergibt, tritt das Problem einer korrekten Berechnung der Lebenshaltungskosten. Der Index, der hier verwendet wird (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen) ist nur eine Hilfsgröße. Vor allem wächst die Belastung durch Preissteigerungen, wenn sich das Einkommen infolge Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit drastisch vermindert.

Eine korrekte Antwort auf die Frage nach der Entwicklung der Realeinkommen der Lohnabhängigen kann auf der Grundlage der vorhandenen statistischen Unterlagen also nicht gegeben werden. Zusammenfassend seien aber zum Schluß noch einmal die prozentualen Steigerungsraten der Einkommen (1975) angegeben, die in der Lohndiskussion eine Rolle spielen können:

Steigerungsraten der Einkommen 1975

Summe der Bruttolöhne und -gehälter:	*+ 3,5 %*
Summe der Nettolöhne und -gehälter:	*+ 3,2 %*
Löhne und Gehälter je Beschäftigten:	*+ 7,0 %*
Einkommen je Lohnabhängigen:	*+ 6,6 %*
Tariflohn und -gehaltsniveau auf Stundenbasis:	*+ 9,2 %*
Bruttowochenverdienst der Industriearbeiter:	*+ 4,4 %*

1976 wird sich die Entwicklung der Löhne und Gehälter trotz einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit weiter verlangsamen. Die Unternehmer versuchen, die zunächst krisenbedingte Verlangsamung der Einkommensentwicklung der Arbeiter und Angestellten in die Zukunft zu verlängern. Dr. Sohl, der Präsident des BDI, machte auf dem „Konjunkturforum" des „Handelsblatts" anläßlich der Industriemesse in Hannover diese Absicht deutlich: „Das Thema der Löhne dürfe nicht nur für 1976, sondern müsse für einen längeren Zeitraum in Verbindung mit tariflicher Vermögensbildung gelöst werden" („Handelsblatt" v. 6. 5. 1976).

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Beziehungen Sowjetunion — Bundesrepulik Deutschland vom 22. Mai 1976

(Wortlaut)

Es fällt auf, daß von bestimmten Kreisen in der BRD, die sich bis heute von den Dogmen des Kalten Krieges leiten lassen und nach wie vor mit der Realität uneins sind, Versuche unternommen werden, das Gute zunichte zu machen, das in der letzten Zeit in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen getan wurde, wobei die Außenpolitik der Sowjetunion rücksichtslos verfälscht wird und Märchen verschiedener Art über deren Ziele und Absichten ausgestreut werden. Im Zusammenhang damit macht es sich notwendig, die ganze Absurdität der die Sowjetunion und ihre Politik betreffenden Behauptungen zu zeigen und erneut die prinzipielle Linie der Sowjetunion in den internationalen Angelegenheiten und so auch in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu erläutern.

Der XXV. Parteitag der KPdSU hat bestätigt, daß das Hauptsächliche in der Politik der UdSSR gegenüber den kapitalistischen Staaten der Kampf für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, für dauerhaften Frieden und für die Minderung und — in der Perspektive — Bannung der Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt. Dementsprechend wurden auch die Hauptrichtungen der Tätigkeit der Partei und des Staates auf diesem Gebiet festgelegt, die all das Positive organisch fortführen und weiterentwickeln, was in Sachen Entspannung in den letzten fünf Jahren erreicht worden ist.

Das von der KPdSU unterbreitete Friedensprogramm ist ein realistisches Programm zur Lösung herangereifter Aufgaben der Gegenwart im Interesse der Sicherheit der Völker und des Fortschritts der Menschheit. Die Gesundung der internationalen Lage wird von den objektiven Erfordernissen unserer Zeit diktiert. Die Aufgaben, die in diesem Zusammenhang entstehen, lösen sich jedoch auch in der Zukunft nicht von selbst. Den Regierungen, Parteien und Politikern, die es nicht nur in Worten, sondern auch tatsächlich für notwendig halten, das Fundament des Friedens zu festigen, stellt sich die internationale Reaktion entgegen, deren Handlungen und Absichten von Wettrüsten, Kriegsabenteuern und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Völker nicht zu trennen sind.

Die Sowjetunion ist gewillt, geduldig und konsequent immer neue Wege zur Entwicklung friedlicher und beiderseitig vorteilhafter Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu suchen und strittige Fragen am Verhandlungstisch zu regeln. In diesem Sinne behandelte sie bisher die Angelegenheiten auch mit der Bundesrepublik Deutschland und wird sie sie auch in der Zukunft behandeln.

1. Bekanntlich wurde auf der Basis des Moskauer Vertrags von 1970 eine ernsthafte Wende in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland vollzogen. Diese Beziehungen gelangten in normale Bahnen und dabei auf der einzig möglichen Grundlage — der des Verzichts auf jeden Anspruch, die bestehenden europäischen Grenzen aufzubrechen.

Der Nutzen dieser Entwicklung sowohl für die beiden Seiten als auch für Europa als Ganzes ist offensichtlich. Deshalb zieht heute nicht eine der großen politischen Parteien die Notwendigkeit für die BRD, normale Beziehungen mit ihren Nachbarn im Osten zu haben, grundsätzlich in Zweifel.

Bestimmte Kreise unterlassen nicht ihre Versuche, Diskussionen über Sinn und Ziele der „Ostpolitik" der BRD, über das Herangehen an Entspannungsprobleme, an die Kernfragen der heutigen internationalen Entwicklung aufzuzwingen. Die Scheidelinie in den Auffassungen fällt hier nicht immer und nicht in allem mit den Grenzlinien zwischen den politischen Parteien zusammen.

2. Politiker in der BRD, denen nüchternes Betrachten der Dinge fremd ist, möchten gern beweisen, daß die NATO-Staaten in den Angelegenheiten der Sowjetunion Weichlichkeit zeigen, weshalb sich die Entspannung angeblich nur für die sozialistischen Staaten als vorteilhaft erweise. Zu diesem Zweck werden die in der praktischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West bereits erreichten Ergebnisse vorsätzlich bagatellisiert und die Schwierigkeiten als unüberwindbar dargestellt.

Es wird halsstarrig und penetrant behauptet, die Sowjetunion nutze die Entspannung zur Forcierung ihrer Rüstung und schaffe zusätzliche Gefahren für Westeuropa. Die Ereignisse in Portugal, Griechenland und Angola sowie jeder Erfolg der nationalen Befreiungsbewegung werden als Vorwand genommen, um die Außenpolitik der UdSSR des „Expansionismus", des „ideologischen Kolonialismus" und der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten zu beschuldigen. Von der Sowjetunion und ihren Verbündeten wird verlangt, daß sie zum Beweis ihrer Friedensliebe ideologisch abrüsten und gelassen zusehen sollen, wie die imperialistische Reaktion die Bewegung der Völker für Freiheit und sozialen Fortschritt unterdrückt. Manch einem erscheint auch das noch als zuwenig. Es gibt auch solche, die der Sowjetunion liebend gern eine Lebensweise und eine Ordnung aufzwingen möchten, die mit den Normen der sozialistischen Gesetzlichkeit und Demokratie unvereinbar sind.

3. Der Sinn der Aktivitäten der westdeutschen Gegner einer Normalisierung der internationalen Lage, die mit Gleichgesinnten in den USA und in anderen kapitalistischen Ländern konform gehen, ist klar: Die Entspannung zunichte zu machen und, wenn es gelingt, die Entwicklung umzukehren. Es ist bei weitem kein Zufall, daß Zweifel an den Absichten und am guten Willen der Sowjetunion und an ihrer Treue zur Sache der Verständigung zwischen den Völkern vor allem die zu säen suchen, die von ihren revanchistischen Ansichten noch nicht abgegangen sind.

Gerade diejenigen in der BRD, die sich am meisten über die angebliche Einmischung der sozialistischen Länder in die Angelegenheiten anderer Staaten verbreiten, praktizie-

ren täglich Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und behaupten überdies zynisch, sie erfüllten auf diese Weise eine „nationale Pflicht". Die Beschuldigungen, die Sowjetunion treffe militärische Vorkehrungen, die „über den Rahmen ihrer Verteidigungserfordernisse hinausgehen", werden am häufigsten von den Politikern in der BRD in Umlauf gesetzt, die eng mit den Rüstungskonzernen liiert sind und besonders eifrig eine Vergrößerung des Militärbudgets, die Intensivierung der militaristischen Aktivität des NATO-Blocks und die westeuropäische militärische Integration verfechten.

4. Die Sowjetunion ist ein friedlicher Staat, und sie denkt nicht daran, irgend jemanden zu überfallen. Die KPdSU und die Sowjetregierung orientieren die sowjetischen Menschen auf schöpferische Arbeit, auf Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern und Staaten. Das, was die UdSSR zum Schutz ihrer Sicherheit und gemäß den militärischen Verpflichtungen ihren Verbündeten gegenüber unternimmt, ist notwendig in einer Situation, da die andere Seite das Wettrüsten betreibt und auf Abrüstung zielende Vorschläge zurückweist. Läge es nur an der Sowjetunion, wären Verhandlungen über alle Aspekte des Abrüstungsproblems schon längst mit konkreten Beschlüssen zu Ende gegangen. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des Prinzips der gleichen Sicherheit für jedes Teilnehmerland ist die UdSSR auch zu den radikalsten Entscheidungen auf diesem Gebiet bereit. Ihre entsprechenden Vorschläge sind gut bekannt. Sie sind weiterhin in Kraft.

5. Die Verfälschung von Tatsachen wie auch andere Tricks der Entspannungsgegner sind nicht in der Lage, die Erfahrungen der Nachkriegsjahre zu tilgen, und diese besagen eindeutig, daß die internationale Sicherheit unter den Bedingungen politischer und militärischer Konfrontation nicht zuverlässig gewährleistet werden kann. All diese Erfahrungen lehren, daß gerade die Politik der friedlichen Koexistenz, wie Lenin sagte, der einzig richtige Ausweg aus den Beschwerlichkeiten, dem Chaos und der Gefahr eines Krieges ist. Das ist eine zutiefst humane, den Lebensinteressen aller Staaten und aller Völker entsprechende Politik.

Entspannung bedeutet nicht Einfrieren der objektiven Prozesse der historischen Entwicklung und kann es auch nicht bedeuten. Sie ist kein Freibrief für morsche Regime und auch nicht zur Unterdrückung des gerechten Kampfes der Völker für ihre nationale Befreiung. Mit ihr entfällt nicht die Notwendigkeit sozialer Umgestaltungen. Aber diese Frage entscheidet das Volk in jedem Land selbst. Es wäre auch ein Irrtum anzunehmen, eine Minderung der Spannung müßte mit einseitigen Zugeständnissen der sozialistischen Länder bezahlt werden und durch die Entspannung könnten die reaktionären imperialistischen Kreise alles erreichen, was ihnen in den Zeiten des Kalten Krieges nicht gelungen ist.

Der Sinn der Entspannung besteht vor allem darin, die Anwendung oder Androhung von Gewalt bei Streitigkeiten und Konflikten zwischen den Staaten auszuschließen. Ziel der Entspannung ist es, die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu bannen und den Völkern die Möglichkeit zu geben, ohne Angst in die Zukunft zu blicken. Eine unerläßliche Vorbedingung der Entspannung ist die strikte Respektierung des Prinzips der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und die Achtung ihrer Unabhängigkeit und ihrer Souveränität.

Die Entspannungspolitik wird heute Gemeingut eines immer größeren Kreises von Staaten, was in den Beschlüssen der gesamteuropäischen Konferenz seinen konzentrierten Ausdruck gefunden hat. Diese Beschlüsse geben die Möglichkeit, die internationalen Beziehungen in Europa neu zu gestalten. Sie eröffnen neue Horizonte für die Völker Europas. Und ist es denn nicht auch der Wille der Völker, der in der Resolution der UNO-Vollversammlung von 1972 zum Ausdruck kommt, die den feierlichen Verzicht der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder dieser Organisation auf Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen bei gleichzeitigem immerwährendem Verbot der Kernwaffen proklamiert?

Die Sowjetunion war und bleibt den hohen Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen mit allen Staaten treu. Darauf können sich alle fest verlassen, die sich auf eine friedliche Zukunft Europas orientieren, die für zuverlässige Sicherheit und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den Völkern wirken.

6. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein großer internationaler Partner der Sowjetunion. Die letzten Jahre sind von wesentlichen Erfolgen in verschiedenen Bereichen der sowjetisch-westdeutschen Zusammenarbeit geprägt, obwohl man auch die Augen vor den ungelösten Problemen und den bestehenden Schwierigkeiten nicht verschließen darf.

Der Sowjetunion stellen sich die Veränderungen im gesamten Klima der Beziehungen zwischen beiden Ländern als von prinzipieller Wichtigkeit dar. Dank beiderseitiger Bemühungen weichen Entfremdung und Mißtrauen schrittweise dem Erfordernis, in Fragen, die von gemeinsamen Interessen sind, eine gemeinsame Sprache zu suchen und zu finden. Eine außerordentlich große Rolle spielen in diesem Prozeß die Gipfeltreffen. Die Verhandlungen Leonid Breschnews mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Walter Scheel wie auch andere Kontakte auf staatlicher Ebene erlauben es, die aktuellsten Fragen der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen im Auge zu behalten, Fortschritte bei der Gestaltung dieser Beziehungen zu erreichen und die Zusammenarbeit auf eine qualitativ höhere Stufe zu heben.

Die Existenz einer stabilen politischen Basis in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD trägt zur steten Entwicklung ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen bei. Die Steigerung des sowjetisch-westdeutschen Außenhandelsumsatzes auf das Fünffache in fünf Jahren spricht für sich. Die Zusammenarbeit in Chemie und Metallurgie, bei der Gewinnung von Bodenschätzen, in der Energiewirtschaft und in anderen Zweigen der Volkswirtschaft wird ausgebaut. Bemerkenswert ist nicht nur das Ausmaß dieser Vorhaben, sondern auch die Tatsache, daß sie auf lange Sicht geplant sind. Die 1975 erreichte Marke von 2,7 Milliarden Rubel in unserem Wirtschaftsaustausch ist bei weitem nicht die oberste Grenze. Diese Zahl kann beträchtlich übertroffen und schon in den nächsten Jahren sogar verdoppelt werden. Eine derartige Entwicklung bringt den Völkern unmittelbare Vorteile und festigt die materielle Grundlage des Friedens.

All das wäre vor fünf bis sieben Jahren einfach undenkbar gewesen. Das sollte man den Kritikern der Ostpolitik der BRD ins Gedächtnis rufen, die so gern davon reden, daß auf diesem oder jenem Gebiet etwas noch nicht getan ist, aber kein Wort darüber verlieren, daß die früheren BRD-Regierungen die Beziehungen ihres Landes zu einer Hälfte Europas überhaupt nicht in die Bahnen einer konstruktiven Zusammenarbeit zu lenken vermochten oder dies vielleicht auch gar nicht wollten.

7. Der Moskauer Vertrag ist nicht nur als historischer Markstein in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen gewichtig. Nach ihm wurden die Verträge der BRD mit der Volksrepublik Polen, der DDR und der CSSR ausgearbeitet, wurden diplomatische Beziehungen zwischen der BRD und den anderen sozialistischen Ländern hergestellt. Ebenso wie bei der Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion war auch hier der Ausgangspunkt die Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, der Gewaltverzicht und die Aufgabe der unrealistischen, vom Geist der Revanche durchdrungenen Zielsetzungen der früheren Jahre.

Die Bereitschaft, ihre Politik entsprechend den in der Welt entstandenen Bedingungen zu gestalten, ermöglichte es der Bundesrepublik Deutschland, den ihr gebührenden Platz im System der internationalen Beziehungen einzunehmen. Ihr öffnete sich der Weg in die Organisation der Vereinten Nationen. Dadurch, daß die BRD den Entspannungskurs in Europa unterstützte, wandte sie die Gefahr der internationalen Isolierung von sich ab.

8. Ein großes Ereignis im Leben Nachkriegseuropas war der Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Westberlin. Es ist kein Geheimnis, daß es zur Ausarbeitung dieses Abkommens großer Mühe und Beharrlichkeit aller Beteiligten bedurfte. Schließlich gelang es, einen Interessenausgleich zu finden, der es ermöglicht, die Spannung in diesem Gebiet abzubauen und zu erreichen, daß Westberlin aus einer Quelle von Streitigkeiten und Konflikten zu einem konstruktiven Element des Friedens wurde.

Das Vierseitige Abkommen orientiert in seinem Grundanliegen auf normale, gutnachbarliche Beziehungen der BRD zur Sowjetunion, zur DDR und zu den anderen sozialistischen Ländern. Es kann lediglich in einem solchen Kontext, und nur in einem solchen, erfolgreich funktionieren.

Das sollten wiederum diejenigen Politiker nicht vergessen, die dazu aufrufen, das Vierseitige Abkommen „Zerreißproben" zu unterziehen, und die weiterhin Westberlin als

ein geeignetes Instrument betrachten, um zu den politischen Kriterien und Zielsetzungen der vergangenen Jahre zurückzukehren.

9. Diejenigen, die gegenwärtig die Perspektiven der friedlichen Zusammenarbeit in Europa in Zweifel zu stellen suchen, die das Wettrüsten antreiben und „Härte" in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern fordern, die Geist und Buchstaben der Verträge der BRD mit den sozialistischen Ländern schamlos entstellen und nationalistische, revanchistische Konzeptionen wieder heraufbeschwören, sollten offen sagen, welche Alternativen sie den Völkern Europas und ihrem eigenen Volke vorschlagen und wie sie sich die Zukunft der BRD denken.

Nicht zufällig weichen die Entspannungsgegner in der BRD einer Antwort auf derartige Fragen aus, da die Ideen der friedlichen Koexistenz zu tief verwurzelt sind, als daß man offen gegen sie Sturm laufen könnte. Ihre Taktik läuft in erster Linie darauf hinaus, künstlich die internationale Lage zu komplizieren, Hindernisse für die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten zu schaffen und jedwede auftretenden Schwierigkeiten auszunutzen, um zu beweisen, daß die Entspannungspolitik in eine Sackgasse führe.

10. Es wird noch viel getan werden müssen, um den Prozeß der Minderung der internationalen Spannung unumkehrbar zu machen und ihm den notwendigen Schwung zu verleihen. Was die Sowjetunion betrifft, so beabsichtigt sie, wie vom XXV. Parteitag der KPdSU erklärt wurde, auch künftig konsequent den Kurs auf die Entwicklung der Beziehungen langfristiger Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur fortzusetzen. Bei der Verwirklichung dieser Politik ist die Sowjetunion bereit, mit all jenen Kräften in der BRD zusammenzuwirken, die eine derartige Einstellung teilen und von gleichen Positionen ausgehen.

11. Gestützt auf die bisherigen Ergebnisse, können unsere Länder beim weiteren Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit in Politik, Handel, Wirtschaft und in anderen Bereichen viel erreichen. Dazu würde beitragen die Praxis der politischen Konsultationen voranzutreiben, die vertragliche Basis unserer Beziehungen zu stärken und den Austausch auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, des Tourismus und des Sports sowie den Jugendaustausch konsequent zu entwickeln. Ein weites Feld für gemeinsame Anstrengungen bieten nach wie vor Wirtschaft und Handel, wo die Nutzung beiderseitiger Erfahrungen und die gegenseitige Ergänzung der Ressourcen beider Länder Vorteile brachte und weiter bringen wird.

Umfangreiche Möglichkeiten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD gibt es auch auf dem internationalen Schauplatz. Dabei handelt es sich auch um die Bereinigung der Anstrengungen beider Länder bei der Verwirklichung großer Projekte von gesamteuropäischer Bedeutung, sei es die Energiewirtschaft, der Umweltschutz oder das Verkehrswesen. Es geht auch darum, daß die Frage der Abrüstung und der Begrenzung des Wettrüstens — eine der akutesten Fragen der Gegenwart — zu einem wichtigen Bereich des Zusammenwirkens werden soll. In diesem Zusammenhang sei auf die Bedeutung hingewiesen, die Fortschritte bei den Verhandlungen über eine Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa haben. Die UdSSR und die BRD können und müssen gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten der Verhandlungen darauf hinwirken, daß unter Wahrung des Prinzips der gleichen Sicherheit aller Seiten die Sache der militärischen Entspannung in Europa im Interesse aller europäischen Völker zum Wohl des Weltfriedens vorangebracht wird.

12. Der dauerhafte Friede muß zur natürlichen Lebensform aller Völker Europas werden, unterstrich der Generalsekretär des ZK der KPdSU L. I. Breschnew. Dafür setzen sich Hunderte Millionen Europäer ein. Heute wie gestern steht das Volk der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie das jedes anderen Staates in Europa vor der Kardinalfrage: Worauf wird es seine Tatkraft lenken, wo wird es seinen Einfluß einsetzen — wird es ihn auf die Waagschale des Friedens oder des Krieges legen? Kein vernünftiger Mensch und erst recht kein Staatsmann, der an der Ausarbeitung der Außenpolitik beteiligt ist, kann sich dieser Frage entziehen.

Die Zukunft und das Schicksal der BRD sind untrennbar mit der Entwicklung in Europa, und zwar mit einer friedlichen Entwicklung, verbunden.

Auszüge aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, auf dem IX. Parteitag der SED vom 18. bis 22. Mai 1976 in Berlin

Vom 18.—21. Mai 1976 fand in Berlin der IX. Parteitag der SED statt. An ihm nahmen 2500 Delegierte und 103 Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien aus 92 Ländern teil, darunter Delegationen der französischen, italienischen, belgischen, niederländischen und japanischen sozialistischen Partei sowie Delegationen aus Angola und Moçambique.

Der Parteitag verabschiedete ein neues Parteiprogramm und Parteistatut sowie die „Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR", die bis 1980 eine Steigerung des Nationaleinkommens um 27 bis 30 %, eine Verdoppelung der Investitionen für Sozialleistungen und das Gesundheitswesen sowie den Bau von 750 000 neuen Wohnungen vorsieht. Angekündigt wurden ein neues lohn- und sozialpolitisches Stufenprogramm, das u. a. spürbare Rentenerhöhungen, eine Verlängerung des Erholungsurlaubs sowie den schrittweisen Übergang zur 40-Stunden-Woche vorsieht. Im nachfolgenden dokumentieren wir wesentliche Auszüge des international beachteten außenpolitischen, auch die Bundesrepublik Deutschland betreffenden, Teils des Berichts des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker. D. Red.

...

Unser Parteitag findet in einer bewegten Zeit statt. Jeder spürt, daß sich ein revolutionärer Prozeß von geschichtlichem Ausmaß vollzieht. Alle Kontinente und alle Regionen unserer Erde sind heute von jener Bewegung erfaßt, die auf die Erneuerung der Welt im Zeichen des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts gerichtet ist. Die entscheidende Triebkraft dafür ist die tiefgreifende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus. Die Stärke des sozialistischen Weltsystems, seine Stabilität und Dynamik bestimmen in engem Zusammenwirken mit den anderen revolutionären Hauptströmen der Gegenwart, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, immer mehr den Gang der Dinge in der Welt. Obwohl der Imperialismus ein gefährlicher Gegner bleibt, bestätigt die Entwicklung, daß er seine einstmals beherrschende Stellung im Weltgeschehen für immer verloren hat.

Jeder vermag zu erkennen: Unter dem machtvollen Einfluß des vom XXIV. Parteitag der KPdSU ausgearbeiteten Friedensprogramms, im Ergebnis der fruchtbaren Tätigkeit des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und seines Generalsekretärs, Leonid Iljitsch Breschnew, erstarkte die Position des Weltsozialismus, festigte sich die Einheit der Bruderländer der sozialistischen Gemeinschaft, der kommunistischen und Arbeiterbewegung, aller revolutionären Kräfte der Gegenwart. Gestützt auf das feste politische, ökonomische und militärische Fundament der um die Sowjetunion zusammengeschlossenen sozialistischen Bruderländer, hat unsere gemeinsame Außenpolitik in den verflossenen fünf Jahren Erfolge von historischer Tragweite erzielt. Unsere konsequente Friedens- und Sicherheitspolitik wirkte mobilisierend auf die Völker und hat eine Wende vom Kalten Krieg zur internationalen Entspannung eingeleitet, die in Europa am weitesten vorangeschritten ist.

Die Deutsche Demokratische Republik leistete ihren konstruktiven Beitrag zur Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Das Zentralkomitee hat dieser Aufgabe stets die erforderliche Beachtung gewidmet und beharrlich und zielbewußt an ihrer Lösung gearbeitet. Heute können wir feststellen: Das vom VIII. Parteitag angenommene Friedenskonzept wurde in allen seinen Punkten erfüllt. Unwiderruflich ist die imperialistische Blockade gegen unseren Staat zusammengebrochen. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik ist weltweit anerkannt. Gleichberechtigt arbeitet die DDR in der UNO und in anderen internationalen Organisationen mit und unterhält gegenwärtig zu 121 Staaten diplomatische Beziehungen. Das ist ein Erfolg des Weltsozialismus, ein Ergebnis auch der großen internationalen solidarischen Unterstützung, die unserem Staat der Arbeiter und Bauern zuteil wurde ...

Das sichere Fundament unseres Voranschreitens beim sozialistischen Aufbau und unseres internationalen Wirkens ist und bleibt unser unzerstörbarer Bruderbund mit der Sowjetunion, die feste Verankerung unserer Republik in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten. Unser sozialistisches Bündnis ist von völlig neuem Typ. Es beruht auf gleichartigen sozialökonomischen und politischen Grundlagen, auf der einheitlichen marxistisch-leninistischen Ideologie, auf der Gemeinsamkeit der kommunistischen Ziele, auf dem proletarischen Internationalismus ...

Trotz aller Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der internationalen Lage ist die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu einem bedeutenden Faktor in den internationalen Beziehungen geworden. Es ist erfreulich, daß dank des unermüdlichen Kampfes der Völker, voran der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die Entspannung zur Haupttendenz der internationalen Entwicklung wurde. Das ist das Ergebnis harten Ringens mit jenen noch immer mächtigen Kräften des Imperialismus, die auf den Positionen des Kalten Krieges verharren.

Unsere Haltung ist klar und wird von prinzipiellen Positionen bestimmt:

— Weil wir uns von den Grundinteressen des Sozialismus und Kommunismus leiten lassen, ist unser konsequentes Eintreten für die Politik der friedlichen Koexistenz nicht taktischer Natur. Die Menschheit braucht den Frieden. Darum setzen wir uns mit aller Energie für die Festigung des Friedens ein.

— Mit der von Lenin konzipierten Politik der friedlichen Koexistenz geben wir Kommunisten eine konstruktive Antwort auf die Frage nach dem Charakter der Beziehungen zwischen den auf unserer Erde existierenden Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Unsere Antwort lautet: Bei Anerkennung der völkerrechtlichen Prinzipien der Unantastbarkeit der Grenzen, der Souveränität und territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten können und sollen es normale Beziehungen, Beziehungen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil sein.

— Mit dieser Politik der friedlichen Koexistenz tragen wir dem Lebensinteresse aller Völker nach gesichertem Frieden, nach Verhinderung eines verheerenden Nuklearkrieges Rechnung. Darin äußert sich der tiefe Humanismus unserer Politik.

— Wir gehen an diese Politik ohne Illusionen heran, weil wir wissen, daß die Politiker kapitalistischer Länder auch im Prozeß der Entspannung nicht aufhören, die Interessen der in ihren Ländern herrschenden Kräfte zu vertreten. Wir verfolgen das Ziel, den Krieg als Mittel zur Lösung strittiger Fragen in den Beziehungen zwischen den Staaten auszuschließen.

— Die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz ist notwendig für alle Völker. Wir bekunden nachdrücklich, daß sie von Vorteil ist für die Entfaltung des Kampfes der antiimperialistischen Kräfte gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die sozialen und nationalen Interessen der Völker in den Ländern des Kapitals und der dritten Welt.

— Für uns Kommunisten bedeutet friedliche Koexistenz Frieden zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten und die Entwicklung einer gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit. Friedliche Koexistenz bedeutet aber niemals Klassenfrieden zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Friedliche Koexistenz bedeutet weder die Aufrechterhaltung des sozialökonomischen Status quo noch eine ideologische Koexistenz.

— Voraussetzung für den weiteren Erfolg dieses Friedenskurses sind die allseitige Stärkung des Sozialismus und die Festigung des Bündnisses zwischen den sozialistischen Staaten und allen anderen für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit eintretenden Kräften in der ganzen Welt.

Der klare Blick für neue Möglichkeiten, auf dem Wege der friedlichen Koexistenz weiter voranzukommen, läßt uns niemals übersehen, daß der Imperialismus sein ihm eigenes aggressives und expansives Wesen nicht verloren hat. Wir erleben gerade gegenwärtig immer wieder neue Attacken von Feinden der Entspannung. Sie heizen das Wettrüsten an, entfesseln antikommunistische und besonders antisowjetische Kampagnen. Es wird

versucht, abgeschlossene Verträge zu torpedieren oder sie sogar für die Verletzung des Völkerrechts zu mißbrauchen. Deshalb sind Rückschläge und auch plötzliche Zuspitzungen der Lage nicht auszuschließen. Das erfordert von uns wie eh und je, in der gebotenen Wachsamkeit nicht nachzulassen.

In Europa wurden mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit auf höchster Ebene wesentliche Grundlagen für eine stabile Friedensordnung geschaffen. Diese bedeutende Konferenz besiegelte multilateral die Regelung der Nachkriegsprobleme, die mit den abgeschlossenen bilateralen Verträgen eingeleitet und vorangebracht worden war. Die Konferenz von Helsinki hat günstigere Voraussetzungen geschaffen, dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt herbeizuführen. Wenn alle Seiten wie die DDR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft den vereinbarten Kodex der Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen, wenn sie alle Bestandteile der Schlußakte in ihrer Gesamtheit verwirklichen, eröffnet sich ein breites Feld für die eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf vielen Gebieten.

Zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten hat die DDR einen allgemein anerkannten Beitrag geleistet, vor allem auch mit ihrer konstruktiven Politik zum Zustandekommen des Vierseitigen Abkommens über Westberlin sowie mit dem Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zur BRD. Wir sind dafür, daß die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, die einen positiven Einfluß auf den Entspannungsprozeß in Europa ausüben, auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Normen des Völkerrechts weiter entwickelt werden.

Hierzu gehört die strikte Einhaltung und volle Anwendung der bisher abgeschlossenen Verträge und Abkommen. Friedlich geregelt wurde durch sie eine der wichtigsten Fragen der Nachkriegsentwicklung: die völkerrechtliche Anerkennung des Bestehens zweier voneinander unabhängiger souveräner deutscher Staaten. Nach der gesellschaftspolitischen Abgrenzung der DDR von der BRD wurde in der Berichtsperiode durch das bekannte Vertragssystem auch völkerrechtlich der Prozeß der Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD vollzogen. Es versteht sich von selbst, daß nur bei Respektierung der weltweit anerkannten internationalen Position der DDR als unabhängiger souveräner deutscher Staat seitens der BRD die Möglichkeiten zu gutnachbarlichen Beziehungen zur BRD entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zum Tragen kommen können. Leider muß ich sagen, daß durch das Erstarken der revanchistischen Kräfte in der BRD diese Möglichkeiten zur Zeit nicht voll genutzt werden können. Im Gegenteil. Wir übersehen nicht die andauernden und in jüngster Zeit verstärkten Versuche seitens revanchistischer Kräfte der BRD, sich mit Mitteln der ideologischen Diversion in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Man muß feststellen: Das stört die Entspannung und stellt eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki dar. Deshalb ist der entschiedene Kampf gegen jedwede Art von Revanchismus gegen die DDR nach wie vor ein Gebot der Stunde.

Die Deutsche Demokratische Republik wird weiterhin alle Versuche reaktionärer und revanchistischer Kräfte in der BRD zurückweisen, die auf der ebenso überlebten wie aussichtslosen These eines „Offenhaltens der deutschen Frage" beharren. Da ist nichts mehr offen. Die Geschichte hat längst ihr Wort gesprochen. Mit der sozialistischen Revolution und der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR wurden, wie es in unserem Parteiprogramm heißt, Grundlagen, Inhalt und Formen des nationalen Lebens qualitativ verändert. Geführt von der Arbeiterklasse, hat das Volk der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem Gang der Geschichte durch den Aufbau des Sozialismus sein Recht auf sozialökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht. In der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt sich die sozialistische deutsche Nation. Ihre Wesenszüge werden von der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft geprägt.

Die DDR ist als sozialistischer Nationalstaat ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft der sozialistischen Länder. Sie ist Mitglied der weltumspannenden Organisation der Vereinten Nationen. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Politik der friedlichen Koexistenz die einzige Grundlage für die weitere Normalisierung der Beziehungen zur

BRD wie zu allen anderen kapitalistischen Staaten ist. Wir sind für die Fortsetzung dieses Kurses. Wenn beide deutsche Staaten mit dem Blick für die Realitäten und im Geiste der Vernunft handeln, dann wird dies dem Frieden, der Entspannung, dem Glück der Völker dienen.

Die DDR hat wiederholt Bereitschaft gezeigt, ihre Beziehungen zu Westberlin zu entwickeln, sie weiter zu normalisieren. Dafür bieten das Vierseitige Abkommen über Westberlin und andere abgeschlossene völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen die Grundlage. Wer allerdings versucht, im Zusammenhang mit Westberlin, auf welche Weise auch immer, Zündstoff zu legen, sollte der Erfahrung eingedenk sein, daß daraus stets nicht nur Schaden erwuchs für die Bevölkerung von Westberlin. Darüber hinaus wurde die Lage in Europa negativ beeinflußt. Deshalb ist auch hier Vernunft am Platze. Jeder, den es angeht, sollte sie walten lassen.

Im Kampf für die Sicherung des Weltfriedens messen wir der Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA eine besonders große Bedeutung bei. Zweifellos haben die in den vergangenen Jahren getroffenen Vereinbarungen und Abkommen beträchtlich zur Gesundung des internationalen Klimas beigetragen. Mit dem Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges sowie den Verträgen über die Begrenzung strategischer Rüstungen wurde die Gefahr eines Weltkrieges in gewissem Maße gemindert. Unsere Partei unterstützt uneingeschränkt die von Genossen L. I. Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU unterbreiteten Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung.

Aktiv unterstützen wir die sowjetischen Initiativen insbesondere zur Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz, für das Verbot aller Kernwaffenversuche, das Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen sowie den Abschluß eines weltweiten Vertrages über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen. Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten tritt die DDR beharrlich für erfolgreiche Verhandlungen in Wien über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa auf der Grundlage des Prinzips der unverminderten Sicherheit ein. Der Kampf um die Einstellung des Wettrüstens, um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist kompliziert und wird auch künftig große Anstrengungen erfordern . . .

Deutlicher denn je treten in der Gegenwart die gegensätzlichen Wesensmerkmale von Sozialismus und Kapitalismus zutage. Erweist sich der Sozialismus für die Völker als Gesellschaftsordnung, die Frieden schafft, wirtschaftlichen Aufschwung, soziale Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit garantiert, so bringt der Kapitalismus immer wieder Spannungen und Kriegsgefahr hervor, ist er von Krise, Stagnation, sozialer Unsicherheit und Unterdrückung der elementaren Menschenrechte gekennzeichnet. Bei all der Vielfalt der internationalen Beziehungen von Staaten, die es in der Welt von heute gibt, ist die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen die zentrale Achse der internationalen Entwicklung.

Der ständige Machtzuwachs der sozialistischen Staaten auf allen Gebieten hat für den revolutionären Weltprozeß und das internationale Kräfteverhältnis entscheidende Bedeutung. Die Erfolge des Sozialismus schaffen für den Kampf der progressiven und antiimperialistischen Kräfte immer günstigere Bedingungen und Möglichkeiten.

Grundlage für den zunehmenden internationalen Einfluß des Sozialismus ist die enorm gewachsene ökonomische Kraft der sozialistischen Gemeinschaft. Hier zeigt sich, was von Ausbeutung befreite schöpferische Arbeit zu leisten vermag. Hier zeigen sich die Vorzüge der krisenfreien sozialistischen Planwirtschaft. Zu Recht sprechen wir vom RGW-Raum als der dynamischsten Wirtschaftsregion der Erde mit den höchsten und stabilsten Zuwachsraten bei den wichtigsten ökonomischen Kennziffern. Während die Industrieproduktion der RGW-Länder von 1971 bis 1975 um insgesamt 45 Prozent wuchs, waren es in den entwickelten kapitalistischen Ländern nur 9 Prozent. Mit 9 Prozent der Weltbevölkerung und 18,5 Prozent des Territoriums der Erde besaßen die RGW-Länder 1975 einen Anteil von rund 34 Prozent an der Weltindustrieproduktion. Die Länder des RGW werden im Zuge der weiteren Beschleunigung der sozialistischen ökonomischen Integration ihr weltwirtschaftliches und weltpolitisches Gewicht weiter erhöhen.

Hauptanteil an der stürmischen ökonomischen Aufwärtsentwicklung des Sozialismus haben die Produktionstaten des Sowjetvolkes beim Aufbau des Kommunismus. Über ein Fünftel aller auf der Welt hergestellten Güter kommt heute aus dem Lande Lenins. Die Zeiten, da die USA in der industriellen Produktion noch einen weiten Vorsprung vor der Sowjetunion hatten, sind ein für allemal vorbei. 1929 verhielt sich die Industrieproduktion der UdSSR zu jener der USA wie 5 zu 100, 1950 wie 28 zu 100, 1975 aber nur noch wie 80 zu 100. Was für ein Aufstieg! In der Produktion vieler wichtiger Erzeugnisse, wie Stahl, Erdöl und Mineraldünger, hat die Sowjetunion bereits die USA überholt und die Weltspitze erobert.

Das wirtschaftliche Wachstum, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die technischen Neuerungen dienen in den Ländern des Sozialismus der Befriedigung der materiellen und kulturell-geistigen Bedürfnisse des werktätigen Menschen. Hier wird das von Lenin formulierte Ziel der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus verwirklicht: „Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 6, leite 40) . . .

Wir Kommunisten wollen, daß die Menschen glücklich leben, frei von Angst und Sorge. Eine Bedingung dafür ist, daß sie sicher leben. Deshalb schaffen wir soziale Sicherheit in unserem Lande, und nach außen hin zielt unsere Politik auf Sicherheit des Friedens. Sicherheit innen und außen — beides gehört zusammen. Die stabilste Säule, die den Weltfrieden trägt, ist die Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft, denn die Stärke und Macht des Sozialismus dienen dem Frieden in der Welt. Der Frieden wiederum macht es dem Sozialismus möglich, seine Vorzüge voll zu entfalten. Das entspricht dem ersten Grundsatz unserer Außenpolitik, für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau die günstigsten internationalen Bedingungen zu sichern. Indem sie unserem sozialistischen Staat und der ganzen sozialistischen Gemeinschaft dient, nützt sie zugleich der Sicherheit der Menschen in anderen Ländern.

So ergeben sich für die SED folgende vorrangige außenpolitische Ziele:

— Stete Festigung des Bruderbundes mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Kurs auf die weitere Annäherung unserer sozialistischen Nationen und Staaten für die immer vollkommenere Entfaltung und Nutzung der Potenzen des Sozialismus.

— Antiimperialistische Solidarität mit allen um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern. Aktive Unterstützung für die progressiven und revolutionären Kräfte der Welt im Geiste des proletarischen Internationalismus.

— Unbeirrbares Wirken für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt. Ausbau und Stabilisierung der Ergebnisse der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Kampf gegen alle ihre Feinde. Ergänzung der politischen Entspannung durch Maßnahmen zur militärischen Entspannung in Übereinstimmung mit den Lebensinteressen aller Völker.

Ansprachen auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn

Am 22. Mai 1976 fand in Bonn unter dem Motto „Stoppt das Wettrüsten! Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit! Mit der Abrüstung beginnen!" eine zentrale Demonstration für Abrüstung statt, zu der ein breiter Unterzeichnerkreis — darunter Willi Bleicher, Ingeborg Drewitz, Prof. Dr. Walter Fabian, Hilda Heinemann, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Martin Niemöller und zahlreiche andere Persönlichkeiten — aufgerufen hatte (Wortlaut des Aufrufs, der inzwischen von ca. 20 000 Bürgern unterschrieben wurde, in „Blätter", 2/1976, S. 231 f.). Auf der Abschlußkundgebung am 22. Mai 1976 im Bonner Hofgarten sprachen u. a. Professor Gerhard Kade, Professor Uta Ranke-Heinemann, die Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten, und der Hamburger FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber, deren Ansprachen wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen. D. Red.

Wortlaut der Ansprache von Prof. Dr. Gerhard Kade, Darmstadt

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir haben uns heute hier an dieser Stelle versammelt, um den Willen der demokratischen Öffentlichkeit unseres Landes zu demonstrieren, die im Interesse des Entspannungsprozesses die unverzügliche Einstellung des Wettrüstens verlangt.

Von dieser Stelle aus fordern wir deshalb eindringlich: Stoppt das Wettrüsten!

Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit!

Jetzt mit der Abrüstung beginnen!

Wir begrüßen Sie als Teilnehmer der größten Abrüstungsdemonstration in der Geschichte unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland. Wir begrüßen hier am 22. Mai 1976 in Bonn Frauen, Männer und Jugendliche, die zusammengekommen sind, um für die Einstellung des Wettrüstens zu kämpfen — nicht morgen oder übermorgen, sondern heute. „Stoppt das Wettrüsten" ist zur Forderung unserer Zeit geworden. Sie duldet keinen Aufschub. Sie vereint immer mehr Menschen, mögen ihre politischen Auffassungen auch in anderen Fragen oft weit auseinanderliegen. Sie vereint sie zu gemeinsamem Handeln, weil immer mehr Menschen erkennen, daß Rüstung allen Menschen Bürden auferlegt und nicht danach fragt, zu welcher Partei sie gehören, welche politische Anschauung sie haben, welcher Religion und welcher sozialen Herkunft sie sind. Die Einmütigkeit in dieser Frage, die Sie durch Ihr so zahlreiches Erscheinen dokumentieren, erinnert doch gerade daran, daß die Toten zweier Weltkriege nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit gefragt wurden, bevor sie von denen, die noch stets an Rüstung und Krieg profitiert haben, in die sinnlosen Völkergemetzel geschickt wurden.

Diese breite Gemeinsamkeit in der Forderung nach Rüstungsstopp und Abrüstung straft jene ewig Gestrigen in unserem Lande Lügen, die schon wieder versucht haben, diese unsere machtvolle Demonstration als Veranstaltung einer „kommunistischen Tarnorganisation" zu diffamieren. Den Befürwortern des Wettrüstens — ob auf der Hardthöhe, im Springerkonzern oder in den Rüstungsbetrieben des bayerischen Separatstaates — soll diese Kundgebung mit aller Deutlichkeit zeigen, daß der Fortschritt auf der Seite derer ist, die für die Sache des Friedens, für Entspannung und Abrüstung eintreten und daß die Kriegstreiber auf dem Misthaufen der Geschichte landen werden.

Sicherung des Friedens durch Abrüstung: Das ist die Frage, die wir uns stellen, die wir uns stellen müssen, die sich immer mehr Menschen in unserem Lande stellen. Dies ist die Frage, die uns bedrängt, uns zum Bekenntnis und Handeln zwingt. 20 000 Persönlichkeiten unseres Landes haben den Aufruf zur Demonstration hier in Bonn unterzeichnet; Tausende von Betriebsräten, Betriebsratsvorsitzenden, Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend, Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftssekretäre, Tausende von Lehrern, Professoren, Pfarrern, Künstlern, Schauspielern, Persönlichkeiten unseres Landes, unzählige Vertreter von Jugendorganisationen, Schülersprecher, ASten, Vertreter zahlreicher Gruppierungen der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, der SDAJ, des SHB, des Spartakus, der Naturfreunde, der Falken, der Jungen Europäischen Föderalisten, Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose, Ärzte, Juristen. Sie alle engagieren sich, sie alle sind bei uns. Wir begrüßen auch, daß Hunderte von Soldaten und Zivildienstleistenden gemeinsam unsere Demonstration unterstützen. Die Breite, die Vielfalt der Zustimmung, die zahllosen Aktivitäten, die Entwicklung von Aktionsbündnissen in über 60 Städten unseres Landes, das alles bestärkt uns in der Auffassung, daß wir auf dem richtigen Wege sind, auf dem Wege zu Frieden, Abrüstung und Fortschritt.

Wo auch immer wir um Fortschritt kämpfen, wo auch immer um Menschlichkeit, wo auch immer um Gleichberechtigung, wo auch immer um Hoffnung auf eine friedliche, gerechte und sichere Zukunft, immer begegnen wir dem großen Problem: ohne Abrüstung kein Fortschritt, ohne Abrüstung keine Menschlichkeit, ohne Abrüstung keine soziale Sicherheit, ohne Abrüstung kein Frieden, ohne Abrüstung keine Zuversicht in die Zukunft, keine Hoffnung auf Überwindung von Armut, Hunger und Elend auf unserer Welt.

In Wien beginnt in diesen Tagen die neunte Runde der Konferenz zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Neben den beteiligten Vertretern europäischer Nationen nimmt die Delegation der Bundesrepublik wieder am Verhandlungs-

tisch Platz, und die Öffentlichkeit erwartet von ihr, daß sie nun endlich in entscheidendem Maße dazu beiträgt, daß in dieser Verhandlungsrunde Ergebnisse erzielt werden, die echte Beiträge zur Abrüstung und damit zur militärischen Entspannung darstellen. Für solche positiven Ergebnisse wurden in der jüngsten Vergangenheit wichtige Voraussetzungen geschaffen. Die Entspannung setzt sich mehr und mehr durch. Mehr Frieden, Sicherheit, Fortschritt und Zuversicht stehen auf der Habenseite einer solchen vernünftigen Politik — Konfrontation und Kalter Krieg haben sich ein für allemal als untauglich zur Lösung der in Europa und der ganzen Welt anstehenden Probleme erwiesen.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion haben schon längst begriffen, daß dem Wettrüsten mit wirksamen Maßnahmen begegnet werden muß und daß gerade sie als die politischen, ökonomischen und militärischen Führungsmächte eine besondere Verantwortung dafür tragen, die Menschheit vor ihrer Vernichtung durch eine militärische Konfrontation zu bewahren. Ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg der Entspannung war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In Helsinki haben die Vertreter der europäischen Staaten, der USA und Kanadas Prinzipien verabschiedet, die das Zusammenleben auf unserem Kontinent positiv zum Vorteil aller beeinflussen werden. Die Politiker aus Ost und West haben in den Abschlußdokumenten festgehalten, daß ein friedliches Zusammenleben erfordert, daß sich alle Staaten bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele der Anwendung von Gewalt enthalten und daß die bestehenden Grenzen in Europa respektiert werden. Dieser in der Geschichte Europas einmalige Akt hat nicht nur den Beifall der Völker Europas hervorgerufen, sondern ist ein Beispiel für andere Teile unserer Erde geworden, die von politischen Krisen und Spannungen erschüttert werden. Das ist vor allem ein Sieg der friedliebenden und demokratischen Kräfte.

Wir alle, die wir hierfür gekämpft haben, dürfen jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Das erklärte Ziel heißt jetzt Abrüstung. Es kommt darauf an, daß die politisch realistischen Kreise in den Regierungen, den Parlamenten, in den Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen alle Kräfte mobilisieren, um einen bedeutenden Schritt zur Durchsetzung der Entspannung zu erzwingen. Wenn der Bundeskanzler betont, daß es der Bundesregierung mit der Entspannung sehr ernst sei und daß sie dieses Ziel weiter konsequent verfolgen werde, dann können wir nur beipflichten und versichern, daß wir dafür alle erdenkliche Unterstützung geben werden. Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Bundeskanzler, und fragen sogleich, wie verträgt sich der Rekordhaushalt des Aufrüstungsministers Leber in Höhe von mehr als 30 Milliarden DM mit der proklamierten Entspannungspolitik? Wir fragen weiter, stehen die von Leber veranlaßten Maßnahmen zur weiteren forcierten Aufrüstung der Bundeswehr nicht im Gegensatz zu Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler? Anläßlich des 20jährigen Bestehens der Bundeswehr erklärte Minister Leber: „Noch nie war die Bundeswehr so stark wie heute." Wo besteht da die Notwendigkeit, weitere Milliarden nicht etwa für die Unterhaltung der Bundeswehr, sondern für ihre weitere Aufrüstung zu verwenden? In der Bundesrepublik wird an kostspieligen Waffensystemen gearbeitet, die Unsummen Gelder verschlingen, während zur Lösung wichtiger sozialer Fragen finanzielle Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden können. Die Steuerzahler sollen dafür tief in die Tasche greifen, während die Rüstungsmonopole Riesenprofite einstreichen. Allein die Anschaffung des neuen Kampfflugzeuges wird ohne Entwicklungskosten über 20 Milliarden DM verschlingen (zusammen 83 Milliarden), während weitere 10 Milliarden DM für Entwicklung und Bau der Fregatte 122 verschwendet werden, weil die Herren Admirale der Bundesmarine „mehr Flagge" auf den Weltmeeren zeigen wollen, ganz zu schweigen davon, daß bereits Hunderte von Millionen für Projekte investiert wurden, die man schließlich wieder fallen ließ.

Bezeichnenderweise kommt der Beifall für die Vorhaben des Verteidigungsministers gerade aus jenen Reihen der Opposition, die sich längst als offene Feinde jeder Entspannung in Europa entlarvt haben. Der CDU-Wehrexperte Wörner versicherte Herrn Leber der vollen Unterstützung der Unionsparteien, solange er nicht von dieser Wehrpolitik abweiche, und forderte ihn auf, nicht dem Druck der Linken zu weichen.

Dazu wird die schon alte These von der Bedrohung aus dem Osten tagtäglich neu verkauft. Es wird mit fragwürdigen Geheimplänen und manipulierten Zahlen gearbeitet,

denen allzuleicht anzumerken ist, daß sie ihren Predigern nur zur Bemäntelung eigener unehrlicher Absichten dienen sollen. Solange die Bundesregierung und die Parteien des Deutschen Bundestages mit solchen fragwürdigen Argumenten die Aufrüstung weiter vorantreiben, solange wird die Aufrichtigkeit ihrer Entspannungsbemühungen in Zweifel gezogen werden.

Die Russen kommen! wird dem verdutzten Bundesbürger fast täglich als Nachricht verkauft — besonders von Herrn Axel Springer. Ja — in der Tat — sie sind gekommen! Anders jedoch, als ein primitiver Antikommunismus — verstärkt in den letzten Monaten — dem in Unkenntnis der wahren politischen Lage gehaltenen Bürger dieser Republik weismachen möchte.

Die Vertreter der Sowjetunion sind nach Paris gekommen, nach Bonn gekommen, nach Washington gekommen, nach St. Clemente gekommen, nach Rom gekommen, nach Tokio, überallhin, zur gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki und in die UNO. Sie haben Vorschläge unterbreitet zur friedlichen Entwicklung, zur Zusammenarbeit und zur Abrüstung, zur Einberufung der Weltabrüstungskonferenz, zum Verbot jeglicher neuer Massenvernichtungswaffen, zum Verbot des Mißbrauchs der Umwelt zu militärischen Zwecken — durch künstliche Erdbeben, Dürren, Regenfälle, Sturmfluten usw. — des totalen Verbots aller chemischen Waffen, des totalen Stopps aller unterirdischen und anderen Atomtests, zur Einberufung einer Konferenz der fünf Atommächte und vieles andere mehr. Darüber konkret zu verhandeln, wem sollte es schaden, es nützt allen, es verringert die Kriegsgefahr. Es erhöht unser aller nationale Sicherheit.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, der Kalte Krieg ist nicht folgenlos geblieben. Mißtrauen auf beiden Seiten muß überwunden werden, neue Wege müssen beschritten werden, Vertrauen muß gestärkt werden, Erfahrungen müssen gesammelt werden. All das sind die Lehren jüngster Entwicklung. Sie *können* gesammelt werden und sie *müssen* gesammelt werden. Neue Wege müssen beschritten werden zu einem friedlichen, zusammenarbeitenden, abgerüsteten Europa, zu einer friedlichen, zusammenarbeitenden, abgerüsteten Welt. Sicherheit heute — das heißt: Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki, Fortsetzung der Ostpolitik der Bundesregierung, Festigung der Entspannung, Vertiefung der Zusammenarbeit, Durchsetzung der Abrüstung! Abrüstung ist das vordringlichste Gebot unserer Zeit. Darum müssen wir handeln für die Einstellung des Wettrüstens — gegen die Ammenmärchen in jeglichen Weißbüchern von einem Gleichgewicht des Schreckens. Nur das gewährt nationale Sicherheit. Nur so, ausschließlich so, eröffnen sich zuverlässige Perspektiven für die Zukunft von uns allen, für jeden, für jedes Land und jeden Kontinent. Denn wahre Zukunft und wirklicher Fortschritt wird nur sein, wenn die Völker nicht gegeneinander rüsten, gesellschaftliche Werte vernichten und Zerstörung gegeneinander organisieren; Fortschritt und Zukunft wird nur sein, wenn die unerträglichen Rüstungslasten beseitigt und die Menschen für ihre Gesellschaft und nicht für die Zerstörung der Gesellschaft arbeiten. Deswegen ist Abrüstung notwendig.

Der Stand der Verhandlungen in Wien über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa nach Abschluß der achten Runde zeigt, daß die Verhandlungsposition der Bundesrepublik immer noch getragen wird von unrealistischen Vorstellungen, die eher aus dem Argumentationshaushalt der Entspannungsgegner stammen, als daß sie auf der Linie einer fortschrittlichen Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel liegen.

Die Bundesrepublik als zweitstärkste Macht nach den USA in der NATO verfügt über einen beträchtlichen politischen Spielraum. Warum, so müssen wir die Bundesregierung fragen, trägt die bundesdeutsche Verhandlungsdelegation in Wien nicht durch eine realistischere Haltung und eine konstruktive Verhandlungsführung entscheidend dazu bei, Hindernisse auf dem Wege zur militärischen Entspannung auszuräumen.

Politische Beobachter des Westens haben registriert, daß die sozialistischen Länder mit ihrem jüngsten Vorschlag positiv auf den NATO-Vorschlag vom Dezember 1975 reagiert haben, und haben darüber ihre Genugtuung zum Ausdruck gebracht. Dieser Vorschlag sieht in einem Zwei-Etappen-Plan vor, die nationalen Streitkräfte auf nationale Höchststärken zu begrenzen, bei gleichzeitiger Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen um vorläufig 15 %. Ein Vorschlag, der keinen benachteiligt.

Es bleibt deshalb unverständlich, wenn die Bonner Verhandlungsdelegation in Wien eine destruktive Haltung und zum Teil unrealistische Ziele verfolgt. Denn das einzig mögliche Verhandlungsprinzip, gleiche Sicherheit für alle, das dem bestehenden Kräftegleichgewicht entspricht, kann und darf nicht durch Forderungen nach ungleichmäßiger Reduzierung zunichte gemacht werden.

Entgegen den Positionen anderer Verhandlungsteilnehmer ist die Bundesrepublik in Wien nicht bereit, ihre Luftstreitkräfte in die Reduzierungskontingente einzubeziehen. Diese hartnäckige Weigerung läßt den Verdacht aufkommen, daß sich die Bundeswehr ihre Kernwaffenträger erhalten will, um sich doch noch die Möglichkeit offenzuhalten, eine eigene Kernstreitmacht aufzubauen bzw. im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen.

Auch das eben bewilligte neue Luftwaffensystem MRCA nährt diesen Verdacht. Unter diesem Aspekt sehen wir gemeinsam mit einer besorgten breiten internationalen Öffentlichkeit auf die nukleare Zusammenarbeit zwischen Bonn und dem Rassistenregime in Pretoria und mit dem militär-faschistischen Regime in Brasilien.

Auf eine grundsätzliche Weigerung der bundesdeutschen Delegation in Wien stoßen auch die Initiativen der USA und der Sowjetunion, in einer ersten Phase, gleichsam als Signal, ihre Streitkräfte zu reduzieren.

Damit kann die bundesdeutsche Verhandlungsdelegation, von anderen NATO-Staaten unterstützt, den fragwürdigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, erste Schritte eines Reduzierungsabkommen blockiert zu haben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, daß die neunte Runde der Wiener MBFR-Gespräche durch eine konstruktive Mitwirkung der Bundesrepublik erste Ergebnisse auf dem Wege zur Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen bringt. Das entspricht auch dem Auftrag der anderen westeuropäischen Regierungen.

Die friedliebende, demokratische Öffentlichkeit steht hinter der Bundesregierung, wenn es gilt, den Einfluß reaktionärer, gegen den Frieden gerichteter Kräfte zurückzudrängen. Die Bundesregierung darf sich nicht dem Druck der rechten Kräfte beugen, der darauf gerichtet ist, den Entspannungsprozeß rückgängig zu machen. Sie muß sich scharf gegen alle Äußerungen und Handlungen ihrer Mitglieder wenden, die angetan sind, dem Prozeß der Entspannung Schaden zuzufügen.

So sollte sich der Bundesaußenminister, Herr Genscher, sehr gut überlegen, wie in Zukunft mit dem Begriff der Entspannung umzugehen ist. Sein auf die Äußerungen des USA-Präsidenten Ford zurückgehendes Gerede vom Ende der Detente wurde von den reaktionären Kreisen in der BRD als Signal zur Verschrottung des Entspannungsbegriffes gefeiert.

Die Verantwortung der Bundesrepublik für die Sicherheit in Europa ist zu groß, um mit leichtfertigen Äußerungen im Interesse des Wohlwollens einiger politischer Kreise eine neue Politik der Konfrontation heraufzubeschwören.

Die Regierung der Bundesrepublik hat es in der Hand, durch ihren Beitrag zur militärischen Abrüstung in Europa eine hervorragende Rolle zu spielen. Das würde insgesamt der Bedeutung der Bundesrepublik gerecht werden.

Indem die sozialistischen Länder in ihren neuen Vorschlägen von Wien auf die westlichen Vorstellungen eingegangen sind, Kernwaffen in den Reduzierungskatalog aufzunehmen, sollte nun auch die Bundesrepublik ihre Bereitschaft zu Kompromissen im Interesse der Entspannung beweisen. Ohne Kompromisse wird es in den Verhandlungen keine Ergebnisse geben. Wichtig ist, daß diese Kompromisse allen Seiten die Gewähr für gleiche Sicherheit bieten.

In der Vergangenheit hat sich jedoch erwiesen, daß sich ein solches Herangehen für die Politik der Bundesregierung günstig auswirkt. Besonders sichtbar wurden die Vorteile solcher kompromißbereiten Bemühungen der Bundesrepublik in Ergebnissen ihrer erfolgreichen Ostpolitik. Die Bundesrepublik vergrößerte dadurch ihren Handlungsspielraum, ihre Sicherheit erhöhte sich, und ihr internationales Ansehen war damit gestiegen.

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wurden seit Beginn der 70er Jahre wichtige Abkommen unterzeichnet, die berechtigte Hoffnungen erweckt haben, daß eine baldige Eindämmung des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West möglich sein

wird. Handelte es sich bei diesen Abkommen auch vorerst um eine Teilbegrenzung der strategischen Rüstungen, so waren sie doch unverkennbare Zeichen dafür, daß sich die Erkenntnis, das Wettrüsten zu beenden, durchzusetzen beginnt.

Gewiß, eine weitere strategische Aufrüstung wurde hierdurch noch nicht verhindert; dennoch wurden mit der Annahme von Höchstgrenzen in der Anzahl strategischer Raketensysteme wichtige quantiative Entscheidungen getroffen. Für die friedliebende Menschheit waren diese Verhandlungsergebnisse ein wichtiges Signal, ihre Anstrengungen im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens zu verstärken. Unser Kampf geht darum, daß weitere Abkommen folgen werden.

Trotz der ersten Erfolge auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Rüstung ist das Wettrüsten weitergegangen. Seit Abschluß des SALT-I-Abkommens im Jahre 1972 haben militärische, reaktionäre Kreise in den USA alles darangesetzt, die in den Abkommen erzielten Ergebnisse durch die Entwicklung qualitativ neuer strategischer Waffensysteme zu revidieren. Dabei sind neue gefährliche Waffen entstanden, die bereits jetzt zu ernsthaften Hemmnissen weiterer Verhandlungsergebnisse geworden sind. Reaktionäre Kreise stemmen sich entschieden dagegen, daß diese neuen strategischen Waffensysteme in vorgesehene Höchstgrenzen einbezogen werden.

Die Entscheidung der amerikanischen Regierung in diesen wichtigen Fragen hat eine große Bedeutung für den gesamten Verlauf der weltweiten Problematik der Abrüstung. Der zum Ausdruck gebrachte Wille der Vereinigten Staaten, zur Beendigung des Wettrüstens beizutragen, kann schließlich nur glaubhaft dargestellt werden, wenn eigene konstruktive Beiträge geleistet werden. Die Haltung der Vereinigten Staaten zu diesen bedeutenden Problemen hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß, besonders auf ihre verbündeten Staaten und deren Regierungen.

Die Ford-Administration sollte sich dieser großen Verantwortung noch stärker als bisher bewußt werden. Als Führungsmacht des Westens sollten die USA ihren ganzen Einfluß auf allen Ebenen der Abrüstungsverhandlungen geltend machen.

Dagegen verunsichern die innenpolitischen Auseinandersetzungen anläßlich des Wahlkampfes in den USA die europäischen Bündnispartner. Reaktionäre Kräfte in Westeuropa versuchen, die Schwäche der amerikanischen Politik ihren eigenen Zielen dienstbar zu machen. Besonders politische Kreise der Bundesrepublik und der Niederlande waren es, die in internen Absprachen versuchten, andere westeuropäische Länder auf eine Haltung zur militärischen Entspannung festzulegen, die sowohl den Interessen der USA als auch der militärischen Entspannung insgesamt widersprach.

Gegenwärtig ist zu verzeichnen, daß die Entspannungsgegner in den USA mit Darstellungen über die Schwäche der Vereinigten Staaten und die wachsende Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion die Regierung zwingen wollen, die Entspannung nicht nur verbal aufzugeben, sondern sie in ihrer Substanz auszuhöhlen. Präsidentschaftskandidat Reagan hat sich zum Sprecher dieser militanten reaktionären Kräfte gemacht. Er bezeichnete die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki als „Tamtam, das im Endergebnis eine Konzession an die Sowjetunion gewesen sei". Reagan fordert sodann auch eine weitere Erhöhung der Rüstungsanstrengungen und Rückkehr zu Verhandlungsprinzipien, die auf Positionen der Stärke beruhen. Das Verteidigungsbudget der Vereinigten Staaten von rund 112 Milliarden Dollar unterstreicht, daß den Forderungen der Entspannungsgegner weitgehend Rechnung getragen wird. Inzwischen wurden weitere 320 Millionen Dollar für die Produktion von strategischen Raketenwaffen und atomaren Sprengköpfen von Präsident Ford beantragt.

Dieses Zurückweichen vor den Entspannungsgegnern muß zum Hindernis für den Fortgang aller militärischen und letztlich auch der politischen Entspannung werden. Die Vereinigten Staaten tragen gemeinsam mit der Sowjetunion eine große Verantwortung und haben deshalb nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Verantwortung, durch ihre Haltung zu weiteren Fragen der Abrüstung positive Ergebnisse zu erzielen.

Wissenschaft und Technik haben sich in einem Maße entwickelt, daß bei Anwendung ihrer Ergebnisse für militärische Zwecke die Gefahr besteht, durch künstliche Veränderungen der Umweltbedingungen die Existenz der Menschheit aufs Spiel zu setzen. Eine realistische Betrachtung dieser erschreckenden Tatsachen muß dazu führen, daß durch die Mitglieder des Genfer Abrüstungsausschusses diese Gefahr für die Menschheit unverzüglich gebannt wird. Die Bemühungen auf wichtigen Gebieten von Wissenschaft und

Technik könnten durch ein entsprechendes Abkommen in Bahnen ausschließlich zur friedlichen Nutzung gelenkt werden.
Während auf dem Gebiet der biologischen Waffen eine erste echte Abrüstungsmaßnahme zustandekam, indem die Entwicklung biologischer Waffen eingestellt und die vorhandenen Bestände vernichtet wurden, ist nach wie vor das Verbot und die Vernichtung chemischer Waffen eine dringliche Aufgabe. Wenn es gelingt, auch zu diesem Problem Teillösungen zu schaffen, z. B. das Verbot der gefährlichsten chemischen Waffen durchzusetzen, würden sich weitere Möglichkeiten für ein umfassendes Verbot der chemischen Waffen eröffnen.
Die Gesamtheit der Probleme, die bei der Abrüstung eine Rolle spielen, zeigt, daß weltweite Interessen davon berührt werden. Deshalb besteht die auf der 30. UNO-Vollversammlung erhobene Forderung nach einer Weltabrüstungskonferenz zu Recht. Sowohl die Regierung der Vereinigten Staaten als auch die Bundesregierung sollten in der UNO und auf anderen internationalen Foren dafür wirken, daß eine solche Konferenz Wirklichkeit werden kann.
Wir fordern die Regierungen aller europäischen Länder und der USA auf, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sie in der Schlußakte von Helsinki übernommen haben, nämlich die Voraussetzungen zu schaffen, die die Zusammenarbeit der Völker auf friedlicher Grundlage sichern. Statt Hindernisse für die Entspannung aufzubauen, ist es an der Zeit, mit konstruktivem Handeln den Erfolg in der Abrüstung herbeizuführen.
In unserem Appell an die Bundesregierung steht an erster Stelle die Forderung, den rechten reaktionären, entspannungsfeindlichen Kräften den Weg zu verlegen, um zu verhindern, daß sie weiterhin den Entspannungsprozeß torpedieren. Die Politik der Bundesregierung kann nur darauf gerichtet sein, alle *die* Kräfte zu unterstützen, die aktiv gegen eine Erhöhung der Verhandlungsbarrieren auftreten. Eine konstruktive Abrüstungspolitik wird wie schon die erfolgreiche Ostpolitik der Bundesregierung positive Auswirkungen auf ihre innere Stabilität haben.
Die Entspannungsgegner wollen zurück zur Politik des Kalten Krieges und zur Konfrontation. Mit ihren Argumenten wollen sie beweisen, daß die gegenwärtige Bundesregierung nicht in der Lage sei, die sozialen Probleme, voran die Sicherung der Arbeitsplätze, zu lösen. Mit der Steigerung der Rüstungsproduktion und der Erhöhung der Arbeitskräftezahl in der Rüstungsindustrie versprechen sie, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik zum Positiven hinzuwenden.
Es liegt mit in der Hand der Gewerkschaften und ihrer Führer, den Arbeitnehmern die Augen zu öffnen und sie auf die Gefährlichkeit dieser Entwicklung hinzuweisen, indem immer wieder und beharrlich die ganze Verlogenheit dieser Argumente entlarvt wird. Es ist doch ein ungeheuerlicher Zynismus, wenn gerade jene Kreise, die für die Ausweitung der Rüstungsindustrie verantwortlich sind, sich jetzt das Argument zu eigen machen, nur eine solide Rüstungsindustrie könne die Sicherheit der Arbeitsplätze garantieren. Nichts ist auf lange Sicht so unsicher für die Lebens- und Arbeitsbedingungen jedes einzelnen wie die Rüstungsindustrie.
Die Gewerkschaften müssen alles daransetzen und den Kampf darum führen, daß dort Arbeitsplätze geschaffen werden, wo auf lange Sicht soziale Sicherheit garantiert wird, und ausgeschlossen wird, daß aufgrund angehäuften Kriegsmaterials die Bundesrepublik zum Auslöser neuer politischer Krisen werden könnte.
Die politisch real denkenden und handelnden Kreise aller Parteien der Bundesrepublik werden ihren Druck auf die Bundesregierung, vor allem aber ihren Kampf gegen die reaktionären Kräfte verstärken müssen, um den Prozeß der weltweiten Abrüstung voranzutreiben. Dieses Vorhaben erfordert, daß den Entspannungsgegnern eine festgefügte Front aller demokratischen, politisch-realistischen Kräfte entgegengestellt wird.
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, „mehr Abrüstung wagen" ist die Forderung, die wir hier und heute erheben, unerbittlich erheben, unwiderruflich erheben, unaufhörlich erheben. Der 22. Mai ist Auftakt, Eckstein, Ausgang vielzähliger Aktivitäten für die Abrüstung. Wir treten ein für mehr Demokratie, für mehr Reformen, für mehr Fortschritt. Wir meinen, daß mehr Demokratie, mehr Reformen und mehr Fortschritt ohne Abrüstung undenkbar sind. Wir wissen uns einig mit der internationalen Bewegung für Frieden und Abrüstung; wir handeln gemeinsam; wir stellen fest, daß in allen

Ländern, in allen Kontinenten die Abrüstungsbewegung aufgebrochen ist, Kräfte sammelt und entwickelt, um einen Stopp des Wettrüstens durchzusetzen. Wir appellieren, laßt nicht nach, wenn wir weiterkommen wollen, neue Zuversicht haben wollen. Nur im Frieden, durch Zusammenarbeit und Abrüstung schreiten wir vorwärts auf dem Wege der Vernunft. Wir hier im Hofgarten kämpfen für unsere Zukunft, für die einzig wahre Zukunft, die Fortschritt, Frieden, Abrüstung und Demokratie heißt. Wir hier im Hofgarten am 22. Mai 1976 in Bonn sind die Akteure unserer Geschichte. Wir hier — zusammen mit allen friedliebenden Kräften der Welt — treten dafür ein, kämpfen und handeln dafür, daß Abrüstung kein frommer Wunsch bleibt, sondern Wirklichkeit wird. Wir wissen, daß sie Wirklichkeit wird, wenn wir etwas dafür tun.

Wortlaut der Ansprache von Prof. Dr. theol. Uta Ranke-Heinemann

Es ist ein uralter Traum der Menschheit, daß die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Speere zu Sicheln. Der Prophet Jesaja spricht ihn aus (Jes. 2,4). Aber diese Utopie Gottes wurde durch die Geschichte hindurch immer nur verdeckt und zerstört. Die Mächtigen, die Heerführer, die Imperatoren, alle, die sich als Totmacher einen Namen machten, haben sie zerstört. Von der Hoffnung, daß die Völker das Kriegführen nicht mehr lernen, spricht der Prophet, aber das ist das, was die Völker am besten gelernt haben.

Nichts ist so schwer auszurotten wie alte Ängste, nichts ist so langlebig wie falsche Rezepte. Und unser aufgeklärtes Denken ist noch nicht an dem Punkt angelangt, daß es den alten Römersatz, den wir in der Schule lernten: „Willst du den Frieden, dann bereite den Krieg vor" (Si vis pacem, para bellum), auf jenen Müllhaufen der Irrungen geworfen hat, wo er zusammen mit anderen Ängsten und Rezepten wie Kreuzzügen und Hexenverbrennungen nur noch der Vergangenheit angehört. Unverändert vielmehr ist noch in uns, wie Helmut Gollwitzer es nennt, „die Nostalgie zum Abgrund hin" wirksam. Die größte aller Revolutionen, die wir zu leisten haben, steht noch aus: die Revolution des Friedens. Denn es gibt keinen anderen Weg zum Frieden hin als den Frieden selbst.

So sagt Johannes XXIII. in seiner Enzyklika Pacem in terris: „Wir sehen nicht ohne großen Schmerz, daß in den wirtschaftlich gut entwickelten Staaten ungeheure Kriegsrüstungen geschaffen wurden und noch geschaffen werden und daß dafür die größten geistigen und materiellen Güter aufgewendet werden. Während so die Bürger dieser Nationen keine geringen Lasten zu tragen haben, entbehren andere Staaten, die sich wirtschaftlich und sozial entwickeln sollten, der notwendigen Hilfeleistungen. Als rechtfertigenden Grund für diese militärische Rüstung pflegt man anzugeben, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Friede nur durch das Gleichgewicht der Rüstungen gesichert werden kann. Die militärische Rüstungssteigerung an einer Stelle hat also zur Folge, daß auch anderswo das Streben nach Mehrung der Waffen zunimmt. Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Achtung der Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört, daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; und daß endlich durch Vereinbarung alle zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer gegenseitiger Kontrolle gelangen." Soweit Johannes XXIII.

Und Papst Paul VI. sagte in seiner Ansprache vor der UNO am 4. Oktober 1965: „Man muß für die neue geschichtliche Epoche, für jene des Friedens, des wahrhaft menschlichen Zusammenlebens, wie sie den Menschen guten Willens verheißen ist, eintreten. Die Wege hierfür sind Ihnen schon vorgezeichnet. Es ist zunächst der der Abrüstung. Wenn Sie Brüder sein wollen, so lassen Sie die Waffen aus den Händen fallen. Die Waffen, insbesondere jene schrecklichen, welche die moderne Wissenschaft Ihnen in die Hand gegeben hat, sind, schon noch bevor sie Opfer und Ruinen zeitigen, Ursache von Alpträumen, schlimmen Empfindungen, verbrecherischen Gedanken; sie rufen Angstzustände hervor, schaffen Mißtrauen und beklagenswerte Entschlüsse, verursachen enorme Ausgaben, hemmen Planungen des Zusammenstehens und nützlicher Arbeit." Soweit Paul VI.

Er spricht von verbrecherischen *Gedanken*. Man kann und muß schon von Verbrechen reden. Denn nicht erst durch den Krieg, sondern schon durch die Aufrüstung wird ge-

litten und gestorben. Hunderte Millionen vom Hunger und Verhungern bedrohte Menschen, Hunderte von Millionen in medizinischer und sozialer Hinsicht zu kurz Gekommene sind der Preis für den Machtrausch der Militärblöcke in Ost und West, für die aberwitzige Vermehrung militärischen Potentials in dritten Ländern, für die schon längst unmenschlich gewordene Möglichkeit der Menschen, einander um ein Mehrfaches umzubringen. Immer größer wird die Vernichtungskapazität des Todes, immer mehr sind wir in Gefahr, ihr zu verfallen, von ihr Heil und Sicherheit zu erwarten, während sie schon durch ihr Vorhandensein die Möglichkeit zum Überleben blockiert und durch ihren Einsatz die ganze Erde zu einem Massengrab macht, das alle gemeinsam sich selber graben.

Das 2. Vatikanische Konzil sagt: „Die Menschen sollten überzeugt sein, daß der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige Nationen ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und daß das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist. Statt daß durch den Rüstungswettlauf die Ursachen des Krieges beseitigt werden, drohen sie vielmehr gerade dadurch zuzunehmen. Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt. Anstatt die Spannung zwischen den Völkern wirklich und gründlich zu lösen, überträgt man sie noch auf andere Erdteile. Neue Wege, von einer inneren Wandlung aus beginnend, müssen gewählt werden, um dieses Ärgernis zu beseitigen, um die Welt von der drückenden Angst zu befreien und ihr wahren Frieden zu schenken. Darum muß noch einmal erklärt werden: Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen! Wenn hier nicht Hilfe geschaffen wird, ist zu befürchten, daß er eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt" (Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, Gaudium et spes). Soweit das Konzil.

Ich bitte Sie, Ihren Teil dazu zu tun, daß die Erde nicht ein Objekt der Vernichtungsmaschinerie wird, sondern eine Erde der Menschen. Die alte politische Weise, in der Menschen zusammengelebt haben, hat offenbar nicht ausgereicht. Das alte Haus hat nicht standgehalten. Wir müssen ein neues Haus bauen und auf besseren Grund gründen, wenn wir miteinander leben, wenn wir miteinander *über*leben wollen. Es gibt schon wieder Leute bei uns, die mit Säbeln rasseln, wenn nicht mit eigenen, so doch mit fremden. Wir haben aus dem Schlimmen, das hinter uns liegt, das Einfachste nicht gelernt: daß die Drohung mit Waffen niemals ein Problem gelöst hat und niemals in der Lage sein wird, eins zu lösen. Jede solche Drohung bedeutet schon Aggression. Den anderen sterben lassen zu wollen, statt ihn leben lassen zu wollen, ist die Quintessenz einer Politik, die nicht willens oder fähig ist, die Ordnung einer menschlichen Welt zu realisieren. Wir haben nichts gelernt, oder: Was wir gelernt haben, haben wir wieder vergessen. Es hätte aus unserer Schuld der Wille zu Einsicht und Umkehr wachsen können. Er hätte das Leiden begreifen und tiefere Menschlichkeit gebären können. Aber wir gingen mit Schuld und Leid um, ohne daß es uns veränderte, ohne daß es unsere Kraft und Phantasie bewegte, ohne daß unser Herz verlangt hätte nach einer wirklich neuen Zukunft. Unsere Politik blieb weithin monströs. Wir konstruierten eine neue Freund-Feind-Welt und begriffen nicht, daß eine solche illusionäre Existenz immer schon eine gescheiterte ist. Wir haben uns weithin zu Fanatikern der Parteilichkeit verdummen lassen, statt offen zu sein für die, die *nicht* unserer Partei, *nicht* unserem Volk, *nicht* unserem politischen System anhängen. Die Politik des Kalten Krieges macht uns inhuman. Es scheint, als sei die Trauer um die vielen Gräber in aller Welt noch zu wenig tief, als daß sie alle so tief erschüttert hätte, daß Menschen niemals mehr bereit wären, sich gegenseitig zu vernichten.

Wollen wir menschlich miteinander leben, müssen wir immer neu den Anfang zum Frieden suchen. Wir müssen dafür bereit sein, Verdächtigungen und Anfeindungen auf uns zu nehmen. Gefordert wird ein kritisches Bewußtsein, das nicht Parolen verfällt, das Vorurteile bekämpft, das sich von der kollektiven Angst befreit.

Wortlaut der Ansprache von Gerhard Weber, MdBü, Hamburg

Ich spreche zu Ihnen nicht als Privatmann, sondern als Mandatsträger einer Partei, der FDP. Ich bin 1969 nach den Wahlen in diese Partei eingetreten, um den neuen Kurs der

Entspannungspolitik gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn durch Engagement innerhalb einer Partei zu unterstreichen.

Ich spreche heute hier im Rahmen dieser großen Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, um mit Ihnen allen, die Sie nach Bonn gekommen sind, vor der Öffentlichkeit unseres Landes deutlich zu machen, daß eine große Zahl von Bürgern unseres Landes von der Bundesregierung erwartet — und sie hierbei noch unterstützt —, daß die 1969 durch Brandt und Scheel begonnene Politik der Verständigung und Verträge 1976 konsequent fortgesetzt wird durch eine Politik der Abrüstung und Reformen.

Es stört mich nicht, daß an dieser Demonstration auch Kommunisten teilnehmen. Im Gegenteil. Entspannung und Abrüstungspolitik geht alle Bürger an, ob sie Liberale oder Sozialdemokraten sind, Christen oder Kommunisten.

Ich erwarte und hoffe aber auch, daß sich gerade Kommunisten nicht nur in unserem Land, sondern auch in den Ländern, wo ihre Parteien die Regierung bilden, verstärkt für den Stopp des Wettrüstens einsetzen, so wie sie in der Vergangenheit auch die Entspannungspolitik unterstützt haben.

Wir alle haben in der Vergangenheit dafür gekämpft, daß die unselige Politik des Kalten Krieges der 50/60er Jahre abgelöst wurde durch eine Politik der Verständigung und Entspannung.

Es ist heute in Europa unbestritten, daß durch Brandt, Breschnew, Scheel und Gierek, durch die Verträge von Moskau und Warschau der Frieden in Europa sicherer gemacht wurde.

Nach diesen Verträgen war die KSZE ein weiterer Meilenstein auf dem Wege zu einem Europa der friedlichen Kooperation. Es kommt jetzt darauf an, die Beschlüsse von Helsinki im wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Bereich in die politische Praxis umzusetzen.

Auch wenn die Gegner der Entspannungspolitik von Strauß bis Springer den Menschen unseres Landes einreden wollen, die Entspannungspolitik habe sich nicht gelohnt, sie sei ein Fehlschlag gewesen: die Erfolge sprechen für sich, sie lassen sich nicht wegdiskutieren und diffamieren.

Und wer heute unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus" vor den Bürger tritt, setzt den Kalten Krieg fort, nicht nur nach außen — sondern auch im Inneren unseres Landes gegen die Befürworter der Entspannungspolitik.

Trotz aller Diffamierungsversuche wissen wir:

Zur eingeschlagenen Entspannungspolitik gibt es für uns keine Alternative!

Unsere Parole lautet nicht „Freiheit oder Sozialismus", sie kann nur lauten: „Entspannung und Abrüstung oder Kalter Krieg und totale Konfrontation".

Weil wir diesen Rückfall in die Vergangenheit, in die Zeit des Kalten Krieges nicht wollen, weil wir im Gegenteil aus der Vergangenheit gelernt haben, daß jede Form der militärischen Konfrontation, jede Politik der Stärke gefährlich ist und sich nicht lohnt.

Weil wir die Entspannungspolitik unterstützen und ausbauen wollen, deshalb meinen wir, daß es an der Zeit ist, das Wettrüsten in Europa zu beenden und mit der Abrüstungspolitik zu beginnen.

Trotz Vertrag- und Verständigungspolitik müssen wir nüchtern feststellen: Wir leben nicht in einer heilen Welt!

Unsere Sicherheit beruht nach Ansicht der Mächtigen nach wie vor auf dem Gleichgewicht des Schreckens, auf der Balance der Armeen und Waffensysteme in Ost und West. Wir leben auch in Europa noch in einer Welt der Angst — des Westens vor dem Osten und umgekehrt.

Die Menschen haben ein Bedürfnis nach Frieden und Sicherheit. Wie werden wir diesem elementaren Grundbedürfnis der Menschen gerecht? Durch 322 neue MRCA-Kampfflugzeuge — Stück 30 Millionen DM — für die Bundeswehr, in dieser Woche im Verteidigungsausschuß des Bundestages beschlossen, um nur ein Beispiel zu nennen? Mit den Kosten für ein Flugzeug könnten wir 1 Jahr lang 900 Lehrer bezahlen.

Durch den Ausbau der sowjetischen Flotte im Mittelmeer, um ein weiteres Beispiel anzuführen, wo wir die Kosten nicht kennen, oder durch die konsequente Fortsetzung der Politik der Verständigung?
Ich meine, durch letzteres! Aus der Verständigung kann Vertrauen wachsen und aus Vertrauen kann Freundschaft werden.
Menschen, die sich vertrauen, brauchen sich nicht mit Pistolen zu begegnen. Völker, die in Vertrauen und Freundschaft zusammenleben, können auf einen Teil ihrer Rüstung verzichten!
Es ist unsere Aufgabe im Jahre 1976, dafür zu sorgen, daß die Politik der Verständigung nicht den alten und neuen kalten Kriegern zum Opfer fällt, sondern fortgesetzt wird durch eine Politik der Abrüstung und des gegenseitigen Vertrauens!
Darum unser Appell an unsere Regierung und unsere osteuropäischen Vertragspartner: Stoppt Mißtrauen und Wettrüsten!
Mit der Abrüstung jetzt beginnen!

Wirtschaftsdeklaration und Elemente der Strategie zur Stärkung der Einheit und Solidarität der blockfreien Länder und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, verabschiedet von der Ministertagung der Blockfreien vom 25. bis 30. August 1975 in Lima (II) *)

(Wortlaut)

i) Internationales Zentrum für die Lenkung von Betrieben im öffentlichen Eigentum
173. Die Konferenz hat die Information über die Gründung und die Tätigkeit des Internationalen Zentrums für die Lenkung von Betrieben im öffentlichen Eigentum in Ljubljana, Jugoslawien, zur Kenntnis genommen und ruft entsprechend den Empfehlungen des Koordinationsbüros die Nichtpaktgebundenen und die anderen Entwicklungsländer auf, dem Zentrum beizutreten. Die Konferenz begrüßte den Beschluß, ein Treffen der Entwicklungsländer abzuhalten, auf dem das Statut des Zentrums angenommen werden soll.

j) Handel zwischen den Entwicklungsländern
174. Die Entwicklungsländer sollten Maßnahmen treffen, um den gegenseitigen Handel durch Vereinbarungen über Präferenzen zu liberalisieren, die Grundprodukte, Fertigprodukte und Dienstleistungen wie Bankwesen, Schiffahrt, Versicherung und Rückversicherung umfassen sollen. Die bestehenden subregionalen und regionalen Vereinbarungen über Präferenzen sowie globale Schemen wie das GATT-Protokoll sind unter den Entwicklungsländern sowohl hinsichtlich der betroffenen Erzeugnisse als auch der Zollbegünstigungen zu erweitern.
175. Es gilt, regionale und subregionale Clearingunionen und Zahlungssysteme zu gründen und zu festigen und sich um ihre Verbindung zu bemühen.
176. Weiterhin ist es erforderlich, einen nationalen, regionalen und interregionalen Schiffsverkehr zu schaffen.
177. Die Außenminister stellten mit großer Besorgnis fest, in welcher kritischen Lage sich die rückständigsten Länder und die Binnenstaaten befinden; sie wird durch die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft und die große Dürre noch verschärft, von der einige dieser Staaten heimgesucht wurden. Sondermaßnahmen zugunsten dieser Länder ergaben keine spürbaren Ergebnisse. Deshalb rufen die Minister die blockfreien Staaten auf, konkrete und praktische Maßnahmen zur Unterstützung dieser Länder zu unternehmen. Die Minister beschlossen außerdem, eine Zusammenkunft der Regierungsgruppe der Blockfreien einzuberufen, bei der ein Aktionsprogramm zugunsten dieser Staaten ausgearbeitet werden soll, das der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Nichtpaktgebundenen zu unterbreiten ist.

k) Finanzvereinbarungen zwischen den Entwicklungsländern
178. Die Entwicklungsländer müssen ihre regionale und interregionale finanzielle Unterstützung und Zusammenarbeit fördern, die auf entsprechenden Garantien und vernünftigen Gewinnen aus Investitionen in Industrie und Landwirtschaft beruhen soll und durch die ihre landwirtschaftliche Produktion und die Industrialisierung, vor allem durch Ver-

*) Teil I in „Blätter", 5/1976, S. 593—600.

das erste 3.WELT MAGAZIN in der BRD

Ihr background zu Fragen der internationalen Entwicklung

Wir versuchen nicht nur im Konflikt zwischen Industriestaaten und sogenannten Entwicklungsländern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten Stellung zu beziehen, sondern die Abläufe imperialistischer Unterdrückung dokumentarisch nachzuweisen.

So werden im Heft Nr. 3/4 75 die ANC (African National Congress of South Africa) Dokumente zusammengefaßt und analytisch verarbeitet, auf denen alle Presseberichte über die nucleare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika beruhen.

Authentischen Background zu vermitteln wird unsere Hauptaufgabe und wohl auch der Hauptbedarf für eine tiefergreifende politische Auseinandersetzung sein. Nur wissen das auch die Leute, die hier im Staat über Kapital verfügen.
Wir versuchen also ohne Kapitaldecke, ohne Werbeetat, Autorenhonorare und mit verdammt viel Solidarität aller Beteiligten durchzukommen.

Was bietet „3.WM"
in Titelmustern:

Nucleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika (kein Einzelfall): BRD-Brasilien BRD-IRAN – langfristiges Energiekonzept über subimperialistische Zentren ● Neue Strategie des Multinationalen Kapitals ● Kissinger-Frieden a la Vietnam, Palästina, Südafrika sollen größtmögliche Märkte sichern ● Zur neuen Weltwirtschaftsordnung: Rohstoffpreise, Monetäre Systeme, Entwicklungen ● CHILE – MOSAMBIK – PORTUGAL: wie kam die Revolution nach Europa ● Die Revolution im Südlichen Afrika: Guinea-Bissao, Mosambik, Angola, Namibia, Zimbabwe, Südafrika ● Südostasien nach Vietnam ● Chinas Außenpolitk ● ISRAEL: Demokratie oder Unterdrückung ausgedienter US Wachhund im Nahen Osten? ● Die palästinensische Revolution: Theorie und Praxis ●

Die laufende Doppelnummer 1/2 (92 Seiten) zum Einführungspreis DM 3.50 erhältlich bei:

pdw verlag·verleih·agentur

PROGRESS DRITTE WELT E.V. - BUSCHSTR. 20; 5300 BONN-1; TEL.:22 81 68

arbeitung von Grundprodukten, stimuliert würde. Der gegenwärtige Zufluß von Mitteln muß dringend verstärkt werden, namentlich durch neue Mechanismen, die die Investitionen in kapitalschwachen Staaten leiten und deren Fähigkeit zur Aufnahme von Kapital verstärken würden. Der verstärkte Zufluß langfristiger Investitionen ließe ein größeres Handelsvolumen und eine mögliche Diversifizierung dieses Zuflusses erwarten, was von gegenseitigem Vorteil wäre. Umfangreiche Möglichkeiten für eine solche Zusammenarbeit unter Nutzung der eigenen Fachkader, der Naturreichtümer, der Technologie und der den Entwicklungsländern zur Verfügung stehenden Mittel sind vorhanden. Entsprechende Vereinbarungen müssen getroffen und die Möglichkeiten geprüft werden, gemeinsame Agenturen der Kapitalexporteure und -importeure für Investitionen zu gründen, um Vorhaben festzulegen und Studien über ihre Eignung zu erstellen.

l) Technologie

179. Ein Hauptziel der Entwicklungsländer ist es, im eigenen Lande eine effektive und starke technologische Basis zu errichten und zu vernünftigen Bedingungen eine geeignete Technologie zu sichern, die den lokalen Bedürfnissen angepaßt ist. Die Gründung eines Zentrums für den Transfer von Technologie würde diesen Prozeß erleichtern und die Entwicklungsländer dazu befähigen, diesen schwierigen Prozeß ingangzusetzen. Sie sollten bei der Bildung dieser Zentren und bei der baldigen Annahme eines juristisch verbindlichen Verhaltenskodex für den Transfer von Technologie und einer Reform des Patentsystems zusammenarbeiten. Die Entwicklungsländer sollten die Bildung von Konsultationsorganisationen auf nationaler und anderer Ebene anregen und diesen Organisationen bei notwendigen Konsultationen den Vorrang geben.

m) Neue Bereiche der Zusammenarbeit

180. Damit die Empfehlungen vom zweiten Treffen der Koordinatorenstaaten angewandt werden, beschlossen die Außenminister, daß die Zusammenarbeit zwischen den Nichtpaktgebundenen und den anderen Entwicklungsländern auch auf die übrigen Gebiete ausgedehnt werden soll, wie die landwirtschaftliche Produktion (Investitionsvorhaben, Bau von Landwirtschaftsobjekten, Kaderausbildung, Erzeugung von Reproduktionsmaterialien für die Landwirtschaft, vor allem von Mineraldünger und Pestiziden, damit sie zu günstigen Bedingungen und Fristen den Entwicklungsländern zugänglich sind, die sie am notwendigsten brauchen), die Industrialisierung, die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen (Leistungen im Gesundheitswesen, Ausbildung von medizinischen Kadern, Erzeugung und Vertrieb von Arzneimitteln, Zusammenarbeit im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation usw.) und die Anwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken (Verstärkung ihrer Rolle und der Koordination innerhalb der Internationalen Atomenergieorganisation, internationale Zusammenarbeit bei Spaltmaterial, Grundlagenforschung und angewandter Forschung, Technologie, Kaderausbildung usw.), und sie rufen die nichtpaktgebundenen Staaten auf, zu diesem Zweck Initiativen und Aktionen in diesen Bereichen vorzunehmen.

n) Künftige Arbeit der Koordinatorenstaaten

181. Die Minister haben mit Befriedigung den Bericht von dem in Georgetown abgehaltenen Treffen der Koordinatorenstaaten zur Kenntnis genommen und den Beschluß gefaßt, daß die nächste Zusammenkunft dieser Staaten, an der alle Entwicklungsländer teilnehmen können, vor der bevorstehenden V. Gipfelkonferenz stattfinden soll. Auf diesem Treffen sollen der erzielte Fortschritt und die bisherigen Erfahrungen eingeschätzt und auf der V. Konferenz geeignete Maßnahmen für eine Aktion vorgeschlagen werden. Diese Zusammenkunft wird in Havanna, Kuba, stattfinden. Außerdem beschlossen die **Außenminister, Kuba und Tunis** und ebenso jedes andere interessierte Land in das Koordinationskomitee für Zusammenarbeit zwischen den nichtpaktgebundenen Staaten und den anderen Entwicklungsländern aufzunehmen.

o) Internationale Handelsorganisation

182. Die Außenminister befürworten erneut die Gründung einer internationalen Handelsorganisation und stimmten darin überein, daß bis zur Verwirklichung dieses Vorhabens die Welthandelskonferenz gestärkt werden müsse.

p) Studie über die Gründung eines Fonds zur Unterstützung der Erzeugung von Lebensmitteln in den Entwicklungsländern

183. Hinsichtlich der bemerkenswerten Initiative des peruanischen Präsidenten, der in seinen Ausführungen die Bildung einer Finanzorganisation, die ausschließlich die Erzeugung von Lebensmitteln in den Entwicklungsländern fördern soll, als dringend notwendig bezeichnete, und in Übereinstimmung darin, daß das ausreichende Aufkommen an Lebensmitteln in den blockfreien Staaten und den anderen Entwicklungsländern die Garantie für ihre Selbständigkeit und die Wirksamkeit ihrer internationalen Aktion und

damit auch für das Gelingen ihrer politischen und ökonomischen Strategie bietet, kamen die Außenminister überein, diesen Vorschlag der Expertengruppe zuzuleiten, die im Rahmen des Vorbereitungskomitees für die Konferenz von Colombo eigens gebildet wurde, damit dieser Vorschlag auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Blockfreien auf höchster Ebene erörtert wird.

q) Veranstaltung von Spielen und Sportwettkämpfen zwischen den blockfreien Staaten

184. In der Uberzeugung, daß Kultur- und Sportveranstaltungen die Bindungen zwischen den Völkern ihrer Länder festigen, schlagen die Außenminister der nichtpaktgebundenen Staaten die Ausrichtung von Spielen und Sportwettkämpfen zwischen den Blockfreien vor.

B. Zusammenarbeit mit den Industriestaaten

185. Obwohl einige führende Industriestaaten keine politische Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zeigen, ist die Konferenz der Ansicht, daß die übrigen Industriestaaten ernsthaft gewillt sind, mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, was diese hochschätzen.

186. Die Konferenz vertritt weiterhin die Ansicht, daß alle Mitglieder der Weltgemeinschaft möglichst bald die Charta über die ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten gänzlich verwirklichen und damit zur völligen Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung beitragen müssen.

187. Die Minister appellieren an die Industriestaaten, mit den Entwicklungsländern in folgenden Bereichen zusammenzuarbeiten:

a) Siebte Sondersession

188. Die siebente Sondersession der UNO-Vollversammlung für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit soll für die gesamte Weltgemeinschaft, die nach neuen Lösungen für die vor der Welt stehenden wirtschaftlichen Kernprobleme sucht, von entscheidender Bedeutung sein. Alle Staaten sollen eindeutig ihre politische Bereitschaft zum Ausdruck bringen, sowohl innerhalb der Vereinten Nationen als auch in anderen geeigneten Foren nach gerechten und schnellen Lösungen für die Probleme zu forschen, deren Regelung schon lange auf sich warten läßt. Zu diesem Zweck werden die blockfreien Staaten ihr Vorgehen mit den anderen Entwicklungsländern koordinieren und mit allen übrigen Staaten zusammenarbeiten, damit die siebte Sondersession den ungelösten Problemen des Welthandels, des Transfers von Mitteln, der Weltwährungsreform, den Problemen von Wissenschaft und Technologie, Industrialisierung, Ernährung und Landwirtschaft besonderes Augenmerk schenkt. In diesem Zusammenhang nahm die Konferenz voll Achtung das Dokument über den Standpunkt der afrikanischen Gruppe zur Kenntnis. Da die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern ein bedeutender Bestandteil der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit ist, sollten auf der VII. Sondersession auch Vorschläge für eine konkrete Aktion in diesem Bereich vorgelegt werden, wobei Maßnahmen, für die die Unterstützung und aktive Mitwirkung der Industriestaaten und internationalen Organisationen erforderlich ist, eingeschlossen sind.

b) Industrielle Entwicklung

198. Die Außenminister der Nichtpaktgebundenen kamen überein, sich auch künftig darum zu bemühen, daß die Industriestaaten die in Lima beschlossene Deklaration und den Aktionsplan für die Industrialisierung ohne Abstriche annehmen und verwirklichen. Gleichzeitig erzielten sie Einverständnis darüber, daß die UNIDO institutionalisiert wird, indem man die Ziele dieser Organisation unterstützt und es ihr ermöglicht, mehr über ihre Mittel zu verfügen und konstruktiv den Industrialisierungsprozeß zu fördern, in dem die Entwicklungsländer, im wesentlichen die rohstofferzeugenden, ungehindert ihr Recht nutzen können, die eigenen Erzeugnisse zu verarbeiten und gleichberechtigt an der weltweiten Industrialisierung Anteil zu nehmen.

c) Erzeugung von Lebensmitteln

190. Die Außenminister der Blockfreien erklären, daß die Entwicklungsländer bei der Erzeugung von Lebensmitteln und der Versorgung einen ihnen gemäßen Stand erreichen müssen, und sind der Ansicht, daß dieser Frage bei der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung eine Vorrangstellung eingeräumt werden muß. Die Weltgemeinschaft soll vor allem Mittel für Investitionsvorhaben und Projekte zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern transferieren. In diesem Zusammenhang setzten sich die Minister für die umgehende Bildung eines internationalen Fonds für die Entwicklung der Landwirtschaft und die Bereitstellung von Mitteln in

entsprechender Höhe durch die traditionellen und neuen Spender des Fonds ein. Weiterhin sind die Minister der Ansicht, daß das Angebot von Düngemitteln in ausreichenden Mengen und zu vernünftigen Preisen, wie das der Weltfonds für Düngemittel vorsieht, ausschlaggebend für zusätzliche Anstrengungen um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern ist.

d) Finanzierung der Entwicklung und internationale Währungsfragen

191. Die Außenminister der nichtpaktgebundenen Länder brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß der Transfer von Mitteln aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer stagniert. Auf eine Steigerung muß unbedingt hingewirkt werden, damit die Entwicklungsländer wenigstens einen geringen Nutzen vom Entwicklungsprozeß haben. Deshalb muß als Ziel gesetzt werden, daß die Industriestaaten bis 1980 1 % ihres Bruttosozialprodukts (GNP) für die offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance) zur Verfügung stellen. Die Konferenz appelliert auch an die alten und neuen Spender von Entwicklungshilfe, diese soweit wie möglich als kostenlose Unterstützung zu gewähren.

192. Die Außenminister vertreten die Meinung, daß der Prozeß der Weltwährungsreform unter anderem durch die Liberalisierung der Erleichterungen des Weltwährungsfonds für Öl und die Verlängerung dieser Erleichterungen auch über das Jahr 1975 hinaus beschleunigt werden muß; außerdem durch Annahme des Vorschlags über einen Sonderfonds zur Unterstützung (Special Trust Fond) und die Einführung einer neuen Disziplin, um die Belastung zwischen den Staaten mit Zahlungsbilanzüberschuß und den Entwicklungsländern mit Zahlungsdefizit gerechter zu verteilen; die Minister bekräftigen noch einmal, daß sie die Kopplung (link) von Sonderziehungsrechten (SDR's) und Finanzierung der Entwicklung lebhaft unterstützen.

193. Sämtliche Industriestaaten und die Länder, die dazu in der Lage sind, sollen entsprechende Beiträge an den UNO-Sonderfonds abführen, damit er ab 1. Januar 1976 Darlehen gewähren kann.

e) Handel und Entwicklung

194. Die Außenminister stimmten darin überein, daß die gesamte Strategie der Welthandelskonferenz den Zielen der neuen Weltwirtschaftsordnung angepaßt werden sollte, um den Aufschwung der Entwicklungsländer voranzutreiben.

195. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Industriestaaten Zollbarrieren und andere Hindernisse für die Einfuhr aus den Entwicklungsländern, einschließlich der Subventionen für unrentable Sektoren, abbauen und schließlich ganz aufheben müßten, damit Rohstoffe, Nahrungsmittel, Landwirtschaftsprodukte, Fertigwaren und Halbfabrikate, an deren Ausfuhr die Entwicklungsländer interessiert sind, ungehindert zu ihren Märkten gelangen können.

f) Allgemeines Präferenzsystem

196. Die Industriestaaten sollen Präferenzschemen annehmen und verbessern.

197. Im Rahmen des Allgemeinen Präferenzschemas und innerhalb verschiedener Schemen stimmen die Außenminister darin überein, daß auf jede Nötigung und Bedingungen verzichtet werden soll, die der politischen Souveränität der sie nutzenden Länder Abbruch zu tun sucht. Die blockfreien Staaten und die übrigen Entwicklungsländer sollen sicherstellen, daß dieses System, das als neue Form der Zusammenarbeit akzeptiert wurde, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Entwicklungsländer beseitigt.

g) Multilaterale Handelsverhandlungen

198. Die Außenminister forderten im Rahmen des Programms zur internationalen Liberalisierung des Handels, wie in der gegenwärtigen Runde multilateraler Handelsgespräche innerhalb des GATT, die Methoden und den Modus für die Gewährleistung der vollwertigen und tatsächlichen Beteiligung der Entwicklungsländer an der Entscheidungsfassung in allen Phasen und die bedeutende Steigerung ihres Anteils am Welthandel durch begünstigte Behandlung, Nichtreziprozität, rechtzeitige Anwendung von Konzessionen sowie die Aufhebung der Zollbarrieren und anderer Hindernisse festzulegen. Sämtliche Erzeugnisse, an deren Ausfuhr die Entwicklungsländer interessiert sind, das gilt vor allem für tropische Produkte und verarbeitete Erzeugnisse, sollen am stärksten begünstigt sein.

Spendenaufruf des „Initiativkreises Solidarität mit Portugal"

(Wortlaut)

Günter Wallraff, dessen Tonbandprotokolle über seine Gespräche mit Vertretern der portugiesischen Rechten wir in den Heften 4/1976, S. 383 ff. und 5/1976, S. 511 ff. veröffentlichten, hat sich zuvor 3 Monate lang in der südportugiesischen landwirtschaftlichen Kooperative „Einheit macht stark" aufgehalten, um sich an einem konkreten Beispiel über die Kampfbewegungen der fortschrittlichen Kräfte, deren Ausschaltung die Rechte plant, zu informieren. Gerne folgen wir seiner Bitte und veröffentlichen den nachstehenden Spendenaufruf des „Initiativkreises Solidarität mit Portugal" zur Unterstützung der Kooperative. Dem Initiativkreis gehören an: Horst Bingel, Bernt Engelmann, Dieter Hildebrandt, Friedrich Wilhelm Hölscher (MdB), Prof. Dr. Gerhard Kade, Franz Xaver Kroetz, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Gunnar Matthiessen, Heinz Reichwaldt, Eckart Spoo und Günter Wallraff. Nachstehend der Wortlaut des Aufrufs und die Angabe des Spendenkontos. D. Red.

Der Faschismus hat dem portugiesischen Volk ein schweres Erbe hinterlassen. Ein halbes Jahrhundert wurden jede politische Freiheit, jeder demokratische Wille unterdrückt. Uber 60 % der Bevölkerung sind ohne Schulbildung, können weder lesen noch schreiben. Der jahrzehntelange Kolonialkrieg, die Rüstung und die umfangreichen Waffenimporte haben die Staatsfinanzen zerrüttet, haben Portugal zum ärmsten Land Europas gemacht und das Volk an den Rand seiner Existenzmöglichkeit getrieben.

Die Unterdrückung und Ausbeutung durch einige wenige reiche Familien haben zur Verelendung breiter Bevölkerungskreise geführt. Über 60 % der Lebensmittel müssen aus dem Ausland eingeführt werden, weil die Großgrundbesitzer die Landwirtschaft in eine katastrophale Lage brachten. Es fehlt an Traktoren, Bewässerungsanlagen, Düngemitteln, Saatgut und Ackergeräten. Es fehlt an Schulen, medizinischen Einrichtungen und an den notwendigen Unterhaltsmitteln.

Nach der Niederringung des Faschismus hat das portugiesische Volk jetzt die Entwicklung des Landes in die eigenen Hände genommen. Es will sich ein neues Portugal bauen. Dabei muß es sich zur Wehr setzen gegen die innere Reaktion und gegen ausländische Einmischungsversuche derer, die vor dem 25. April 1974 das faschistische Regime unterstützten oder wohlwollend zu ihm schwiegen. Es steht vor der schwierigen Aufgabe, seine soziale Rückständigkeit und wirtschaftliche Verelendung zu überwinden, sowie seine jungen demokratischen und gesellschaftlichen Errungenschaften zu verteidigen.

Die Landarbeiter müssen den Boden, der jahrzehntelang brachlag und ihnen jetzt übereignet wurde, Hektar für Hektar bearbeiten, um ihre eigene Existenz und die Versorgung des portugiesischen Volkes zu sichern. Sie sind dabei ständig der Gefahr von Sabotageaktionen ausgesetzt, mit denen die Reaktion versucht, das Land in ein Chaos zu stürzen.

Die Industriearbeiter müssen die Produktion entwickeln. Sie müssen ihre eben erworbenen Mitbestimmungsrechte gegen den erpresserischen Druck ausländischen Kapitals durchsetzen. Sie müssen darum kämpfen, den jetzt staatlich garantierten Mindestlohn von 400 DM im Monat von den internationalen Unternehmungen zu erhalten. Die Opfer des faschistischen Terrors der letzten Monate müssen sich eine neue Existenz aufbauen. Dieses Volk braucht unsere Solidarität. Es verdient die politische und moralische Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte unseres Kontinents. Es wartet auf die materielle Solidarität derer, vor allem in der Bundesrepublik, die nicht vergessen haben, mit welchem Aufwand die NATO und frühere Bundesregierungen das faschistische Salazar/Caetano-Regime unterstützten. Die Unterzeichner dieses Appells rufen gemeinsam mit den zahlreichen Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik die Öffentlichkeit des Landes auf:

HELFT JETZT!

In der Provinz Alentejo, südlich von Lissabon, nicht weit von der Stadt Grandola, haben sich zwanzig Familien zur Kooperative „Einheit macht stark" zusammengeschlossen.

Gemeinsam wollen sie am Aufbau des neuen Portugal mitarbeiten. Aber es fehlt ihnen an allem: an Düngemitteln, an Saatgut, an Landwirtschaftsgeräten, an sozialen Einrichtungen. Sie tun, was sie können, aber sie brauchen unsere Hilfe.

Wir appellieren: *Übt Solidarität mit unserem Dorf Grandola!*

Spendet auf das Portugal-Sonderkonto Günter Wallraff, PSchA Köln 275 25-507, betrifft: Kooperative „Einheit macht stark".

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HINZ, Prof. Dr. Manfred O.*, lehrt Öffentliches Recht, Politische Soziologie und Rechtssoziologie an der Universität Bremen. *** *JUNG, Dr. Mathias*, geb. 1941 in Konstanz, Studium der Philosophie und Germanistik in Wien und Bonn, Redakteur, Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Düsseldorf. *** *KRYSMANSKI, Dr. H. J.* geb. 1935, Professor für Soziologie an der Universität Münster. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *TROMMLER, Frank*, Professor für Germanistik an der University of Pennsylvania, USA. *** *HALL, Gus*, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA. *** *HENRY, Ernst*, geb. 1900, lebt als Historiker und Publizist in Moskau. Buchveröffentlichungen u. a.: Will Hitler Europa überfallen?, Notizen zur Geschichte der Gegenwart; in Heft 2/1973 der „Blätter" erschien ein Beitrag „Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR". *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÖBEL, Eberhard*, geb. 1951 in Wanne-Eickel, Diplom-Soziologe, Lehrbeauftragter an der FU Berlin, z. Z. arbeitslos. *** *SCHULKE, Hans-Jürgen*, geb. 1945 in Naumburg/Saale, Studium der Sozialwissenschaften und der Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, Hochschullehrer für Sportwissenschaft an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Prospekte bzw. Werbekarten des Monitor-Verlages (DVZ) und des Frankfurter Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

1800
396
Stephan Leibfried
Großbeerenstr. 34

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HINZ, Prof. Dr. Manfred O.*, lehrt Öffentliches Recht, Politische Soziologie und Rechtssoziologie an der Universität Bremen. *** *JUNG, Dr. Mathias*, geb. 1941 in Konstanz, Studium der Philosophie und Germanistik in Wien und Bonn, Redakteur, Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Düsseldorf. *** *KRYSMANSKI, Dr. H. J.* geb. 1935, Professor für Soziologie an der Universität Münster. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *TROMMLER, Frank*, Professor für Germanistik an der University of Pennsylvania, USA. *** *HALL, Gus*, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA. *** *HENRY, Ernst*, geb. 1900, lebt als Historiker und Publizist in Moskau. Buchveröffentlichungen u. a.: Will Hitler Europa überfallen?, Notizen zur Geschichte der Gegenwart; in Heft 2/1973 der „Blätter" erschien ein Beitrag „Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR". *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÖBEL, Eberhard*, geb. 1951 in Wanne-Eickel, Diplom-Soziologe, Lehrbeauftragter an der FU Berlin, z. Z. arbeitslos. *** *SCHULKE, Hans-Jürgen*, geb. 1945 in Naumburg/Saale, Studium der Sozialwissenschaften und der Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, Hochschullehrer für Sportwissenschaft an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Prospekte bzw. Werbekarten des Monitor-Verlages (DVZ) und des Frankfurter Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.